Kurbrandenb... in der krisis des jahres 1627

Johannes Heinrich Gebauer



HARVARD COLLEGE LIBRARY
VE RI TAS
HOHENZOLLERN COLLECTION
IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR
PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

HALLESCHE ABHANDLUNGEN

ZUR

NEUEREN GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN

VON

G. DROYSEN.

HEFT 33.

DR. J. GEBAUER:

KURBRANDENBURG IN DER KRISIS DES JAHRES 1627.

HALLE.
MAX NIEMEYER.
1896.

KURBRANDENBURG

IN DER

KRISIS DES JAHRES 1627.

VON

Dr. J. GEBAUER.

HALLE.
MAX NIEMEYER.
1896.

MEINEM HOCHVEREHRTEN LEHRER

HERRN PROFESSOR DR. DROYSEN

IN DANKBARKEIT

ZUGEEIGNET.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit will den Beginn machen für eine Reihe von Abhandlungen, welche die Stellung Kurbrandenburgs im dreissigjährigen Kriege zum Gegenstand nehmen. Wenige deutsche Territorien von einiger Bedeutung haben während dieses Zeitraumes eine derart schwierige Position innegehabt wie gerade Brandenburg, vor allem weil keines einen Fürsten von der Schwäche Georg Wilhelms an seiner Spitze fand. Ein unzuverlässiger Bundesgenosse und ein energieloser Feind wurde die Mark schliesslich von allen verachtet, und damit zu einer Rolle herabgewürdigt, deren manch kleinerer Staat sich doch noch glücklich erwehrt hat.

Dies Elend Brandenburgs nimmt seinen Anfang nach den Niederlagen der dänischen Partei im Jahre 1626. Die Zeit einer selbständigen märkischen Politik ist seitdem dahin, das Land auf lange Zeit den Kaiserlichen oder den Schweden in die Hand gegeben. Schon das Jahr 1627 zeigt uns die Mark in einem trostlosen Zustande der Gesunkenheit: das Volk in stumpfer Gleichgültigkeit und beschränkter Ergebung, der Kurfürst ohne Halt, die Landesregierung hinabgedrückt zum Büttel des friedländischen Militärdespotismus.

Diesen tiefen und plötzlichen Sturz des brandenburgischen Staates wird die nachstehende Abhandlung darzustellen versuchen. Sie stützt sich dabei vornehmlich auf die Acten des Königlichen Geheimen Staats-Archivs zu Berlin, die auf das gründlichste durchforscht sind; ausserdem sind auch alte handschriftliche Aufzeichnungen mehr als es gewöhnlich geschieht berücksichtigt worden. Kaum der Erwähnung bedarf es wohl, dass die neuere nnd neueste Litteratur, zumal Opels „Niedersächsischer-dänischer

Krieg“ gebührend benutzt sind. Dass aber andererseits eine genügende Summe bisher unbekannten Materials beigebracht worden sei, wird mir, hoffe ich, das Urteil der Kundigen bestätigen.

In späteren Abhandlungen gedenkt der Verfasser andere wichtige Abschnitte aus der Zeit der österreichisch-schwedischen Bevormundung Brandenburgs darzustellen. Es scheint hier am passendsten, zuerst etwa das Verhalten der Mark gegenüber dem Restitutionsedict zum Gegenstand zu wählen, ein zweites Mal den Anschluss an Gustaf Adolf, und endlich den Beitritt zum Prager Sonderfrieden zu behandeln. Ausschlaggebend für die Auswahl der Themata muss schliesslich allerdings der Zustand und die Fülle der Acten sein.

Zuletzt sei es mir gestattet, den Herren, die mich bei Abfassung der vorliegenden Arbeit unterstützt haben, meinen Dank auszusprechen. Besonders verpflichtet fühle ich mich Herrn Prof. Dr. Droysen, welcher nicht nur die Freundlichkeit hatte, auch diesem Versuch einen Platz in der Reihe der „Halleschen Abhandlungen“ einzuräumen, sondern mir auch die Ehre erwies, die Widmung desselben gütigst anzunehmen. Der liebenswürdigen Zuvorkommenheit, mit welcher sowohl die Herren im Königlichen Geheimen Staats-Archiv zu Berlin wie auch Herr Oberlehrer Dr. Gurnik als Vorsteher des städtischen Archivs zu Frankfurt an der Oder mir entgegenkamen, möchte ich auch an dieser Stelle dankende Erwähnung thun.

I. Der Einfall der Kaiserlichen und die märkische „Defension“.

Die Schlacht bei Lutter war geschlagen, die zweite, schwerere Niederlage, welche die protestantische Partei getroffen, seitdem der Dänenkönig Christian an ihrer Spitze stand. In breitem Strome ergossen sich die flüchtigen Scharen zwischen der Weser und der Elbe hin nach Norden zu. Die Altmark und die Prignitz, beide erst vor wenig Monaten der raublustigen Horden des dänischen Generals Fuchs und des Grafen Ernst von Mansfeld entledigt, fühlten abermals die schwere Geissel des Krieges. Wochen hindurch hörten die Durchzüge der nach Mecklenburg zurückgehenden Dänen nicht auf, und dazu zeigte der Administrator von Magdeburg, Markgraf Christian Wilhelm, nicht übel Lust, sich in den Havelpässen häuslich einzurichten.

Währenddessen rückte der General Tilly, der Sieger von Lutter, unaufhaltsam dem geschlagenen Feinde nach, immer tiefer in Norddeutschland hinein. Das Nahen des ligistischen Heeres erfüllte hier die Reichsstände mit Schrecken: sie kannten den Alten und wussten wohl, dass er ihnen die Freiheit ihres Glaubens neide. Am schwersten aber musste die Anhänger der dänischen Partei die Rache des siegreichen Feldherrn bedrohen. Nach dem Übertritt des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg hatte diese in Mecklenburg und in Kurbrandenburg ihre vornehmsten Stützen gehabt; Mecklenburg, schwächer und dem dänischen Machtkreis näher, war genötigt, seine Beihülfe offener zu leisten, während Lage und politisches Ansehen es der Mark ermöglichten, eine selbständigere Stellung zu behaupten, und so den Schein der Neutralität dem Kaiser gegenüber zu wahren.

Neutralität, das war das Zauberwort, durch welches die Räte des Kurfürsten Georg Wilhelm vermeinten den Wogen des Krieges

an den Grenzen der Mark Einhalt gebieten zu können. Indes, was sollte diese „Neutralität“, die dem heimlichen Freund des Landes nicht Genüge zu leisten vermochte, und deren Unehrlichkeit dem Feinde nicht verborgen blieb? Man beleidigte den Kaiser, aber man bekämpfte ihn nicht, man hatte dem Dänen hohe Subsidien versprochen, und zahlte ihm nicht einen Heller aus.[1]) Als der Mansfelder, der Neutralität nicht achtend, in das Land gekommen war, that man zuerst nichts, um die Reorganisation seines zersprengten Heeres zu vereiteln, und unterliess es dann, seinem Durchbruch in die kaiserlichen Erblande auch nur den Schein eines ernsten Widerstandes entgegenzusetzen. Als darauf Wallenstein, dem Grafen nacheilend, die südlichen Kreise der Mark durchzog, kam ihm wiederum die Regierung durch unentgeltliche Lieferung des erbetenen Proviants entgegen. Kein Wunder in diesen kriegerischen Zeiten, dass die Zweideutigkeit der brandenburgischen Politik beide Parteien mit Misstrauen gegen Georg Wilhelm erfüllte, dass sie vor allem aber den Wiener Hof und seine Verbündeten sehnsüchtig die Stunde erwarten liess, wo man mit diesem Fürsten Abrechnung halten konnte. Jetzt nach Tilly's glänzendem Siege schien dieser Augenblick gekommen, und der Kurfürst, sich bewusst, wie wenig man ihm katholischerseits wohlgesinnt war, musste bangend in die Zukunft blicken. Seiner „Neutralität“ war jetzt durch den Einmarsch der dänischen Truppen in die Elbkreise ein neues, treffendes Zeugnis ausgestellt, das den nahenden Ligaführer nicht sonderlich von ihrer Wirksamkeit überzeugen mochte.

Dennoch glaubte Georg Wilhelm, bei dem alten System weiter

[1]) Christian IV. an Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg d. d. Lauenburg 12. (22.) Mai 1627. [Kong Christian den Fjerdes egenhaendige Breve Udg. ved Bricka og Fridericia 2. Bd. Kjøbenhavn 1889]. Doch vergl. Jahn: Historie om Danmarks Deeltagelse i Trediveaars krigen. Kjøbnhavn 1822, Seite 250, wonach Georg Wilhelm bis zur Schlacht von Lutter seine Subsidien pünktlich zahlte. (Churfyrsten af Brandenburg, en af de protestantiske Forster, som . . . . . ., og som hidindtil samvittighedsfuld havde betalt de lovede Subsidier . . . . .). Die Subsidien hatten brandenburgische Gesandte dem Könige dereinst im Lager von Windheim (im Fürstentum Minden) zugesagt (vergl. Slangen (Schlegel): Geschichte Christians IV, Kopenhagen und Leipzig 1757, Anm. 1270).

verharren zu können. Der kurfürstliche Rat Dr. Joachim Kraz wurde zu König Christian geschickt, der eben seinen Weg durch die Prignitz nahm, und erlangte in der That von ihm das Versprechen, die brandenburgische Lande zu räumen, wenn man sie selbst den Kaiserlichen gegenüber sicherte. Froh dieser Zusage begab sich Kraz sogleich weiter zu Tilly, um von ihm die entsprechende Verheissung zu erbitten; er traf den General in Hemslingen unweit Rothenburg an der Wümme, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Aber an der Unbeugsamkeit seiner Überzeugung, dass der Kurfürst ein falsches Spiel mit dem Kaiser getrieben habe, scheiterte die Überredungskunst des märkischen Gesandten. Der Kurfürst, äusserte sich Tilly ohne nur seine Erregung zu verbergen, suche mit allen Feinden des Kaisers, mit den Generalstaaten, den Dänen, den Schweden, ja mit Türken und Tataren Freundschaft, und stelle sich dabei immer neutral. Was Kraz zu seiner Entschuldigung anführe, seien „parole e non fatti". Man habe den Dänen in's Land gelassen, und wolle jetzt, wo alles verloren, „zum Kreuze kriechen"; jedoch nun heisse es zum eigenen Schaden erst einmal die Kriegskosten zahlen.[1]) An eine Schonung der Mark von ligistischer Seite war nach diesen Auslassungen nicht zu denken.

Kraz' Bericht mochte kaum in Cölln angelangt sein, als Tilly über die Art, wie man den unbotmässigen Markgrafen von Brandenburg züchtigen wollte, auch schon seine verhängnisvolle Entscheidung traf.

Bereits seit Mitte Oktober waren einzelne Banden des Ligaheeres über die altmärkische Grenze gestreift, so dass dem Landeshauptmann des Kreises, Thomas von dem Knesebeck, sich veranlasst sah, den in der Festung Kalbe[2]) garnisonierenden Oberstleutnant Adam Valentin von Redern um Besetzung der Grenzpässe mit den ihm unterstehenden brandenburgischen Söldnern zu ersuchen. Gleichzeitig schrieb er an den Kurfürsten, er möge bei Tilly um Abwendung der Einquartierung anhalten, die allem Anscheine nach bevorstehe.[3])

---

[1]) Kraz'ens Bericht d. d. Hamburg 9. (19.) Oktober 1626. Königliches Geheimes Staats-Archiv zu Berlin (St. A.) [2]) Kalbe an der Milde.
[3]) Knesebeck an den Kurfürsten d. d. Tylsen 11. (21.) Okt. 1626. (St. A.)

Allein es war schon zu spät. Am 25. Oktober teilte Tilly von Ösingen aus dem Landeshauptmann mit, dass er einen Teil seiner Truppen in die Altmark schicken müsse, um sich dieses Landes gegen die Dänen zu versichern. Zwei Tage danach überschritten einige kaiserliche Regimenter unter dem Kommando des Herzogs Georg von Lüneburg bei Salzwedel die Grenze; sie gehörten dem Wallensteinischen Heere zu, waren jedoch während des letzten Feldzuges Tilly zur Hülfe beigegeben worden. Es fruchtete nichts, dass sich Knesebeck sogleich zum Herzog begab, ihm den schlimmen Zustand des Kreises vor Augen stellte und auf die ausreichende Besetzung der Pässe hinwies; Lüneburg berief sich auf Tillys Befehl und rückte weiter in das Land. Als sich Gardelegen[1]) und Stendal die ihnen zugedachten Besatzungen einzunehmen weigerten, wurde beiden mit Beschiessung gedroht; doch gab Gardelegen, wo eine kurfürstliche Truppenabteilung lag, einstweilen nicht nach, sondern rüstete zu entschlossener Abwehr.

Den Landesherren selbst hatte Tilly erst dann von dem Einmarsch der kaiserlichen Regimenter in Kenntnis gesetzt, als diese bereits in der Altmark waren;[2]) auch liess er, was Georg Wilhelm sehr übel vermerkte, sein Ansuchen nicht wie üblich durch einen Offizier überbringen, sondern sandte nur einen Trompeter. Man war sich am kurfürstlichen Hofe über die Beantwortung eines derartigen Begehrens durchaus nicht einig. Graf Adam von Schwarzenberg meinte, dass Tillys Vorgehen zwar ein starkes Stück bedeute,[3]) dass es aber der König von Dänemark und der Mansfelder im Grunde nicht besser gemacht hätten. In ähnlicher Weise sprach sich der Kanzler Dr. Friedr. Pruckmann gegen ein schroffes Zurückweisen der Tillyschen Forderung aus, fand indes hierin bei den übrigen Mitgliedern des Geheimen Rats lebhaften Widerstand. Diese waren vielmehr der Ansicht, dass einer so unerhörten Behandlung der Mark gegenüber entschiedenster Protest am Platze sei. Der Kurfürst schloss

[1]) An dieses richtete Lüneburg seine Aufforderung aus dem Hauptquartier von (Gross-) Apenburg 28. Oktober (St. A.)

[2]) Doch ist diese Behauptung des Kurfürsten dahin zu verstehen, dass die Tillysche Benachrichtigung erst am kurfürstlichen Hofe einging, als dann schliesslich die Truppen schon im Lande waren. Datiert ist die Mitteilung Tillys aus Berge, 22. Oktober (St. A.)

[3]) Undatiertes Gutachten Schwarzenbergs im St. A.

sich jedoch dem Gutachten der Minderheit an.[1] Es wurde bestimmt, dass Kurt von Burgsdorff, kurfürstlicher Kammerjunker und Oberstleutnant über die Leibgarde, sich zu Tilly begebe. Er sollte[2]) dem General eröffnen, dass zwar der Kaiser erst im Juni durch den Burggrafen von Dohna dem Kurfürsten habe versichern lassen, man werde seine Lande nicht durch weitere Einquartierung belästigen, dass dieser aber dennoch, in dem Wunsche dem Kaiser einen Dienst zu leisten, die Einlagerung zulassen wolle. Er werde daher den Städten Salzwedel, Stendal, Werben, Osterburg, Seehausen und Gardelegen Befehl geben, Tilly's Truppen aufzunehmen, getröste sich indes der Erwartung, dass man das Land als Freundesland behandeln und sich aller Ungebühr enthalten werde. Dieser Beschluss war am 1. November gefasst worden.

In der folgenden Nacht langte in Grimnitz, wo der Kurfürst weilte, ein Schreiben Knesebecks an,[3] in welchem dieser meldete, der Einmarsch der Regimenter sei unter dem Kommando des Herzogs Georg von Lüneburg bereits vollzogen. Diese Nachricht war von Belang. Auch Wallenstein nämlich hatte, als er den Grafen Mansfeld verfolgte, in Kottbus den brandenburgischen Abgeordneten die Zusage erteilt, dass kaiserliche Truppen nicht mehr in die Mark gelegt werden sollten; er hatte hinzugefügt, wenn trotzdem das Land von seinen Regimentern Einquartierung erleide, möge man sich an den Herzog von Lüneburg wenden und bei ihm um ihre Abführung anhalten. Es war selbstverständlich, dass man jetzt auf diese Verheissung zurückgriff, und dass Burgsdorff in einem Nebenmemorial dem entsprechende Anweisung empfing.[4] Ehe er seinen Weg zu Tilly nahm, hatte er bei Lüneburg sein Heil zu versuchen, ihm Friedlands Versprechen vorzustellen und auf Grund dessen um Zurückziehung des Kriegsvolkes zu bitten. Ginge eine vollständige Räumung der Altmark nicht an, so würde doch die Occupierung der Pässe an der Elbe genügende Sicherheit gegen die Dänen gewähren, und man könne die übrigen

---

[1]) Georg Wilhelm an Schwarzenberg d. d. Grimnitz 22. Okt. (1. Nov.) 1626 (St. A.)

[2]) Burgsdorffs Memorial d. d. 22. Okt. (1. Nov.) (St. A.)

[3]) Knesebeck an den Kurfürsten d. d. Tylsen 19. (29.) Okt. (St. A.)

[4]) Burgsdorffs Nebenmemorial d. d. 23. Okt. (2. Nov.) (St. A.)

Orte, zum mindesten aber Kalbe, unbesetzt lassen. Wofern sich der Herzog, wie er es gegenüber Knesebeck gethan, auch jetzt wieder auf Tilly bezöge, so war Burgsdorff angewiesen, um Geleitsmannschaften und ein Empfehlungsschreiben an diesen zu ersuchen. Am 5. November traf der Gesandte Lüneburg in seinem Hauptquartier zu Kloster-Niendorf an. Die nachgesuchte Audienz wurde ihm sogleich bewilligt, aber der Herzog schützte die verschiedensten mündlichen und schriftlichen Befehle Tillys vor, welche ihn zum Bleiben zwängen. Drei Tage danach begegnen wir Burgsdorff in Helmstedt bei dem Ligageneral. Indes mit den halben Zugeständnissen des Kurfürsten war dieser nicht zufrieden; die ganze Altmark musste den Lüneburgischen überantwortet werden, auch Gardelegen, dessen Behauptung Georg Wilhem Burgsdorff als besonders wünschenswert bezeichnet hatte. Mit klingendem Spiel, fliegenden Fahnen und brennenden Lunten räumte am 20. Nov. die brandenburgische Besatzung die Stadt. Nur Kalbe blieb unangetastet.

Von Anfang an hatte die märkische Regierung in der Preisgabe der Altmark nur ein augenblickliches Zurückweichen vor der Gewalt, nur ein Provisorium erblickt, das wieder zu beseitigen alle Austrengungen gemacht wurden. Gleich nach dem Einmarsch der Truppen hatte man sich von Cölln aus sowohl an den Kaiser wie auch an Wallenstein gewandt, um sie an ihre Zusicherungen zu mahnen und möglichst die Befreiung der Altmark durchzusetzen. Allein Kaiser Ferdinand dachte nicht an die Innehaltung des erteilten Versprechens. Er könne dem Kurfürsten nicht helfen, erwiderte er;[1]) die Besetzung des Kreises sei einmal nötig, um grösseres Unheil zu verhüten und endlich das „alt aufrichtige recht teutsche Vertrauen in Unser geliebtes Vaterland, das H. Röm. Reich wiederum zu reduciren". Das einzige was zu er thun verhiess, war, dass er Befehl geben wolle, gute Disciplin zu halten. Spätere Beschwerden der märkischen Regierung, deren in den nächsten Monaten noch mehrere nach Wien abgingen, wurden vom Kaiser überhaupt nicht mehr beantwortet. Wallenstein beliebte das gleiche Verfahren oder gab ausweichenden Bescheid. Die Kaiserlichen waren im Lande — warum sollte man sie schnöde

[1]) Der Kaiser an Georg Wilhelm, Wien, 27. November 1626 (St. A.)

ihrer Winterquartiere berauben! Man gönnte im Gegenteil dem Kurfürsten recht herzlich, dass er Habsburg jetzt Busse zahle für die Begünstigung seiner Feinde, und war demnach der Erfüllung der brandenburgischen Wünsche prinzipiell entgegen. Da musste dann allerdings jedweder weiteren diesseitigen Bemühung von vornherein das Urteil gesprochen sein.

Von ligistischer und kaiserlicher Seite aus war fortgesetzt versichert worden, dass die Absicht Christians IV., seinesteils sich der märkischen Elblinie zu bemächtigen, das lüneburgische Corps genötigt habe, ihm in deren Besetzung zuvorzukommen. Mochte bei dem Dänenkönig wirklich jener Plan bestanden haben oder nicht, so viel war schon nach den Erklärungen, welche er neulich dem Dr. Kraz abgegeben hatte, deutlich, dass die Einquartierung der feindlichen Truppen in die Altmark ihn gegen die brandenburgische Regierung verstimmen und leicht zu Gegenmassregeln veranlassen würde. Um dies zu vermeiden, hatte gleich anfangs Schwarzenberg vorgeschlagen, sobald Burgsdorff die Entschliessungen Lüneburgs und Tillys zurückbrächte, eine Gesandtschaft an den König zu schicken. Eine Begütigung desselben wurde um so dringlicher, als man erfuhr, dass schon dänische Reiter sich in der Prignitz sehen liessen und drohend verlangten, man solle die Pässe an der Elbe besetzen, sonst würden sie die Königlichen besetzen;[1]) ja es hiess, Christian selbst sei bereits im Anmarsch.[2]) Diese Nachricht war freilich falsch, allein wir treffen doch in diesen Tagen des Königs Rat Martin von der Meden[3]) in Cölln an, wo er sicherlich im Auftrage seines Herrn über die Einlassung der Lüneburgischen Klage geführt hat.

Als nun Burgsdorff heimkehrte, ohne die Zurückziehung der Regimenter erlangt zu haben, aber mit der erneuten Versicherung abgefertigt, dass die Pläne der Dänen die Occupation erheischt

[1]) Undatirtes Schreiben, der Handschrift nach von Burchard von Saldern auf Plattenburg. (St. A.)

[2]) Die Städte Perleberg, Pritzwalk und Lenzen an den Kurfürsten 3. (13.) November 1626 (St. A.)

[3]) Meden war „ein deutscher Rechtslehrer und Publizist, dessen Christian IV. sich gewöhnlich in deutschen Angelegenheiten bediente“, vgl. Molbech: Kong Christian den fjerdes egenhaendige Breve, I, St. 61, Anm. 2.

hätten, schritt man sogleich zur Abordnung der Gesandtschaft an Christian. Es galt jetzt nicht nur, sich zu entschuldigen und einem dänischen Einfall vorzubeugen. Die brandenburgische Diplomatie suchte einen besonderen Coup zu vollführen. Tilly hatte sich gewissermassen darauf festgenagelt, dass er die Altmark nur besetzt habe, um die Elbe nicht dem Feinde zu überlassen. Wenn man nun den König zu der Versicherung vermochte, seinerseits sich der Besetzung der märkischen Pässe zu enthalten, so fiele damit, meinte man, für den General der Vorwand dahin, und wenn er ehrlich wäre, müsste er die Altmark räumen. Die Person des brandenburgischen Gesandten war geschickt ausgewählt; es war der bei der antihabsburgischen Partei wohlgelittene Geheime Rat Samuel von Winterfeldt.[1]) Bis Rendsburg reiste er dem Könige nach. Er erinnerte ihn, — so schrieb es sein Memorial[2]) vor — an die bisherige freundliche Haltung Georg Wilhelms, an ihre gemeinsame Religion, ihre Verwandtschaft und Nachbarschaft. Das Bestreben des Kurfürsten sei, die Kaiserlichen, die so unvermutet in sein Land eingebrochen wären, wiederum zum Abzug zu bestimmen und selbst die Pässe zu sichern. Vorbedingung für die Räumung der Altmark aber werde die Gewissheit sein, dass sich dann nicht die Dänen an der Elbe einnisteten. Christian kam den Wünschen des Cöllner Hofs entgegen: da der Kurfürst verheisse, alles zu thun, damit die Mark nicht zum Nachteil des königlichen Heeres von irgend jemand gebraucht werde, so wolle er, wenn diese Versprechungen gewissenhaft erfüllt würden, das Land seinerseits mit Einquartierungen und Durchzügen verschonen.[3])

Nun hatte man in Cölln, was man wünschte. Mit der Entscheidung des Königs machte sich der Geheime-Rat Sebastian Striepe um die Weihnachtszeit auf zu Lüneburg und Tilly. Die Abführung der Regimenter war naturgemäss der Hauptzweck seiner Sendung, aber daneben, und für den Fall, dass die Aufgabe der

[1]) „Unsern trefflichen Winterfeldt“ nennt ihn der pfälzische Rat Camerarius, (bei v. Orlich, Geschichte des preuss. Staats im 17. Jahrhundert I, S. 9).

[2]) d. d. 15. (25.) November 1626. (St. A.)

[3]) Resolution des Königs, Rendsburg 30. Nov. (10. Dez.) (St. A.)

Altmark verweigert würde, hatte er den beiden ein langes Klageregister vorzulegen.

Denn seitdem die Truppen des Herzogs Georg die Grenzen überschritten hatten, gab es dort im Lande nicht mehr Recht und Gerechtigkeit. Es war eine verwahrloste Bande, die ihr Wesen daselbst trieb, schlimmer als alles, was man bisher an Soldaten gesehen. Ein Drittel der Leute war krank und verhungert in die Quartiere gekommen, ein grosser Teil überdies kaum dem Knabenalter entwachsen.[1]) Jetzt gedachten sie sich schadlos zu halten für all das überstandene Elend. Aber wo sie Erholung hofften, wartete ihrer neue Gefahr. Entsetzlich wüteten damals Pest und Ruhr in den Ortschaften der Mark, insonderheit der Altmark und Prignitz, zurückgelassen als Erinnerungsgabe von den Horden Mansfelds und Wallensteins, als sie im Sommer das Land durchzogen. In Kottbus erlagen der Seuche 900 Menschen, in dem kleinen Kyritz 800,[2]) in Havelberg 668. In Tangermünde zählte man 1600 Tote, in Stendal innerhalb weniger Monate 2511,[3]) während hier sonst das Jahr kaum 300 Sterbefälle brachte; und es wird uns versichert, dass man ausserdem noch Hunderte von Landleuten, welche in die Städte geflüchtet waren, irgendwo in Gärten und Feldern ohne Sang und Klang eingescharrt habe.

In die derart durchseuchten Orte kamen nun die lüneburgischen Soldaten. Infolge der Kriegsstrapazen wenig widerstandsfähig, fielen sie massenhaft der Pest und anderen Krankheiten zum Opfer; in Gardelegen warf man oft zwanzig und mehr von ihnen in ein Grab. So vom Tode täglich bedroht, suchten sie auf alle Weise den vollen Genuss des Lebens; sie erlaubten sich heute alles, weil sie es morgen vielleicht nicht mehr gekonnt hätten. Unsäglich litten darunter die Einwohner. Wer dem Soldaten seinen letzten Bissen gegeben

---

[1]) Rieseberg: Notabilia der Stadt Gardelegen. (Hs. der Königl. Bibliothek zu Berlin) (B. B.)

[2]) Buchholz: Prignitia diplomatica. Hs. B. B.

[3]) Lammert: Geschichte der Seuchen . . . z. Z. des 30jähr. Krieges 1890. — Nach einer Angabe des Lockelius: Marchia illustrata (Hs. B. B.) starben in Drossen 96 Personen an der Pest, während 88 „wieder jung wurden“; danach wäre also etwa die Hälfte der Erkrankten der Seuche erlegen.

hatte, empfing dafür Prügel und Misshandlung. Fenster und Thüren wurden zerschlagen, wenn es nicht ganz nach dem Willen des gestrengen Herren Soldaten ging. Falls dieser etwa auf einige Zeit abkommandirt wurde, so verlangte er dennoch von seinem Wirte das Kostgeld und der Wirt gab es „um des lieben Hausfriedens halben". Erlag gar der Quartierwirt der Pest, so rieb sich sein biederer Wintergast fröhlich die Hände. Seinen Quälereien nachgebend hatte jener ihn zum Erben eingesetzt, und liess nun Weib und Kinder für sich selber sorgen. —

Dem allen sahen die Offiziere ruhig zu, verwiesen vielmehr denen, die Beschwerde zu erheben wagten, ganz ernstlich solche Ungebühr und Anmassung; trieben sie es ja selbst um keinen Deut besser. Sie, und vor allem der Oberkommandirende, der Lüneburger, waren verwöhnte Herren, die einen reichen Tisch und ein angenehmes Leben zu schätzen wussten. Hoch her ging es deshalb in ihren Stabsquartieren. In Gardelegen, wo der Herzog wohnte, mussten hundert der wohlhabendsten Bürger wöchentlich achthundert Thaler für seinen Hofhalt aufbringen; die übrigen in der Stadt liegenden Offiziere beanspruchten fünfhundert Thaler von der Bürgerschaft und zehn, fünfzehn, zwanzig u. s. w. Thaler von jedem der umliegenden Dörfer. Da die reicheren Einwohner für ihre Leistungen an den herzoglichen Hofstaat von Einquartierung befreit waren, so traf diese die ärmeren Klassen doppelt hart. Manch kleine Haushaltung musste fünf Soldaten aufnehmen, abgesehen von den Trossknechten und dem Gesindel, welches die Truppen begleitete. Von jenen empfing ein jeglicher täglich ein halbes „Kopfstück", gleich zwei und einem halben Groschen, der Charge entsprechend auch mehr. Und wehe dem Wirte, der sich dies zu zahlen einmal geweigert hätte: er erhielt solange verdoppelte und verdreifachte Einquartierung, dazu den Profoss und seine Knechte, bis er nachgab.[1])

Noch schlimmer fast sah es auf dem platten Lande aus. Ungehindert brachen hier die Soldaten ein, und des Raubens und des Plünderns ward kein Ende. Der Adel verliess seine Güter, der Bauer flüchtete mit Kind und Kegel von seiner Hufe. Bereits

---

[1]) Rieseberg: Notabilia.

am 4. November, mithin nur wenige Tage nach dem Einrücken der Truppen, musste ein in Seehausen liegender Hauptmann ein Edict erlassen, durch das er alle Geflohenen zur Rückkehr in ihre Häuser aufforderte; sonst werde man dieselben abtragen und das Material bei den Wachtfeuern verbrauchen.

So hatte Striepe, als er sich zuerst nach Gardelegen an den Herzog wandte, der Klagepunkte genug vorzubringen. Indessen seine Verrichtung dort war wiederum ergebnislos.[1]) Lüneburg erklärte sogar, er habe kein Recht, gegen die übrigen ihm unterstellten Obersten vorzugehen. Striepe begab sich nach Peine, wo Tilly sein Winterquartier bezogen hatte. Dem Begehren gegenüber, die Regimenter aus der Altmark zurückzuführen, blieb dieser kühl ablehnend;[2]) Christian, meinte er werde seine Verheissungen vergessen, sobald es ihm nicht mehr vorteilhaft erscheine, sie zu halten. Entweder müsse er, Tilly, zum Könige, oder dieser zu ihm; deshalb wolle er die Elbe haben, für deren Sicherung die altmärkischen Orte einzig und allein brauchbar wären. Über das zuchtlose Gebahren der lüneburgischen Truppen zeigte sich der General sehr verstimmt; wenn der Herzog, so äusserte er, den ernsten Willen habe, Ordnung zu schaffen, so würde ihm keiner der Obersten den Gehorsam versagen; denn er kommandiere als Friedlands Vertreter die Regimenter; ihm selbst habe sie dieser nur unterstellt, um sich ihrer im verflossenen Feldzug zu bedienen, und sie dann mit Winterquartieren zu versehen. Als ihn daraufhin der Gesandte ersuchte, auf die völlige Abstellung der unerschwinglichen Geldzahlungen hinzuwirken, wollte Tilly im eigenen Interesse des Landes davon nichts wissen; es sei für die Leute selbst vorteilhafter, Geld zu geben, als Lebensunterhalt zu liefern, da die Soldaten hierbei gar zu unverschämte Forderungen stellten. Er hätte wohl recht damit gehabt, wenn nicht schliesslich die Söldner zu dem baren Gelde doch noch Lebensmittel genommen hätten.

In diesen Verhandlungen mit Tilly hat Striepe die Sprache auch auf die etwaigen Friedensaussichten gebracht. Es ist interessant, wie Tilly diese Gelegenheit benutzte, um seiner antiständischen und antiprotestantischen Gesinnung unzweideutigen

---

[1]) Striepes Relation d.d. Gardelegen 23. Dez. 1626 (2. Jan. 1627). (St. A.)
[2]) Striepes Final-Relation d. d. Berlin 2 (12.) Januar 1627 (St. A.)

Ausdruck zu verleihen. Der Kaiser, so etwa liess er sich vernehmen, wünsche den Frieden, aber er müsse sich durch ihn die gebührende Stellung erringen. Die bestehende Reichsverfassung sei unbrauchbar, und Pflicht der Kurfürsten, darauf zu denken, wie sie eine neue schüfen, die dem Reichsoberhaupt mehr Einfluss und Achtung zugestünde. Was die Stände des Reiches besässen, dass besässen sie durch den Kaiser, nun widersetzten sie sich ihm. Da sähe man, dass es nichts tauge, wenn die Unterthanen viel Privilegien hätten; nur zur Rebellion gäben sie Anlass. Zumal die neuzeitliche Religionsfreiheit habe Unfrieden im Reiche gestiftet. Warum habe man nicht an dem festgehalten, was die Vorfahren so manches Jahrhundert hindurch geglaubt? die Bibel sei ja doch auch in ihren Händen gewesen. In den Protestanten erblickt der General das unruhige Prinzip in Deutschland; wohin eigentlich ihre weiteren Pläne gingen, wisse niemand, und insbesondere sei es ungewiss, ob sie nicht etwa noch mehr Stifter und Klöster einzuziehen gedächten.

Das Endergebnis dieser Sendung an Tilly war also ein ziemlich negatives. Denn wenn dieser schliesslich auch versprach, dem Herzog von Lüneburg die Beobachtung seiner im Jahre 1624 erlassenen „moderierten“ Verpflegungsordnung anzuempfehlen, so fügte er doch sogleich selbst hinzu, er zweifle, ob Lüneburg sie annehmen werde. Daher sprach Striepe in seiner Schluss-Relation die Überzeugung aus, dass von ligistischer Seite eine Erleichterung in der Lage der Altmark nicht ausgehen könne, dass man sich deren vielmehr nur von Friedland zu versehen habe, an den übrigens auch Lüneburg verwiesen hatte. Dass diese Beobachtung zutreffend war und dass im kaiserlichen Heere thatsächlich nur Wallensteins, nicht etwa des Kaisers Wille massgebend sei, darin gewann auch die Cöllnische Regierung bald tiefen Einblick. Um so mehr aber musste man hier bedauern, dass sich diese Erkenntnis nicht einige Wochen früher Bahn gebrochen hatte.

Kurz vor Striepes Heimkehr war der Geheime-Rat Sigismund von Götz[1]) als brandenburgischer Gesandter an den kaiserlichen

[1]) Den Verlauf der Götz'schen Gesandschaft bespricht eingehend Opel: Das Kurfürstentum Brandenburg in den ersten Monaten des Jahres 1627. Historische Zeitschrift 51.

Hof abgereist, um nunmehr bei Ferdinand persönlich wegen der Räumung der Altmark vorstellig zu werden. Hätte man bereits damals durchschaut, wie abhängig der Kaiser nach den Brucker Abmachungen von Wallenstein war, so würde man jene Botschaft wohl lieber an Wallenstein gerichtet haben. Jetzt begab sich zwar Götz zuerst nach Prag zu dem Herzog, um dann aber sofort seinen Weg nach der Hofburg fortzusetzen. Dies verstimmte Friedland, und es machte ihn den brandenburgischen Wünschen gegenüber vollends unnahbar, als auf Götzens Drängen der Kaiser ihm zuschrieb, er sei mit der unvermuteten Besetzung der Altmark durchaus nicht einverstanden.[1] Hatte er Götz in Prag mit Zuvorkommenheit behandelt und Hoffnung auf Erfüllung seiner Anliegen erweckt, so trat er ihm später in Wien mit Unfreundlichkeit entgegen und liess statt der Erwartungen nur Befürchtungen rege werden. In Wirklichkeit war es mit dem Augenblicke, wo Götz sich von Prag nach Wien aufmachte, entschieden, dass auch von dieser Seite ein Wandel in der bedrängten Lage der Altmark und demnächst des krossenschen und sternbergischen Kreises nicht zu erreichen sein werde.

Inzwischen war ein Ereignis eingetreten, welches für das Schicksal der gesamten brandenburgischen Lande insofern bedeutungsvoll wurde, als es der gerade jetzt so notwendigen festen Leitung der Staatsgeschäfte Eintrag thun musste. Georg Wilhelm hatte sein Kurfürstentum verlassen und sich mit Schwarzenberg und einem Teil der Räte auf den Weg nach Preussen gemacht.

Das Herzogtum Preussen, erst vor wenig Jahren an die brandenburgischen Fürsten übergegangen, hatte diesen bisher kaum Freude an seinem Besitz bereiten können. Die Kriege zwischen der evangelischen und der katholischen Linie der Wasas, zwischen Schweden und Polen, versetzten das Land trotz seiner Neutralität in andauernde Unruhe, und im Sommer des Jahres 1626 hatte gar Gustaf Adolf durch die unerwartete Einnahme Pillaus in Preussen festen Fuss gefasst. Der Verlust dieses wichtigen

---

[1]) Das Schreiben (d. d. 25. Februar) ist abgedruckt bei Opel: Das Kurfürstentum Brandenburg . . Beilage 1.

Platzes wurde in Warschau schwer empfunden, und man machte kein Hehl daraus, dass man überzeugt sei, Georg Wilhelm, Polens Lehensträger, habe ihn verschuldet und lasse die pflichtmässige Vasallentreue vermissen.

Um diesem Misstrauen zu begegnen, beschloss der Kurfürst auf Schwarzenbergs Rat, selbst in das Herzogtum zu ziehen und den Schweden energisch entgegenzutreten. Einige tausend Mann geworbenen Volks sollten seinem Unternehmen zum Rückhalt dienen. Die Regierung der Mark übertrug er inzwischen dem Geheimen Rate, an dessen Spitze der Kanzler Dr. Pruckmann stand und als dessen ordentliche Mitglieder Samuel von Winterfeldt, Sigismund von Götz und Sebastian Striepe zurückblieben. Den Bitten dieser Räte, einen Statthalter zu ernennen, hatte der Kurfürst keine Folge gegeben, die Instruction, welche er ihnen statt dessen erteilte, liess tausend Fragen offen, und um die Verwirrung voll zu machen, wurde den Räten, wenn auch vielleicht auf ihren eigenen Wunsch, anbefohlen, in allen wichtigen und schnell zu erledigenden Dingen das Gutachten und die Unterstützung des Kreisobersten, des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen, zu erbitten. Georg Wilhelm selbst hatte in dieser Angelegenheit vor seiner Abreise den Sachsen in Annaburg besucht, und erneuerte beim Verlassen des märkischen Bodens[1]) seine Bitte an ihn, die Interessen des befreundeten Nachbarstaates nach Kräften wahrzunehmen. Bei einer ganzen Reihe von Anordnungen wandten sich naturgemäss die Räte zuvor an die Entscheidung ihres Herren, und da man sich in Königsberg nicht sehr beeilte, die Entschliessung des bequemen Kurfürsten herbeizuführen, so wurde der Gang der Geschäfte überaus langsam und schleppend.

Nicht minder fühlbar machte sich das Fehlen einer mit genügenden Vollmachten ausgerüsteten Persönlichkeit in all dem, was die Landesverteidigung im besonderen betraf. Einem landständischen Beschlusse gemäss waren im Dezember neun Kompagnien Fussvolk zu je 100 Mann für die „Defension“ der Mark angeworben worden. Adam Valentin von Redern, Philipp Ernst

[1]) Georg Wilhelm an Johann Georg d. d. Marienwalde 4. (14) Januar 1627 (St. A.)

von Schenk, Heinrich von Milwitz, Friedrich von Götz, Georg Ernst von Wedel, Joachim Senff, Andreas am andern Ende, Georg Reichard und ein Capitän Behr, — für welchen bald Henning von Götz eintrat — standen als Hauptleute an der Spitze je einer dieser Kompagnien. Mit dem Oberbefehl über die gesamten Truppen und über die im Bedarfsfalle aufzubietende Landwehr, das „Landvolk" und die „Lehenspferde", betraute der Kurfürst bei seinem Weggange den bereits genannten Oberstleutnant von Redern, einen in den letzten Jahren mehrfach bewährten Soldaten. Jedoch auch hier beging er den Fehler, eine Instruction nur ganz allgemein und, wie es scheint, sogar nur mündlich zu erteilen: Redern solle die Pässe des Landes verteidigen oder sich mit gutem Accord in die Festungen zurückziehen. Seine Befugnisse waren nicht abgegrenzt, vielmehr dadurch verdunkelt, dass Redern generaliter anbefohlen war, mit den Geheimen Räten sich im Einvernehmen zu erhalten. Dass solch eine Bestimmung die Quelle fortwährender Unsicherheit sein musste, lag auf der Hand; in einigen Wochen waren die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Räten und Oberstlieutenant akut geworden, jene verfügten Massregeln, die Redern als völlig verkehrt bezeichnete, und beide Parteien beschwerten sich heftig über einander beim Kurfürsten.

Als der Plan Georg Wilhelms, die Mark zu verlassen im Lande bekannt wurde, empfand man darüber allerorten wenig Freude. Zwar war der Kurfürst im Volke anscheinend nicht gerade beliebt — häufig genug hören wir von achtungswidrigem Gerede über ihn, zum grossen Teile wohl hervorgerufen durch die Zugehörigkeit des Fürsten zu dem verhassten kalvinischen Bekenntnis. Allein das Gefühl, dass gerade jetzt, wo Kriegsgefahren das Land bedrohten, der Regent seinen Unterthanen den Rücken kehre, dass der landesherrliche Schutz und die fürstliche Fürsprache versagen sollten, wo sie nach unten und nach oben am nötigsten seien, dies Gefühl musste niederschlagend wirken. In mannigfachen Eingaben wurde daher dem Kurfürsten die Bitte ausgesprochen zu bleiben. Doch sein Entschluss stand fest. Unrecht würde man ihm thun, wollte man Mutlosigkeit als den wahren Grund seiner preussischen Reise annehmen, aber im Volke galt diese thatsächlich als eine Fahnenflucht.

Unter den Vorstellungen, welche den Kurfürsten von einem Verlassen der Kurlande zurückzuhalten strebten, verdient besondere Beachtung das schon erwähnte Schreiben [1]) der Städte Pritzwalk, Perleberg und Lenzen. Es ist bereits vom 13. November datiert und steht ganz unter dem Eindruck der ersten Nachrichten von dem geplanten Weggange des Kurfürsten. Man will durchaus nichts hiervon wissen, und rechtfertigt seine Bedenken durch den Hinweis, dass man einen Einfall in die Prignitz von seiten der Kaiserlichen wie auch von dänischer Seite besorge. Denn dass die Kaiserlichen sich nicht mit der Altmark begnügen würden, schien lange Zeit feststehend; und dass insonderheit eine Besetzung der Havellinie geplant sei, hatte man in der Altmark nicht minder wie bei den in den Stiftern liegenden Truppen Aldringens immer wieder gehört. Zwar vergewisserte sich die Regierung bald, dass von Dessau her eine Überrumpelung nicht zu befürchten sei — der junge kurfürstliche Hofrat und Kammerjunker Kurt Bertram von Pfuel hatte, an den Obersten Aldringen abgesandt, diese Versicherung zurückgebracht —, aber die lüneburgischen Herren waren offen genug zu erklären, dass sie ihre diesjährige Aktion noch nicht als beendet betrachteten und dass ihr Absehen sich vornehmlich auf Havelberg richte. [2])

In der Prignitz war man keinen Augenblick schwankend, wie man derartigen Versuchen werde ein Schach zu bieten haben. Schon in der soeben erwähnten Eingabe betonten jene drei Städte, Adel, Bürger und Bauer seien eins in dem Entschlusse, Gut und Blut daran zu setzen, um Kaiserlichen und Dänen den Einmarsch in den Kreis zu verwehren. Entsetzt über solche Kühnheit wiegelte die Regierung ab: [3]) es bestehe nicht die geringste Gefahr für die Prignitz; kurfürstliche Gesandtschaften würden jedes weitere

---

[1]) S. o. S. 7 Anm. 2.

[2]) Es hiess schon im November, Lüneburg wolle eine Schiffsbrücke über die Elbe schlagen und in die Prignitz einbrechen. Man hatte daraufhin dem Kapitän v. Ribbeck deshalb Anweisung gegeben, mit seiner Kompagnie aus Spandau nach Havelberg zu gehen. Doch ist er in Spandau verblieben. (Die Regierung an den Hauptmann Christoph von Putlitz d. d. 16. (26) November 1626 (St. A.)

[3]) Cölln 16 (26) November 1626.

Unheil fernhalten und das geschehene in kurzem aufhören machen. Man möge doch bedenken, dass überall, wo Geworbene und Landvolk zusammenträfen, dieses unterliege und dann klagende Wittwen und Waisen hinterlasse; ehe man deshalb zu diesem äussersten Mittel greife, müsste sich vorher jeder andere Ausweg als unmöglich erwiesen haben. Da nun etwa gleichzeitig — am 22. November — der Herzog von Lüneburg mit der Mehrzahl der altmärkischen Truppen nochmals gegen Christian aufgebrochen war, und seine Unternehmung mehrere Wochen in Anspruch nahm, so sahen die prignitzer Stände einstweilen von der Ausführung ihrer Verteidigungspläne ab. Indes die Rückkehr Lüneburgs in die Altmark, die unmittelbar bevorstehende Abreise des Kurfürsten nach Preussen, und vor allem die bestimmtesten Nachrichten von Absichten auf Havelberg drängten doch wieder auf eine Entschliessung. Als Redern am Tage vor Weihnachten (3. Januar) nach Gardelegen kam, fand er den ganzen Markt voller Soldaten. Man hielt ihm gegenüber nicht damit zurück, dass der Herzog der brandenburgischen Besatzung Kalbe entreissen wolle, und dass er von Tilly beauftragt sei, sich Havelbergs zu bemächtigen. Freilich musste der Oberstlieutenant nunmehr in die Abtretung des „Kalbischen Werders“ willigen — das „Haus Kalbe“ blieb in seinen Händen; von einem Marsche auf Havelberg aber stand der wenig regsame Lüneburg auch dieses Mal noch ab, als Redern darauf aufmerksam machte, dass die Einnahme der Stadt den Kaiserlichen kaum Nutzen bringen, die Mark jedoch von dänischer Seite her in viel Ungelegenheit stürzen werde.

Sechs Tage danach finden wir die prignitzer Stände in Perleberg zu einem Kreistage versammelt. Was man im November geplant, ward jetzt Beschluss. Eine „Defensionsverfassung“ — defensiv gegen jedermann — kam zu stande; Kurt von Möllendorf trat als Rittmeister an ihre Spitze. Man forderte die Regierung auf, Plaue, Havelberg, Brandenburg, Fehrbellin, Rathenow und die „auf Parchim und Grabow“ zu liegenden Pässe zu besetzen, und ersuchte sie gleichzeitig, den Prignitzern durch Zuweisung von Geschütz und Munition Unterstützung zu gewähren. Diese letzte Bitte schlugen die Räte ab, da sie so wenig wie auch Redern die Verfügung über das Festungsmaterial besässen; nochmals

widerrieten sie die ganze Defensivverfassung, weil sie leicht offensiv erscheinen könne, und es nichts tauge solch ein Werk in Abwesenheit des Kurfürsten zu beginnen.[1]) Dieser selbst genehmigte schliesslich die Verfassung, der bald danach der Ruppiner Kreis beigetreten war — wiederum ohne die Regierung um Rat zu fragen.

Inzwischen liess es sich auch Redern angelegen sein, die Verteidigungsfähigkeit der Prignitz zu stärken; Lenzen wurde mit der Kompagnie des Kapitän Reichard, Havelberg mit der des Kapitän Schenk belegt. Da die beiden Kompagnien nebst den Mannschaften des eigenen Kreises für die Sicherung der bedrohten Grenzen doch noch nicht auszureichen schienen, so wurden auch aus den benachbarten Kreisen die Lehenspferde aufgeboten und in die prignitzer Pässe verteilt. Diese Massregeln hatten den gewünschten Erfolg. Denn wenn auch einmal, als das Eis der Elbe zum Stehen gekommen war, einige plündernde „Krabaten" — die leichte kaiserliche Reiterei — auf das diesseitige Ufer sich vorwagten, so verzichtete man doch einstweilen in Gardelegen auf grössere Unternehmungen.

Während dank jener energischen Vorkehrungen die Prignitz von dem befürchteten feindlichen Einmarsch verschont blieb, erfolgte ein solcher unvermutet im fernsten Süden des Landes, in Krossen.

Schon im November hatte sich von Sagan aus der wallensteinische Oberstleutnant Christian Vitzthum von Eckstedt mit sechs Kompagnien Dragoner in Krossen und Kottbus einquartieren wollen. Allein der Kurfürst, davon benachrichtigt, hatte Befehl erteilt, wenn nötig mit Gewalt der Ausführung dieser Absicht entgegenzutreten, da weder Friedland noch der Kaiser ihn von solchem Vorhaben in Kenntnis gesetzt hätten. So geschah es. Als sich Vitztum mit einem Teile seiner Leute in die Vorstädte von Kottbus einquartirte, wurde er unverzüglich von den Bürgern wieder hinausgetrieben, und ging mit seinen Kompagnien über die Grenze zurück. Indes Wallenstein hatte wirklich die Absicht, Krossen zu besetzen. Gerade damals nämlich hatten sich Mansfelds Truppen, aus Ungarn heimkehrend, in den Städten Oberschlesiens festgesetzt, und es schien zu erwarten, dass bei der ersten, besten Gelegenheit entweder sie nach dem Norden durchbrechen, oder

[1]) Die Räte an die Prignitzer d. d. 7. (17.) Januar 1627 (St. A.).

dass ihnen etwa von dorther dänische Truppen zu Hülfe kommen würden. Wallenstein musste deshalb darauf denken, die Verbindungslinie der beiden getrennten feindlichen Heereskörper zu unterbrechen. Da erschien ihm nun Krossen, der Oderpass, dessen sich vor wenigen Monaten der Mansfelder für seinen Einfall in Schlesien bedient hatte, als der Platz, von dem aus man am besten Durchbruchsversuchen begegnen werde; und er wählte ihn doppelt gern, weil er durch seine Besetzung es dem Brandenburger einigermassen vergelten konnte, dass er den Grafen in die Erblande hat gelangen lassen. Am 25. Dezember [1]) ersuchte er daher den Kurfürsten, „auf eine kurze Zeit" etliches Volk nach Krossen legen zu dürfen, da es in Schlesien nicht mehr unterzubringen sei; er erweise ja dadurch zugleich auch ihm einen Dienst, indem er hoffe, auf diese Weise neue Einfälle der dänischen Truppen in die Mark zu verhindern. Weil man nun im kaiserlichen Heere längst gewöhnt war, die Gewährung solcher Bitten als selbstverständlich anzusehen, so rückte das Volk bereits in die Mark ein, ehe noch der Kurfürst seine Zustimmung erteilt hatte.

Doch nicht in die Mark! Friedland hatte ja dem Kurfürsten versprochen, die Mark mit Wintereinlagerung zu verschonen! Er wusste einen Ausweg. Bis vor anderthalbhundert Jahren war Krossen ein Teil des Herzogtums Schlesien gewesen, damals aber mit Züllichau und anderen Städten als Abstand von der Glogauischen Erbschaft an den brandenburgischen Kurfürsten Albrecht gelangt. Jetzt reklamirte es Wallenstein plötzlich als Schlesien zugehörig, und hatte den kaiserlichen Oberamtsverwalter des Herzogtums, den Herzog Georg Rudolf von Liegnitz angewiesen, es in die Quartierliste der schlesischen Truppen aufzunehmen. Mochte auch das Verhältnis jener Gebiete zu Schlesien noch nicht völlig gelöst sein, [2]) Bestandteile des Herzogtums waren sie doch keineswegs mehr, so wenig wie heutzutage etwa Wismar zum schwedischen Reiche gerechnet werden darf. Georg Wilhelm und seine Räte waren aufgebracht über die neue Staatslehre; sie

---

[1]) Wallenstein an Georg Wilhelm d. d. Borra, den 25. Dez. (St. A.).

[2]) Johann Georg von Sachsen schreibt an den Oberamtsverwalter d. d. 12. (22.) Januar: Es habe „eine andere Beschaffenheit mit den andern schlesischen Fürstentümern" als mit Krossen. (St. A.)

mühten sich ab, ihre Haltlosigkeit darzutun; aber mit einer gewissen Ironie kam man kaiserlicherseits immer wieder auf dieselbe zurück, und stellte es hin, als ob über ihre Berechtigung ein Streit eigentlich ausgeschlossen sei. Für Friedland war es natürlich die Hauptsache, dass er sich Krossens versicherte; mit den Klagen der märkischen Regierung getraute er sich schon fertig zu werden.

Mitte Januar erfolgte der Einmarsch. Am 16. erschien der Oberstwachtmeister im Regiment Gonzaga, Graf Karlo Lorenzo von Porcia mit wenig Pferden vor den Thoren Krossens und bat um Einlass, indem er vorgab, der Ueberbringer wichtiger Briefe an den Kurfürsten zu sein. Da man in der Stadt noch nichts von den Absichten der Kaiserlichen wusste, so liess man den Grafen gegen die Versicherung ein, am folgenden Tage weiterreisen zu wollen. Als jedoch der nächste Tag anbrach, besann sich Porcia nicht mehr auf sein Versprechen, und da am Mittag drei Fähnlein unter dem Oberstleutnant Wangler in die Stadt rückten, denen bald zwei weitere Fähnlein und ein Cornet Reiter folgten, war ihm auch sein Auftrag an den Kurfürsten aus dem Gedächtnis entschwunden.[1] Nicht lange danach wurden auch in Bobersberg, Sommerfeld und in dem Sternbergischen Kreis, der doch niemals zu Schlesien gehört hatte, Infanterie und Dragoner einquartiert. Vergebens baten die Räte bei Wallenstein um Abführung der Regimenter; sie versicherten, dass ein neuer Einfall Mansfelds oder irgend jemandes sonst nicht zu besorgen sei, und verstiegen sich sogar zu einer Behauptung, an deren Wahrheit sie doch selbst nicht glauben mochten, dass nämlich der Kurfürst hinreichend Truppen zur Verfügung habe, um damit die Oderkreise vollauf zu besetzen.[2] Da sich indes Wallenstein mittlerweile nach Prag begeben und seine Vertretung im Kommando der schlesischen Truppen dem Obersten Pechmann in Neisse übertragen hatte, so liess er alle an ihn gerichteten Vorstellungen unbeantwortet und übersandte der brandenburgischen Regierung für ihre Eingaben nur Empfangsbescheinigungen. Die mit Pechmann angeknüpften Verhandlungen aber führten schon

[1] Chronik von Krossen (Hs. B. B.).
[2] Die Räte an Wallenstein, 20. (30.) Januar 1627 (St. A.).

aus dem Grunde zu keinem Ende, weil dieser bei der Erklärung verblieb, ohne Friedlands Einwilligung dürfe er die märkischen Quartiere nicht räumen. Ueberdies war grade er von dem Gefühl, dass die Occupation nur die gerechte Wiedervergeltung für den Durchzug Mansfelds sei, derart durchdrungen, dass er den Klagen der Krossener Stände über die furchtbaren Ausschreitungen[1]) der Kaiserlichen die empörende Antwort zu teil werden liess, soweit er berichtet, befleissigten sich seine „ehrlichen Offiziere und Soldaten" der höchsten Ordnung.[2])

Allein diese Bedrückungen in den südöstlichen Kreisen der Mark mochten noch nicht einmal als das schlimmste erscheinen. Seitdem Sternberg occupiert war, musste es jedem klar geworden sein, dass nicht die Sicherheit vor den Dänen der Ausschlag gebende Gesichtspunkt für das Vorgehen der Pechmannschen Truppen war, sondern dass man darin nur einen ersten Anlass, einen guten Vorwand hatte finden wollen für die beschlossene Ausbeutung der Kurlande. Von Sigismund von Götz erfuhr man später,[3]) dass dieses System die Billigung der kaiserlichen Regierung gefunden habe; vorläufig schloss man es nur aus allerlei drohenden Anzeichen. Man vernahm von Truppenbewegungen bald aus diesem, bald aus jenem Orte, und doch wusste niemand nähere Auskunft zu geben. Freiöffentlich erörterten die kaiserlichen Offiziere eine Ueberrumpelung der Festung Peitz, zu deren Einleitung bereits vor Wochen ein Offizier die Lage und den Verteidigungszustand des Platzes ausgekundschaftet haben wollte. Angelegentlichst fragten sie danach, wie weit es nach Kottbus und nach Frankfurt sei, ob man über Frankfurt zu marschieren hätte, um nach Berlin zu gelangen, oder über Guben. Auch ein Zusammenwirken mit Tilly schien ins Auge gefasst; wenigstens hiess es, dass fortwährend rege Verbindung mit dem ligistischen General gehalten werde, ja es verlautete einmal, dass dieser demnächst in Krossen zu erwarten sei. Und sollte nicht etwas dahinter stecken, wenn die Offiziere danach forschten, wie viel

---

[1]) Vgl. darüber: Opel: Das Kurfürstentum Brandenburg.

[2]) So erwiderte er den Abgeordneten der Krossener Kreisstände am 14. Februar 1627 (St. A.).

[3]) Vgl. Götzens Bericht aus Wien 13. (23.) März 1627 (St. A.).

Tage Tilly brauche, um die Residenzen zu erreichen?[1]) Nur zu wohl stimmten ja zu dieser Befürchtung einer neuen Gefahr aus Westen die Nachrichten, welche von dort aus bekannt wurden. Den altmärkischen Kriegskommissaren gegenüber — man hatte dort einige Kreiseingesessene mit der besonderen Vertretung der Interessen des Landes beauftragt — hatten Lüneburgs Räte sich vernehmen lassen, sobald die Elbe zugefroren sei, würden Truppen hinübergesetzt werden, zumal nach Havelberg. In der That hatte sich auch ein in Sandau im Quartier liegender kaiserlicher Offizier, von Fels, nach Havelberg begeben, dort alles eingehend besichtigt und beim Heimreiten versprochen, er wolle bald zurückkehren, aber stärker als heute. Capitän von Schenk war diesem Besuche nicht zuwider gewesen, und entschuldigte solch unerhörte Pflichtvergessenheit damit, dass er doch einen so vornehmen Herren nicht vor dem Thore habe abweisen dürfen. Kurz darauf hörte man wieder, dass das um Seehausen kantonnierende Haussmannsche Reiterregiment über die Elbe und die Havel zu gehen beabsichtige.

All dies Gerede, beruhte es auch wohl gutenteils auf der Grosssprecherei der wallensteinischen Offiziere, musste dennoch die Geheimen Räte in die höchste Aufregung versetzen. Die Defensivverfassung der Prignitz mochte ihnen jetzt gar nicht mehr unlieb sein. Fast wehrlos lag indes, zudem durch keine natürliche Grenze geschützt, der Osten der Mark den kaiserlichen Angriffen offen; sie bedrohten Frankfurt und Landsberg, ja selbst die beste Festung der Mark, Küstrin, schien im Falle eines Anschlages darauf verloren. Die Garnison war unzureichend; der sie befehligende Hauptmann Senff, seiner schwierigen Aufgabe kaum gewachsen, fasste leicht übereilte Entschlüsse; vor allem fehlte es an Proviant.

Während derart „das verfluchte leidige Kriegswesen“ den Geheimen Räten den Kopf schwer machte, erlebten sie auch bei der Regelung der inneren Staatsangelegenheiten wenig Erfreuliches.

Im Beginn des Monats Februar war zu Cölln ein land-

[1]) Der Rat von Krossen an den Hauptmannschaftsweser Busso von Gülen, d. d. Krossen 23. Januar (2. Febr.) 1627 (St. A.).

ständischer Tag[1]) zusammen getreten, um über die Proposition des Kurfürsten, die Zahl der Defensionstruppen auf 2000 Mann zu erhöhen, zu beraten. Die Versammlung verlief so stürmisch wie nie zuvor. Ein Teil der Versammelten, vornehmlich die Städte, wollten überhaupt nichts von neuen Werbungen wissen, sondern die gesamte Defension nur dem Landesausschuss anvertrauen. Was denn die Defensionen der verflossenen Jahre genützt hätten? nur Schaden hätten sie infolge der schlechten Kriegszucht dem Lande verursacht. Ob sich die Herren Räte etwa einbildeten, mit 2000 Mann die Mark schützen zu können. Man erwiderte ihnen, dass es auf eine „Hauptschlacht" freilich nicht abgesehen sei, dass man aber einzelne wichtige Pässe selbst besetzen wolle, damit sie nicht anderen in die Hände fielen. Gleichwohl war die Bewilligung der vollen geforderten Anzahl von den Ständen nicht zu erreichen. Zwar zeigte sich der Oberstand geneigt, die Anwerbung von weiteren 900 Mann zuzugestehen, allein die städtischen Abgesandten versicherten, dass ihnen insgesamt 1000 Mann, also eine Erhöhung der vorhandenen Streitmacht um 100 Köpfe, reichlich genug schienen, und dass sie nicht wieder nach Hause zurückkehren dürften, wenn sie dem Vorschlage der Ritterschaft beistimmten. Endlich einigte man sich auf die Bewilligung von 1500 Mann, verpflichtete sich aber nur auf drei Monate zur Erhaltung derselben. Die neu zu werbenden 600 Söldner sollten nicht zu besonderen Verbänden vereinigt, vielmehr sechs der bestehenden neun Kompagnien auf je 200 Köpfe gebracht werden. — Friedlicheren Fortgang nahmen die Verhandlungen über die Aufstellung und den Unterhalt des Landesaufgebots. Die einzelnen Städte wollten das Landvolk, die Ritterschaft die Lehenspferde verpflegen; die im Felde stehenden Leute sollten monatlich abgelöst, übrigens aber dem Oberstleutnant zu beliebiger Verfügung gestellt werden. Dem bedeutsamen und zeitgemässen Antrag der Räte, das Kriegskommissariat zu einem gesetzlichen Institut zu erheben, verweigerten dagegen die Stände ihre Zustimmung, um die daraus erwachsenden Kosten zu ersparen.[2])

[1]) Im einzelnen s. darüber: Opel: Das Kurfürstentum Brandenburg.

[2]) Relation der Räte an den Kurfürsten d. d. 21. Febr. (3. März) 1627 (St. A.).

Wie wenn sie dazu bestimmt gewesen wäre, die gegenwärtige Hülflosigkeit des Staates und somit auch die Notwendigkeit der verlangten Truppenbewilligung den Landesboten recht handgreiflich vor die Augen zu führen, lief grade, als der Landtag eben eröffnet war, eine neue Hiobspost von den Grenzen der Mark her ein. Nicht die kriegs- und siegsgewohnten Regimenter Friedlands waren es diesmal, welche das Land bedrängten; wilde Kosackenschwärme hatten sich von Polen her, das Eis der Drage überschreitend, über die Neumark ergossen und die Dörfer nahe der Grenze völlig ausgeraubt. Selbst die Städte Woldenberg und Friedeberg hatten sie zu überraschen gesucht, in Landsberg war die Nachricht verbreitet, dass von Meseritz aus noch weitere tausend Pferde unterwegs seien. So flüchtete sich alles vom Lande in die Stadt. Die Küstriner Regierung rief schnell den Landesausschuss zu den Waffen, der Rittmeister von Schönebeck ward abgesandt, mit einigen Lehenspferden den Marsch der Kosacken zu beobachten; aber so eilend wie sie gekommen, waren die Räuber mit ihrer Beute verschwunden.[1]) Gleichzeitig wurden auch Züllichau und Schwiebus von Kosackenscharen heimgesucht. Wohin sie wollten, wem sie zugehörten, vermochte niemand zu sagen.

Das Geheimnisvolle dieses Kosackeneinfalles wirkte doppelt beunruhigend, als ja, wie bereits bemerkt, die Kreise an der Oder in ausserordentlich schlechtem Verteidigungszustand waren. In der richtigen Erkenntnis dieser bedenklichen Schwäche hatte allerdings der Kurfürst, um doch wenigstens der dortigen Defension einen geeigneten Leiter zu geben, bereits dem Hans Friedrich von Stissel die Oberstleutnantschaft über die Neumark und die ihr anliegenden Oderkreise angeboten. Allein dessen Bestallung musste zuvor noch von den Ständen der betreffenden Kreise gutgeheissen werden; inzwischen hätte Redern auch die dortige Verteidigungsorganisation zu leiten gehabt. Aber bisher hatte er, in der Prignitz beschäftigt, keine Zeit gefunden, sich dieser Aufgabe zu unter-

[1]) Der neumärkische Kanzler Hans von Benckendorf an die Cöllner Räte d. d. Küstrin 25. Jan. (4. Febr.) 1627 und die Cöllner Räte an Sigismund von Götz d. d. Cölln 29. Januar (8. Febr.) 1627 (St. A.).

ziehen. Schon vor mehreren Wochen war er von den Geheimen Räten dringend ersucht, mit seiner Kompagnie nach Spandau zu kommen, damit er ihnen in militärischen Fragen besser an die Hand gehen könnte. Ob er jedoch in diesem Verlangen das Streben wittern mochte, seine Selbständigkeit zu beschränken, jedenfalls zeigte Redern wenig Neigung ihm zu entsprechen, und liess sogar die Regierung Wochen hindurch ohne Nachricht über seine Massnahmen. Erbittert über solche Missachtung, wandten sich die Räte an den Kurfürsten,[1]) stellten ihm ihre Hülflosigkeit vor, in die sie nicht geraten wären, wenn er ihrem Wunsche entsprechend einen Kriegsrat gestiftet hätte, und baten schliesslich einen „alten erfahrenen Obersten" für die Defension der Mark zu bestallen. Als dann Anfang Februar Redern sich endlich in Cölln einfand, platzten die Gegensätze hart aneinander. Ohne Umschweife eröffnete der Oberstleutnant den Räten, dass er nicht auf ihre Schreiben hin gekommen sei, sondern weil er sonst hier Geschäfte habe; er sei auch bereits einige Tage in Berlin. Der schroffe Ton, den Redern in die erste Besprechung hineingetragen hatte, trübte auch die folgenden Verhandlungen.

In sechs Punkten legte ihm die Regierung ihre Forderungen vor, unter denen der erste, zweite, vierte und fünfte die wichtigsten waren. Redern solle, so verlangten die Räte zuerst, sich nach Peitz und Küstrin begeben, die beiden Festungen besichtigen und Vorschläge zu ihrer Verstärkung einreichen. Jener erklärte zwar nicht, ob er mit diesen Wünschen einverstanden sei, wies sie indes nicht geradezu zurück. Doch steifte er sich anfangs darauf, dass er dann sogleich das erforderliche Geld erhalten müsse, und konnte nur durch den Einwand der Räte, man wolle gerade durch seine Untersuchungen die Höhe der benötigten Mittel erfahren, um diese danach bei den Ständen zu beantragen, von seinem Widerspruch abgebracht werden.

Desto unzugänglicher zeigte sich der Oberstleutnant gegenüber den weiteren Anbegehren der Geheimen Räte. Die Stadt Havelberg hatte wegen des Fels'schen Zwischenfalles über den Capitän Schenk Beschwerde geführt, und die Räte ersuchten jetzt

[1]) d. d. Cölln 13. (23.) Januar 1627 (St. A.).

Redern, seine Hauptleute besser zu instruieren. Allein dieser verbat sich kurzweg jede Einmischung: die Städte, erwiderte er, sollten sich mit den Klagen an ihn selbst wenden; er werde schon wissen, was er anzuordnen habe. Die Räte schwiegen, bewahrten sich aber ihre Entschliessungsfreiheit: „Wir haben uns mit Ihme in keine weitere Wortwechselung einlassen wollen, sind aber auch nicht bedacht, uf seine Ordinanz zu warten." [1]) Sie wollten dies um so weniger, als auch von den beiden Städten Brandenburg Beschwerde eingegangen war, weil der in Plaue liegende brandenburgische Leutnant sich den fehlenden Proviant aus den brandenburgischen Dörfern zu holen gedroht hatte. Auch hier widersprach Redern dem Ersuchen um geeigneten Befehl unter dem Hinweis, dass die Städte gut thäten sich zu fügen. Am empfindlichsten aber wurde er, als man ihm den Handel mit Stissel vorlegte. Da dessen Berufung der Wille des Kurfürsten war, durfte er freilich nicht den barschen Ton anschlagen, den er bisher beliebt hatte; aber er fand geschickt genug eine Handhabe, um sich seines Nebenbuhlers zu entledigen. Das kurfürstliche Rescript wollte Stissels Bestallung auf das Kommando über das neumärkische „Landvolk" gerichtet haben — Geworbene gab es in diesen Kreisen nicht ausser in den Festungen Küstrin und Peitz. Die Räte behaupteten nunmehr, dass „Landvolk" im Gegensatz zu den Söldnern zu verstehen sei, mithin neben dem Landvolk i. e. S. auch den städtischen Ausschuss und die Lehenspferde umfasse. Dem gegenüber berief sich Redern darauf, dass ihm der Befehl über die Lehenspferde ausdrücklich zugesagt und die Rittmeister in ihren Bestallungen an ihn gewiesen wären. Da an des Oberstleutnants Starrsinn jeder Vermittlungsversuch der Räte scheiterte, so mussten sie von einer Ernennung Stissels einstweilen absehen, und dieser selbst erklärte, die Entscheidung des Kurfürsten abwarten zu wollen.

Jetzt trat Redern seinerseits an die Regierung mit einer Reihe von Anträgen heran. Zuerst verlangte er zu erfahren, ob neue Kompagnien geworben oder die alten verstärkt werden sollten. Die Räte lehnten eine Beantwortung dieser Frage ab, weil man die

---

[1]) Die Räte an den Kurfürsten d. d. 26. Jan. (5. Febr.) 1627 (St. A.).

Anschauungen der Landschaft noch nicht kenne. Sodann wünschte er eine eingehende Instruction, wohin er den Befehl des Kurfürsten, die Pässe zu sichern oder sich unter günstigen Bedingungen in die Festungen zurückzuziehen, aufzufassen habe. Er hatte auch mit diesem Ersuchen kein Glück. Man gab ihm zwar zu erkennen, dass damit nach der Ansicht der Regierung der Kurfürst ein Zurückgehen auf die Festungen für den Notfall geboten habe, wies jedoch den Erlass einer authentischen Erklärung von sich. Die habe sich Redern, wenn er Zweifel über die Auslegung seines Auftrages hege, längst beim Kurfürsten erbitten sollen.

Diese Verhandlungen spielten am 2. Februar. Am folgenden Tage erschien Redern — man glaubte ihn schon auf dem Wege nach Peitz — plötzlich noch einmal bei den Räten; Stissel begleitete ihn. Der Oberstleutnant war friedfertiger: er sei mit Stissels Ernennung einverstanden, erklärte er. Nur möge man ihm keine Vorwürfe machen, wenn nun etwas versehen werde. Diesen Vorbehalt meinten die Räte nicht annehmen zu dürfen; der Oberstleutnant, erwiderten sie, habe eine so bedeutende Aufgabe, dass er allein zusehen solle, wie er ihr gerecht werde. Redern ging, wohin erfuhr man nicht.

Tags darauf gelangte die Proposition, Stissel als Oberstleutnant für die Oderkreise zu bestallen, vor den Landständen zur Erörterung. Hier erwies es sich allerdings, dass auch die Kreise keineswegs geneigt waren, dem kurfürstlichen Vorschlage zu entsprechen. Vielleicht hatte Redern von dieser Stimmung Kenntnis erhalten, und sich, weil er jetzt die Zurückweisung Stissels voraus erblickte, zu seinem scheinbaren Entgegenkommen herbeigelassen. Der Widerspruch richtete sich besonders gegen die Persönlichkeit Stissels. Die Vertreter des Krossen'schen und Züllichau'schen Kreises wünschten unter dem Kommando des Oberstleutnants Hieronymus von Köckeritz belassen zu werden; der wäre älter als Stissel und habe mehr gesehen; jener habe niemals die Befehle geführt, deren er sich rühme. Privatim erhob Jakob von Burgsdorff vor Pruckmann schwere Beschuldigungen gegen Stissel: er sei ein Räuber, der noch jüngst in Schlesien unter Mansfeld herumgezogen und dann mit Beute beladen heimgekehrt sei. Nach solchen Eröffnungen erachtete es die Regierung selbst am Platze, dem Kurfürsten von

Vereinbarungen mit Stissel abzuraten.[1]) Statt seiner wurde — leider erst im Mai — Hieronymus von Köckeritz als Oberstleutnant auch für die Neumark bestallt. Stissel trat bald in Wallensteins Dienste; wir finden ihn später in der Neumark, wo er in dessen Auftrag Truppen zu werben sucht. Doch wurde ihm, weil er den vorgeschriebenen Musterungstermin nicht innezuhalten vermochte, von Friedland das Patent entzogen.

Wir haben die Unterhandlungen des Geheimen Rates mit dem Oberstleutnant von Redern in solcher Ausführlichkeit wiedergegeben, weil wohl nichts besser als sie die Zerfahrenheit und das Bedürfnis einer einheitlichen Leitung in der märkischen Defension veranschaulichen konnte. Jede der beiden Parteien wünschte Einfluss, niemand die Verantwortung. Als daher der Bericht der Cöllner Räte über die Spannung der höchsten Civilbehörde mit dem Oberstkommandierenden in Königsberg anlangte, durfte Georg Wilhelm nicht mehr zögern, einen anderen Mann an die Spitze des märkischen Verteidigungswesens zu berufen; anderenfalls wäre die innere Ordnung in den Kurlanden, durch die Verlegung der Centralregierung in das ferne Preussen an sich bereits gefährdet, nunmehr vollends in die Brüche gegangen. Die Wahl des Kurfürsten fiel auf den Obersten Hildebrand von Kracht, welcher schon in früheren Jahren der brandenburgischen Defension vorgestanden hatte. Vor kurzem erst war er mit seinem Regiment nach Preussen gezogen, jetzt wurde ihm „das Obercommando und die Direction alles dessen, was zu . . . Unserer Festungen und müglicher Defension des Landes gehört,“ übertragen. Am 20. Februar teilte der Kurfürst seinen Räten in Cölln diesen Entschluss mit, vom gleichen Tage ist das Memorial[2]) datiert, welches Kracht mit seinen Obliegenheiten bekannt macht.

Es ist unter unmittelbarer Bezugnahme auf die Relationen des Geheimen Rates vom 23. Januar und 5. Februar abgefasst, und verweist deshalb den Obersten insbesondere auf die Sicherung der Oderprovinzen. Auf Küstrin soll er zuerst sein Augenmerk

---

[1]) In dem erwähnten Bericht an den Kurfürsten d. d. 26. Januar (5. Februar) 1627.

[2]) Das Memorial im St. A.

lenken, für seine ausreichende Besatzung und Verproviantierung Sorge tragen. Dann habe er sich nach Peitz zu begeben, dessen Hauptmann, Andreas am andern Ende, seinen Befehlen ganz speciell unterstellt wird. Das geworbene Volk und die Offiziere — sie sind unter Rederns Kommando öfters widerspenstig — durfte Kracht nach Gefallen überallhin legen, die Lehenspferde und das Landvolk aufbieten und so lange zurückhalten, als es ihn erforderlich dünkte. Endlich wurde auch ihm möglichstes Zusammenwirken mit der Cöllnischen Regierung anempfohlen, von deren Einverständnis er indes in dringenden Fällen absehen solle. Kracht wie die Räte mochten mit diesem Memorial zufrieden sein; jener besass eine feste Instruktion, deren Redern hatte entbehren müssen, diese sahen ihre Befugnisse, die ihnen Redern nach Gutdünken bald hatte beschneiden, bald zuschieben wollen, nun wenigstens negativ bestimmt.

Auf einen schweren Missstand wollen wir jedoch sogleich an dieser Stelle hingewiesen haben, dessen vermutliche Wirkungen man bereits damals nicht hätte verkennen dürfen. Der Kurfürst hatte den Obersten nicht allein mit der Aufsicht über die gesamte märkische Defension betraut, sondern ihn zugleich auch zum Festungskommandanten von Küstrin ernannt. Hatte dies gewiss eine erhöhte Sicherheit des wichtigen Platzes zur Folge, den man in der Hut des Capitän Senff feindlichem Ueberfalle nicht gewachsen erachtete, so kam anderenteils durch diese Bestimmung ein hemmendes Moment in die ganze Landesverteidigung. Die Zuweisung eines besonderen Wirkungskreises trat der Erfüllung der umfassenderen Aufgabe fortgesetzt hindernd in den Weg. Kracht hat infolge seines speciellen Amtes nur selten Küstrin verlassen, er hat die für den Oberstkommandierenden fast unerlässliche Inspection der Verteidigungsstellungen an Havel, Elbe und Elde nicht bewerkstelligen können, er hat bei der entrückten Lage seiner Garnison die Verbindung von Haupt und Gliedern des Defensionsorganismus und die schnelle Verständigung mit der Landesregierung nur höchst unvollkommen aufrecht zu erhalten vermocht. Sollte durchaus der oberste Befehlshaber dazu noch die Stelle eines Festungskommandanten bekleiden, so würde das centrale Spandau, nicht aber Küstrin, der angemessene Ort für ihn gewesen sein.

II. Der Schwedeneinfall.

Als der Oberst Kracht am 6. März abends in Küstrin ankam, hatte sich wenig Stunden vorher ein Ereignis zugetragen, welches, so geringfügig es an sich erscheinen muss, dennoch für das Geschick der Kurlande in der folgenden Zeit eine unerwartete Bedeutung gewonnen hat. Dem Einbruch der Kaiserlichen im Westen und Süden, der Kosacken im Osten der Mark hatte sich ein neuer hinzugesellt, ein Schwedeneinfall im Norden.

Auch Gustaf Adolf hatte sich, um seinen in den langen Kämpfen sich lichtenden Regimentern die Ergänzung zu bieten, welche das dünnbevölkerte Schweden auf sich zu nehmen ausser stande war, zu dem Mittel der Werbung verstehen müssen. Im Sommer 1626 hatten einige deutsche Adlige, Johann von Streiff, Maximilian von Teuffel, und von Kötteritz im Mecklenburgischen mit der Anwerbung etlicher Regimenter begonnen. Der Name des grossen Heerführers lockte von allen Seiten Leute zu den schwedischen Werbeplätzen, sodass bereits im Herbst des Jahres eine beträchtliche Anzahl Volks beisammen war. Um nach ihrem Bestimmungsort, dem preussischen Kriegsschauplatz, zu gelangen, mussten sie ihren Marsch über die Oder durch Pommern oder durch die Neumark nehmen.

Schon Anfang November hatte sich das Gerücht verbreitet, dass die Reiter des Obersten Streiff zum Aufbruch rüsteten; der Herzog Bogislav von Pommern hatte es an Georg Wilhelm[1]) geschrieben. Die Regierung erteilte daraufhin dem Oberstleutnant von Burgsdorff die Weisung, mit fünfzig oder sechzig Mann die Fähren in Schwedt, Freienwalde und Lichnow sorgfältig zu bewachen und niemandem den Oder-Uebergang zu verstatten. Allein jene Befürchtungen ergaben sich als grundlos. Die Schweden

---

[1]) Bogislav an Georg Wilhelm d. d. 25. October (4. November) 1626 (St. A.).

nahmen ihre Winterquartiere in Mecklenburg, und abgesehen davon, dass einmal während des Winters ein Trupp angeblich für schwedische Rechnung geworbener Reiter quer durch die Mark nach Norden zog, hören wir monatelang nichts von ihnen. Da meldete unter dem 21. Februar der kurfürstliche Hauptmann zu Vierraden und Schwedt, Wilhelm von Hücking, den Räten, dass das schwedische Volk nunmehr über die Oder in die Neumark vorzurücken beabsichtige. Von anderer Seite kam der Regierung Bestätigung dieser Nachricht. Der uckermärkische Adel und Prenzlau, von einem Einbruch zuerst bedroht, beschlossen sich in Verfassung zu setzen und gingen die Räte an, ihnen die Lehenspferde der Mittelmark zu Hülfe zu schicken. Statt jetzt sofort selbst sorgfältige Erkundigungen einzuziehen, waren diese aber beruhigt, als sie von wenig zuverlässiger Seite — durch einen uckermärkischen Amtsschreiber — berichtet wurden, Streiffs Truppen lägen noch still in ihren Quartieren; sie unterliessen es, irgend welche Vorkehrungen zu treffen, und entgegneten Hücking, er möge einige Leute auf Kundschaft aussenden. Der Leiter der märkischen Defension wurde einstweilen von nichts in Kenntnis gesetzt, ein schlimmer Ausdruck des Zerwürfnisses zwischen dem Geheimen Rat und ihm; er selbst war fern, um Peitz durch Herbeiziehung von Landvolk zu verstärken.

Mittlerweile hatte sich in der That das Streiffsche Volk — Streiff führte den Oberbefehl — nach Pommern zu vorgeschoben; es rückte anfangs in das Wolgastische ein, an einer Stelle, wo man den Einbruch nicht erwartet hatte, zog sich aber, als es auf Widerstand stiess, aufs neue nach Mecklenburg zurück. Die Pommern nämlich, die ursprünglich den Schweden den Durchzug hatten gewähren wollen, waren durch die Drohung der Polen, sie für diese Erlaubnis mit einem Kosackenbesuch zu züchtigen, zu energischer Gegenwehr veranlasst worden, und hatten die Pässe gegen Mecklenburg und die Oder entlang besetzt. Schleunigst benachrichtigte man hiervon die Cöllner Regierung, weil nun die Uckermark und die brandenburgischen Oderpässe doppelt gefährdet schienen. Gleichwohl erklärten es diese für unwahr-

[1]) Hücking an die Räte (St. A.).

scheinlich, dass die Schweden sich gegen die Mark wenden würden. Allerlei fadenscheinige Gründe mussten herhalten, diese Ansicht zu rechtfertigen. Wenn Streiffs Regimenter, so erwiderte mann den Uckermärkern,[1] überhaupt kommen wollteu, so würden sie längst durchgebrochen sein. Denn das Gelingen ihres Vorhabens sei vornehmlich durch die Schnelligkeit und Plötzlichkeit seiner Ausführung bedingt; am wenigsten aber würden sie es haben ausposaunen lassen, welchen Weg sie einzuschlagen gedächten. Falls auch die Pommern sich zur Abwehr anschickten, den 6000 Mann Schweden vermöchten sie den Durchmarsch nicht zu verwehren.

Obwohl nun die Nachrichten immer bestimmter lauteten, obwohl zumal aus der Uckermark gemeldet wurde, dass die Schweden bereits im Lande wären und Bauern und Adel nach Prenzlau flüchteten, so blieben, weil die Angaben sich in Einzelheiten widersprachen, selbst jetzt noch die Geheimen Räte dabei, sie könnten nicht glauben, dass Gustaf Adolf zur „Offensive der deutschen Fürsten“ schreiten werde. Immerhin haben sie sich wenigstens zu einem Schreiben an Redern aufgeschwungen, in welchem sie ihn aufforderten, in die Uckermark zu gehen und zu thun was zur Sicherheit des Landes nötig sei.[2] Auch an Streiff wandten sie sich mit der Bitte, von seinem Zuge abzustehen; er würde sonst den grössten Schwierigkeiten begegnen und aller Wahrscheinlichkeit in der Neumark wallensteinische Truppen antreffen, da man kaiserlicherseits vermute, Streiff wolle nach Schlesien. Welch ein trauriges Zugeständnis der eigenen Schwäche, dass man zu solchen Schreckmitteln seine Zuflucht nahm!

Ungehindert war inzwischen Streiff in die Uckermark eingefallen, noch andauernd überallher Verstärkungen an sich ziehend.[3] Die Landschaft, welche man von Cölln aus vor Widerstand gewarnt hatte, liess die Plünderungen geduldig über sich ergehen. Die Hauptmasse des schwedischen Volkes war bei Strassburg in den Kreis gebrochen, hatte ihre Quartiere zuerst in den Dörfern

[1]) Die Räte an die Uckermark 21. Februar (3. März) 1627 (St. A.).

[2]) Die Räte an Redern d. d. 21. Februar (3. März) (St. A.).

[3]) Aus Wittstock wurde am 4. März gemeldet, dass täglich sechzig und mehr Mann an der Stadt vorbeimarschierten, um zu Streiffs Corps zu stossen. (St. A.)

Werbelow und Lübbichow gehabt,[1]) dann bei dem Dorfe Nieden die Ucker überschritten und den Randowübergang von Löcknitz gewonnen.[2]) Sie richteten ihren Marsch auf die pommerschen Städte Greifenhagen und Gartz, um hier über die Oder zu gehen. Doch die Pommern waren auf der Hut, und sie fanden einen vortrefflichen Bundesgenossen in dem eintretenden Thauwetter. Die Oder stieg so hoch, dass sie Dämme und Brücken überflutete, und den Schweden den Mut benahm, dem Kampf mit den jenseits stehenden Pommern ein gefahrvolles Ringen mit dem Elemente voraufgehen zu lassen. Abermals kehrten sie um. Ein eilender Bote Hückings berichtete dies den Räten; der Hauptmann selbst beschwor die versammelten Kreisstände der Neumark, die Oder zu besetzen:[3]) man wies ihn ab.

In Eilmärschen rückte unterdessen der schwedische Vortrab oderaufwärts.[4]) Um die Mitternacht vom 5. zum 6. März erreichte der Hauptmann Trautisch Schwedt. Die Thore wurden eingeschlagen, die Stadt bis auf das kurfürstliche Haus besetzt.

Wenige tausend Schritt oberhalb der Stadt liegt auf dem rechten Oderufer das Dorf Nieder-Kränig, welches damals als Pass über den Strom galt; dieses Ortes suchte Trautisch sich zu bemeistern. Auf Verwendung der pommerschen Kommissare hatten die Gartzer dem Streiffschen Volk einige „Schalen" geliehen, grosse Flusskähne, von denen der eine fünfzig bis sechzig Pferde zu fassen vermochte. Der Hauptmann hatte dieselben mit sich nach Schwedt hinauf geführt; hier entdeckte er weitere zwei Schiffe, von denen eines bisher im Eise der Oder festgelegen hatte, das andere auf Hückings Anweisung versteckt worden war. Auch eine Anzahl von kleineren Kähnen brachte man zusammen. Mit einer schwachen Abteilung überschritt Trautisch am Vormittag des 6. März den Fluss und verschanzte sogleich den Pass von Nieder-Kränig.

[1]) Valentin von Biesenbrow an die Räte, d. d. 19. Febr. (1. März) (St. A).

[2]) Bogislav von Pommern an den Kurfürsten, d. d. 28. Februar (10. März) (St. A.).

[3]) Zu Bärwalde am 5. März.

[4]) Die nachfolgende Schilderung vornehmlich nach Krachts Bericht an den Kurfürsten d. d. 6. (16.) März und dem der neumärkischen Regierung an denselben, 24. März (n. st.?). Beide im St. A.

Am folgenden Tage — es war ein Sonntag — erhielt Kracht, eben erst in Küstrin eingetroffen, vom Rate der Stadt Königsberg die Meldung, dass das schwedische Volk im Anzuge auf Schwedt sei. Auf der Stelle ordnete er achtzig Musketiere, je vierzig von den Kompagnien der Hauptleute Senff und Henning von Götz, unter des ersteren Kommando ab. Vielleicht noch konnten sie den Schweden in der Besetzung des Kräniger Passes zuvorkommen; dann hätten jene achtzig Mann bei dem hohen Wasserstande des Flusses völlig ausgereicht, den Schweden den Uebergang zu verwehren. Die neumärkische Regierung erliess an den Landesausschuss, der noch von dem Kosackeneinfall her unter den Waffen stand, den Befehl, sich eilends nach Königsberg aufzumachen; aus den benachbarten Dörfern strömten die bewehrten Bauern herbei. Es war indes zu spät. Als Senff am 8. März sich Schwedt näherte, traf er unterwegs mit dem Rat bei der Küstriner Kammer, Dr. Henseler, zusammen. Dieser berichtete, dass Nieder-Kränig von 700 Mann Schweden gehalten werde, und dass auch bereits einige Geschütze über den Fluss geschafft seien. An eine Vertreibung der schwedischen Truppen war demnach nicht mehr zu denken, und wenn man etwa noch gehofft haben mochte, diese durch Verbindung mit den Pommern ins Werk zu setzen, so sicherte jetzt die Besetzung Vierradens die Schweden auch vor einer Ueberraschung durch die Pommern. In den nächsten Tagen wurde der Uebergang der Streiffschen Regimenter beendet, am 10. März passierten die letzten Abteilungen die Oder.

Jetzt hiess es die Neumark nach Kräften vor weiterem Schaden behüten. Am Abend des 8. war der Oberst Streiff in Begleitung des von Kötteritz in Schwedt angelangt. Senff begab sich zu ihm, und hielt ihm vor, wie der Kurfürst schon durch die Wegnahme Pillaus das Misstrauen des Polenkönigs sich zugezogen habe, und wie Streiffs gegenwärtiges Verhalten dazu dienen müsse, dasselbe zu erhöhen. Aehnlich beklagte sich Kracht, welche Ungelegenheiten dieser grundlose Einfall seinem Herrn von seiten Polens eintragen werde. Streiff entschuldigte sich mit der Notwendigkeit, den Uebergang zu gewinnen, erklärte sich jedoch bereit, den weiteren Marsch in Pommern zu nehmen. In

der That berührte er ausser Nieder-Kränig nur noch zwei an der Strasse liegende Dörfer; dann rückte er ins Pommersche, auf Stargard, um den Pass über die Ihna zu erzwingen. Da hier jedoch das Aufgebot der Pommern unter den Obersten von Glasenapp und von Rose den Schweden in ziemlicher Stärke entgegentrat, mussten sie in die Neumark zurück. Am 20. März überschritten sie zwischen Arnswalde und Reetz zum zweiten Male die brandenburgische Grenze. Von Reetz her ritt ihnen der Leutnant Rüdiger von Born mit einigen Lehenspferden entgegen, um den Obersten zum Verlassen des märkischen Bodens zu bestimmen. Konnte Streiff auch diese Bitte nicht gewähren, so blieb er doch seiner Zusage, dem Lande nichts Uebles zuzufügen, getreu. Wenige Musketenschuss von der pommerschen Grenze entfernt zog er in aller Ordnung weiter, bis zur äussersten märkischen Stadt, nach Schievelbein, von brandenburgischen Geworbenen und dem Ausschuss geleitet.

Schon die rein thatsächliche Darstellung des Streiffschen Einfalles liess uns erkennen, dass in dem Zaudern der Regierung, Abwehrmassregeln zu treffen, der vornehmste Grund für den Erfolg der Schweden liegt. Allein wenn wir die in die Frage kommenden Acten einer eindringenderen Prüfung unterziehen, so können wir nicht bei dem allgemeinen Urteil stehen bleiben, dass die Regierung verkehrt gehandelt hätte, wir müssen vielmehr zu der schärfsten Verurteilung ihrer Gesamthaltung gelangen. Um es kurz zu sagen, die Geheimen Räte haben Streiffs Einbruch nicht verhindert, weil sie ihn nicht verhindern wollten; das ist der Schlüssel zum Verständnis ihrer Handlungsweise, zur Lösung der zahlreichen Widersprüche, in denen sich ihr Verhalten bewegt. Wie ein Eiertanz ist es anzusehen, wenn man gewahrt, wie alles, was zu Vorsichtsmassregeln hätte drängen müssen, sorgfältig umgangen wird, wie aus den einlaufenden Berichten in Cölln just immer dasjenige herausgenommen wird, was im Augenblick das Gehen-Lassen am besten entschuldigte. Auf seine erste Meldung von dem Aufbruch der Schweden erwidern z. B. die Räte Hücking, sie wüssten, dass Streiffs Truppen nicht so stark sein könnten, um einen Durchzug zu erzwingen; als aber acht Tage danach die Uckermärker sie von den Verteidigungs-

massnahmen der Pommern in Kenntniss setzten, wissen sich die Räte auf Nachrichten zu berufen, welche jenem Bescheid an den Schwedter Hauptmann genau entgegenstehen: die Schweden zählten 6000 Mann, so dass den Pommern ihr Widerstand nichts nützen werde. Mit anderen Worten: zuerst muss die angebliche Schwäche des Feindes, dann aber seine angebliche Stärke die Ablehnung von Defensivmassregeln rechtfertigen. Dieses Streben, nur um keinen Preis den Schweden feindlich in den Weg zu treten, findet eine noch schärfere Beleuchtung durch ein Schriftstück, welches an Kracht abging. Der Oberst hatte bei seinem Eintreffen in Küstrin sich sogleich mit der Bitte an die Landesregierung gewandt, ihn über den Stand der schwedischen Sache zu unterrichten. Nun hatte bereits am 5. März Hücking seinen Eilboten nach Cölln gesandt, der die alarmierende Nachricht von dem Heranrücken Streiffs überbrachte. Obwohl mithin diese Botschaft längst eingelaufen sein musste, als Krachts Anfrage anlangte, erwiderten ihm die Räte dennoch, dass sie von Streiffs Plänen nichts erfahren hätten.[1])

Es würde für dieses ganze Verhalten der Regierung nur in einem Falle eine Entschuldigung geben, wenn sie nämlich der Ueberzeugung gewesen wäre, im Sinne und im Interesse des Kurfürsten zu handeln; und wirklich wird die abweisende Haltung gegenüber der uckermärkischen Defension von den Räten damit begründet, es werde dem Landesherren schwerlich mit dem Widerstande gedient sein.[2]) Indes halte ich es für völlig unglaubwürdig, dass die Räte aufrichtig dieser Meinung waren. Sollte ihnen die Erinnerung daran geschwunden sein, dass erst vor wenigen Monaten über einen etwaigen Schwedeneinfall ganz anders geurteilt war?[3]) Allerdings wäre es, wenngleich mindestens unwahrscheinlich, doch nicht ausgeschlossen, dass die Räte von den damals getroffenen Vorkehrungen nichts erfuhren; denn Schwarzenberg hat sie in Abwesenheit des Kurfürsten angeordnet. Immerhin aber würde selbst diese Unkenntnis für Pruckmann und seine Cöllner Genossen

[1]) Aus Krachts Bericht an den Kurfürsten d. d. 6. (16.) März 1627 (s. o.).

[2]) Vgl. das oben erwähnte Schreiben vom 3. März.

[3]) Vgl. Seite 30.

nichts weiteres bedeuten, als dass sie sich nicht in einen ganz flagranten Gegensatz zu der bisher geübten Regierungspraxis gestellt hätten. Blieb ihnen etwa auch der Buchstabe jener Verfügung unbekannt, der Geist, dem sie entsprungen, war selbst dem blödesten Auge erkennbar. Georg Wilhelm rüstete, wie wir uns erinnern, im November zur Reise nach Preussen, um seinem argwöhnischen Lehensherrn den Beweis zu erbringen, dass er nicht mit den Schweden unter einer Decke spiele. Daher that Schwarzenberg nur recht, wenn er einer Verstärkung der Truppen Gustaf Adolfs vorzubeugen bestrebt war. Was der Kurfürst damals gewollt, das hatte er jetzt gethan; die Würfel waren geworfen. Seine Söldner standen in Preussen, um den Schweden die Spitze zu bieten; sein königlicher Schwager war sein erklärter Feind. Das Misstrauen Sigismunds II. von Polen musste nun weichen, er musste sich überzeugen, dass sein Vasall ohne Hintergedanken fest zu ihm halten wolle. Da sind es die Herren Räte in Cölln, welche den Kurfürsten aufs neue in eine unglückselige Zwitterstellung drängen, ihn als gewissenlosen, doppelzüngigen Politiker blossstellen, seine preussische Defension Lügen strafen. Sie wagen es auszusprechen, dass dem Kurfürsten nichts daran gelegen sein werde, wenn man die Streiffschen Regimenter am Durchmarsch nach Preussen hindere, und die feindliche schwedische Macht sich dadurch um eine Zahl verstärken lasse, welche der Gesamtstärke des kurfürstlichen Operationskorps[1]) etwa gleichkam! Sie wagen es, der Politik des Landesherren eine eigene entgegenzustellen, auf Kosten des ehrlichen Namens ihres Gebieters. Diese unverantwortliche Handlungsweise lässt sich durch nichts rechtfertigen, nicht durch das angebliche Unvermögen zum Widerstand: denn man konnte dem Einfall so gut begegnen wie die Pommern; auch nicht durch die Besorgnis, die Mark werde Raub und Plünderung zu gewärtigen haben, wenn man den Schweden brandenburgische Waffen zeige; einer schlimmeren, umfassenden Verwüstung musste man sich ja nun von Polen her versehen. Denn die Kosacken-

[1]) In einem Berichte an den Kurfürsten d. d. 22. April schlägt Hücking die Zahl der Streiffschen Söldner auf ungefähr 3000 an. (St. A.)

plage, welche der polnische Obergeneral den Pommern angedroht hatte, wenn sie den Schweden die Pässe öffneten, liessen sich jetzt für den märkischen Osten erwarten. Dass sie gnädig vorüberging, liegt wahrlich eher an allem andern, als an der Unlust der Polen dazu.

Ich weiss nicht, ob es ein vernichtenderes Urteil über die Verfehlungen der wohlweisen Räte an der Spree geben kann, als es ihnen der schwedische Oberst beim Verlassen der Neumark schwarz auf weiss übersandte[1]): „Ich verspüre, dass der Herren .... Bedenken wohl gemeinet, und dass sie I. Königl. Mayst. prosperitet und conservation deroselben Volks gerne sehen."

Das war die Quittung des Feindes; die des Kurfürsten blieb länger aus, aber sie war um so gewichtiger. Seine Befehle an die Regierung, an Kracht[2]) und an Hücking[2]) waren zu spät gekommen — natürlich verlangten sie energische Abwehr. Jetzt forderte der Kurfürst eingehende Berichte über die Schwedter Vorgänge; dann wolle er seine Entscheidungen treffen. Wohin sie ausfallen würde, durfte nicht zweifelhaft sein; die Thatsachen, so schön man sie auch umkleidete, zeugten gegen die Räte, und Schwarzenberg sorgte dafür, dass ihr Zeugnis zur Geltung kam. Er hat den schwedischen Einfall vorzüglich für sich auszubeuten verstanden; er wusste ihn zum Grab des Geheimen Rates zu machen. Jetzt wurde Platz für den Premierminister. In Königsberg wurde der treue Levin v. d. Knesebeck,[3]) auf den der Kurfürst selbst bisher hohe Stücke gehalten hatte, fortan kaum noch zu den Beratungen hinzugezogen; seine Klagen über die Zurücksetzung eines ehrlichen Dieners fanden wenig Beachtung. So aufgebracht war Georg Wilhelm bald gegen seine Räte, dass er äusserte, er wolle „dem einen oder anderen dieser Leute den Kopf vor die Füsse legen."[4]) Der nun folgende, bedingungslose Uebertritt Brandenburgs auf die habsburgische Seite, die

---

[1]) Streiff an die Räte d. d. Selchow 2. (12.) März 1627 (St. A.).

[2]) d. d. 28. Februar (7. März) 1627 (St. A.); Hücking empfing den Befehl am 5. (15.) März.

[3]) Levin v. d. Knesebeck an den Kurfürsten, d. d. Königsberg 15. (25.) April. (St. A.)

[4]) Droysen: Geschichte der preussischen Politik 3, I, 62.

Hochverratsprozesse gegen die Geheimen Räte,[1]) sie finden ihre Erklärung vorzugsweise in dem unbegrenzten Einfluss, welchen das zweifelhafte Benehmen der Räte bei dem Streiffschen Einbruch dem Grafen eintrug. Um nicht den späteren Fortgang der Darstellung durch Wiederholungen zu stören, sei bereits an dieser Stelle auf die unverkennbaren Beziehungen der Hochverratsprozesse mit der schwedischen Sache hingewiesen. Als im Mai Gustaf Adolf den preussischen Feldzug begann, musste Georg Wilhelm gleich anfangs einen Tractat mit ihm eingehen, welcher Pillau einstweilen dem Könige beliess. Durch wen preussischerseits diese Verhandlungen geführt sind, ist mir nicht bekannt; vermutlich hat man, wie im vergangenen Jahr für die Gesandtschaft an König Christian, so jetzt noch einmal einen derjenigen kurfürstlichen Räte aus der Rumpelkammer hervorgeholt, welche einen Anflug antihabsburgischer Gesinnung zeigten. Nur so kann es gelungen sein, den staatsmännischen Blick des Königs hinsichtlich der wahren Absichten seines Schwagers in dem Masse irre zu führen, wie es geschah. Denn es war eine entschieden falsche Meinung, wenn er glaubte, der Kurfürst thue nur das gegen ihn „was er des Scheines halber gezwungen ist, auf dass Polen ihn nicht seines Lehens beraube.“[2]) Sicherlich hat indes diese Neutralität in Polen wiederum böses Blut erregt; man wird die schlaffe Haltung der märkischen Regierung gegen Streiffs Truppen als passendes Gegenstück zu den Abmachungen mit dem Feinde Polens hingestellt haben. Allein sobald der Kurfürst hinreichende Unterstützung bei Polen fand, brach er den Waffenstillstand mit Gustaf Adolf; und um der polnischen Krone einen schlagenden Beweis seiner aufrichtigen Parteinahme zu liefern, ordnete er jetzt das Verfahren gegen diejenigen Räte an, welche man schwedischer und dänischer Neigungen bezichtigen konnte. Schwarzenberg entwarf den Handbefehl des Kurfürsten, welcher die Verhaftung und Abführung Samuels von Winterfeldt anordnete, desjenigen von den Geheimen Räten, der am entschiedensten dem Grafen entgegen war, und in dem wir sicher-

[1]) Vgl. Droysen a. a. O.

[2]) Gustaf Adolf an den schwedischen Reichstag 15. (25.) Mai 1627; bei Geijer-Leffler: Geschichte Schwedens III, 124.

lich den guten Freund erblicken müssen, der besonders eifrig für die Gewährung des Durchzuges an Streiff eingetreten war. Pruckmann und Sigismund von Götz schien ähnliches Unheil zu drohen; doch liess es Schwarzenberg schliesslich genug sein, als er durch die jetzt erfolgende Rehabilitierung des vor Jahren entlassenen Kanzlers Johann von Loeben dem reizbaren Pruckmann eine dauernde Kränkung zugefügt hatte.[1])

[1]) Droysen, a. a. O. und Cosmar und Klaproth: Der brandenburgische Geheime Staats-Rath, S. 160.

III. Die Mark als Kriegsschauplatz und der Umschwung in der Politik des Kurfürsten.

Gleichsam als ob sie sich auf der Drehscheibe abspielten, hatten wir die äusseren Ereignisse der letzten Monate an unserm Auge vorüberziehen gesehen. Als erste Szene gewahrten wir die Vorgänge im Westen des Landes, und dann ward uns der Reihe nach der Süden, der Osten und der Norden der Mark in wechselvollen Bildern als Schauplatz vorgeführt. Es ist hierbei an sich natürlich, dass die frischesten Eindrücke auch zugleich die jeweilig lebendigsten waren, und dass ihnen gegenüber die früheren einigermassen verblassen. Schon deshalb darf es uns nicht Wunder nehmen, wenn wir während der Monate Januar und Februar und bis in den März hinein über die Lage der Altmark so gar wenig hören. Denn nicht etwa, dass Striepes Gesandtschaft doch dem Kreise irgend eine Erleichterung gebracht hätte, dass der Anlass zu Klagen sich nicht mehr wie früher bot. Im Gegenteil; als Striepe seinen Heimweg von Peine über Gardelegen einschlug, und sich vor Lüneburgs Räten darauf bezog, dass Tilly die Kontributionen als übertrieben anerkannt habe, empfing er zur Antwort: was sie nur Tilly anginge! das geforderte Geld müsse beschafft werden, und wenn dies die Altmark für sich allein nicht vermöchte, so sollten die rechtselbischen Kreise ihr zu Hülfe kommen. Der Herzog selbst aber erklärte bald darauf, er wäre an Friedlands halberstädtische Verpflegungsordnung gebunden, und dürfte gar nicht an eine Herabminderung der Leistungen denken.[1]) Allein mit den Forderungen an barem Gelde konnte man schlechterdings nicht mehr durchdringen, weil thatsächlich nicht mehr genug im Lande war. Durch Auflagen auf Frachten, auf Kauf-

[1]) Lüneburg an die Räte d. d. 18. Januar 1627 (St. A.).

mannsgüter, auf Bier suchten es die Regimenter anfangs noch zusammen zu bringen. Indes da unter diesen Abgaben bald jeder Handelsverkehr aufhörte, war man genötigt zu neuen Mitteln zu greifen. Zu jedem beliebigen Preise musste der Bauer, der Geldmittel bar, sein Korn an die Truppen verkaufen; diese schafften es ausser Landes, um höhere Bezahlung zu erzielen; nicht weniger als vierhundert Wispel Getreide hatte einmal der Oberst Hausmann in Arendsee für den Export aufgespeichert.

Gleichwohl hätten die Räte selbst dann, wenn ihre Aufmerksamkeit nicht so andauernd durch die Ereignisse an den übrigen Landesgrenzen in Anspruch genommen wäre, wie es eben der Fall war, kaum mehr thun können, als diese Beschwerungen der Altmark zu registrieren. Denn man musste abwarten, was für einen Erfolg Götzens Gesandtschaft haben werde. Wir erwähnten oben, dass Sigismund von Götz, als er Mitte Januar von Wallenstein in Prag empfangen wurde, von dessen Bereitwilligkeit, der Mark zu helfen, einen günstigen Eindruck mit sich genommen hatte. Götz hatte einen Auszug aus der Rendsburger Resolution des Dänenkönigs vorgelegt, und Friedland hatte darauf erwidert, man sei am Kaiserhofe mit der Besetzung der Altmark durch Tilly durchaus nicht einverstanden gewesen. Er blieb jedoch dabei, dass Lüneburg gute Gründe gehabt haben müsse, an die Elbe zu gehen, und war nicht zu bewegen, ihm Rückzugsbefehl zu erteilen. Als sich dann der Gesandte nach Wien begab, wurde es ihm bald klar, dass hier nicht das bestimmende Wort über das Wohl und Wehe der deutschen Länder gesprochen werde; vermochte doch selbst der Kaiser nicht, seine eigenen Provinzen vor der Aussaugung durch Wallensteins Söldnerscharen zu bewahren. Friedland einzig und allein hatte zu entscheiden. Jetzt endlich, nachdem die Altmark bereits drei Monate den schlimmsten Bedrückungen ausgesetzt war, jetzt war man so weit gekommen, nicht etwa dem Kreise Befreiung oder Linderung zu verschaffen, nein, nur den Weg entdeckt zu haben, auf welchem allein ihm dieselbe möglicherweise zu teil werden mochte. Freilich, auch dieser Weg war vor der Hand nicht gangbar, denn das Erscheinen des allmächtigen Generals verzögerte sich in Wien von Woche zu Woche; Götzens Thätigkeit war lahm gelegt.

Das rettende Boot blieb aus, man klammerte sich, um Rettung zu finden, an einen Strohhalm. In jener Prager Empfangsaudienz hatte Friedland Götz gegenüber selbst eingeräumt, dass die Belastung der Altmark allzu hart wäre; er hatte sogar versprochen, persönlich wegen einer Erleichterung Rücksprache mit dem Generalkriegskommissar Aldringen zu nehmen, welcher in den nächsten Tagen wiederum zur niedersächsischen Armee aufbrechen werde. Gleicherweise liess er der märkischen Regierung den Rat übermitteln, auch ihrerseits Verbindungen mit Aldringen anzuknüpfen. Sanguinische Hoffnungen gründeten sich anfänglich auf diese Verheissung, als Götzens Bericht aus Prag eintraf. Der Kurfürst selbst schrieb[2]) an Aldringen, dass er mit Vergnügen von Wallensteins Aufträgen an ihn vernommen habe, und dass er daher um seine Unterstützung bitte. Sogar um die Befreiung der Krossenschen Lande meinte er bei ihm anhalten zu dürfen, obgleich Aldringen mit diesen nicht das geringste zu thun hatte. Indes die hohen Erwartungen, welche Götz von Aldringens Einschreiten ursprünglich gehegt hatte, wurden schnell herabgestimmt, als der Gesandte einige Tage nach seiner Unterredung mit dem Herzog aus dem Munde des Generalkommissars vernahm, dass bis zur Stunde ihm noch keinerlei Anweisung von Wallenstein zugegangen sei. Da ausserdem Aldringens Ankunft bei der Armee sich von einer Woche zur andern hinausschob, so büsste sein Name immer mehr von dem Rufe ein, welchen er eben noch am brandenburgischen Hofe gehabt hatte. Die alte Skepsis, die bisher stets noch Recht behalten, trat in ihre Rechte.

Endlich, am 3. März, langte der Kommissar in Halle an; von hier aus beantwortete er die ausführlichen Berichte der Cöllner Räte über den Zustand der Altmark dahin, dass sie Bevollmächtigte an ihn nach Aschersleben oder wo er sonst sich aufhalte, schicken möchten; ebenso werde er die Obersten der altmärkischen Regimenter zu sich bescheiden. Am 15. März fanden zu Calbe a. d. Saale die Verhandlungen statt. Die Obersten waren sämtlich ausser dem Herzog von Lüneburg erschienen, von

[1]) Götzens Bericht d. d. Prag 6. (16.) Januar 1627 (St. A.).
[2]) d. d. Brandenburg in Preussen 31. Jan. (10. Febr.) (St. A.).

brandenburgischer Seite die altmärkischen Kommissare,[1]) Christoph von Bismarck und Hempo von dem Knesebeck. Wie er es indes von Anfang an nur als seine Absicht bezeichnet hatte, dem Kreise „etlichermassen“ zu helfen, so bewies Aldringen auch jetzt, dass er auf durchgreifende Mittel verzichte. Von der ersehnten Verringerung der Besatzungstruppen war keine Rede, lediglich in einer gerechteren Verteilung und Abgrenzung der verschiedenen Regimentskantonnements, sollte die „Sublevierung“ bestehen. In unbestimmten Ausdrücken verurteilte der Generalkommissar die harten Leistungen, mit welchen man die Altmark plagte, und wies in Gegenwart der brandenburgischen Vertreter die Obersten darauf hin, dass Friedlands halberstädtische Ordonnanz durchaus nicht ohne weiteres auf die Altmark übertragen werden dürfe. Allein seine trefflichen Worte über die Notwendigkeit, bei seinen Ansprüchen stets den Zustand des Landes und die Wohlhabenheit seiner Bewohner zu Rate zu ziehen, blieben leider Redensarten. Als ihm nämlich die Kommissare die Bitte äusserten, den anerkannten Unbilligkeiten durch eine Aenderung jener Verpflegungsordre ein Ziel zu setzen, versicherte er, dazu wäre er nicht ermächtigt. Das könne nur Friedland, und auch der werde schwerlich dafür zu gewinnen sein, da nicht einmal die zahllosen Klagen, welche die Ordonnanz in den österreichischen Provinzen hervorgerufen habe, ihn zu ihrer Modifizierung vermocht hätten. Als Schlussergebnis ihrer Thätigkeit durften die märkischen Abgesandten folglich auch diesmal nach Cölln berichten, dass im Grunde Zukunft und Vergangenheit sich gleich sein würden.

Freilich sah sich Aldringen einen Monat später, als er selbst die erbärmliche Lage der Altmark kennen gelernt hatte, doch noch veranlasst, die in Calbe zurückgewiesene Abänderung der Ordonnanz vorzunehmen. Die Gardelegener „Interims-Ordinanz“ vom 15. April gewährte dem Kreise einige Erleichterung; vor allem sollten, wie die Gemeinen, so auch die Unterbefehlshaber

[1]) Bericht der Kommissare aus Kalbe 7. (17.) März (St. A.). Ausser diesen beiden waren im November 1626 auch Thomas v. d. Knesebeck und Valentin von Redern zu Kommissaren für die Altmark ernannt worden.

Natural- statt Geldverpflegung empfangen. Allein für die Altmark wurde diese Ermässigung fast in dem Augenblick, wo sie bekannt gegeben war, ziemlich bedeutungslos. Es erscheint wie eine Posse, dass nach fünfmonatlicher Einquartierung gerade jetzt eine mildere Verpflegungsordnung erlassen wird, wo sich die Armee endlich zum Aufbruch anschickt. Fürwahr, Lüneburg mochte sich beglückwünschen; er hatte seine Rolle so ausgezeichnet gespielt, dass alle brandenburgischen Gesandtschaften ihn nicht im mindesten in seiner Ausbeutungswirtschaft hatten stören können. Viel von diesem Erfolge verdankte er allerdings seinen biederen Mitspielern, dem Kaiser, Friedland und Aldringen, die in der habsburgischen Kunst, Aussichten ohne Versprechungen zu machen und immerwährend neue Hinterthüren zu finden, einer anerkennenswerten Virtuosität sich rühmen durften und sich deren auch gegen die Mark trefflich zu bedienen wussten. Sigismund von Götz characterisiert die Politik des Wiener Hofes gegenüber Brandenburg ganz richtig dahin,[1]) dass er so lange kein Zugeständnis machen werde, bis er nicht alles erreicht habe, was er noch im Schilde führe.

Im Februar hatte Wallenstein seinen Obersten den Befehl zugehen lassen, sich bis zum 30. April für den Aufbruch bereit zu machen, da er willens sei, die Feindseligkeiten zu eröffnen.[2]) Infolge dessen begann es denn schon im Anfang März sich bei den altmärkischen Regimentern zu regen, und die alte Gefahr einer Besetzung der rechtselbischen Kreise schien in ein neues Stadium zu treten. Am 10. März war der Herzog von Lüneburg in Tangermünde gewesen; man versicherte mit Bestimmtheit, dass er den Ort zum Bau einer Schiffsbrücke über die Elbe auserlesen habe; die Ausführung des Planes sei nur vertagt, weil der angeschwollene Strom einstweilen jede Arbeit unmöglich mache.[3]) Bald zeigten sich lüneburgische Reiter vor Rathenow, und be-

[1]) Sigismund von Götz an die Räte 13. (23.) März (St. A.) s. o. St. 21, Anm. 3.

[2]) Thomas v. d. Knesebeck an die Räte 23. Februar (5. März) (St. A.).

[3]) Wilhelm von Rochow an die Räte, d. d. Lehnin 4. (14.) März (St. A.).

gehrten unter dem Vorgeben, dass sie Brandenburger seien, Einlass in die Stadt; andere Meldungen sagten Pritzerbe bedroht, weshalb die Regierung die dortigen Fischer ermahnte, ihre Kähne auf das rechte Havelufer zu schaffen und die Fähre zu versenken. Wieder ein ander Mal wusste man, dass Sandau von zweihundert Kaiserlichen belegt sei; ja man erfuhr, Aldringen habe erklärt, es müssten noch fünf Regimenter in die Mark geschickt werden, um dänischen Unternehmungen zuvorzukommen.[1])

Der erste thatsächliche Versuch, rechts der Elbe Fuss zu fassen, ging von dem Herrn von Fels aus, demjenigen kaiserlichen Offizier, dessen dreisten Eindringens in Havelberg wir oben Erwähnung thaten. Am 5. April, dem Ostermontage, verbreitete sich gegen Abend in den prignitzer Elbdörfern das Gerücht, es würden Fähren von Arneburg her elbabwärts nach Werben geführt, und die Anwohner der Elbe und des Alands wären angewiesen, ihre Boote zu Wasser und zu Wagen auf den Ostermontag ebendorthin zusammen zu bringen. Eilig wurde auf diese Nachrichten hin ein Teil des die Elbe bewachenden prignitzer Aufgebotes Werben gegenüber versammelt, und der Rittmeister von Möllendorf war selbst nebst einer Anzahl von Lehenspferden bald zur Stelle; andere Mannschaften wurden zur Verstärkung der dortigen Besatzung nach Havelberg geschickt — denn auf diesen Pass hatten zweifelsohne die Kaiserlichen es vor allem abgesehen.

Am nächsten Tage, dem 6. April, versuchte wirklich Fels in drei Fähren, mit sechzehn Pferden und hundert Musketieren den Uebergang gegen das Dorf Quitzöbel. Die Leute führten Beile, Picken und Aexte mit sich, um ohne Verzug mit den Schanzarbeiten anfangen zu können. Dreihundert, nach einigen Angaben gar fünfhundert Musketiere vom Lüneburgischen und Colloredoschen Regiment standen drüben in Werben, um Fels Unternehmen, wenn es nur zuerst gelang, sicher zu stellen; selbst einige Feldstücke hielt man dort bereit. Indes Fels musste sich überzeugen, dass er zu spät gekommen sei. Die Märker waren

[1]) Die Räte an den Kurfürsten von Sachsen d. d. 17. (27.) März (St. A.).

stark genug und zur Gegenwehr entschlossen; so zog er es vor, den Unschuldsvollen zu spielen. Er wolle nur, entschuldigte er sich bei Möllendorf, nach Quitzöbel zu dem Herrn von Bülow und seinem Schulzen; die hätten Kaiserlicher Majestät Geld genommen und das müssten sie ersetzen. Der Rittmeister gestattete ihm, mit einigen Reitern sich in das Dorf zu begeben; die Musketiere aber durften ihre Fähren gar nicht erst verlassen. Nach des Führers Rückkunft kehrte der ganze Trupp wieder nach Werben um.[1])

Der eine Anschlag auf die Pässe rechts der Elbe und Havel war derart glücklich vereitelt; aber aus den Drohungen, welche die enttäuschten Lüneburgischen ausstiessen, hatten die Prignitzer entnehmen müssen, dass dem ersten bald ein zweiter Versuch folgen werde. Hatte dieser etwa besseren Erfolg, so war nichts gewisser, als dass sogleich wie von Süden die Kaiserlichen, so die Königlichen von Norden in den Kreis einfallen würden. Denn täglich kamen dänische Streifpartien in die Prignitz, und grade während Fels seinen Quitzöbeler Uebergang ins Werk setzte, beobachteten ganz in der Nähe, von Wilsnack und von der Plattenburg aus, Reiterabteilungen des Feindes den Ausgang seines Unternehmens. Hätten sie nicht gesehen, schrieb Burchard von Saldern nach Cölln, dass die Prignitzer entschlossen wären, den Uebergriffen der Lüneburger entgegenzutreten, so würde man die Dänen ebenfalls längst auf dem Nacken haben. Die Räte stimmten dem bei; man müsse die Kaiserlichen von einem Ueberschreiten der Elbe abhalten, weil dann auch der König in Beobachtung seines Versprechens die märkischen Grenzen achten werde.[2])

Bei dem derzeitigen Stand der Dinge war nun freilich diese Voraussetzung durchaus irrtümlich; denn Christian konnte nicht mehr verkennen, dass eine weitere Schonung der Mark für ihn von den bedenklichsten Folgen sein werde. Bereits die Occupation der Oderkreise hatte ihn belehren müssen, dass die Kaiserlichen

[1]) Burchard von Saldern d. d. Plattenburg 30. März (9. April) an David von Lüderitz und die prignitzer Stände d. d. 2. (12.) April an die Räte (St. A.).

[2]) Die Räte an Perleberg d. d. 3. (13.) April (St. A.).

mit nichten gewillt seien, aus der von ihm der Mark gewährleisteten Neutralität nun auch ihrerseits die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. In gleicher Weise trat ihre Absicht auf die Havelpässe so klar zu Tage, dass sie niemandem verborgen blieb. Liess der König jedoch diese in die Gewalt seines Gegners geraten, so war ihm die Verbindung mit seinen in Schlesien stehenden Truppen erheblich erschwert. Deshalb verfügte er Anfang April an den Obersten Herzog Bernhard von Weimar und den Generalmajor Konrad Nell, sie sollten sich mit einigen Regimentern — namhaft gemacht wird das Reiterregiment des Oberstleutnants Brehmer und die Infanterieregimenter des Obersten Konrad Kolbe von Wartenberg und des Oberstleutnants Joachim von Hünecke — in die Mark aufmachen, und daselbst die Pässe „an den Strömen, so noch Holstein sich wenden" in ihren Besitz bringen.[1] Brandenburg und Havelberg wurden als diejenigen Orte bezeichnet, auf deren Sicherung es insbesondere ankomme. Allein der Mangel an Fussvolk und andauernde Geldcalamität bewirkten, dass sich die Ausführung der Befehle verzögerte,[2] und so kamen die Lüneburgischen den Dänen schliesslich doch noch zuvor.

Noch einige Tage vor dem Fels'schen Unternehmen, am 2. April, hatte der Herzog Georg von den altmärkischen Kommissaren umgehenden Bescheid gefordert, ob sie sich getrauten, dem Feinde die Pässe an der Havel zu verlegen, der, wie er allstündlich höre, nach Schlesien durchbrechen wolle; jene hatten indes eine Beantwortung dieser Frage mit dem Begründen von sich gewiesen, der Herzog möge die Geheimen Räte darüber befinden lassen. Währenddessen war in den Besprechungen, welche in Peine zwischen Tilly und Aldringen zur Feststellungdes Feldzugs-

---

[1]) Kong Christian den Fjerdes egenhaendige Breve, Instruction, Seite 67/68.

[2]) Der dänische Reichsrat Tage Thott schreibt an den Kanzler Christian Friis schon d. d. Stade 1. (10.) April: „Ig fryeter dog, vi kommer icke so snart i marchen." Im: Danske Magazin, IV. Rakke VI. Bind, 7: Nogle Breve til . . . . Christian Friis . . 1625—28; meddelte af F. Friis.

planes stattgefunden hatten,[1]) die Besetzung Havelbergs beschlossen worden. Ein Ultimatum mit der Forderung um gutwillige Einräumung des Platzes an kaiserliche Truppen ging nach Cölln ab, wurde indes von den Räten abschlägig beschieden: sie glaubten nicht, so erwiderten sie dem General, dass König Christian seiner Resolution entgegenhandeln werde, und wären vor allem ausser stande, ohne ausdrückliche Genehmigung des Kurfürsten irgend einen Ort auszuliefern; dessen Entscheidung müsse man somit abwarten. Tilly hatte diese Antwort vorausgesehen und daher schon früher Marschbefehl an einige Abteilungen ergehen lassen. Von Betzendorf bei Lüneburg war der Tillysche Oberstquartiermeister Wurm[2]) aufgebrochen, hatte in der Altmark von allen Seiten auserlesene Mannschaften an sich gezogen, und rückte mit diesen auf Tangermünde zu. Die Leitung der weiteren Expedition übernahm Oswald von Bodendiek, Oberstleutnant im Regiment Colloredo, welcher bisher in Stendal sein Stabsquartier gehabt hatte.

Auf brandenburgischer Seite vernahm man wohl von dem Vormarsch der Kaiserlichen, wusste indes nicht, wohin er sich richten werde; das Gerücht bezeichnete bald Havelberg, bald Rathenow oder Plaue als sein Ziel. Der in Rathenow befehligende Capitän Henning von Götz traf alle Vorkehrungen zu energischer Abwehr; er besuchte noch am 19. April alle Ortschaften in der Umgegend, um sich von ihrer Bereitschaft zu überzeugen, und schrieb tags darauf nach Cölln, die Regierung möchte der Landschaft im Havelland, Friesack und Rhinow befehlen, dass sie bei Tag und Nacht bewaffnetes Volk zur Unterstützung der in den Pässen liegenden Mannschaften bereit hielte. Wenn man

---

[1]) Vgl. Opel: Der niedersächsisch-dänische Krieg III, 224 ff.; in Rücksicht auf diese ausführliche Darstellung sind die folgenden Kriegsereignisse vielfach nur andeutungsweise behandelt.

[2]) Diese Angabe hat Rieseberg: Notabilia der Stadt Gardelegen; da Rieseberg den Oberstquartiermeister sehr wohl kannte, weil derselbe im November des Vorjahres selbst die Quartiere in der Stadt ausgeteilt hatte, so kann an eine Verwechselung mit dem lüneburgischen Oberstwachtmeister Wurm, der ebenfalls an der Expedition teil nahm, schwerlich gedacht werden. So erklärt es sich auch, dass die Chroniken zum Teil Tilly bei dem Elbübergang eine Rolle spielen lassen.

ihm ausserdem noch etwa sechzig Geworbene und einige drei- und vierpfündige Stücke nach Rathenow schicke, so hoffe er die Stadt zu halten; auf jeden Fall aber werde er seiner Pflicht wie ein Soldat nachkommen.

Am 21. April erfolgte der Einbruch der Lüneburgischen bei dem Städtchen Plaue; ein Schreiben des Herzogs verlangte von dem Kommandanten, Friedrich von Götz, „Pass und Repass“. Götz schlug ihn ab; nach lebhafter Gegenwehr sah sich das brandenburgische Volk zur Ergebung gezwungen; es verblieb etliche Tage kriegsgefangen. Bodendiek wandte sich sogleich nach Brandenburg, bemächtigte sich der Altstadt ohne Widerstand und sprengte die Lehenspferde und das Landvolk, die ihm den Zutritt in die Neustadt streitig machen wollten, durch ein paar Musketenschüsse auseinander. Noch in Brandenburg erschienen dann Abgesandte von Rathenow, um die Unterwerfung ihrer Stadt zu erklären. Umsonst hatte Götz die Einwohner ermahnt, ihm bei der Verteidigung beizustehen; von der Regierung nicht, wie er gewünscht hatte, unterstützt, musste er die Uebergabe geschehen lassen. Ohne Schwertstreich fiel endlich auch Havelberg den Kaiserlichen in die Hände; die Bevölkerung selbst hatte unter Drohungen den missliebigen Capitän Schenk genötigt, den Platz zu verlassen. Bodendiek liess hier den Hauptmann von Wreda mit 236 Fusssoldaten zurück.[1]) In weniger als einer Woche war die ganze untere Havel durch lüneburgische Garnisonen gesichert.

Mancherlei hatte zu diesem überraschend schnellen Erfolge beigetragen. Die Räte sind geneigt, ihn auf satanische Beihülfe zurückzuführen; sie berichten alles Ernstes, in Brandenburg habe nicht Hieb noch Stich auf den Kaiserlichen haften wollen, selbst nicht auf ganzen Compagnien; offenbar wären sie alle mit der Teufelskunst des Hartmachens wohl vertraut.[2]) Sicherlich war auch Verrat mit im Spiele; vom brandenburger

---

[1]) Joachim Blumenthals Aufzeichnungen zum Kirchenbuch der Stadtkirche in Havelberg (Hs. ebendort); im Auszuge auch mitgeteilt von Bekmann: Historische Beschreibung der Chur- und Mark Brandenburg II, V, 209.

[2]) Die Räte an den Kurfürsten d. d. 17. (27.) April. (St. A.)

Domkapitel war, so hiess es, an den Herzog von Lüneburg die Aufforderung gerichtet, schleunigst seine Truppen zu schicken, da die Besatzung in der Stadt täglich verstärkt werde; schon vor Bodendieks Ankunft waren die kaiserlichen Offiziere dort bei Christoph von Görne aus- und eingegangen. Als der Oberstleutnant nach Brandenburg kam, gewährte er dann auch dem Domkapitel sofort einen Schutzbrief. In Havelberg wiederum hatte eine Partei mit den Dänen conspiriert, um sie in die Stadt aufzunehmen. So machte man hier wie dort auf eigene Faust Politik, und scheute sich nicht, den Feind ins Land zu rufen. Nicht einmal zur Verantwortung liessen sich jetzt diese gewissenlosen Männer ziehen; vielmehr befahl der Kurfürst „rebus sic stantibus,“ das Geschehene zu „dissimulieren.“

Die tiefste Ursache jedoch für das klägliche Fiasko der märkischen Defension lag in ihr selbst. Wir erinnern uns, dass die Grundzüge der Landesverteidigung auf dem Februarlandtage festgestellt waren: 1500 Mann Geworbene, im übrigen Lehenspferde und Landvolk sollten die Grenzen und die Festungen decken. Ungern nur hatten die Räte mit den 1500 Mann fürlieb genommen; allein selbst die Werbung der neubewilligten 600 Söldner hatte keinen Fortgang, weil der Landtagsbeschluss noch der kurfürstlichen Genehmigung unterlag. Georg Wilhelm aber verschob seine Entscheidung von einer Woche auf die andere; sie erfolgte erst am 9. April; fortdauernde Abhaltung, so schrieb man von Königsberg her, hätte den Kurfürsten an schneller Erledigung gehindert. Als ob ihm irgend etwas hätte wichtiger sein können, als die Beschlussfassung über eine Massregel, welche fast als Lebensfrage für seine Kurlande zu betrachten war. Jetzt war es zu spät, der Zweck der Defension vereitelt; die Räte beantragten daher selbst von einer Erhöhung der Geworbenen auf 1500 abzusehen, und der Kurfürst gab seine Zustimmung. Da nun von den vorhandenen 900 Söldnern die Mehrzahl zur Sicherung der Festungen benötigt wurde, so blieben nur 300, höchstens 400 für die Bewachung der Pässe verfügbar. Sie bildeten den Kern der Besatzungen, die im Laufe des Winters nach Lenzen, Havelberg, Rathenow und Plaue gelegt wurden; aber vom besten Schlage waren sie allesamt nicht. Die wagelustigen und kriegs-

kundigen Elemente hatten sich Mansfelds und des Wallensteiners Fahnen zugewandt, der auch jetzt im Lande seine Werber umhersandte. Was für die Mark selbst hatte angeworben werden können, war „eitel jung ungeübet Völklein,“ [1]) mehr geeignet und geneigt, durch seine Ansprüche der Bevölkerung zur Last zu fallen, als den siegsgewohnten Kaiserlichen den Rang abzulaufen. Ueberdies wurden sie schlecht besoldet. Als am 20. März ständische Vertreter sich abermals in Cölln einfanden, und auch Kracht nebst seinen Capitänen dorthin kam, gewährte man dem Soldaten nur einen halben Thaler Wochensold, und bestimmte, dass ihm alles, was er etwa von den Einwohnern geliehen hätte, vorweg davon abgezogen würde. In Wirklichkeit aber erhielt er nicht einmal diesen geringen Sold ausbezahlt; denn die Stände hatten es durchaus nicht eilig, die für den Unterhalt der Truppen bewilligte Steuer nun auch wirklich aufzubringen.

Bei der unzulänglichen Zahl und bei der geringen Brauchbarkeit der Geworbenen musste man schliesslich das Beste für die Landesverteidigung von der märkischen Miliz erwarten. Der Februarrecess hatte ihre Aushebung zu regeln gesucht, er hatte den Kreisen die Ernennung von Offizieren und Serjanten und deren Anmeldung beim Leiter der Defension anbefohlen, den Offizieren und Unterbefehlshabern das fleissige Einexercieren der unterstellten Mannschaften zur Pflicht gemacht. Die Räte schlugen die Höhe dieses Aufgebotes im günstigsten Falle auf 3600 Mann an, eine geringe Truppe für die ihr gestellte Aufgabe. Indes welch unglaubliche Schwierigkeiten hatten sie selbst zu überwinden, bis diese Zahl auch nur annähernd zusammenkam. Denn allen ihren Bemühungen setzten die Betroffenen eine wunderbare Gleichgiltigkeit entgegen. Jede Stadt hielt sich für berechtigt, erst noch besonders anzufragen, ob man denn durch die Uebernahme solcher Opfer eine Gewähr für den Frieden erlange. Zum vierten oder fünften Male, klagen einmal [2]) die Räte dem Kur-

[1]) Die Räte an den Kurfürsten d. d. 13. (23.) März (St. A.).

[2]) Ebenda. Ueber die Art, wie die Aushebung in den Städten von statten ging, entnehme ich der „Geschichte von Straussberg“ (Hs. B. B.) folgendes: Strausberg hatte 42 Mann zu stellen. Es

fürsten, gingen nun die Ausschreiben hinaus, weil sie bis zur Zeit kaum einer beachtet habe. Hier entschuldigte man sich damit, dass man selbst eines Einfalls gewärtig wäre, dort behauptete man, die Pest habe den Ort zu jeder Leistung unfähig gemacht, eine dritte Stadt wieder war abgebrannt und deshalb ausser stande, ihren Verpflichtungen zu genügen. In Berlin und Cölln kam es im März und April zweimal zu einem förmlichen Aufruhr der Bürger, weil sie den städtischen Ausschuss weder nach Plaue ziehen lassen, noch auch in den Residenzen die Wache beziehen wollten; sie seien nicht dazu da, tobte der Pöbel, Calvinisten zu bewachen, „die nicht an das Verdienst Jesu glaubten.“ Wie viele Ortschaften die ihnen auferlegte Mannschaft schliesslich geschickt hatten, als der Einmarsch der Kaiserlichen erfolgte, wissen wir nicht; so mancher der wackeren Landsturmleute wird ungeachtet des Gebotes der gestrengen Herren in Cölln zu Hause geblieben sein.[1]) Was dann aber an Landvolk glücklich zur Verteidigung der Pässe erschien, das schlich sich in einem unbewachten Augenblick wieder hinweg, um am heimatlichen Herde die Mühen des unbequemen Lagerlebens zu vergessen. Diese Leute fürchteten sich „vor einem rauschenden Blatt,“ und pfiffen einmal Musketenkugeln ihnen um die Ohren, so flohen sie, wie in Brandenburg, sobald sie nur „einen oder zwei aus ihrem Haufen dahinfallen oder umkommen“ sahen, und warfen Gewehre und was sie sonst behinderte, entsetzt von sich, um nur schnell ausser Schussweite zu gelangen. Und solche Helden beanspruchten

---

wurde nun eine Bürgerversammlung berufen und hier die Auslosung vorgenommen. Die Mehrzahl der Zettel war leer, auf 42 aber stand mit grossen Buchstaben: „Soll mit fort.“ Jeder, welcher einen dieser so beschriebenen Zettel zog, musste persönlich ausziehen oder einen tüchtigen Stellvertreter beschaffen. Die Pfarrer und die Ratmannen nahmen an der Auslosung nicht teil.

[1]) Die 25 Musketiere, welche das Städtchen Beelitz nach Brandenburg stellen sollte, waren z. B. gerade erst im Begriff, unter Führung des Stadtschreibers dorthin abzumarschieren, als die Nachricht von der Einnahme der Städte durch Bodendiek einlief. (Sebald: Breviarium historicum). Strausberg schickte glücklich am 27. April seine Leute. (Geschichte von Strausberg.)

[2]) Die Räte an den Kurfürsten 17. (27.) April (s. o.).

für ihre schätzenswerte Gegenwart zehn bis zwölf Thaler Monatssold,[1]) und erregten dadurch, dass sie so viel besser gestellt waren, bei den schlecht bezahlten Geworbenen nur noch grössere Unzufriedenheit.

Nicht ganz so untüchtig wie das „Landvolk“ mochten die „Lehenspferde“ sein, wenn man ihnen im Gegensatz zu jenen nachrühmte, dass sie wenigstens bemüht wären, ihre Obliegenheiten zu erfüllen. Seltsame Dinge erzählte man sich aber auch von ihnen. Als Redern das Ritteraufgebot des Lebusischen, Teltowischen und der beiden Barnimschen Kreise auf dem Mühlendamm in Cölln musterte, schoss einer der Reiter seine Pistole unter gewaltigem Kraftaufwand mit beiden Händen ab. Sein Ross musste sein Lebtag solches Knallen nicht gehört haben; es wurde scheu, riss aus und liess den edlen Kämpen schnöde auf der Strasse liegen. Dass die Offiziere vielfach die erforderliche Ausbildung vermissen liessen, lässt sich bereits daraus abnehmen, weil sie ja von den Kommunen und Kreisverbänden ernannt wurden. Es werden zumeist achtenswerte Männer gewesen sein; aber dass der in Havelberg liegende Leutnant, ein in seinem Beruf gescheiterter Bäcker aus Berlin, sich auf das Kriegshandwerk so gut verstand wie auf das Brotbacken, oder etwa gar besser, dürfen wir eigentlich kaum voraussetzen.

Dies war das Material, mit welchem Kracht die Verteidigung der Mark gegen zwei Fronten durchführen sollte. Fügen wir hinzu, dass es neben dem Mangel an durchgebildeten Truppen auch an Kriegsvorräten aller Art, an Geschütz, Pulver, Blei, Lunten, Gewehren gebrach, rufen wir uns ins Gedächtnis zurück, wie sehr der Oberst an Küstrin gefesselt war, so werden wir es ihm nicht zum Vorwurf machen, wenn die von ihm geleitete Verteidigung traurige Resultate ergab. Ihn zu tadeln, weil er seines Amtes schlecht gewaltet hätte, dazu fand nicht einmal sein stets unzufriedener kurfürstlicher Herr Veranlassung. Eigenartig genug rückte es ihm dieser vielmehr vor, dass er Ernst gemacht hatte mit dem Schutze der Mark.

---

[1]) Doch ist darin sicherlich der Aufwand für ihren gesamten Unterhalt einberechnet; bar erhielten sie anscheinend („Geschichte von Straussberg“) etwa $1^1/_2$ Thaler monatlich.

Bei seiner Abreise von Königsberg hatte nämlich der Kurfürst Kracht mündlich den Auftrag erteilt, den Kaiserlichen auf ihr Ansuchen den Durchzug zu erlauben und ihnen mit Proviant an die Hand zu gehen. Als Kracht den Geheimen Räten Kunde von dieser Anweisung gab, hielten dieselben sogleich beim Kurfürsten um schriftliche Fixierung einer so wichtigen Entscheidung an; denn zuvörderst glaubten sie annehmen zu dürfen, dass Kracht den Befehl missverstanden habe. Mit Recht mussten sie sich fragen, wozu die kostspielige Defension an der Havel aufrecht erhalten werde, wenn man den Lüneburgischen, sobald sie nur darum angingen, die Havelpässe öffnen wollte. Kaum ein Vierteljahr war verstrichen, seitdem man dem König Christian mit Brief und Siegel versprochen, seinen Feinden den Zutritt in das Land zu sperren. Wollte der Kurfürst im Ernst seinem bisherigen Bundesgenossen den Stuhl vor die Thüre setzen? war die Anweisung an den Obersten die erste deutliche Regung einer Hinneigung nach der habsburgischen Seite? Dann konnte der Grund allein in dem steigenden Einfluss des Grafen Schwarzenberg, des verhassten Katholiken, gefunden werden. Aber es war nicht so! Kracht hatte gewiss die stets unklaren Auslassungen des Kurfürsten missdeutet, oder es war eine vorübergehende Stimmung, welche diesem die unerklärlichen Worte über die Lippen gebracht hatte. Niemals hatte ja bisher eine Resolution aus Königsberg auch nur angedeutet, dass man von der ehrbaren Neutralität ablassen wolle. Nach Kopf und Herzen immer noch gut antihabsburgisch, waren die Räte vielleicht auch froh, dass ihr Herr durch seine altgewohnte Lässigkeit und Gleichgültigkeit es ihnen ermöglicht hatte, vorläufig eine Schwenkung seiner Politik zu desavouiren, welche ihren eigenen Anschauungen zuwider war. Unter dem 9. April erging der erbetene Bescheid des Kurfürsten; er bestätigte vollauf die Auffassung, welche Kracht von der Gesinnung Georg Wilhelms gewonnen hatte, auf deren Vertretung in den Fragen der märkischen Defension er aber verzichtet hatte angesichts der Einwände, welche der Geheime Rat gegen die Berechtigung und praktische Anwendbarkeit derselben erhoben. Die neue kurfürstliche Entscheidung ging über jene Weisungen an Kracht sogar noch hinaus. Nicht nur den Durchzug wollte

der Kurfürst jetzt den Kaiserlichen zugestehen, Heimatsrecht im Lande sollten sie erhalten: auf ihr Begehren hätte man ihnen auch die Besetzung eines Passes zu verstatten. Ein derartig weites Entgegenkommen hatte früher ausserhalb aller Berechnungen gelegen; Kracht selbst hatte die Meinung vertreten, dass die von Tilly verlangte Einräumung Havelbergs die märkische Defension vor ganz neue Probleme stelle, deren Lösung man dem Landesherrn allein überlassen müsse.[1]) Als dann die Lüneburgischen in Plaue und Brandenburg sich nahmen, was man ihnen zu geben verweigert hatte, kam es, — wie wir sehen, gegen den Willen des Kurfürsten, — zum Zusammenstoss. Denn den entscheidenden Befehl des Kurfürsten hatte wiederum das Schicksal betroffen, welches einen Monat zuvor auch seine Ordre betreffend die Abwehr der Schweden gehabt hatte: er war post festum eingegangen, zum mindesten zu spät, um noch von Cölln aus die Offiziere in den einzelnen Havelpässen entsprechend instruieren zu können. Dass also doch den Kaiserlichen Widerstand geboten war, erschien dem Kurfürsten eine schlimme Verfehlung des Obersten Kracht; ja er stellte nunmehr in einem Schreiben an den Obersten die Behauptung auf, er habe, als er nach Preussen zog, sogar Redern unzweideutig seine Meinung dahin kund gegeben, dass einem Einmarsche der Kaiserlichen Widerstand nicht entgegengestellt werden solle. Wäre dies wahr, so hätte der Kurfürst fast in demselben Augenblicke, wo er dem Dänen versichern liess, er werde mit allen Mitteln einer weiteren Occupation der Mark durch seine Feinde zu wehren suchen, die Absicht gehabt, das Vertrauen seines bisherigen Freundes zu missbrauchen; Winterfeldts Rendsburger Reise hätte lediglich den Zweck verfolgt, den König zu betrügen, ihm Sand in die Augen zu streuen. Indes, mag immerhin diese Absicht bestanden haben, — dass Schwarzenberg die Gesandtschaft anregte, dürfte wohl dafür sprechen — sicherlich hat der Kurfürst Redern nicht bereits jene stricten Anweisungen gegeben; denn dessen Verteidigungsmassregeln sind viel zu ernsthaft, um den Gedanken zuzulassen, es handele sich um eine bewusste Spiegelfechterei. Will man des Kurfürsten

[1]) Kracht an die Räte, Küstrin 5. (15.) April (St. A.).

Behauptung durchaus entschuldigen, so kann man es nur unter der Annahme, dass er infolge von Schwarzenbergs Hochdruckarbeit schliesslich sich selbst einredete, er habe schon vor Monaten seiner Dänenfeindlichkeit den bezeichnenden Ausdruck verliehen.

Jetzt freilich entwickelte sich, parallel mit der stets schärfer sich äussernden Hinneigung zu Oesterreich, immer unverkennbarer ein Gegensatz zu Dänemark; die Zuvorkommenheit gegen die Kaiserlichen zeigte als ihre Kehrseite die Feindseligkeit gegen den König. In seiner oben besprochenen Resolution vom 9. April erweist sich zwar der Kurfürst in der Begründung des Befehls, den Lüneburgischen auf ihr Anhalten einen Pass einzuräumen, noch durchaus als reinen Utilitarier; es werde vorteilhafter sein, meint er, die Besetzung zu gestatten als sie abzuschlagen. Dem entsprechend tritt er auch gegen den Dänen noch fein sachte auf; sollte etwa von seinen Mitkurfürsten eine Gesandtschaft an Christian abgeordnet, und wenn sie nicht die gewünschte Berücksichtigung fände, der Reichskrieg gegen ihn beschlossen werden, so würde er sich überlegen, welche Stellung er dabei einzunehmen habe. Einen um vieles schrofferen Ton schlägt bereits ein Schreiben des Kurfürsten vom 23. April an; es erteilt den Räten und dem Obersten Kracht den gehaltenen Befehl, den Königlichen Quartier und Durchzug zu verwehren; dies sei „sein eigentlicher Wille und Meinung“, damit nicht etwa jemand dafürhalte, er habe die Dänen lieber als die Kaiserlichen. Als kurz darauf Tillys Ersuchen um die Einnahme seiner Truppen in Havelberg der Entscheidung des Kurfürsten unterbreitet wurde, trug er allerdings Bedenken, dem Antrage Folge zu geben, wies nunmehr aber Kracht an, im Bedarfsfalle die kaiserlichen Garnisonen um Hilfe gegen die Dänen anzugehen.[1]) Das war wenigstens ein entschiedenes Wort; nur schade, dass der ewig unschlüssige und sich bei halben Massregeln gern beruhigende Kurfürst es wiederum zu spät gesprochen hatte. Bisher hatten immer noch die paar hundert Söldner und das Landesaufgebot genügen sollen, feindlichen Vorstössen die Spitze zu bieten. Der stets

[1]) Der Kurfürst an Kracht 16. (26.) April (St. A.)

aufs neue wiederholte Befehl hierzu hatte die Cöllner Regierung schon fast zur Verzweiflung gebracht; mochte ihr Herr der althergebrachten Neutralität den Abschied geben und sich dem Kaiser zuneigen: die Diener mussten sich einmal darein schicken. Die Zurückweisung der Dänen war dagegen etwas positiv Unmögliches, was sich selbst beim besten Willen nicht leisten liess; so bezeugen[1]) denn die Räte „vor Himmel und Erden," dass man einem Einfalle der Dänen geduldig zusehen müsse, „und wenn es uns E. K. F. D. noch zehenmal so hart geboten", ihn zu verhindern. Sie würden es dem Kurfürsten Dank wissen, wenn er sie ihrer Dienste enthöbe, für die er Anerkennung doch nicht übrig habe. „Es soll uns alles lieb sein, nur dass mir des schweren Joches, darinnen wir Tag und Nacht ziehen müssen, entlästiget werden."

Die gleiche Amtsmüdigkeit zeigte sich bei Kracht. Er bat[2]) den Kurfürsten, ihm die Rückkehr zu seinem preussischen Regiment zu erlauben, denn diese Defension zu leiten, fühle er sich ausser stande. Wo die Landesgrenzen im Westen ringsum von Feinden bedroht waren, musste er sich mit Küstriner Kräwinkeleien abgeben, nachspüren, ob wirklich Spione in der Festung gewesen wären und dergleichen. Es vereinseitigte seine Wirksamkeit, dass ihm in der Neumark noch nicht ein Oberstleutnant zur Verfügung stand; so hatte er in allen Einzelheiten für die Sicherung des Ostens aufzukommen. Und was gerade damals hier geschehen musste, war nicht wenig. Streiffs Regimenter waren bei Hammerstein polnischer Uebermacht erlegen, das Fussvolk gefangen, die Reiterei zersprengt und westwärts zurückgeworfen. Davon hatte der Kurfürst seinen Obersten benachrichtigt und ihm befohlen, zumal gleichzeitig verlaute, die in Schlesien liegenden dänischen Truppen kämen von dort zurück, die Pässe an der Oder und Warthe mit Landvolk und Geworbenen zu besetzen und insonderheit Küstrin, Landsberg und Frankfurt zu sichern. Der befürchtete Schwedeneinfall verlief recht harmlos. Einige Lehenspferde unter dem Rittmeister von Schöne-

[1]) Die Räte an den Kurfürsten 23. April (3. Mai) (St. A.).

[2]) d. d. 25. April (5. Mai) (St. A.).

beck und Fussvolk unter Kapitän Senff waren ausreichend, die kleinen Reitertrupps, welche die Grenze überschritten, im Zaume zu halten. Misslicher war es, wenn wirklich die Dänen aus Schlesien heimkehren sollten, deren Zahl man auf mindestens 10000 Mann veranschlagte. Nun war freilich die Kunde von den angeblichen Plänen derselben dem Kurfürsten durch den Oberst Pechmann zugegangen, und da dieser in der Erfindung von Alarmnachrichten aller Art überhaupt seine Stärke zeigte, so hätte man an sich nicht nötig gehabt, die Sache allzu tragisch zu nehmen. Indes Pechmann war in seinem Liebeswerben um weitere Quartiere seiner krossenschen Regimenter so zudringlich geworden, dass Kracht und die Räte sich einer verstärkten Besetzung der Oderlinie nicht entziehen durften. Frankfurt vornehmlich, der Schlüssel zur Oder, musste so weit gesichert werden, dass es einem etwaigen Angriffe stand hielt. Den Städten in seiner Nachbarschaft ward daher aufgegeben, „aller ersten Tages" dorthin Mannschaften, mit Waffen und Proviant auf einen Monat ausgerüstet, abzusenden; Wriezen z. B. sollte 48, Freienwalde 25, Beeskow 55, Fürstenwalde 80 Mann stellen. Auch die nach der Aufgabe von Rathenow verfügbare Compagnie Hennings v. Götz erhielt Ordre, nach Frankfurt zu gehen, und langte daselbst in der ersten Maiwoche an.[1])

Durch dies alles an der Oder vollauf beschäftigt, vermochte Kracht kaum den Dingen an der Elbe auch nur eine geteilte Aufmerksamkeit zu schenken; das Unglück aber wollte, dass sein natürlicher Stellvertreter in jenen Kreisen, der Oberstleutnant Redern, sich in ähnlicher Verdammnis befand wie Kracht. Seit dem März hatte er die Festung Spandau in seine besondere Obhut genommen und sich hierdurch dieselbe lästige Fessel angelegt, wie Kracht sie als Kommandant von Küstrin zu tragen hatte. Nachdem die Lüneburgischen sich der Havelpässe bemächtigt hatten, war er vollends an den Platz gebannt. Denn von ihrer Absicht, Spandau zu überfallen, wusste man manches zu erzählen.

[1]) Nach Akten im städtischen Archiv zu Frankfurt a. d. Oder; der Rat von Frankfurt an den Kurfürsten d. d. 27. April (7. Mai). Die Räte an Frankfurt 14. (24.) April; Frankfurt an die Geheimen Räte 24. April (4. Mai).

Mit gesteigerter Hast ward daher jetzt an Batterien, Schanzen und Wällen gearbeitet, die Compagnie des Kapitän Schenk zur Verstärkung der Besatzung herbeibefohlen — kurz, Redern fand in Spandau alle Hände voll zu thun.

Die bösen Folgen, welche diese Behinderung des Obersten und des Oberstleutnants nach sich zog, hatten sich bereits bei der Haveldefension zur Genüge offenbart. Es fehlte die Autorität, die schnell anordnete, die auf jede Anfrage sogleich Bescheid erteilte; die Defension zersplitterte sich in eine Reihe von Einzeldefensionen, die unabhängig nebeneinander standen, nach dem Nachbar wenig fragten und von einer Generalleitung nur von fernher etwas läuten hörten. Direktiven für ihr Verhalten nach einem etwaigen Misserfolg hatte man den Truppen zu geben anscheinend unterlassen; hatten sie die übliche Schlappe erlitten, so zogen sie einstweilen planlos im Lande herum. So konnte es geschehen, dass die havelberger Garnison auf die Drohungen der Bürger hin den anvertrauten Platz im Stiche liess, und dass sie dann, anstatt sich nun wenigstens an die mecklenburgische Grenze gegen die Dänen zu wenden, tagelang das Havelland unsicher machte, bis sie endlich Rederns Befehl nach Spandau rief.

Bei derartiger Lage der Dinge gab sich ausser dem Kurfürsten wohl niemand der Illusion hin, dass die Prignitz, jedes natürlichen Grenzschutzes bar, dänischen Angriffen nicht noch schneller erliegen werde, als die Pässe an der Havel den Kaiserlichen. Die hundert Mann Geworbene, mit welchen der Kapitän Reichard in Lenzen stand, und das prignitzer Landsaufgebot vermochten im besten Falle vielleicht einem dänischen Regiment das Gegengewicht zu halten. Allein es bedurfte nur geringer Ueberlegung, um zu erkennen, dass König Christian bedeutende Truppenmassen in die Mark senden werde; denn ein weiteres Eindringen der Feinde hätte den gefürchteten Zaun zwischen ihm und seinen schlesischen Regimentern aufgerichtet. In der That versammelten sich während der letzten Aprilwoche von allen Seiten her dänische Truppen um Grabow; man sprach von 9000 Mann. Ihre Bewegungen erfolgten in möglichster Stille, so dass man sich im Lager Lüneburgs leichtfertiger Sicherheit hingab. Nicht allein, dass man an eine Deckung gegen die mecklen-

burgische Grenze gar nicht dachte — mochten sich hier die Prignitzer ihre Knochen zu Gunsten der Kaiserlichen zerschlagen lassen —, selbst aus Havelberg rief der Herzog noch am 3. Mai einige Abteilungen Haussmannscher Reiter, die dort soeben angelangt waren, wiederum ab.[1])

Allein schon in der Frühe des vorhergehenden Tages hatten die Spitzen der dänischen Armee die prignitzische Grenze überschritten; die Besatzung des Passes Eldenburg wurde überrumpelt und ergab sich auf ehrenvolle Bedingungen dem Kapitän-Major Heussler vom Regiment des Obersten von Hünecke. Unmittelbar darauf forderte Heussler die Uebergabe der Stadt Lenzen, gewährte jedoch dem Kapitän Reichard die nachgesuchte Frist, um sich aus Spandau Verhaltungsmassregeln zu erbitten. Redern schob die Entscheidung dem Geheimen Rate zu,[2]) dessen Erwiderung[2]) indessen abermals dem Oberstleutnant die Verantwortung überliess; wenn er glaube, so bescheiden sie ihn, mit den Söldnern und dem Landvolk den Dänen widerstehen zu können, so erteilten sie in Gemässheit des kurfürstlichen Gebotes[3]) Weisung hierzu. Ob Redern auf diesen unerfüllbaren Eventualbefehl hin Reichard irgend eine Anweisung gegeben, wissen wir nicht; doch scheint der Kapitän am 11. Mai Lenzen geräumt zu haben.

Die Offensive der Dänen hatte inzwischen, durch die märkische Defension wenig oder gar nicht behindert, einen günstigen Fortgang genommen. Am 4. Mai war Perleberg besetzt, in der Nacht vom 5. zum 6. Mai erreichte ein vorgeschobenes Detachement den Domberg bei Havelberg. Wohl waren sogleich nach der Einnahme dieses Platzes durch Bodendiek Bauern und Städter aus der ganzen Umgegend aufgeboten worden, um die Schanzarbeit der Soldaten eiligst zu fördern, und selbst Rathenow und Brandenburg hatten schliesslich[4]) die Aufforderung erhalten, je zweihundert Mann mit Schippen, Spaten, Karren nach Havelberg

[1]) Joachim Blumenthals Aufzeichnungen.

[2]) Beide Schreiben d. d. 24. April (4. Mai) (St. A.).

[3]) Die Resolution des Kurfürsten vom 13. (23.) April war gerade eingetroffen.

[4]) Bodendieks Befehl vom 3. Mai (St. A.).

zu schicken; allein die Verteidigung des zur Havel steil abfallenden Domberges erforderte nach Norden zu ein weitläufiges System von Schanzen,[1]) dessen Fertigstellung innerhalb der kurzen Spanne Zeit nicht möglich gewesen war. Da der kaiserliche Hauptmann Wreda überdies in verhängnisvoller Lässigkeit die Schanzen nur durch eine Feldwache gedeckt hatte,[2]) so warfen die Dänen die überraschten Feinde ohne Mühe aus ihrer Stellung; was nicht in die unten gelegene Stadt entkam, ward niedergemacht oder gefangen. Dort aber setzten sich nun die Kaiserlichen von neuem fest, deckten die Häuser ab, verschanzten sich auf dem Kirchhof.[3]) Der Herzog Georg, der aus Gardelegen herbeieilend vom 14. Mai ab[4]) selbst das Kommando der vor Havelberg liegenden Truppen übernahm, traf die umfassendsten Vorbereitungen zur Wiedereroberung des Domberges. Bei Sandau und Werben, meldete Redern,[5]) allerdings in starker Uebertreibung, dem Kurfürsten, würden 18000 Mann zusammengezogen, in Werben allein sollten 37 Compagnien zu je dreihundert Mann liegen; selbst eine Flotte und Fähren wurden ausgerüstet, um gegen die dänische Stellung anzukommen. Indessen die Königlichen liessen sich nicht ausstechen; ihr Befehlshaber, der Generalwachtmeister Balthasar von Schlammersdorf vereitelte die von Werben aus geplante Flankenumgehung durch eine langgezogene Kette von Verschanzungen, deren äusserste Glieder bis zu dem Dorfe Quitzöbel reichten; und unten in der Stadt Havelberg bekamen die Lüneburgischen einen schweren Stand. Am späten Abend des Pfingstdienstages (25. Mai) ging der Ort in Flammen auf, nachdem die von der Höhe herabgeworfenen Feuerkugeln und Pechkränze zuerst in der Fischerstrasse gezündet hatten; nur der „Marstall“ und die Kirche blieben von dem Brande verschont. Hier hielten sich die Kaiserlichen, bauten Gerüste unter den Fenstern, brachen

[1]) Die Räte an den Kurfürsten von Sachsen d. d. 17. (27.) April (St. A.).

[2]) Vgl. Opel: Der niedersächs.-dänische Krieg.

[3]) Nach Akten des städtischen Archivs in Frankfurt a. O.; die Räte an Frankfurt 29. April (9. Mai).

[4]) Das Datum nach Rieseberg: Notabilia.

[5]) d. d. Spandau 7. (17.) Mai (St. A.).

Schiessscharten in die Mauern und beschossen die Dänen; kaum war auch nur die Glut des Feuers erloschen, so nisteten sie sich bereits wieder in den Trümmern der Häuser ein.

Von der Prignitz her hatten sich währenddessen dänische Truppen unter dem Oberkommando des Generalmajors Konrad Nell über das ganze Havelviereck ausgedehnt. Einige Tage nach der Einnahme Havelbergs, am 9. Mai, ist schon die „Fähre Bellin" in ihren Händen; Leute aus dem Städtchen Bellin[1]) hatten ihnen einen unbewachten Weg beim Dorfe Lentzke gezeigt; nun kamen sie der brandenburgischen Besatzung in den Rücken und nötigten sie zum Abzug. Der Leutnant, welchen dieses Missgeschick betroffen, wurde dafür in Eisen gelegt, aber der wichtige Pass, der die Pforte bildete nach der oberen Havel, und zu dessen Besetzung sich die Kaiserlichen darum zum öfteren erboten hatten, war eben verloren. Eine Schanze auf dem Nauener Damm, bei Vietznitz, sicherte als äusserste Position der Dänen nach Süden zu diese Hauptstrasse durch das Luch. Um die Südspitze des Ruppiner Sees herum rückten die Dänen auf Gransee, wo noch vor dem 15. Mai ein dänisches Reiterregiment eintraf. Zehdenick wurde hier das Hauptquartier; auch Liebenwalde geriet in ihre Gewalt, um demnächst zu einem besonders festen Stützpunkt der dänischen Stellung auserwählt zu werden. Eberswalde musste die Brücke über die Finow abwerfen, wohl weil durch sie eine den Dänen unwillkommene Verbindung mit der Oder geschaffen wurde. Auch die Mittelmark schien von ihnen bedroht, wenn der Oberst Nell ernsthaft Miene machte, das brandenburgische Landvolk aus dem Bötzower Pass zu verjagen. Deshalb beorderte Redern die von Lenzen heranziehende Reichardsche Compagnie sogleich dorthin. Jedesfalls hatte der dänische Vorstoss seinen nächsten Zweck erreicht; bis zur Oder streiften dänische Reiter und hielten Fühlung mit den weimarischen Truppen in Schlesien. „In Deutschland geht bisher alles recht gut" konnte damals ein Freund[2]) der protestantischen

[1]) Fehrbellin; den 9. Mai als Datum der Einnahme geben historische Aufzeichnungen des Kirchenbuches in Dechtow, mitgeteilt von Bardey: Geschichte von Nauen u. Osthavelland (Rathenow 1892), S. 472.

[2]) Vgl. The negotiations of Sir Thomas Roë from the year 1621

Partei schreiben; und er hatte selbst nicht ganz unrecht, wenn er hinzufügte, der Feind müsse sich zurückziehen oder sterben.[1]) Denn Weser und Elbe waren von Christian völlig gesperrt; Tillys Truppen litten den drückendsten Mangel, und kaum minder fühlbar machte sich in der Mark die Blockade der unteren Elbe. Schon im März hatten die Räte darüber zu klagen, dass die Getreideausfuhr stocke und deshalb eine Geldnot im Lande herrsche, wie seit undenklichen Zeiten nicht.[2]) Auch die Salzeinfuhr war durch die Dänen abgeschnitten, seitdem sie den Krossener Einfall erfahren; als darauf einige Städte an Schlammersdorf das Ersuchen richteten, er möge doch die Zuführung des unentbehrlichen Minerals wiederum freigeben, hatte ihnen dieser erwidert, sie sollten ihn nicht für so thöricht halten, dass er etwas in das Land zu schaffen erlaube, was den Feinden des Königs zu gute komme. Der Salzmangel blieb daher während der folgenden Monate eine sehr schwer empfundene Begleiterscheinung des Krieges.

So hatte denn die Mark das Schicksal betroffen, was ihr seit langem berufene und unberufene Zeichendeuter vorausverkündet hatten: sie wurde Kriegsschauplatz, „sedes belli.“ Zwar hatte die Regierung schliesslich noch zu einem letzten Auskunftsmittel gegriffen; dass es dem Uebel nicht Einhalt thun werde, bezweifelte sie kaum selbst. Die kurfürstlichen Räte Hans von Wilmersdorf und Curt Bertram von Pfuel sollten versuchen, die bei Plaue eingefallenen Lüneburgischen zur Rückkehr zu bestimmen. Allein Bodendiek schlug ihre Forderung, als sie ihm in Brandenburg unterbreitet ward, rundweg ab, zwang vielmehr durch die Drohung, er müsse noch Havelberg, Rathenow und Fehrbellin mit Güte oder mit Gewalt für sich haben, die Gesandten, den Städten selbst die Unterwerfung anzuraten; sie durften es um so eher thun, als sie jetzt

---

to 1628 (London 1740); Isaak Wake, britischer Gesandter in Venedig an Roë, britischen Gesandten bei der Pforte d. d. 30. Juni (10. Juli) 1627.

([1] Ganz ähnlich sagt Wassenberg: Commentarii de bello inter Ferdinand. II, III et eorum hostes (Frankfurt 1639) über Tilly (S. 135): pudebat nobilem tot victoriis gloriosum Ducem quem arma non vicerant fame vinci.

[2]) Relation der Räte an den Kurfürsten 13. (23.) März (St. A.).

hinzufügen konnten — die kurfürstliche Resolution vom 9. April war inzwischen eingelaufen, — dass Nachgiebigkeit durchaus dem Willen des Landesherrn gemäss sei. Im übrigen fand es Bodendiek bequem, die unliebsamen Bittsteller an den Herzog von Lüneburg als Oberkommandierenden zu weisen; in Gardelegen aber erklang das alte Lied, dass man nur den Dänen zuvorgekommen sei; und wenn auch der Kurfürst von Sachsen in einem ernsten Schreiben den Lüneburger ob seines Vorgehens zur Rede stellte — sein Einspruch half auch hier der Mark genau so wenig, wie noch immer bisher. Als endlich Mitte Mai dem General Tilly ein Vorschlag Georg Wilhelms zuging, er solle alle Pässe ausser Havelberg räumen, wenn er sähe, dass die Brandenburger ihre Grenzen hinlänglich gegen die Dänen gesichert hätten, da hatten die Thatsachen längst über diese naive Bitte entschieden. Die Rolle der Mark in dem kriegerischen Schauspiel war festgelegt: es war diejenige des jammernden Chors im „König Oedipus", der vergebens zuerst das Verhängnis des Staates, den Zwist der Fürsten Oedipus und Kreon, abzuwenden gesucht hat, und es dann machtlos muss über sich ergehen lassen.

Bereits am 24. April hatte Bodendiek aus Rathenow für die Verpflegung der Havelgarnisonen eine neue „Interims-Ordinanz" erlassen. Sie war härter als die Gardelegener. Gewiss! Die neu besetzten Kreise boten ja ein ergiebigeres Feld für die Ausbeutung als die geplünderte Altmark. Nach der Einnahme von Havelberg wurde die Prignitz zu den Contributionen herangezogen, und auch an den Ruppiner Kreis sandte man die Aufforderung, zur Anfüllung der unersättlichen Mägen und der vollends unergründlichen Taschen der kaiserlichen Soldaten beizutragen. Als jedoch eben noch die Prignitzer Stände über die Austeilung der Leistungen zu Wittstock berieten, rückten schon die Dänen in Havelberg ein, und die Herrschaft der Kaiserlichen in beiden Kreisen hatte auf Monate hinaus ein Ende. Um so schwerer lastete die Verpflegung der fast täglich sich mehrenden kaiserlichen Truppen — aus Mitteldeutschland wurden nach und nach die Regimenter auf den Kriegsschauplatz gezogen — auf der Altmark und den Strichen südlich des Havelluches. Siebenzehn Compagnien zu Fuss und zwei zu Ross wollten in Brandenburg

und Rathenow unterhalten sein,[1]) und jede Infanteriecompagnie ward voll auf 300 Köpfe gerechnet, obgleich sie sicherlich nicht diese Stärke erreichten. Man hatte für sie anfänglich 10,000 Thaler in Münze für jede Woche verlangt; allein der am Tage liegende Geldmangel liess bald von dieser Forderung absehen. Es waren nun monatlich etwa 11,000 Thaler bar, 1110 Wispel Weizen, 166 Wispel Roggen, 3338 Tonnen Bier, 89½ Wispel Hafer und 1054½ Ochsen nach Brandenburg zu liefern. Das Havelland allein vermochte für diese gewaltigen Lieferungen nicht aufzukommen, zumal sie nach altem Brauch unter den ärgsten Erpressungen sich verdoppelten. Die Bürgermeister von Brandenburg und die neu ernannten Kriegskommissare, Georg von Bredow und Valentin von Priort, richteten deshalb an die Regierung das Ersuchen, auch die benachbarten Kreise zur Aufbringung der Contribution heranzuziehen. Die gewünschte Verfügung erschien am 30. Mai;[2]) die Kreise diesseits der Oder sollten danach zum Unterhalt der Truppen beisteuern, und zwar unter Zugrundelegung der alten Hufenrolle. Jede Hufe[3]) — eine Rücksicht auf die verschiedene Ertragfähigkeit des Bodens ward nicht genommen — musste monatlich 36 Groschen, 5 Metzen Roggen, ¼ Scheffel Hafer und Gerste und ½ Tonne Bier beschaffen, je 26 Hufen dazu 2 Ochsen. Wer etwa Lebensmittel nicht liefern wollte, weil ihm Brandenburg gar zu entlegen war, hatte für den Scheffel Getreide zwölf Groschen, für die Tonne Bier zwei Thaler, für das Rind zehn Thaler zu entrichten. Man sieht, dass auf die Beschaffung von Weizen verzichtet wurde, weil die roggenbauende Mark ihn unmöglich hätte zusammenbringen können. Dafür wurden die Quoten an sonstigem Getreide, offenbar aber auch die Geldleistungen entsprechend erhöht.

Wie das Land im Süden des havelländischen Luches den Kaiserlichen, so contribuierten die Kreise nördlich davon den

[1]) Auf 5300 Mann beziffert auch Dilschmann (Fischbach): Diplomatische Geschichte . . . der Stadt Spandau. Berlin 1785 (Seite 69) die Garnisonen in Brandenburg und Rathenow.

[2]) Nach einer anderen Angabe schon am 21. Mai (beide im St. A.).

[3]) Die persönliche Last des Bauern wurde dadurch erhöht, dass derselbe meist mehrere Hufen besass.

Dänen; nur dass sich die Dänen in ihren Ansprüchen gemässigter zeigten als die habsüchtigen Truppen Wallensteins. Es war nicht das wüste Nationalitätengemisch der friedländischen Soldateska, bei dem schon dieser Wirrwarr jeder Zucht entgegenstand; es waren nicht die verkommenen Offiziere, an denen das Heer des Herzogs übergenug aufweisen durfte. Dort begegnen uns unter den Obersten, welche jetzt in der Mark stehen, ein Schlammersdorf, der im Vorjahre, um die angedrohte Vermehrung der Einquartierung von Mecklenburg abzuwenden, den bedrängten Orten aus eigenen Mitteln grosse Summen vorgeschossen,[1]) ein Bernhard von Weimar, gewiss eine der edelsten Erscheinungen des ganzen Zeitraums, ein Konrad Nell, der, als in einem Amtsdorf der Uckermark einmal Scharen erregter Bauern sich zusammenrottierten, um die Dänen aus dem Dorfe zu jagen, unbesonnene Schritte durch das freundlichste Entgegenkommen zu verhindern suchte, und als dies nichts nutzte, die Anwendung von Gewalt auf das dringend gebotene Mass beschränkte.[2]) Kein Wunder, wenn wir in der Mark fast überall hören, dass die Bevölkerung die Ankunft der Dänen lieber sah als die der Kaiserlichen, ja dass man sie herbeiwünschte. Kracht musste zu des Kurfürsten grossem Schmerze nach Königsberg melden,[3]) dass man es offen im Volke ausspräche, wer sie hindere die Dänen aufzunehmen, dem würden sie den Hals brechen.

Diese den Königlichen wohlgeneigte Stimmung der Einwohner beruhte gewiss in erster Linie auf realen Vorteilen; gegenüber den unerhörten Schindereien der Wallensteiner, von denen sie durch die Klagen ihrer Nachbaren vernahmen, war ihr Los erträglich. Ausserdem aber spielten ebenso gewiss ideale Gründe mit hinein; es lag ja auf der Hand, dass das protestantische Volk das Heer des lutherischen Dänenkönigs freundlicher empfing als das Volk des erzpapistischen

---

[1]) Fürstlich mecklenburgische Apologia, Beilage CCXIII, Schlammersdorf an Herzog Adolf Friedrich, 16. September 1629.

[2]) Sigismund v. Götz an den Kurfürsten, d. d. Gramzow, 9. (19.) Juni 1627 (St. A.).

[3]) Kracht an den Kurfürsten d. d. Küstrin 21. (31.) Mai (St. A.).

Kaisers. Geschickt wussten die Dänen diese Seite natürlicher Sympathie anzuschlagen.

Als Schlammersdorf im Begriff stand, mit der dänischen Hauptmacht die Grenzen der Mark zu überschreiten, erliess er von Neustadt[1]) aus ein Manifest an die Brandenburger. Mit Emphase gedenkt er darin der Schandthaten, welche „der grausame Feind der Evangelischen Religion“ in seiner „Blutdürstigkeit“ hin und her begangen, wie er allerorten das göttliche Wort bedrängt, die Unterthanen gepeinigt, Weiber und Kinder geschändet habe. Dieses Treiben beabsichtige er jetzt auch in der Mark fortzusetzen. Da hat nun „aus angeborener, christlichen Lieb, Milde und Barmherzigkeit“ der dänische König dem zu begegnen sich entschlossen; er will den armen Unterthanen „erspriessliche Hülfe und Rettung“ bringen. Die Unterstützung seiner Truppen liegt daher im eigenen Interesse der Märker; wer nur immer seine und der Seinigen Wohlfahrt zu fördern begehrt und dem drohenden Verderben Leibes und der Seele entgehen will, soll den Dänen zur Seite stehen, die dann ihrerseits jeder Bedrückung sich enthalten werden. Um schliesslich auch die Bedenken zu entkräften, als hiesse den Königlichen beistehen dem Kaiser die Treue verletzen, betont das Manifest, das Kriegsvolk werde dem Schlusse des Niedersächsischen Kreises gemäss lediglich zur „Freiheit des Vaterlandes und Schirmung der allein seligmachenden Evangelischen Religion und im geringsten nicht wider Ihre Kay. Mayt. Hoheit“ in den Kampf geführt. In zahlreichen Abdrücken durch die Ortschaften der Mark verbreitet, scheint diese Kundgebung die Herzen der Bevölkerung für die Dänen gewonnen zu haben; die Rolle als Freunde des Landes und Retter des evangelischen Glaubens nehmen diese wenigstens auch in der Folgezeit mit besonderer Vorliebe für sich in Anspruch.

Kaum minder drohend als im Nordwesten der Mark, wo sich nunmehr das Kriegsunwetter über das Land entlud, stand noch immer unheilschwanger das Kriegsgewölk, welches sich im

[1]) In Mecklenburg, an der Elde, das Manifest ist datiert vom 23. April (3. Mai) (St. A.). Auch die von König Christian am 8. Mai angeordnete Abhaltung wöchentlicher Buss- und Fasttage wird die Sympathien des Volkes den Dänen zugewandt haben.

Januar so plötzlich aufgetürmt hatte, über dem Süden und Osten. Man lebte in steter Bangigkeit dahin, es möchte seinen Weg nach dem Norden zu weiter nehmen. Denn Friedlands Stellvertreter, der Oberst Pechmann, wusste den Jupiter tonans recht brav zu spielen; er donnerte, die Mark erbebte vor Schrecken und suchte durch neue Opfer den Zorn des Gefürchteten abzuwenden. So ging es Monate hindurch. Pechmann erblickte zweifelsohne seine Aufgabe darin, Brandenburg in unaufhörlicher Angst zu erhalten, und sann immer wieder auf Mittel für diesen Zweck. Anfang März wissen die Geheimen Räte, dass die Schlesier dem Obersten zusetzten, vier Regimenter dem Herzogtum abzunehmen und sie in die Mark und nach Pommern zu verlegen; als Grund wolle man vorschützen, dass ein neuer Feind auf der Lauer sei, um nach Schlesien einzubrechen. Man variierte also das beliebte Thema bald so bald so: regten sich trotz aller Voraussage die Dänen im Norden nicht, so liess man ihre schlesischen Regimenter sich zum Aufbruch rüsten; blieb dann auch hier alles still, so drohte doch wieder Gefahr von der Elbe her. Ob man freilich aufrichtig auch nur an die Möglichkeit eines Durchbruches nach Schlesien geglaubt hat, möchte ich bezweifeln.[1]) Viel wahrscheinlicher scheint es mir, dass diese Besorgnis nur erheuchelt wurde, um in jedem Augenblicke ein kräftiges Mittel zur Hand zu haben, vermöge dessen man auf die Mark den gewünschten Druck ausüben konnte. Sicherlich war die Vermutung, dass die Weimarischen sich nach Norden wenden möchten, um vieles mehr gerechtfertigt. Aber hätte man ihnen nicht bereits in Schlesien nachdrücklich entgegentreten können, wo wohl ein Dutzend wallensteinischer Regimenter lag? weshalb wollte man sie erst bis in die Mark gelangen lassen? Wie dem auch sei, zum Vorwand war selbst das Märchen von einem Dänenzug nach Schlesien hinauf noch gut genug, und indem die Räte den Schweden den Pass nicht verlegten, liehen sie selbst dem Vorgeben Pechmanns den Schein der Wahrhaftigkeit.

Sobald diesem nämlich der Streiffsche Einfall berichtet wurde,

---

[1]) Im Mai äusserten auch die kaiserlichen Offiziere dem Capitän Senff gegenüber, dass man die dänische Macht nicht mehr zu fürchten habe. (Senff's Bericht d. d. 19. Mai (n. st.?) s. u.).

schrieb er nach Cölln, da man Schwedt nicht gehalten habe und mithin auch dem befürchteten Vormarsch der Dänen nicht werde widerstehen können, so wolle er einige Regimenter in die Neumark schicken. Der Kurfürst von Sachsen mahnte ihn davon ab,[1]) die Räte entschuldigten die Gewährung des Durchzuges als nur durch Ueberraschung den Brandenburgern abgenötigt und versprachen fortan die gefährdeten Pässe aufs beste zu sichern.[2]) Wirklich stand Pechmann von seinem Plane zurück, kündigte jedoch bald danach[3]) abermals einen Einbruch der Dänen an; die Märker sollten deswegen die Pässe an der Havel, Oder und Warthe besetzen und, wenn Gefahr im Anzuge und sie selbst zu schwach wären, unverweilt die nächsten kaiserlichen Garnisonen zur Unterstützung herbeirufen; ziele der dänische Angriff auf die Havel hin, so werde der Herzog von Lüneburg ihnen bereitwillig beispringen, den ihm, Pechmann, unterstellten Truppen in Krossen werde er selbst Befehl geben, nach der Neumark die erforderte Hülfe zu bringen. In diesen Zusammenhang fallen die oben erwähnten Massregeln, welche Kracht zur Sicherung der Oder und Warthe veranlasste.

Wenn es nach den letzten Auslassungen Pechmanns den Anschein haben mochte, als sei die Absicht, weitere kaiserliche Truppen in die Kurmark zu werfen, aufgegeben worden, so war dies in Wirklichkeit nicht der Fall. Nur sollte das Operationscorps nicht mehr von den schlesischen Regimentern gestellt werden, weil Friedland ihrer in seinem Feldzug gegen die Weimarischen voll zu bedürfen glaubte. Er war jetzt willens, sich des Lüneburgers für eine „Impresa“ gegen die Neumark zu bedienen, und hoffte derart wohl zugleich am schicklichsten von der Verpflichtung loszukommen, dessen Truppen auch in diesem Jahre dem General Tilly zu unterstellen. Der Occupierung der Havellinie sollte demnach im Grunde ein Vordringen bis an die Ostgrenzen der Mark folgen, für das man auch bereits 6000 Mann in Aussicht ge-

---

[1]) Johann Georg von Sachsen an Pechmann d. d. 13. (23.) März (St. A.).

[2]) Die Räte an Pechmann 22. März (1. April) (St. A.).

[3]) Pechmann an die Räte d. d. 23. April (St. A.).

nommen hatte.[1]) Lüneburg hat diesen Vorstoss nicht gemacht, wie er sich auch nicht beeilte, Truppen nach Mecklenburg hin vorzuschieben;[2]) später zwang ihn die dänische Machtentfaltung an der Havel seine Kräfte zusammenzuhalten.

Die brandenburgische Regierung hat von dem, was ihr durch Lüneburg noch weiter hatte bescheert werden sollen, niemals etwas erfahren. Hingegen lief Anfang Mai von Kottbus her aufs neue die Meldung ein, es kämen vier Regimenter aus Böhmen auf Kottbus und Frankfurt marschiert, und in Fürstenwalde wollte man als sicher wissen, dass Pechmann in allernächster Zeit die Gegend heimsuchen werde. Diese Gerüchte traten mit solcher Bestimmtheit auf, dass man in Cölln beschloss, dem Obersten eine Gesandtschaft entgegenzuschicken. Hans von Wilmersdorf, Adolf von Wulffen, Ludwig von Borstell und Hans Nickel von Jlow wurden dazu ausersehen. Ihr Auftrag[3]) besagte, dass sie Pechmann auf die ersichtliche Schwäche der dänischen Nordarmee hinweisen, und wenn er etwa wieder auf den Einfall Mansfelds anspielte, ihn offen heraus bedeuten sollten, dass jener nach Schlesien nur durch die Unentschlossenheit der Kaiserlichen gelangt sei. Beharrte Pechmann bei seinem Plane, so war eine feste schriftliche Capitulation als Hauptgarantie zu fordern. Nur der Durchzug sollte ihm zugestanden werden, Besatzungen dürften nirgends, insbesondere nicht in Frankfurt, zurückgelassen, die Festungen und die Residenzen überdies zu keinerlei Leistungen herangezogen werden. Einstweilen begaben sich, wie es scheint, die Gesandten nach Frankfurt; von hier aus sandte Wilmersdorf

[1]) So nach verschiedenen Berichten des bayrischen Residenten am Wiener Hofe, Leuker, an den Herzog Maximilian von Bayern vom Mai und Juni des Jahres, wo es übrigens gelegentlich (Leuker an den Herzog d. d. 9. Juni) auch heisst, Lüneburg habe die Truppen „auf die Grenzen gegen das Fürstentum Krossen" schicken sollen. Abgedruckt bei Gindely, Waldstein I.

[2]) Dass dies ursprünglich geplant war, ergiebt sich aus Leukers Bericht an den Herzog d. d. 9. Mai (Gindely, Waldstein I 220 ff.), wo es heisst, das dänische Vorgehen habe „den weiteren Progress sowohl in den brandenburgischen als mecklenburgischen Fürstentümern" verhindert.

[3]) Memorial d. d. Cölln 2. (12.) Mai (St. A.).

Kundschafter an die schlesische Grenze, um über Pechmanns Marschroute Erkundigungen einzuziehen. Die einstimmigen Berichte derselben machten es indessen schon in den nächsten Tagen zur Gewissheit, dass der Oberst nicht in die Mark komme, vielmehr nach Neisse zurück müsse, da sich die Weimarischen dieser Stadt zu bemächtigen strebten. So unterblieb auch die Gesandtschaft an ihn. Die Neumark, noch einmal von der Besetzung durch fremde Truppen verschont, trat bald danach zu einer wirkungsvollen Landesdefension zusammen,[1]) der Oberst Kracht aber suchte jetzt wirklich ein näheres Einvernehmen mit den krossenschen Regimentern.

Der Zeitpunkt dafür war günstig gewählt. Wäre damals Pechmann wirklich in die Neumark vorgerückt, so erschien er als ungebetener Gast, genau wie an der Havel Lüneburg. Jetzt, wo er hatte umkehren müssen, war die Freiheit des Handelns zurückgewonnen; wenn man jetzt mit den Kaiserlichen anknüpfte und diesem Wunsche Pechmanns entsprach, so konnte man brandenburgischerseits den Schein des selbständigen Entschlusses aufrecht erhalten; man erbrachte den Heerführern wie den Staatsmännern Oesterreichs einen Beweis dafür, dass man mit den Dänen nichts zu schaffen habe. Zudem war die Gelegenheit, sich dorthin gefällig zu erweisen, so billig zu erkaufen wie kaum je. Denn vor der Hand war man dessen gewiss, dass die Freundschafts- und Kameradschaftsversicherungen an Pechmanns Adresse ohne stürmische Erwiderung bleiben würden. Man erbat sich der Form nach Hülfe, und wusste doch, dass sie nach Lage der Dinge in Schlesien nicht gar zu reichlich werde ausfallen können.

Der Kapitän Senff wurde von Kracht beauftragt,[2]) der kaiserlichen Garnison in Krossen Mitteilung davon zu machen, dass der Oberst, der Weisung des Kurfürsten zufolge, daselbst um Beistand gegen die Dänen anhalten werde, sobald deren Vorrücken gegen die Oder zu ernsten Befürchtungen Anlass böte. Doch müsse er für diesen Fall um Bürgschaft bitten, dass die Truppen aus dem

---

[1]) Beschluss der neumärkischen Stände zu Landsberg am 25. Mai 5. Juni (St. A.).

[2]) Senffs Memorial d. d. 8. (18.) Mai (St. A.).

Lande geführt würden, sobald ihre Gegenwart entbehrlich sei. Vorsichtigerweise fügte er hinzu, für die Sicherung von Frankfurt, Schwedt und Freienwalde habe er selbst genügend gesorgt; Geworbene seien dort hinein gelegt und die Bürger bereit, an der Verteidigung ihrer Stadt teilzunehmen. Neun Tage lang wartete Senff in Krossen auf seine Abfertigung; er konnte keinen Bescheid erlangen und verliess schliesslich unwillig die Stadt. Nur davon hatte er sich zu überzeugen vermocht,[1]) dass die wallensteinischen Offiziere allesamt in dem Kurfürsten einen verkappten Dänenfreund witterten, und dass sie über alles, was im Lande, ja selbst am Hofe zu Cölln und Königsberg geschehe, vortrefflich und auffällig schnell unterrichtet wären. Es müssten folglich, meint er, Leute da sein, welche sie von jeglichem Vorgang sogleich in Kenntnis setzten. Nicht lange nach Senffs Rückkehr muss auch der Bescheid auf sein Anerbieten in Küstrin angelangt sein.[2]) Der Oberstleutnant Wangler, der Oberbefehlshaber der Krossenschen Truppen,[3]) übermittelte ihn in Pechmanns Namen. Der Oberst, so schrieb Wangler, gäbe seiner Freude Ausdruck über den Entschluss des Kurfürsten, hoffe indess, Kracht werde sein Hülfsgesuch nicht vertagen, bis der Feind zur Stelle und es für fruchtbaren Beistand zu spät sei. Des weiteren brachte Pechmann eine Anzahl von Massregeln in Vorschlag, zu denen sich Kracht als „ein getreuer kaiserlicher Vasall“ ohne Frage gern verstehen werde: er sollte alle Schiffe auf der Oder unter den Mauern Küstrins zusammenbringen, und die „Plätten“ im Flusse versenken lassen; das gleiche müsse an der Warthe geschehen, wo besonders dem Schutze von Landsberg unverwandt Aufmerksamkeit zu widmen sei. Endlich riet er Kracht, mit den pommerschen Offizieren, mit Lüneburg und mit den schlesischen Regimentern ununterbrochene Verbindung zu halten. Wir sehen, wie man österreichischerseits das brandenburgische Entgegenkommen sofort benutzte, sich direkten und bis ins Einzelne gehenden Einfluss auf die Defension anzumassen. Es war gleichsam die Entschädigung dafür, dass man die

[1]) Senffs Bericht d. d. Küstrin 19. Mai (v. st.) (St. A.).

[2]) d. d. Sagan 26. Mai (St. A.).

[3]) Porcia war in das Sternbergische gezogen, und lag seit dem 26. Mai in Drossen.

Mark noch nicht persönlich mit seinem Besuche beehrt hatte. Dies mochte Pechmann für das Land Glücks genug scheinen; Krachts Klausel über die Zurückziehung der Truppen nach beseitigter Gefahr ward deshalb einer Beantwortung nicht gewürdigt.

Wir hatten bereits mehrfach Gelegenheit, auf Erscheinungen hinzudeuten, in denen sich ein Wechsel der politischen Stellung des Kurfürsten Georg Wilhelm ankündigte. Trotzdem müssen wir uns jetzt, wo wir an der Schwelle der vollen Entscheidung stehen, einen kurzen Rückblick gefallen lassen.

Den Gedanken eines Uebertrittes auf die kaiserliche Partei hatte man am brandenburgischen Hofe seit der Niederlage König Christians bei Lutter näher erwogen. Als im September 1626 der kaiserliche Rat, Burggraf Karl Hannibal von Dohna in Berlin weilte, war die Geneigtheit des Kurfürsten zum Anschluss an Oesterreich zum ersten Male deutlicher hervorgetreten,[1]) und Schwarzenberg hatte dem Burggrafen geradezu eine Reihe von Artikeln vorgelegt, auf Grund deren die Aussöhnung mit Wien erfolgen möchte. Man war zwar während des Winters darauf nicht mehr zurückgekommen, allein Schwarzenberg blieb unausgesetzt bestrebt, den Boden für die Durchführung jener Pläne weiter zu ebnen. Seinem Einflusse entsprang der Entschluss des Kurfürsten, das Oesterreich befreundete Polen gegen den schwedischen Schwager zu unterstützen; vielleicht auch, dass der Graf von Anfang an in der Reise nach Preussen den Weg erblickte, auf dem er die Geheimen Räte am besten von dem Kurfürsten trennen und sich zum Herrn der Lage aufschwingen konnte. Wie ungemein diesem seinem Streben das unlautere Verhalten der Räte bei Gelegenheit des Schwedeneinfalls zu statten kam, ist bereits erörtert; die kurfürstlichen Resolutionen vom 9., 23. und 26. April sind dafür der deutlichste Beleg. Dem Opportunismus der Verfügung vom 9. gesellt sich am 23. die Versicherung hinzu, die Kaiserlichen seien dem Kurfürsten lieber, und diese platonische Freundschaftsversicherung erlangt am 26. den inneren Gehalt durch den Befehl, die Hilfe der Tillyschen und Wallensteiner im Notfalle anzurufen. So schreitet Schwarzenberg

---

[1]) Nach Dohnas Memorial (St. A.). S. u.

von Stufe zu Stufe fort, nicht überstürzend, aber um so sicherer. Die Saat der Dänenfeindlichkeit, die er seinem Gebieter ins Herz gepflanzt hat, sprosst und gedeiht, und zeitigt ihre erste brauchbare Frucht in der Resolution vom 26. April.

In diesen Tagen sah man in Königsberg der Ankunft eines kaiserlichen Gesandten entgegen, des soeben erwähnten Burggrafen Karl Hannibal von Dohna. Er war ein stolzer, anmasslicher Herr, indes seit früheren Jahren beim Kurfürsten wohl gelitten. Seine Aufgabe war es, die endliche Anerkennung der bayrischen Kur durchzusetzen, deren sich Georg Wilhelm bisher standhaft geweigert hatte. Sollte sich auch jetzt noch der Kurfürst sträuben, so wurde ihm vom Kaiser „die Verantwortung alles weiteren durchbrechenden Verderbens und Unheils" zugewiesen. Schwarzenberg kannte die Aufträge, welche Dohna überbrachte, als dieser noch nicht einmal die Grenzen des Herzogtums erreicht hatte, woher, wissen wir nicht. Er brannte vor Begier, sein Werk vollendet zu sehen und vermochte daher die Ankunft des Burggrafen gar nicht abzuwarten. Unter dem 6. Mai ermahnte er ihn in einem Schreiben,[1]) das inhaltlich wie formell von hohem Interesse ist, zu grösster Eile.

Der Fassung nach handelt es sich bei dem Schriftstück um eine Instruktion für einen namentlich nicht bezeichneten Abgesandten, welchen Schwarzenberg Dohna entgegenschickt. Es fällt sogleich auf, dass nirgends ein Wort darüber gesagt wird, ob diese Botschaft mit Genehmigung des Kurfürsten erfolgte oder ob sie eine private Benachrichtigung seitens des Heermeisters[2]) war. Schwerlich dürfte dieser jedoch verfehlt haben, das bedeutungsvolle Einverständnis des Kurfürsten hervorzuheben, wenn er sich dessen vergewissert hätte. Mutmassen wir schon hieraus, dass Schwarzenberg ohne Auftrag handelte, so können wir zur Bestätigung dessen vor allem noch eines anführen. Die sehr ausführliche Instruktion[3]) ist nämlich von dem Grafen eigenhändig

[1]) Im St. A.

[2]) Schwarzenberg war seit einem Jahre Heermeister des Johanniter-Ordens in der Mark, Pommern und Wenden mit dem Sitze in Sonnenburg.

[3]) Da das Schriftstück einem Vermerk gemäss im Jahre 1643 an das

in einer Weise entworfen, die eine weitere Ausfertigung in der Kanzlei ausschliesst. Denn während sonst die Konzepte von den kurfürstlichen Räten derart niedergeschrieben werden, dass die Eingangsformalien und Titulaturen nur angedeutet sind, ihre Eintragung jedoch dem Kanzlisten überlassen bleibt, setzt Schwarzenberg hier selbst die vollständigen Titel ein — zählt z. B. seine eigenen Würden und Aemter sämtlich auf; wenn er so dem Schreiber ins Handwerk pfuscht, so kann es nur geschehen sein, um das Schriftstück geheim zu halten. Formell auffällig und den Gepflogenheiten des Urkundenstils zuwider möchte es fernerhin sein, dass der Abgesandte seine Person nur durch ein „Mich“ einführt, da doch im offiziellen Memorial diesem „Mich“ mindestens zuerst der Name und Titel beigefügt wird. Man darf wohl auch in dieser Abweichung einen Beweis sehen, dass Schwarzenberg seine Botschaft an Dohna in ein möglichst undurchdringliches Dunkel hüllen will.

Betrachten wir nun den Inhalt der Instruktion, so vermag nichts besser den Glauben daran zu zerstören, dass erst Dohna den Kurfürsten völlig ins österreichische Lager gezogen haben, als gerade dieses Schriftstück. Die Ernte war vollreif geworden, sie wartete des Schnitters; nur musste er eben schnell erscheinen, damit die Ernte nicht verdürbe. Was Schwarzenberg dem Burggrafen ausrichten lässt, ist etwa folgendes:[1]) er hätte längst gehofft, dass Dohna eintreffe und seinen Antrag beim Kurfürsten vorbringe. Wäre dies geschehen, so würde sein Herr die gewünschte Anerkennung Bayerns schon ausgesprochen haben, ja er würde all das Seine, „Leib, Gut und Blut“, für den Kaiser einsetzen, „wenn nur I. churf. Dchlcht. wüssten, dass sie bei der Kay. May. vast stünden, und sich, wie sei es auch nit anderst verdient, alles Guten und kaiserlichen Genaden zu versichern hätten“. Georg Wilhelm sei jetzt willig, sogar an einem etwaigen Reichskriege gegen Dänemark teilzunehmen, und was der Kaiser ausserdem noch begehren möchte, alles werde seinen Beifall finden. Der Gesandte müsse indes eilen, sonst falle der Kurfürst

Archiv zu Berlin abgeliefert wurde, so ist es anscheinend erst nach Schwarzenbergs Tode bekannt geworden.

[1]) Die Citate entstammen der Instruktion.

doch wieder seiner „Irresolution" zum Opfer und manch wichtiger Entschluss bliebe unausgeführt. „Da sunsten S. churf. Dchlcht. so gut kaiserlich sein, dass dieselbe ausserhalb Berlin, Küstrin, Spandau und Peitz keinen Ort in der Churbrandenburg haben, den sie nit der Kay. May. um zu besetzen" gestatten würden. Demnach möge Dohna selbst ermessen, ob es nicht nötig sei, dass er „je eher je besser" nach Königsberg komme.

Der ganze Tenor des Schriftstückes und insonderheit die Stelle, welche die Unschlüssigkeit des Kurfürsten hervorhebt, muss uns in unserer Meinung befestigen, dass dieser nichts vòn der Abordnung an Dohna wusste. Schwarzenberg that diesen Schritt hinter dem Rücken seines Gebieters, um seinen eigenen Bemühungen endlich den erstrebten Abschluss zu geben.[1]) Sicherlich hat er sich einer unerlaubten Eigenmächtigkeit schuldig gemacht, er hat auch im eigenen Interesse und selbstsüchtig gehandelt, aber nicht verräterisch. Ich zweifle nicht, dass er gleichzeitig innerlich überzeugt war, es sei zum Heile des Kurfürsten, wenn die Aussöhnung mit dem Kaiser so schnell wie möglich erfolge, und dass er deshalb vor dem an sich bedenklichen Mittel nicht glaubte zurückscheuen zu dürfen, ohne Wissen des Kurfürsten die Fühlung mit dem Gesandten zu suchen. Die sogenannte Neutralität, das A und O der Politik der Geheimen Räte, war Narrheit, wo die Mark Kriegsschauplatz geworden; ihr Erfolg war, dass man zur Zeit bei Kaiserlichen wie bei Dänen mit gleichem Misstrauen beobachtet wurde.[2]) Die Frage, auf wessen Seite man sich zu stellen habe, entschied sich billig danach, von wem man das meiste erwarten oder das schlimmste befürchten musste. Nach der Schlacht von Lutter war das Uebergewicht bei Oesterreich, und von Oesterreich her drohte auch ohne Zweifel Brandenburg eine bei weitem grössere Gefahr.

Nicht einmal, sondern wiederholt weist Schwarzenbergs In-

---

[1]) Daher sagt er auch in der Instruktion, wenn Dohna nicht komme, so möge er dem Gesandten Nachricht geben über die „Ursachen und Beschaffenheit der Sachen", damit er beim Kurfürsten „gute Beforderung einwenden und also zum Schluss geschritten werden kunnte".

[2]) Dies bezeugt ausdrücklich Rederns Bericht aus Spandau 7. (17.) Mai (s. o.).

struktion darauf hin, wie viel dem Kurfürsten daran gelegen sei zu erfahren, ob er sich in kaiserlichen Gnaden befinde und „wie sunsten S. Churf. Dchlcht. Sachen bei der Kay. May. stehen“. Woher rührte diese ängstliche Besorgnis, die wie ein Alp auf Georg Wilhelm gelastet zu haben scheint? was war ihr Grund? Nichts anderes als das dräuende Gespenst der Reichsacht, das Geschick des pfälzischen Schwagers.

Bereits vor einem Jahre hatte man in Wien den Plan erörtert, ob nicht die Acht über den dänenfreundlichen Brandenburger zu verhängen sei. Der Kaiser hatte ihn nicht verworfen, aus Nützlichkeitsrücksichten jedoch davon vor der Hand abzustehen beschlossen. Man wollte sich „die Excessus und Ursachen“ desto mehr anhäufen, und zu diesem Zwecke auf den Kurfürsten durch einen besonderen Gesandten „sonderlich beim Trunk“ acht geben lassen.[1]) Zwar erschien dieser Gesandte wohl nicht, dass aber die Stimmung gegen ihn nichts an Feindseligkeit verloren habe, konnte der Kurfürst unschwer aus dem gehässigen Tone entnehmen, welchen im Oktober Tilly gegenüber dem Dr. Kraz angeschlagen. Anfang März des Jahres 1627 empfing er dann von den Räten eine schlimme Relation über die Lage in Jülich. Es gingen, so berichteten diese,[2]) im Lande dort Patente um, welche ihn als Landfriedensbrecher hinzustellen suchten. Wohin derartiges ziele, sei klar: des Reiches Acht und Aberacht schwebe über seinem Haupte; der Kurfürst möge sich wohl überlegen, wem er traue, setzen die Räte bedeutungsvoll hinzu. Nun erging an den brandenburgischen Agenten Zahn aus Preussen die Weisung,[3]) am kaiserlichen Hofe die Friedfertigkeit des Kurfürsten zu betonen, gleichzeitig indes wurde die Regierung in Emmerich veranlasst, durch einen Gesandten an die Generalstaaten das Ersuchen zu richten, sie möchten im Ernstfalle die Rechte des Kurfürsten schützen helfen. Zwei Monate später[4]) wussten die Geheimen Räte ihrem Herrn gar zu melden, einem Gerücht zu-

---

[1]) Bei Gindely I, 323, der brandenburgische Agent Zahn an einen der Räte, Wien 10. Juli 1626 (St. A.).

[2]) d. d. Cölln 21. Februar (3. März) (St. A.).

[3]) Beide Schreiben d. d. 9. (19.) März (St. A.).

[4]) d. d. 21. April (1. Mai) (St. A.).

folge sollte Markgraf Hans Georg der Jüngere, welcher als Oberst in kaiserlichen Diensten stand, mit der Kur belehnt werden; man nenne ihn schon designierter Kurfürst. Dies war sicher unrichtig, aber gewiss ist doch soviel, dass man in den einflussreichsten Kreisen Wiens den Gedanken an die Aechtung Georg Wilhelms keineswegs hatte fallen gelassen. So besagt ein Bericht Leukers[1]) an den Herzog von Bayern, dass der Einfall der Lüneburgischen Truppen in das Land rechts der Elbe sehr verschiedene Beurteilung am kaiserlichen Hofe erfahren, dass man aber dieses Vorgehen an sich nicht missbillige, „in Erwägung die Experienz bis anhero zu erkennen geben, was der jetzig Kurfürst von Brandenburg for Widerwärtigkeiten Ihr Kayserlichen Mayestät zugefügt." Einige Tage danach hat Leuker über Friedlands angeblichen Feldzugsplan erfahren, dass er persönlich „ein campo volante machen und mit demselben auf des Kurfürsten von Brandenburg und dessen Adhaerenten machinationes Achtung geben" wolle. Am deutlichsten aber spricht sich Wallenstein aus, als Leuker[2]) damals im Gespräch mit ihm die Stellung Brandenburgs berührte: der Kurfürst habe lange genug die blinde Katze mit dem Kaiser gespielt, „den muss man lehren, wie er Ihr. Kays. Mst. respectiren .... soll"; er werde vielleicht noch froh sein, wenn der Bayer, dem er die Anerkennung vorenthalte, ihn selbst „for einen Mitkurfürsten agnoscire". Nehmen wir selbst an, dass man dem Vertreter des von Brandenburg persönlich gekränkten Maximilian gegenüber einen besonders scharfen Tadel über den Kurfürsten für angebracht hielt, so bleibt immer noch des Hasses genug übrig. Wurde der Kaiser, wie bisher stets, seiner Widersacher Herr, so durfte er nach Gefallen im Reiche schalten und walten; dann hätte so sicher den unbotmässigen Brandenburger die Acht betroffen, wie sie die Herzöge von Mecklenburg erreichte. Es galt demnach für den Kurfürsten nur Vernichtung oder Umkehr. Schwarzenberg haben wir es zu danken, dass der Hohenzoller sich in der zwölften Stunde zur Umkehr entschloss. Gebrochen, der Verzweiflung nahe und vor allem bereit einen dicken Strich

[1]) Die Berichte vom 12. u. 19. Mai 1627, bei Gindely I, 219 u. 224.

[2]) Leuker an Maximilian 25. Mai, bei Gindely a. a. O.

durch seine bisherige Regierungspolitik zu machen, so traf der kaiserliche Gesandte den Kurfürsten an, als er Mitte Mai[1]) in der preussischen Hauptstadt anlangte.

Er erfuhr für sich selbst einen ausgezeichneten Empfang, und für sein Vorbringen die günstigste Aufnahme. Zwar willigte Georg Wilhelm in die Reception des Bayern auch jetzt nur mit dem Vorbehalt, dass sein bisheriger Protest wohl überlegt gewesen und dass die nunmehrige Anerkennung allein für den Herzog persönlich, nicht aber für seine Erben gemeint sei; — indes Dohna mochte sich diese Aeusserlichkeiten, die ja schliesslich nur des Kurfürsten Rückzug decken sollten, leicht gefallen lassen, da er sachlich überall einen vollständigen Triumph errang.[2]) In der Resolution, welche man dem Gesandten am 22. Mai ausfertigte, versprach der Kurfürst, dass er sich „beständiger Devotion, Treue und Gewärtigkeit gegen Ihr. Kais. M." nimmer entziehen und sich „zu allem, was zur Beförderung des . . allgemeinen Friedens Ruhe und Einigkeit im Reiche gedeihen kann, willig und geneigt finden lassen" wolle. Er empfahl schliesslich sich und sein Haus, Land und Leute „zu immerwährenden Kaiserl. Gnade, Huld, Schutz und Schirm in unterthänigstem Gehorsam."

Der Wert dieser Unterwerfung gewann noch während Dohnas Anwesenheit greifbare Gestalt. Dohna selbst ersuchte von Königsberg aus[3]) im Auftrage des Kurfürsten den Herzog von Friedland, sich der Verteidigung der Mark gegen die Dänen anzunehmen und zu diesem Behuf dorthin einen Succurs anzuordnen. Mit alleiniger Ausnahme der Festungen und Residenzstädte sollte den Truppen

---

[1]) Wohl am 17. Mai.

[2]) Von Lewin v. d. Knesebeck wurde ein Gutachten über die Bedingungen für die Anerkennung Baierns eingefordert. Er erstattete es am 11. (21.) Mai, befürwortete zwar die Reception, wollte indes dabei allerlei Monita vorgebracht wissen, über Jägerndorf, Jülich, den Pfalzgrafen Friedrich u. a. Schwarzenberg berücksichtigte jedoch seine Vorschläge nicht und antwortete ihm kurz: „Hie bei liegen die conditiones, und dar lassens S. churf. Dlcht. bei bewenden; der Herr wolle nur den Bescheid ausfertigen." (Notiz Schwarzenbergs an Knesebeck s. d.; St, A.).

[3]) d. d. 10. (20.) Mai nach späteren Berichten der Räte; auch an Tilly hat Dohna um Unterstützung gegen die Dänen geschrieben.

das ganze Land geöffnet werden. Was also Georg Wilhelm bislang sorgsam hatte verhüten wollen, als es noch vor wenig Wochen von Pechmanns Seite drohte, einen Vormarsch der kaiserlichen Regimenter die Oder abwärts, das sah er sich jetzt genötigt, wie eine Gnade zu erflehen. In ähnlicher Weise richtete er an Tilly und Lüneburg die Bitte, sich nach besten Kräften die Rückeroberung der vom Feinde occupierten Plätze angelegen sein zu lassen. Damit dieselbe möglichsten Fortgang habe, wies er Kracht an, sich unverzüglich zu einem der beiden Befehlshaber zu begeben und zu erkunden, welche Massnahmen man hier dieserhalb zu treffen gedenke. Sollte es gewünscht werden, so hätte er die verfügbaren Geworbenen und was nur irgend an Landvolk aufzubringen wäre, mit den Kaiserlichen zu vereinigen, ihnen auch Geschütze aus den Festungen Spandau und Küstrin zu überlassen.[1]) Kracht konnte sich dieses Auftrages nur schriftlich entledigen, da die Nachricht von weiterem Vordringen der Dänen gegen Wriezen seine Anwesenheit in dem gefährdeten Küstrin dringend erheischte; er stand auch an, die befohlene Vereinigung mit den Lüneburgern zu vollziehen. Von den Geworbenen, so stellte er[2]) dem Kurfürsten vor, könne kein Mann aus den besetzten Plätzen abkommen, ja diese müssten sich vielmehr multiplicieren, um den gegenwärtigen Anforderungen gerecht zu werden. Auf das Landvolk sei ebenso wenig zu hoffen, zumal jetzt, wo die Dänen die Neumark bedrohten, auch hier sich niemand werde entbehren lassen; überhaupt dürften ja nur die wenigen von den kriegführenden Parteien nicht occupierten Kreise für das Aufgebot in betracht kommen. Ein Glück unter solchen Umständen, dass die Kaiserlichen von der brandenburgischen Miliz zu gering dachten, um ihre Unterstützung zu begehren. Sie wussten, dass Beine und Mägen der guten Leute leistungsfähiger waren als ihre Arme. Mit dem Ausreissen halfen sie ihnen nicht, und ihr gesunder Magen musste ihnen den Unterhalt verkürzen.

Der Kurfürst fand auch so Gelegenheit, seinen Gesinnungswechsel zu bethätigen.

---

[1]) Schwarzenberg an Kracht, d. d. 9. (19.) Mai (St. A.).

[2]) Krachts Antwort vom 21. (31.) Mai (St. A.).

Der formelle Begriff von der Ministerverantwortlichkeit gehört erst der neueren Zeit an, aber die Lehre, dass für alles Unglück des Staates schliesslich ein Sündenbock sich finden lasse, kannte man damals so gut wie heute. Die natürliche Schwäche des Menschen greift eben gern dazu andere zu belasten, um sich selber zu entlasten. Auch Georg Wilhelm fühlte, als er jetzt mit fliegenden Fahnen in das kaiserliche Lager hinüberzog, das Bedürfnis, die Verantwortung für seine frühere antihabsburgische Haltung nach Möglichkeit von sich abzuwälzen. Er erklärte dem kaiserlichen Gesandten, in seiner Abwesenheit wären von den Cöllner Geheimen Räten Dinge begangen, welche ihn beim Kaiser hätten in Verdacht bringen müssen. Dass die Räte allein die Schuld an dem Schwedeneinfall traf, ist ohne weiteres zuzugestehen; jedoch damit scheint ihr Sündenregister im wesentlichen abgeschlossen. Was sonst den Kaiser in Harnisch bringen mochte, war überwiegend durch den Kurfürsten selbst, seinen Wankelmut, die Langsamkeit und Unklarheit seiner Befehle verschuldet. Und vor allem, bezog sich denn nicht die Hauptmasse der Vorwürfe, welche man gegen ihn erheben musste, auf die Zeit vor seinem Weggange nach Preussen! da wäre es ihm doch unbenommen gewesen, den Anschlägen seiner Diener ein Ende zu machen, falls er sie nicht billigte. Georg Wilhelm hat seine eigene Schuld abgeleugnet, aber er hat sie gefühlt. Mit seiner Drohung, er werde noch einigen der Räte die Köpfe vor die Füsse legen, hat er nicht Ernst gemacht; als er Samuel von Winterfeldts Verhaftung angeordnet hatte, hat er doch zugleich befohlen, ihn glimpflich zu behandeln.

Allein ein Wechsel in der Leitung der märkischen Angelegenheiten musste dennoch notwendig erfolgen, nachdem der Kurfürst selbst dem Kaiser gegenüber seine Ratgeber als unzuverlässig und treulos blossgestellt hatte. Nur so konnte Ferdinand sehen, dass es der Kurfürst ehrlich meine mit seinem Anschluss an die österreichische Partei. An die Spitze der Cöllner Regierung trat daher jetzt ein Mann, der die neue, von Schwarzenberg inaugurierte Politik von ganzem Herzen billigte, der Vetter des Kurfürsten, Markgraf Sigismund. Mit weitester Vollmacht ausgestattet, machte er sich Ende Mai aus Preussen

auf, um als Statthalter in die Kurlande zu gehen; am 6. Juni rastete er in Küstrin, um Kracht über die Aufgaben des neuen Kurses zu instruieren, am 10. langte er im Schlosse zu Cölln an. Die Räte hatten nun, was sie für sich früher so oft erbeten, einen Stellvertreter des Kurfürsten, der ihnen die Verantwortung abnahm. Trotzdem sollte er wenig nach ihrem Sinne sein; denn mit der Verantwortung nahm er ihnen auch den Einfluss auf die Staatsgeschäfte.

In den ersten Tagen seiner Anwesenheit überliess Sigismund, wie es scheint, der bisherigen Regierung die Erledigung der laufenden Geschäfte, bemühte sich dagegen eifrig, einen Einblick in die verworrenen Verhältnisse des Landes zu bekommen. Schlecht genug gingen ihm dabei die Räte zur Hand. Sigismund von Götz, jüngst von seiner ergebnislosen Wiener Gesandtschaft zurückgekehrt, hatte sich umgehend in sein Amt Gramzow verfügen müssen, weil die Dänen es bedrohten; Pruckmann entschuldigte sich mit Kränklichkeit[1]) und erschien nicht beim Statthalter; mit dem Dänenfreund Winterfeldt lehnte dieser selbst jeden Verkehr ab. So blieb ihm nur Striepe, um über die Staatsangelegenheiten zu sprechen. Eines tiefen Misstrauens gegen die Mehrzahl der Räte sich nicht erwehrend, zeigte übrigens an sich Sigismund wenig Neigung, ihr Gutachten anzuhören; hierzu kam, dass er erfuhr, sie unterhielten Verbindungen mit den Dänen und stünden in regelrechtem Briefwechsel mit Offizieren aus Christians Armee.[2]) Aerger noch in dieser Hinsicht trieben es die kurfürstlichen „Frauenzimmer," deren Boten ganz öffentlich in das dänische Lager und zurück ritten, und sich dabei noch brüsteten, „als wenn sie es gar gut gemacht hätten."[3]) Der Statthalter wurde deshalb nicht müde, sich über dies „Practisieren" zu beklagen und dringend die Entfernung der Damen aus der Residenz zu verlangen, „denn sonst man von ihnen verraten und verkauft."[4]) Er schlägt wohl vor, sie nach dem Haag abzuschieben,[5]) musste

[1]) In der Relation vom 12. (22.) Juli (St. A.) versichert Pruckmann, er sei so schwach, dass er täglich Gott um ein seliges Ende bitte.
[2]) Sigismund an Schwarzenberg 6. (16.) Juni (St. A.).
[3]) Sigismund an Schwarzenberg 26. Juni (6. Juli) (St. A.).
[4]) Sigismund an den Kurfürsten 12. (22.) Juni (St. A.).
[5]) Sigismund an Schwarzenberg 19. (29.) Juni (St. A.).

sich aber schliesslich in ihr Bleiben schicken und zufrieden sein, als der Kurfürst ihnen den Verkehr mit der dänischen Partei untersagte. Nur der junge Kurprinz wurde nach Küstrin gebracht, um seine Gesinnung nicht durch die dänenfreundlichen Frauen beeinflussen zu lassen.

Etwa seit dem 16. Juni ergriff der Markgraf selbst die Zügel der brandenburgischen Staatsleitung, der er sich, wie wir anerkennen müssen, mit rastlosem Eifer und bemerkenswertem Geschick hingegeben hat. Ein frischer Hauch belebt den alten Schlendrian; es regnet in den ersten Wochen Verfügungen nach unten und Berichte nach oben, an den Kurfürsten; und nirgends vermissen wir neben einer gewissen Energie auch den erforderlichen Scharfblick von seiten des Statthalters. Er selbst regiert, und nicht die Räte; gleich seine ersten Regierungsacte beweisen uns, dass er ein persönliches Regiment aufzurichten entschlossen ist; unter Ausnutzung seiner Vollmacht drängt er geflissentlich die Wirksamkeit des Geheimen Rates zurück. Nichts von Bedeutung wird seiner Entscheidung überlassen; nicht selten verfügt der Markgraf sogar, ohne auch nur das Gutachten dieser bisher leitenden Behörde einzuholen, oft setzt er sie nicht einmal nach gefasster Entschliessung hiervon in Kenntnis. Hingegen erbittet er bereits am 16. Juni vom Kurfürsten die Erlaubnis, zuverlässige Männer aus den Landständen zu sich heranzuziehen, um mit ihnen über die Fragen des öffentlichen Wohles zu verhandeln. Diese Nichtachtung verletzte die Räte auf das tiefste. Sie klagten[1]) es dem Kurfürsten, dass der Markgraf sich „belieben“ lasse, „absonderlich“ und ohne sie mit Königsberg in Verbindung zu treten. Allein ihre Klagen fanden kein Gehör. Mit der Bedeutung des Geheimen Rates war es vorbei. Die späteren Hochverratsprozesse bezeichnen nur die Vollendung seines Sturzes, nicht den Sturz selbst, der vielmehr unmittelbar mit dem Erscheinen Sigismunds in der Mark verbunden ist.

Inzwischen nahten sich bereits den Grenzen der Mark wallensteinische Truppen. Friedland war auf das von Dohna übermittelte Ersuchen des Kurfürsten um Succurs bereitwillig eingegangen, und hatte aus besonderer Rücksicht auf Georg Wilhelm

[1]) Räte an den Kurfürsten 10. (20.) Juni (St. A.).

den Obersten Hans Georg von Arnim, einen Uckermärker, mit dessen Führung beauftragt. Schon am 13. Juni wussten die Räte, dass man Frankfurt zur Einnahme von Besatzung aufgefordert hätte; eine Woche später lief in Cölln ein Schreiben Arnims ein, dass der erbetene Succurs im Krossenschen angelangt sei, und dass der Oberst selbst herbeieile, um persönlich über seine Verwendung Rücksprache zu nehmen. Am 21. Juni traf Arnim in Berlin ein und wurde folgenden Tages vom Statthalter empfangen. Da er erklärte, noch am Abend nach Frankfurt zurückreisen zu müssen, wurde eilends der Geheime Rat zusammenberufen; auch Kracht und Hans von Wilmersdorf, welche den Obersten in Frankfurt erwartet hatten, waren bei der Sitzung zugegen.

Arnims Auftrag besagte, dass er auf des Generals Befehl die märkischen Städte mit Ausnahme der Festungen und der Residenzen gegen die Dänen verwahren und insonderheit Frankfurt durch eine ausreichende Besatzung decken solle Um dieser Aufgabe entsprechen zu können, hatte er für sich eine Generalvollmacht zur beliebigen Besetzung aller märkischen Plätze verlangt. Dafür wollte er, Friedlands Anordnung gemäss, die Mark ganz wie des Kaisers eigene Länder behandeln.

Die Beratung über diese Arnimschen Vorschläge ist beachtenswert als ein letzter Kampf zwischen den alten Ideen von möglichster Neutralität und der neuen Unterwerfungspolitik. Hüben steht der Markgraf Sigismund allein, drüben die Geheimen Räte und mit ihnen Kracht wie Wilmersdorf.

Der Streit entspann sich um die Auslegung des kurfürstlichen Begehrens um Zuschickung eines Succurses. Während nämlich der Markgraf die Ansicht verfocht, dass die Unterstützung auf alle Fälle gewünscht worden sei und dass sie unbedingt angenommen werden müsse, vertraten die Räte die Meinung, dass sie nur für den casus periculi erbeten wäre; da aber weder ein Marsch der Dänen nach Schlesien noch der Weimarischen dorther befürchtet zu werden brauche, so könne von einem Notfall nicht die Rede sein; sie wollten demgemäss den Arnimschen Succurs zurückweisen. Sigismund machte mit Recht geltend, dass dessen Ablehnung dem Argwohn des Kaisers wider den Kurfürsten abermals Nahrung zuführen werde, und dass man durch die

Aufnahme des Succurses nur den Einmarsch des gesamten friedländischen Heeres verhindere; doch vermochte er die Räte nicht zu überzeugen. Vielmehr forderten diese, dass die Entscheidung so lange hinausgeschoben werde, bis man das Urteil des Kurfürsten von Sachsen eingeholt habe. An ihn müssten sie sich ihrer Instruction nach in allen wichtigen Dingen wenden, und da seine Antwort in drei Tagen zur Stelle sein könne, solle sich Arnim bis zum Eintreffen derselben gedulden. Dieser Appell an Sachsen war ohne Zweifel ein geschickter Schachzug des Geheimen Rates. Zwar hätte der Bescheid Johann Georgs Arnims Pläne schwerlich hindern können; indes schon die blosse Berufung auf ihn war jetzt von grundsätzlicher Bedeutung. Sie war ein Streich gegen den Statthalter, gegen seine Autorität, der man diejenige des sächsischen Kurfürsten wie eine höhere Instanz voranstellte. Sigismund begegnete diesem Streich. Er erklärte kategorisch, dass er seines Herren Vetters Absichten genau kenne und dass diese Absichten auf Annahme des gewünschten Succurses gingen. Solcher Versicherung gegenüber mussten die Räte endlich schweigen; von ihrer Meinung freilich standen sie auch jetzt nicht ab: eine ausführliche Declaration gegen die Einlassung der Kaiserlichen wurde von Pruckmann entworfen und von den Geheimen Räten,[1]) Kracht und Wilmersdorf unterschrieben dem Statthalter überreicht.[2])

Hatte dergestalt Sigismunds Entschiedenheit in der Frage nach Aufnahme der Truppen über die vereinten Bedenken des Staatsrates obgesiegt, so zeigten sich bei der Beurteilung der zweiten Forderung Arnims, auf Gewährung eines Generalmandats, beide Parteien einig. Solch ein Zugeständnis hätte das ganze Land der Willkür der kaiserlichen Regimenter überliefert, um es anderenteils der Aufsicht der Staatsbehörden zu entziehen. Eine Regelung in der Verpflegung der Truppen seitens der Regierung

---

[1]) Winterfeldt war bei der Ankunft des Markgrafen sogleich von seinem Amte suspendiert.

[2]) Das Concept d. d. 13. (23.) Juni (St. A.). Nach dieser Declaration und nach einem Bericht der Geh. Räte Pruckmann und Striepe an den Kurfürsten d. d. 16. (26.) Juni (St. A.) ist die Darstellung der Verhandlungen vom 22. Juni gegeben.

wäre durch deren unbegrenzte Freizügigkeit unmöglich gemacht, der Ausbeutung Thor und Thür geöffnet, der selbständige Rest der märkischen Defension an der oberen Havel und an der Oder durch die beliebige Einmischung der Kaiserlichen in demütigende Abhängigkeit geraten. Die Erteilung der Generalvollmacht hielt deshalb selbst Sigismund für bedenklich und schlug sie Arnim ab, bis er beim Kurfürsten angefragt hätte, wie dieser zu ihrer Bewilligung stünde. Da er bald aus Königsberg verständigt wurde, dass man die Verleihung derartiger Befugnisse an Arnim ebenfalls nicht für ratsam erachte, so blieb es auch später bei Sigismunds ablehnenden Bescheid; Arnim bedurfte mithin für die Besetzung weiterer Plätze der besonderen Genehmigung des Markgrafen, mit welcher dieser jedoch anscheinend durchaus nicht gegeizt hat.

Sigismunds Dazwischentreten hatte der Oberst die Annahme seines Succurses zu verdanken; nun durfte füglich auch jener wohl von ihm Entgegenkommen erwarten.

Des Markgrafen ganzes Verlangen war auf den Abschluss einer scharfumgrenzten Capitulation gerichtet; sie sollte, so hoffte er, einem Uebermass der materiellen Schädigungen, welche ja dem Lande offenbar mit dem Einrücken der Arnimschen Truppen bevorstanden, wirksam vorbeugen. Die Räte freilich lächelten über diesen Köhlerglauben, den die Erfahrung zumal der letzten Monate ihnen hundertfach widerlegt hatte, in Krossen so wie in der Altmark und in Brandenburg. Nicht Capitulation, sondern Zurückweisung des noch entbehrlichen Succurses schützte allein das Land vor der Ausplünderung. Allein Sigismund vertraute fest auf die Wirkung einer Capitulation und Arnims freundliche Bereitwilligkeit bestärkte ihm seinen Glauben. Und gewiss bot die Vereinbarung wenigstens eine Grenze zwischen Recht und Unrecht, und damit ja ein Mittel, unmässige Forderungen sofort als solche zur Sprache zu bringen; verhinderte sie Uebergriffe nicht, so half sie sie vielleicht abstellen und bestrafen.

Noch am 22. Juni, bei des Obersten Anwesenheit, einigte man sich über die Hauptpunkte der Capitulation; doch blieben, da die Kürze der Zeit eingehenden Erwägungen der einzelnen Artikel entgegenstand, Aenderungen und Zusätze späterer beiderseitiger Verständigung vorbehalten. Der Vertrag räumte den

Kaiserlichen die wichtigsten Städte des Ostens und Nordens der Mark ein, insonderheit Frankfurt, welches doch auch der Kurfürst gern vor einer Occupation bewahrt hätte; desgleichen sollten Fürstenwalde, Köpenick, Wriezen, Freienwalde, Bötzow, Schwedt und Prenzlau Arnimsche Garnisonen erhalten. Ausdrücklich ausgenommen von jeder Besetzung wurde neben den Festungen und den beiden Residenzstädten Landsberg a. d. Warthe; die erstgedachten Orte sowie alle kurfürstlichen Aemter, Vorwerke, Mühlen und dergl. sollten überdies von Lieferungen befreit bleiben, die adligen Häuser zum wenigsten keine Einquartierungen erleiden. Am bedeutsamsten waren im übrigen der neunte und der elfte Artikel der Capitulation. In dem ersteren bedang sich Sigismund aus, dass dem Antrag auf Abführung der Truppen folge gegeben werden müsste, wenn er oder der Kurfürst die weitere Besetzung der Pässe für unnötig erachteten. Der elfte Artikel bestimmte die Höhe der Leistungen an die Soldaten. Die Mannschaft hatte sich mit Naturalien zu begnügen, die mässig genug täglich zu anderthalb Pfund Fleisch, zwei Pfund Brot und zwei Quart Bier auf den Kopf veranschlagt wurden. Bemerkenswert war ausserdem die Bestimmung, dass nur deutsches Volk in das Land geführt werden solle, weil die Fremden sich durch ihre Räubereien besonders hervorthaten. Natürlich fand sich auch für den Obersten die Verpflichtung ausgesprochen, gute Disziplin im Heere zu halten. Derselbe verhiess endlich auch, für die Capitulation innerhalb vierzehn Tagen die Zustimmung des Herzogs von Friedland einzuholen; doch ist diese sicherlich nicht binnen der festgesetzten Frist, wahrscheinlich überhaupt nicht beigebracht worden.

Sogleich nach Abschluss des Vertrages war Arnim wiederum nach Frankfurt zurückgekehrt, um von dort aus seine eintreffenden Regimenter in die einzelnen Plätze zu kommandieren. Thränen in den Augen sah die Bürgerschaft Frankfurts die brandenburgische Besatzung unter Henning von Götz scheiden; am 26. Juni wurde die Stadt mit kaiserlichen Truppen belegt, indes mit so „schlechtem und geringem Volke“,[1]) dass jedermann versicherte, sie sei früher besser verteidigt gewesen als jetzt. Dazu zeigte sich bald, dass

[1]) Die Räte an den Kurfürsten 22. Juni (2. Juli) (St. A.).

Arnim einstweilen ausser stande war, die übernommene Landesverteidigung ernstlich durchzuführen; er selbst hatte die Stärke des Succurses auf 10 000 Mann, 8000 zu Fuss und 2000 zu Ross, beziffert, verfügte aber mehrere Wochen hindurch thatsächlich kaum über 5000 Mann. Dem entsprechend ging die Besetzung der eingeräumten Pässe sehr langsam vor sich, obwohl der Markgraf fortgesetzt zur Eile mahnte; ausser den wichtigsten Plätzen an der Oder erhielten anfangs nur noch Köpenick und Fürstenwalde eine schwache Besatzung. Dann musste Arnim nach Brandenburg, um dorther Verstärkung zu holen; mit sieben Compagnien Fussvolk und fünf Cornets Reitern langte er am 8. Juli in Bernau an, und rückte mit einer Abteilung nächsten Tages auf Bötzow. Hier war bereits am 8. von Brandenburg her ein anderer Haufe eingetroffen, den man auf 1100 Mann zu Fuss und 5 — 600 Reiter angab. Wieder andere Truppen marschierten auf Wriezen, Freienwalde, Vierraden und Schwedt, um in diesen Orten Quartier zu nehmen. Seit dem 13. Juli war die Oder für die Dänen in Schlesien und in der Mark eine Scheidewand; der Fluss selbst bis nach Pommern hinauf durch wenngleich noch schwache Besatzungen verteidigt, das Land südlich der Finow und östlich der oberen Havel durch Garnisonen in Bernau (Stärke 500 Mann), Bötzow (400 Mann), Neustadt-Eberswalde (560 Mann), Beeskow, Köpenick und Fürstenwalde gegen einen ersten Anfall gedeckt.[1]) Damit auch die pommerschen Oderpässe den Dänen versperrt wären, hatte Wallenstein selbst aus Jägerndorf an den Herzog Bogislav geschrieben und um ihre Sicherung gebeten.[2]) Die Bewachung der nicht von den Arnimschen besetzten märkischen Pässe lag nach wie vor dem Landesausschusse ob. Die Lehnspferde der uckermärkischen und der neumärkischen Kreise wurden zu diesem Zwecke neu gemustert; in der Neumark ergab die Musterung — nur die Lehnspferde des königsbergischen Kreises fehlten — 179 Pferde; sie wurden gemeinsam mit dem Landvolk zur Besetzung der Warthe- und Netzepässe, namentlich von

---

[1]) Sigismund an Schwarzenberg 3. (13.) Juli (St. A.) und Abmachung mit Arnim 4. (14.) Juli in Cölln (St. A.).

[2]) d. d. Jägerndorf 29. Juni, bei Förster: Wallensteins Briefe I, Brief 21.

Landsberg und Driesen verwandt. Die Lehnspferde von Beeskow-Storkow und von Krossen erforderte der Markgraf nach Berlin, weil starke dänische Streifpartieen vor den Thoren der Stadt erschienen waren und die Umgegend heimgesucht hatten. Auch Geworbene waren nach der Einräumung von Frankfurt und Bötzow an Arnim frei geworden. Reichards Kompagnie wurde nach Spandau gezogen, weil die Festung, von den Dänen bedroht, unbedingt erhöhter Sicherheit bedurfte; am 18. Juli langen hundert Söldner in der Strausberger Gegend an,[1]) in denen wir wahrscheinlich Henning von Götzens Kompagnie zu erblicken haben.

Mit Arnims Erscheinen an der oberen Havel war indes die Macht der Dänen hier keineswegs gebrochen, begann vielmehr grade jetzt noch einmal recht gefahrdrohend sich zu entfalten.

Die Nachricht von dem Eintreffen der Arnimschen Regimenter hatte auch die Königlichen belehren müssen, dass eine Verstärkung ihrer linken Flanke unabweisbar geboten sei, weil eine Zerreissung der dortigen Besatzungskette die Aufgabe der gesamten Havelposition, mithin auch die Räumung Havelbergs, nach sich gezogen hätte. Als daher am 25. Juni der Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach mit mehreren tausend Mann nach Havelberg gekommen und daselbst den Oberbefehl übernommen hatte, entsandte er sogleich den Generalwachtmeister Schlammersdorf „mit etzlichem Volk“ an die obere Havel. Ueber Fehrbellin, wo er die Schanzen besichtigte, ging dieser nach Altruppin und schlug hier sein Hauptquartier auf. Die Verstärkungen, welche er mit sich brachte, ermöglichten es bereits am 2. Juli den Dänen die Besatzung von Liebenwalde um 150 Dragoner und diejenige von Zehdenick um 400 Musketiere zu erhöhen, und es gewinnt den Anschein, als hätten sie endlich Ernst machen wollen mit ihrem Vormarsch gegen die Oder. Lässt doch die Weisung, welche damals an Eberswalde erging, die abgebrochenen Finowbrücken wieder herzurichten, mutmassen, dass die Absicht vorlag, nördlich der Finow und durch deren Lauf gen Süden gedeckt,

[1]) Geschichte von Strausberg; die Nachricht der Chronik, dass die Söldner Reichard zugehört hätten, ist unwahrscheinlich; denn Reichards Compagnie ist am 17. Juli in Spandau nachweisbar, während die Chronik sie erst am 17. wieder von Strausberg abmarschieren lässt.

die Oder zu erreichen. Deshalb wird auch der Markgraf Sigismund auf die Anfrage der Stadt es untersagt haben, die Brücken aufzubauen, obwohl ihre Niederreissung seit Wochen den Handel in lästigster Weise unterbunden hatte. Allein, in der Besorgnis von den anrückenden Arnimschen abgeschnitten zu werden und ohne Einblick in die thatsächliche Schwäche des Feindes vermochte Schlammersdorf nicht zum Entschlusse zu kommen. Statt auf jede Art zu versuchen, ob sich nicht Bresche legen liesse in die Mauer, welche Schlesien von der Mark trennen sollte, zog er nach jedem Anlauf ängstlich zurück, wie wenn er selbst über seine Kühnheit erschrocken wäre. Kurz nach seiner Ankunft auf dem östlichen Kriegsschauplatz erwog er bereits, anscheinend auf die Kunde von der Besetzung Bötzows durch Arnim, die Möglichkeit eines Rückzuges, und erlangte von Neu-Ruppin, dass es ihm „bei Tage und bei Nacht“ offen stünde.[1]) Das geschah zu einer Zeit, wo sein Gegner noch nicht einen Mann übrig hatte, um ihm im offenen Felde entgegenzutreten und froh war, die wichtigsten Plätze leidlich besetzt zu haben.[2]) Wohl gelang es den Dänen noch einmal einen namhaften Erfolg zu erringen; mit fünf Compagnien zu Fuss und fünf Reitercornets trieben sie Arnims Garnison aus Templin heraus und setzten sich dort fest. Aber Arnims Stern wollte, dass sie auf diesen Lorbeeren ausruhten; beinahe naiv schreibt Schlammersdorf in diesen Tagen an den Markgrafen von Baden, es wäre hohe Zeit, den Vorstoss nach der Oder zu vollführen; doch wieder unterliess er es. Bald danach kam dem kaiserlichen Obersten die dringend notwendige Verstärkung, etliche tausend Mann zu Ross und zu Fuss, welche Wallenstein selbst, nachdem er den Weimarischen Kosel entrissen, aus Schlesien abgesandt hatte. Nun schritt Arnim seinerseits zum Angriff; am 1. August griff er die stärkste Position der Dänen, die Schanzen bei Liebenwalde, an und eroberte sie nach kurzem Kampfe. Der Schlüssel nach dem Westen war in seiner Hand.

---

[1]) Der Rat von Neu-Ruppin an die Geheimen Räte d. d. 2. (12.) Juli (St. A.).

[2]) Ueber Arnims Kriegführung vergl. Irmer: Hans Georg von Arnim, und Hallwich: Hans Georg von Arnim in den Jahren 1627—1629 (Archiv für sächsische Geschichte VIII, 300 ff).

Wenn Friedland gewohnt war, seine Worte zu sparen, so kargte er gewiss noch mehr mit Lobsprüchen. Arnims Kriegsführung jedoch fand hier seine volle Anerkennung: „Ich erfreu mich mit dem Herrn," schrieb er an ihn, „dass er mit seine Hand voll Volks mehr effectuirt als andere die fünffechtig so viel haben; daraus sein valor zu sehen ist." [1]) In der That mochte sich Arnim den gewaltigen Erfolg, dass ein Vordringen der Feinde bis an die Oder verhindert worden war, zum guten Teile auf eigene Rechnung schreiben. Zeigte sich bei ihm anfangs mehr das Geschick, den Gegner über seine Schwäche zu täuschen und einen offenen Kampf zu vermeiden, so offenbarte sich dann seine Thatkraft, indem er ihn gerade aus der festesten Stellung hinauswarf. Sein „valor" stand der Zaghaftigkeit Schlammersdorfs gegenüber, er wog auch die Minderzahl der Truppen auf.

Gleichwohl dürfen wir uns nicht verhehlen, dass eine Reihe besonders günstiger Umstände dem Obersten zu Hülfe kam. Er kannte das Land aus eigener Anschauung, er hatte gar manche persönliche Beziehung zu seinen Leuten; trefflich hat er sich dies zu nutze gemacht. Noch ehe er in Frankfurt anlangt, hat er die Thätigkeit seiner uckermärkischen Freunde, vornehmlich seiner Arnimschen Vettern, für sich aufgeboten, deren Einwirkung es dann schnell glückte, den ohnehin den Dänen abgeneigten Kreis ganz für den Obersten zu gewinnen. Man leistete ihm jeglichen Vorschub und begann gleichzeitig im Vertrauen auf seinen Schutz, den Königlichen die zuvor bewilligte Contribution zu verweigern. Am bedeutsamsten aber war es doch wohl für Arnim, dass er das gute Verhältnis zu Markgraf Sigismund zu wahren wusste, und dass dieser daher alles that, wovon er sich nur irgend eine Förderung des kaiserlichen Heeres versprach. Zwar fand er bald zu klagen, dass auch die mit dem Obersten geschlossene Capitulation nicht die gewünschte Ordnung herzustellen vermochte, und dass er es mit ansehen musste, wie sie vielfältig übertreten wurde; allein dies war schliesslich und mit Recht für ihn nur ein Grund mehr, die Arnimschen nach Kräften zu unterstützen, um dadurch das Land möglichst schnell von den Schrecken des

---

[1]) Wallenstein an Arnim d. d. Goldberg 14. August (bei Förster Brief 28).

Krieges zu befreien. Auf seine Bitte überwies er Arnim hundert Centner Pulver, hundert Centner Lunten, dreissig Centner Blei aus den kurfürstlichen Arsenalen und stellte ihm auch einige Sechspfünder zur Verfügung; er öffnete ihm einen Ort nach dem andern, drang darauf dass die festgesetzten Contributionen den Truppen überall pünktlich und unverkürzt geliefert würden; sandte auch auf des Obersten Ersuchen Curt Bertram von Pfuel an den Pommernherzog, um ihn zum Einlass der kaiserlichen Truppen zu bestimmen. Den Capitän Friedrich von Götz, von dem es hiess, er habe den dänischen Generalmajor Nell gefangen nehmen können, ihn aber absichtlich entkommen lassen, liess er verhaften und beauftragte Kracht, mit ihm nach Kriegsrecht zu verfahren.[1]) Auf der anderen Seite aber verabsäumte Sigismund nichts, um den Dänen die Feindseligkeit der brandenburgischen Regierung vor Augen zu führen.

Einer Anordnung des Kurfürsten gemäss erliess er[2]) zuerst an Schlammersdorf eine entschiedene Verwahrung gegen sein Manifest. Der Kurfürst, so schrieb er ihm, habe niemals die Hülfe der Dänen begehrt, die Schlammersdorf den Einwohnern der Mark darbiete; sein Herr würde wahrlich mehr Dank gehabt haben, wenn er weder im Vorjahre noch jetzt in das Land gefallen sei, um es zum Schauplatz des Krieges zu machen. Es ergehe daher die Aufforderung an ihn, die unerbetene Hülfe zurückzuziehen und dem Kurfürsten die besetzten Plätze wiederzuerstatten.

Dass ein solches Verlangen unbeachtet bleiben würde, war naturgemäss selbst Georg Wilhelm klar; dennoch stellte er es, um wenigstens überallhin seine Gesinnung offen zum Ausdruck zubringen. Schlammersdorf hielt es nicht einmal der Mühe wert, das Schriftstück zu beantworten; als es ihm ein Bote in Fehrbellin überreichte, gab er diesem die Bescheinigung auf den Heimweg,[3])

---

[1]) Er ward in Spandau gefangen gehalten, im April des folgenden Jahres vor ein Kriegsgericht (Redern, Hieronymus von Köckeritz, Senff, Kurt von Möllendorf, Philipp von Schenk, Hans von Rochow) gestellt, indes freigesprochen, weil nicht er, sondern sein Leutnant Nell hatte entkommen lassen (Actum Spandau 4. (14.) April 1628 (St. A.).

[2]) d. d. 20. (30.) Juni (St. A.).

[3]) d. d. Fehrbellin 23. Juni (3. Juli) (St. A.).

dass er seinen Auftrag richtig ausgeführt hätte; auf das Schreiben selbst zurückzukommen habe er einstweilen keine Zeit.

Die Zurückweisung des Schlammersdorfschen Manifestes war indes nur die Einleitung zu weiteren Schritten gegen die königliche Armee.

Der General Tilly sowohl wie der Herzog von Lüneburg hatten bereits Mitte Juni in Cölln darum ersucht, die Brandenburger aus dänischen Diensten abzuberufen. Auch der Kurfürst von Sachsen hatte ein derartiges „Avocatorial-Mandat" an seine Unterthanen im Heere Christians erlassen; wichtiger jedoch musste es sein, wenn auch die Märker des Königs Fahnen verliessen. Denn hier kam nicht nur in Anschlag, dass die Truppen des Feindes eine numerische Schwächung erlitten, er wurde durch den Weggang der im vorliegenden Falle vielfach ortskundigen Leute der besten Führer beraubt. Da sich zugleich erwarten liess, dass die abgerufenen Soldaten, nun beschäftigungslos, in die kaiserlichen Regimenter eintreten würden, so mochte man vielleicht auf wichtige Aufschlüsse über die Zustände und die Absichten im dänischen Lager rechnen. Ein erfolgreiches Avocatorium musste also unstreitig den Königlichen mancherlei Abbruch bereiten. Trotzdem zauderte Sigismund es zu veröffentlichen, in seiner Zurückhaltung bestärkt durch die schwerwiegenden Bedenken der Geheimen Räte. Vor allem war es ja zum mindesten zweifelhaft, ob einem solchen Mandat seitens der märkischen Unterthanen werde folge geleistet werden! Zwar wurden sie drüben schlecht, meist sogar überhaupt nicht bezahlt, lagen in engen Quartieren; indes der Brandenburger hielt allzeit auf seine militärische Ehre, er verliess nicht leicht, und noch dazu vor dem Feinde, die Fahne, zu welcher er geschworen.

Der Erfolg eines Abberufungsbefehls stand somit vor der Hand noch in den Wolken geschrieben; ob er nun aber eintrat oder nicht, eins durfte als sicher erscheinen, dass nämlich die dänische Armee den Erlass des Edicts ahnden werde. Niemand vermochte es dann zu hindern, dass nicht das Land für das Vorgehen der Regierung schwer büsse. Indes auch Wallenstein schloss sich den Bitten Lüneburgs und des Ligagenerals an und drängte auf Erlass des Mandates. So gab der Markgraf nach. Am

4. Juli wurde von den Kanzeln herab der Bevölkerung der Residenzen der Befehl zur Aufgabe des königlichen Dienstes verkündet, danach durch die Landreiter in den übrigen Ortschaften der Mark verbreitet und durch Anschlag am Rathause und Verlesung in den Kirchen zur Kenntnis der Einwohner gebracht.[1]) Jeder märkische Vasall und Unterthan hatte augenblicklich im dänischen Heere seinen Abschied zu nehmen, und Leibesstrafen und Verlust sämtlicher Güter und Lehen wurde allen angedroht, welche dem Gebote des Landesherren ungehorsam wären. Diesem ersten Mandat folgten in kurzen Pausen noch zwei weitere, ausführlichere,[2]) beide[3]) in Königsberg entworfen, weil den Kurfürsten das in Cölln verfasste „etwas sehr kalt und general" deuchte, sofern es ihm seine Stellungnahme gegen die Dänen nicht schroff genug zum Ausdruck brachte. Das dritte Mandat verbot selbst

[1]) Abgedruckt bei Londorp: Acta publica III 984.

[2]) Bei Londorp III, 985 und 986, das eine vom 5. (15.?) Juli, das andere vom 22. Juli (1. August).

[3]) Die Datierung der Patente ist nicht ohne Schwierigkeit. Unzweifelhaft ist allerdings, dass der 24. Juni, der Tag der Veröffentlichung des ersten Patentes, nach dem alten Kalender berechnet, folglich in den 4. Juli umzusetzen ist. Das zweite Patent, aus Königsberg datiert, trägt als Datum den 5. Juli. In diesem Falle wird indes der neue Kalender zugrunde gelegt sein — die Geheimen Räte in Cölln beklagen sich einmal ausdrücklich über die prinziplose Datierung. Am 20. Juli nämlich benachrichtigt Sigismund Schwarzenberg, dass der Kanzler das Avocatorial-Mandat des Kurfürsten empfangen habe; dies wäre nicht möglich gewesen, wenn es erst am 5. v. st. in Königsberg abgefasst wäre. Wir müssen also annehmen, dass dort nach dem Einlaufen des Schreibens, in welchem Sigismund den Erlass eines Abberufungsbefehls anregt (d. d. 16. Juni), sogleich ein solcher entworfen wurde. Das dritte Mandat giebt als Ort der Veröffentlichung Cölln an, ist jedoch in Königsberg abgefasst, als der Kurfürst das von Sigismund am 4. Juli publizierte Mandat in Königsberg erhalten, es indes für zu zahm befunden hatte. Am 28. Juli giebt Georg Wilhelm dem Markgrafen seinen Entschluss kund, ein neues schärferes Patent abzufassen, am 1. August ist es erlassen (22. Juli v. st.). Die Datierung aus Cölln hängt offenbar damit zusammen, dass der Kurfürst ausdrücklich die Publizierung dem Markgrafen anheimstellt. Sicherlich ist dieses dritte Patent erst wenige Tage bevor die Dänen das Land räumten, veröffentlicht worden.

den Einwohnern bei schwerer Strafe, den Dänen durch Lieferung von Lebensmitteln Unterstützung zu gewähren. Der practische Nutzen der drei Patente war nicht grade erheblich; wenige nur scheinen den dänischen Fahnen untreu geworden zu sein. Als von den märkischen Städten Anfang September Bericht eingefordert wurde, ob einer ihrer Bürger noch in königlichen Diensten stehe, lautet ihrer aller Antwort unbestimmt: wohl habe der eine oder der andere vor Jahren einmal sich bei den Dänen anwerben lassen, ob er aber noch dort sei, wüsste man nicht. Ueber die Mehrzahl der Ausgewanderten konnte man gar keine Auskunft erteilen, weil sie heimlich davongegangen waren.

Nach diesen deutlichen Absagen an die Dänen hätte man ein Doppeltes erwarten dürfen; einerseits, dass die Kaiserlichen der Mark eine menschlichere Behandlung würden angedeihen lassen, andererseits dass, die dänischen Truppen, zu Feinden des Kurfürsten erklärt, dem Lande feindlich gegenübertreten würden. Allein die alten Verhältnisse blieben bestehen. König Christian hatte seinem begreiflichen Unmut über den Frontwechsel Georg Wilhelms schon früher in harten Worten Luft gemacht,[1]) indes weder damals noch auch jetzt liess er sich dazu verleiten, das Land für die Haltung seines Fürsten zu züchtigen. Von dem allgemeinen Sengen und Brennen, durch welches er grade in diesen Wochen die Städte und Dörfer des verhassten Lüneburgers planmässig zu Grunde richtete, und dessen man sich daher auch wohl in der Mark versehen mochte, blieb diese verschont. Die Humanität der dänischen Oberbefehlshaber und der der hohen Politik so anstössige Verkehr der kurfürstlichen Frauen mit der dänischen Partei mochten nicht wenig dazu beitragen, dass man an den Zusagen des Schlammersdorfschen Manifestes im wesentlichen festhielt.

Ganz anders die kaiserlichen Bundesgenossen des Kurfürsten. Ihnen war es einerlei, ob Freund ob Feind, es wurde allerorten nach dem bewährten Rezept verfahren, dass der Bürger und

---

[1]) Er schrieb am 12. (22.) Mai im Hinblick auf den Abfall des Kurfürsten an den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg: „Ich mag sagen, dass ich in eine Welt geraten bin, die nit viel nach Ehre und Redlichkeit passet.“ Kong Christians . . Breve, St. 81.

Bauer nur für den Soldaten da sei. Selbst Arnim, der märkische Vasall, scheute nicht vor allerart Unbilligkeiten zurück; bald verlangte er, der brandenburgischen Auslegung der Capitulation zuwider, dass an Offiziere und Unteroffiziere Geldzahlungen geleistet würden,[1]) er verstärkte die Garnison von Frankfurt auf 690 Mann, während sie vertragsmässig höchstens 500 Mann betragen sollte, führte auch Truppen von zehnerlei Nationalität in das Land, welches doch nur Deutsche aufzunehmen gewilligt hatte. Sogar über arge Plünderungen seiner Leute war zu klagen. In Fürstenwalde und in Bötzow hatten aus Furcht vor ihrer Ankunft die Einwohner alles im Stiche gelassen und sich aus dem Staube gemacht; und wenig wollte es helfen, als der Markgraf in einem strengen Edict die Geflohenen bei Strafe zur Rückkehr aufforderte und jedes Davonlaufen verbot.

Viel ärger trieben es jedoch die übrigen „Befreier". Die Gebieter in Krossen und Sternberg, Wangler und Porcia pressten nach wie vor die Leute aus; erst als Arnim in die Mark kam und ihm die krossenschen Truppen unterstellt wurden, zog Wangler ab. Er wurde der Plagegeist Frankfurts und wirkte hier ganz im Sinne seiner krossener Vergangenheit. Selbst die Academiker, denen anfänglich in Hinblick auf das kaiserliche Stiftungsprivileg die Befreiung von den Kriegslasten ausdrücklich zugebilligt war, mussten nunmehr beisteuern. Als sich dem „etliche prignitzische Köpfe" hartnäckig widersetzten, war der Streit da, um nun gelegentlich in wüsten Raufereien zwischen Studenten und Soldaten zum Austrag zu kommen. Schlimm schien es Wanglers Spiessgesellen, dem Grafen Porcia, ergehen zu sollen, welcher in seiner Schamlosigkeit kein Mass und Ziel gekannt hatte, und dadurch zuletzt Wallenstein zum Einschreiten bestimmte. Er enthob ihn im Juli seines Kommandos in Drossen und citierte ihn vor sich zur Verantwortung. Arnim, dem Porcias Truppen in die Mittelmark nachgeschickt wurden, erhielt den Auftrag, das Anklagematerial gegen den Oberstwachtmeister zu sammeln. Allein dieser wusste sich zu helfen; er drang den Ständen des

---

[1]) Diese Capitulationszusätze wurden am 4. (14.) Juli in Cölln vereinbart.

krossenschen und sternbergischen Kreises eine Bescheinigung ab, dass er sich stets wohlverhalten und zu berechtigten Klagen keinen Anlass gegeben habe. Auf diese Versicherung der Unterdrückten hin erlangte er thatsächlich im August die Aufhebung des eingeleiteten Verfahrens. Der Kurfürst selbst hatte über ihn am kaiserlichen Hofe Beschwerde geführt und wurde nun abgewiesen.[1]) Die Krossener aber waren die Geprellten. Sie hatten jene Bescheinigung erteilt in der Hoffnung, hierdurch Porcias Abzug zu beschleunigen und der Plackereien erledigt zu sein. Aber als Porcia ging, blieb ein Teil seiner Truppen, und als auch diese endlich abgefordert wurden, liess man doch den Oberstleutnant mit einem Kommando zurück, um alle rückständigen Leistungen zwangsweise beizutreiben.

Wenden wir uns von der Oder zur mittleren Havel, so war auch hier des Jammers kein Ende. Wir erwähnten bereits, dass die Gardelegener „moderierte“ Taxe, welche doch nach den Worten der Geheimen Räte immerhin noch mancher „Moderation“ bedurft hätte, um nur erträglich zu sein, gleich anfangs vielfältig überschritten wurde. Als vollends Bodendiek die Leitung der Operationen abgab, erklärten die einzelnen Obersten, sie seien nicht an dessen Abmachungen gebunden, weil sie ihnen nicht zugestimmt hätten. Schwer litt insonderheit das stark belegte Brandenburg. Zumal seitdem am 19. Mai der Oberst Götz mit einigen Reiterkornets seinen Einzug gehalten hatte, erfuhr es trübe Tage. Allerdings war Hans von Götz ein Brandenburger, doch was galt diesen Leuten ihre Heimat. Seine Reiter vollführten Unerhörtes in der Erpressungskunst; sie brachten es dahin, dass schon Mitte Juni in der Altstadt Brandenburg zweihundert, in der Neustadt gar vierhundert Bürger davongegangen waren.[2]) Als er einen Monat später dem Arnimschen Korps zugeteilt wurde, forderte er von den beiden Städten noch fast 9000 Thaler bar; und Lüneburg drang auf deren Zahlung, obwohl er selbst bei Leibesstrafe alle Exactionen untersagt hatte. Die von der Cöllner Regierung im

[1]) Nach verschiedenen Actenstücken in St. A. und nach Lockelius: Marchia illustrata.

[2]) Bericht des Rates von Brandenburg an die Geheimen Räte 9. (19.) Juni (St. A.).

Mai angeordnete Unterstützung Brandenburgs durch die Kreise diesseits der Oder hatte wenig Gehorsam gefunden. Vielfach hatte man die Verfügung nicht einmal beantwortet, geschweige denn sie befolgt. Brachte ja eine Gemeinde Vieh zur Stelle, so war es so „dünn und verhungert," dass es sich kaum geniessen liess.

Götz' Genosse, der Oberst Ernst Georg von Sparr, betrieb derweilen sein einträgliches Raubhandwerk in den südwestlichen Gebieten der Mark. Auch er war Brandenburger und hatte nach seinem Werbeplatz Treuenbriezen erst jüngst viele seiner Landsleute gelockt. Märkische Junker, auch ein von Putlitz, waren in sein Regiment eingetreten, hatten aber bald zu klagen über Sparrs selbst bei einem kaiserlichen Offizier ungewöhnliche Roheit. Der brandenburgischen Regierung machte er fortgesetzt zu schaffen, indem er immer wieder um Erweiterung seiner Quartiere anhielt. Anfang Juni war er bis Teltow vorgerückt und hatte die beste Absicht, auch noch die Residenzen zu belegen, da sie „gut königisch", also dänenfreundlich seien.

Auffallend still ist es in diesen Monaten wieder über das Schicksal der Altmark; aber wir ahnen bereits, dass dies nicht die Stille der Zufriedenheit ist, sondern die des Unglücks. Der Altmark war beinahe jeder Verkehr mit der Aussenwelt abgeschnitten; alle Briefe, mit wessen Siegel sie auch versehen und an wen sie auch gerichtet sein mochten, wurden den Boten abgenommen, erbrochen, gelesen, und wenn sie irgend etwas den Kaiserlichen Unbehagliches enthielten, confisciert. Zwar hatte Herzog Georg, nachdem er selbst sein Hauptquartier von Gardelegen nach Sandau verlegt hatte, allmählich auch die Mehrzahl der altmärkischen Truppen dorthin gezogen; allein die zurückbleibenden hatten nur um so härter das Land misshandelt. Deswegen machten sich in den letzten Maitagen die altmärkischen Kommissare Thomas von dem Knesebeck und Christoph von Bismarck abermals zu Lüneburg und Aldringen nach Sandau auf, um eine feste Regelung der Lieferungen durchzusetzen. Lüneburg kam ihnen darin entgegen, dass er Abstellung der Geldcontributionen verhiess — nur Gardelegen sollte wöchentlich 300 Thaler für seinen Hofhalt zahlen. Auch die Abführung der Garnisonen gestand er zu, bis auf diejenigen in Gardelegen, Tangermünde und Werben, die, wie er

behauptete, zur Sicherung der Elbe notwendig wären. Indes diese letzte Bewilligung wurde practisch bedeutungslos durch die ununterbrochenen Durchzüge von Truppen, welche zu Tillys oder zu des Herzogs Verstärkung heranmarschierten und unterhalten werden mussten, und für die Befreiung von Geldzahlungen forderte man von dem Kreise wöchentlich 3600 Fass Bier. Ueberdies zog man die Bewohner zu höchst unbequemen persönlichen Leistungen heran; aus der ganzen Altmark bis nach Gardelegen und Salzwedel hin mussten wochenlang Mannschaften zum Schanzenbau bei Sandau und Havelberg gestellt werden; Osterburg z. B. sandte wöchentlich dreissig Mann, Stendal vierzig, welche jeden dritten Tag abzulösen waren.[1])

So seufzte das Land, soweit es nur in der Hand kaiserlicher Regimenter war, allerorten unter dem Druck ihrer Habsucht. Aber ein Hoffnungsstrahl schimmerte doch durch die dichten Wolken des allgemeinen Elends hindurch und schien sonnigere Tage zu künden: der Glanz der neuerworbenen kaiserlichen Huld.

In der That war man in Wien durch Dohna überzeugt worden, dass, wenn irgend einer, es der Kurfürst ehrlich mit seinem Anschlusse an Habsburg meine. In einem freundlichen Schreiben dankte ihm der Kaiser selbst für sein Entgegenkommen und verlieh ihm als Zeichen seines besonderen Wohlgefallens offiziell „das Prädikat und Ehrenwort: Durchläuchtig.“[2]) Bewiese indes selbst diese Ehrung nicht, dass man wahrhaftes Vertrauen in den Brandenburger zu setzen anfing — Ferdinand hatte auch Gabriel Bethlen gegen den er stets argwöhnisch war, durch den Titel Serenissimus ausgezeichnet —, so erhalten wir doch von einer anderen Seite her einen unumstösslichen Beleg dafür. Der päpstliche Nuntius am Wiener Hofe, Kardinal Carafa, berichtet uns nämlich,[3]) dass „infolge der geneigten Bereitwilligkeit“ Georg

[1]) Bei Bekmann VII, 41 und II, 242.

[2]) Zwei Schreiben Ferdinands an Georg Wilhelm d. d. Wien 18. und 19. Juli (St. A.).

[3]) Carafa: Commentarii de Germania sacra restaurata, Köln 1639 St. 305: „ex hac propitia Electoris . . . erga Caesarem voluntate nata fuit fama, illum Catholicae Religionis nomen daturum, cuius felicissimi nuntii famam auxit, quod non ita pridem multos e suis praedicantibus . . . . . officio privaret. . . . .“ Uebrigens hatte man im Vorjahre auch von dänischer Seite den Kurfürsten der Hinneigung zum Papismus bezichtigt. Droysen III, 1, St. 50.

Wilhelms die Rede gegangen und Glauben gefunden hätte, der Kurfürst werde zum Katholizismus übertreten. Gewiss hat dieser nicht daran gedacht, von dem Bekenntnis seiner Väter zu weichen; wenn man aber in Wien sogar einen Glaubenswechsel für möglich hielt, — bei dem Jesuitenzögling Ferdinand die beste Empfehlung, — so zeigt dies doch, dass man an der Aufrichtigkeit des Wandels in der politischen Gesinnung Georg Wilhelms nicht mehr zweifelte.

Auch Wallenstein bekehrte sich jetzt zu einer mehr wohlwollenden Haltung dem Kurfürsten gegenüber. Er erklärte seinem Schwager Harrach, dass er angesichts der völligen Unterwerfung desselben sein bisheriges Misstrauen aufgebe, und bat von der beabsichtigten Aechtung Abstand zu nehmen.[1]) Dem Markgrafen Sigismund erstattete er seinen Dank für die thätige Unterstützung mit dem Hinzufügen, dass man daraus die „treue devotion zu Ihr. Kay. Mayt. . . . . würklichen spüren“ könne.[2]) Nur die ligistische Partei, unzufrieden mit dem Vorbehalt des Kurfürsten bei der Anerkennung der bayrischen Kur, sah ihn mit feindseligen Blicken an. Noch im August riet Tilly dem Herzog Max, Truppen nach Polen zu schicken, weil dadurch neben andern auch „Kurbrandenburg in dem Zaum muss gehalten werden.“ [3]) Im geeigneten Falle machte man sich dieses Misstrauen selbst noch in Wien zu nutze. Als von ligistischer Seite über die starke und anscheinend zwecklose Belegung des fränkischen Kreises Klage geführt wurde, bedeutete man Leuker, dass die Truppen die Aufgabe hätten, einer etwaigen Verbindung der Böhmen mit Christian oder Gabriel Bethlen entgegenzutreten, und dass man auch dem Kurfürsten von Brandenburg „nit recht, wie noch nit“ habe trauen dürfen.[4])

---

[1]) Wallenstein an Karl von Harrach d. d. Jägerndorf 2. Juli bei Ferd. Tadra: Briefe Albrecht von Waldsteins an Karl von Harrach (1625—1627), Brief 195. Der Aechtung thut zwar Wallenstein dort nicht als solcher Erwähnung; indes glaube ich, dass in der Stelle: „Ich hab auch zwar vermeint, dass dem Kurfürsten . . nicht zu trauen ist; . . . nun bitt ich das Werk . . . . [Lücke] unter „Werk“ eben die Aechtungsfrage verstanden werden muss.

[2]) Wallenstein an Sigismund d. d. Kosel 11. Juli (bei Förster Brief 25).

[3]) Tilly an Maximilian d. d. 20. August, bei Gindely I. 303 ff.

[4]) Leuker an Maximilian d. d. 22. September, bei Gindely I. 301 f.

Deutlich genug ist hierbei wohl, dass man den bayrischen Verbündeten am schnellsten zur Ruhe zu bringen hoffte, wenn man Abneigung und Argwohn gegen seinen brandenburgischen Widerpart hervorkehrte.

Noch bevor Dohna nach Wien zurückgekehrt war [1]) und seinen günstigen Bericht über die jetzige Gesinnung Georg Wilhelms abgestattet hatte, war auch nach Cölln ein kaiserlicher Gesandter abgeordnet worden, der kaiserliche Appellationsrat Justus Gebhardt. Vor kurzem noch Stadtschreiber in Zittau, hatte er es für vorteilhaft gehalten einen Glaubenswechsel zu vollziehen, und war zur Belohnung von Ferdinand mit äusseren Ehren ausgestattet. Am 10. Juli traf er in Beeskow ein, und schrieb von dort aus an den Markgrafen um Geleitsmannschaften nach der Residenz, weil er hörte, dass die Dänen durch ihr Streifen die Umgegend derselben unsicher machten. Sigismund entsprach der Bitte, liess den Gesandten in Rüdersdorf erwarten und unter sicherer Bedeckung nach der Hauptstadt geleiten.

Der „Apostata“, so nennen ihn mit Vorliebe die Räte, denen schon seine Vorgeschichte die Achtung für den Mann benahm, trug am Hofe „eine fast befremdliche proposition“ vor.[2]) Der Kaiser ersuchte seinen Truppen sämtliche Pässe zu öffnen, d. h. er wünschte die Generalvollmacht, deren Erteilung man vor drei Wochen bei der Capitulation mit Arnim glücklich umgangen hatte. Dies Verlangen war begreiflich, allein die ungezogene Weise, in der es Gebhardt vertrat, war an sich herzlich wenig geeignet, die Regierung seinen Forderungen willfährig zu stimmen. Das Memorial, welches er vorlegte, enthielt selbst bereits genug der Unliebenswürdigkeiten: es deutete auf den letztjährigen Einfall des Mansfelders hin, und schuldigte die märkische Regierung an, ihn durch Zurückweisung kaiserlicher Hülfe hervorgerufen zu haben. Dann kam wieder die Phrase von der Notwendigkeit, einem erneuten Durchbruch der Dänen

[1]) Dohna reiste nach Londorp (St. 984) am 8. Juni von Königsberg ab; doch ist diese Angabe irrig da nach einem Schreiben Georg Wilhelms an den Kurfürsten von Mainz d. d. 5. Juni der Gesandte Königsberg bereits verlassen hatte.

[2]) Relation der Räte an den Kurfürsten d. d. 7 (17.) Juli (St. A.)

vorzubeugen und als des Pudels Kern eben der Anspruch auf Einräumung sämtlicher Plätze.

Diesem Verlangen suchte man auf doppelte Weise den erforderlichen Nachdruck zu geben.

Einmal beantragte Gebhardt, offenbar in der Hoffnung, dadurch eine Controlle über die Behandlung seines Antrages auszuüben, man solle ihn persönlich zu den Sitzungen des Geheimen Ratscollegiums hinzuziehen. Dies Ansinnen konnten die Räte als gegen den Gebrauch verstossend sogleich zurückweisen.

Aber der Gesandte hatte noch ein zweites und wirkungsvolleres Zwangsmittel bei der Hand. Wie etwa in unseren Tagen Russland die Pforte zur Abtragung der rückständigen Kriegsentschädigung mahnt, wenn diese Miene macht, ihren Weg abseits der Bahnen der russichen Politik zu nehmen, so boten jener Zeit dem kaiserlichen Hofe häufig unbezahlte Reichssteuern eine Handhabe gegenüber den Ständen, um sie zu belehren, dass es gut sei, dem Reichsoberhaupt genehm zu bleiben. So hatte man jetzt in Wien entdeckt, dass Brandenburg vor langen Jahren die Türkensteuer zu zahlen versäumt hatte, und wenn die Sache auch fast vergessen war, im Augenblicke erschien sie doch als brauchbares Mittel, um durch entschiedenes Drängen auf Begleichung dieser Schuld die märkische Regierung den sonstigen kaiserlichen Wünschen gefügiger zu machen. Demgemäss ward das Ersuchen um endliche Entrichtung der bewilligten Steuer als offizieller Antrag in Gebhardts Memorial aufgenommen, und man stellte sich, als wenn die Bezahlung, auf welche man schon seit Jahrzehnten gewartet hatte, nicht einmal mehr bis morgen Zeit habe. Gebhardt verlangte nämlich, dass unverweilt die Ritterschaft des Landes nach Cölln zusammenberufen, und ihm gestattet werde, mit ihr über die Aufbringung des Geldes zu verhandeln.

Die Räte waren empört über eine derartige Forderung: „Wir wissen kein Exempel, schreiben sie an den Kurfürsten [1]), weniger haben wir gesehen oder erfahren, dass jemaln einiger kaiserlicher Gesandter sich unterstanden hätte, mit eines Chur oder Fürsten des Reichs Unterthanen vor sich zu tractiren“. Ja, wenn nicht gerade

[1]) In der eben angeführten Relation.

jetzt von kaiserlicher Seite alles auf die Vernichtung der alten Reichsverfassung abgezielt hätte! Einige Monate weiter, und Arnim konnte wie selbstverständlich erklären, kein Fürst des Reichs könne „der kaiserlichen Armee verwehren, dass dieselbe mit einem Stande oder einer Stadt des Landes [1]) sonderbar tractire".

Die Kühnheit in dem Auftreten des Gesandten machte indes die Räte nicht irre, und Markgraf Sigismund stellte sich auf ihre Seite. Gebhardt musste es sich gefallen lassen, dass beide Punkte seines Anbringens eine Ablehnung erfuhren. Recht geschickt vermied man dabei die Klippe, den kaiserlichen Wünschen offen entgegenzutreten; man that, als ob man die Meinung des Antrages auf Oeffnung aller Plätze nicht verstanden habe, dankte zwar dem Kaiser allerunterthänigst für seine Fürsorge, erwiderte aber sein Begehren dahin, dass man an Arnim bereits die Pässe überliefert habe und mithin „nichts weiteres zu geschehen übrig" sei. In Sachen der Türkensteuer liess sich die Richtigkeit der Forderung nicht ableugnen, aber sie zu begleichen fehlten alle Mittel. So erklärten die Räte, sie wären in der Materie zu wenig zu Hause, um eigenmächtig zu entscheiden; sie würden daher mit denjenigen Mitgliedern des Collegiums, welche die älteren Reichsverhältnisse besser kennten als sie, in Verbindung treten. Da diese sich jedoch zur Zeit in Königsberg befänden, so müsse man die Entscheidung vertagen.

In ihrer Relation an den Kurfürsten heben die Geheimen Räte als charakteristisch für die Gebhardtsche Gesandtschaft hervor, dass sich gezeigt habe, wie man am kaiserlichen Hofe von all den Opfern, welche der Kurfürst Land und Leuten um des Kaisers willen auferlege, nichts wisse, geschweige denn für seine Haltung irgend eine Anerkennung übrig habe. Das Auffällige hierbei ist, dass die Räte mit keiner Silbe dem Gedanken Ausdruck geben, als wäre die ganze Gesandtschaft jetzt beinahe ein Anachronismus, der sich etwa dadurch erklärte, dass man, als Gebhardt seine Reise antrat, in der Hofburg noch nicht über die Erfolge Schwarzenbergs und Dohnas verständigt war. Am 5. Mai, — von diesem Tage ist bereits die Anzeige datiert, durch welche der Ritterschaft und der Cöllner Regierung die bevorstehende

[1]) Bei Opel, Niedersächs.-Dänischer Krieg III, 429.

Ankunft des Gesandten kundgegeben wird, — sah man in Wien naturgemäss in dem Kurfürsten noch einen Gegner. Dass aber Gebhardt, als er mehr denn zwei Monate später glücklich seinen Auftrag ausrichtete, die Augen völlig gegenüber dem Wechsel in der brandenburgischen Politik verschloss, dass er nicht einmal der Möglichkeit Erwähnung that, als werde der Wiener Hof den veränderten Verhältnissen entsprechend eine veränderte Stellung einnehmen, das machte die märkische Regierung misstrauisch und liess sie anscheinend eine Weisung des Gesandten vermuten, Brandenburg unter allen Umständen zu brüskieren. Ich möchte freilich lieber glauben, dass allein Gebhardts Verständnislosigkeit, sein Dünkel und eine gewisse Wichtigthuerei solchen Verdacht aufkommen liess, indem er seiner Mission, die er jetzt selbst als durch die Ereignisse überholt erkannte, durch möglichste Schroffheit doch noch ein Ansehen zu geben bemüht war. Denn auch die Annahme muss man zurückweisen, dass Gebhardt unterwegs etwa von Wallenstein nochmals besonders darauf hingewiesen wäre, die Arnim versagte Generalvollmacht dringender zu fordern. Da der Gesandte zuerst in Beeskow erfuhr, dass Markgraf Sigismund nunmehr Statthalter in der Mark geworden sei, so konnte er doch schwerlich schon Bescheid wissen über Dinge, welche Arnim mit diesem verhandelt hatte. Alles in Allem scheint man mir der wunderbaren Gesandtschaft Gebhardts an Brandenburg keine grosse Bedeutung beilegen zu dürfen;[1]) von höherem praktischen Wert war es sicherlich, dass er zugleich der Träger einer Botschaft an den Herzog von Pommern vor, um auch diesen zur Oeffnung seines Landes zu bewegen.

Ohne Zweifel hat der trostlose Bericht der Geheimen Räte über Gebhardts Forderungen und Gebahren in Königsberg einige Missstimmung erzeugt. Die scheinbare Undankbarkeit des kaiserlichen Hofes musste um so tiefer empfunden werden, als der Kurfürst sich sagen durfte, dass er gerade in diesen Tagen unwiderlegliche Beweise seines ehrlichen Anschlusses an Habsburg

[1]) Gindely, Waldstein I, 346 giebt an, dass Gebhardt in Wien berichtet habe, man wolle dem Kaiser im Notfalle auch die Festungen öffnen. Mir scheint das lediglich eine Erfindung des bramarbasierenden Gesandten, da die Akten des Berliner St. A. davon nichts wissen.

gegeben habe. Eben hatte er bei den Generalstaaten darum angehalten,[1]) dass sie bei König Christian die Zurückziehung seiner Truppen vermittelten. Ihm hatte er alle Schuld an dem Unglück der Mark beigemessen; seine angebliche Absicht, Unterstützungen nach Schlesien zu schicken, die er ja selbst noch vor wenigen Monaten als widersinnig bezeichnet hatte, hier erschien sie als unumstössliche Thatsache, welche die Besetzung Krossens, die der Havelpässe, und den jüngst erfolgten Einmarsch Arnims als notwendige Gegenmassregeln erheischt hätten. Und wenn der Kurfürst damals an Wallenstein schreibt,[2]) Gott sei ein gerechter Richter, der dermaleinst die Könige von Dänemark und Schweden heimsuchen und ihnen vergelten werde, was sie ihm, ihrem Schwager, „ohn einzige gegebene Ursach" zufügten, und dann fortfährt, er freue sich, „dass Gott der Kais. Mt. unter E. Ld. Direktion solche Macht gegeben, dardurch der Gewalt und dem Unrecht dieser Könige kann gesteuret und widerstanden werden", so meine ich, wäre dies hinreichend Zeugnis dafür, dass Georg Wilhelm ein eingeschworener Anhänger des Kaisers geworden war.

Da jedoch eingewandt werden möchte, dass die Beweiskraft einer officiellen Kundgebung, wie des Gesuchs an Holland, und eines Schreibens an den gefürchteten General nicht unanfechtbar seien, so stelle ich diesen beiden ein drittes Aktenstück an die Seite. Es ist ein Handschreiben des Kurfürsten an seine Schwester Katharina,[3]) die Gemahlin Gabriel Bethlens, und hat den besonderen Zweck, deren Beihülfe dafür zu gewinnen, dass ihr Gemahl[4]) bei König Christian und bei Gustaf Adolf die Räumung der kurfürstlichen Lande veranlasse. Die Anklänge an das vom gleichem Tage datierte Schreiben an Wallenstein sind unverkennbar. Der Kurfürst bittet hier seine Schwester Sorge zu tragen, dass Bethlen ‚sich seiner annehmen und das Unrecht und die Gewalt, die er von den beiden Königen so ganz unverschuldeter Weisen leide, nit geringe achten, sundern ihm das in der That erweisen und

---

[1]) d. d. Königsberg 5. (15.) Juli (St. A.).

[2]) d. d. 18. (28.) Juli; bei Gindely I. 346.

[3]) d. d. Königsberg 18. (28.) Juli (St. A.).

[4]) An Bethlen hatte Georg Wilhelm das gleiche Gesuch wie an Holland gerichtet, d. d. 13. (23.) Juli (St. A.).

leisten wolle, was S. Ld. ihm auf alle Fälle versprochen, was schwagerlich und billig sei.' Der Däne behaupte, er komme zum Schutze der evangelischen Religion; „aber das Werk redet an ihm selber das contrarium", da er niemanden mehr Schaden gethan habe, als evangelischen Fürsten. Mit keinem Wort geschieht in diesem Privatbrief der kaiserlichen Partei Erwähnung, keine Klage über ihr Vorgehen wird laut; nur von den „Ungelegenheiten" wird gesprochen, in welche der Kurfürst durch die Könige geraten ist.

Es sei gestattet, an dieser Stelle einiges über die leider wenig aufgeklärten Beziehungen Bethlens zum brandenburgischen Hofe einzuschalten. Unstreitig ist ja der Siebenbürgenfürst eine der intessantesten Persönlichkeiten jenes Zeitraumes, und was, wie bei Wallenstein, unsere Teilnahme besonders erregt, ist die Unklarheit, welche sich über den Charakter und über die Pläne dieses eigenartigen Mannes ausbreitet. Niemand wusste, was er wollte, heute schien er dies zu erstreben, morgen jenes. „Filius occasionis" taufte ihn deshalb Sir Henry Watton, „pater mutationis" möchte ihn Roë nennen.[1]) Jahrelang lag er mit dem Kaiser in Streit; plötzlich zeigte er Friedensneigungen, um ebenso schnell wieder marschieren zu lassen. Im Rücken selbst gesichert durch die osmanische Macht, war er in seiner Ruhelosigkeit Oesterreich ein allzeit gefürchteter Gegner und dessen Feinden ein gesuchter Bundesgenosse. Zu ihm hatte sich Mansfeld gewandt, an seinem Hoflager erschien im Sommer 1627 der Magdeburger Administrator, um ihn für des Dänenkönigs Pläne zu gewinnen. Bethlen lebte damals in faulem Frieden mit dem Kaiser; er war bereit ihn zu brechen, sobald er nur ausreichende Subsidien erhielte. Für Geld, so urteilte man überhaupt, wäre alles von ihm zu erlangen.[2])

Mit diesem Manne sah sich Georg Wilhelm infolge der Heirat seiner Schwester Katharina verwandtschaftlich verbunden, und es konnte bei dem Gewicht, welches die Zeit solchen

---

[1]) Roë an Wake 11. (21.) August 1627 in Roë's Negotiations . . St. 670.

[2]) „If he touch money, there is no doubt, he will breake with the emperor to morrow, if he made peace with him yesterday." (Roë an Conway 19. (29.) Mai 1627 (Negotations St. 646.)

Familienbeziehungen beilegte, nicht ausbleiben, dass man auch an ein näheres politisches Einverständnis der beiden Fürsten glaubte. Wirklich hatte ja, wie wir aus obigem Schreiben an Katharina sehen, Bethlen seinem brandenburgischen Schwager gnädigen Schutz verheissen, und dieser zögerte nicht ihn flehentlich anzurufen. Dass indes politische Verbindungen zwischen Siebenbürgen und der Mark über diese einmalige Anknüpfung hinaus bestanden haben, lässt sich nicht nachweisen, und dürften wir aus dem Schweigen jenes Briefes einen Schluss ziehen, so müssten wir ihre Existenz ableugnen. Wie dem auch sei, jedenfalls spukten in den Köpfen der Zeitgenossen allerlei Gerüchte über ein enges Zusammenwirken der beiden Schwäger. In Wien hatte man insonderheit Bethlens Verbindung mit Brandenburg ungern gesehen, weil der Fürst, der gefährliche Feind Oesterreichs im Osten, über Berlin mit der protestantischen Partei im Norden sich verständigen mochte. Noch während die Verhandlungen über den Ehevertrag gepflogen wurden, war Ferdinand ihn zu hintertreiben bemüht; es hiess sogar, man habe die Braut aufheben wollen, als sie durch Mähren nach Ungarn zog.[1] Soviel ist klar, die Heirat Bethlens hatte das Misstrauen der katholischen Partei gegen den Kurfürsten, welcher dergestalt in den Mittelpunkt der antihabsburgischen Politik gerückt schien, doppelt rege gemacht. Als Dr. Kraz im Herbst des Vorjahres Tilly aufsuchte, hatte dieser dem Brandenburger seinen Verkehr mit „Türken und Tataren" zum schweren Vorwurf gemacht.[2] Der Kapitän Senff begegnete während seines Aufenthalts in Krossen ähnlichen Anschauungen bei den dortigen friedländischen Offizieren. Es könne Frieden geschlossen werden, äusserten sie zu ihm, sobald die Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg ihn wollten.[3] Der Kaiser habe zur Zeit keinen ernsthaften Gegner ausser Bethlen, und wenn Brandenburg auf diesen einwirke, so würde auch er bald in kaiserliche Devotion gebracht werden.[3]

Die Bündnisverhandlungen zwischen Dänemark und Bethlen

[1]) Zinkeisen: Geschichte des osmanischen Reiches (Heeren und Ukert) Bd. 4, S. 416.

[2]) s. o. Krazens Bericht d. d. 9. (19.). Oktober 1626.

[3]) s. o. Senffs Bericht d. d. Küstrin 9. (19.). Mai.

versprachen aber gerade damals den besten Erfolg; Wallenstein wusste, dass in kurzer Zeit fünf Boten zwischen den beiden Mächten hin- und hergeschickt seien,[1]) und Christian schrieb noch am 5. Mai [2]) seinem Kanzler Friis, dass er sich auf des Fürsten Verheissung, den Grossherren in den Krieg mit Habsburg zu treiben, fest verlasse. Da erfolgte der Uebertritt Brandenburgs auf die österreichische Seite, und auch Gabriel, von den evangelischen Staaten nicht in barer Münze unterstützt, wurde lau. Mehr und mehr schwand die Hoffnung, dass die Pforte ihren Friedensschluss mit Wien hinausschieben werde, und am 13. September reichten sich zu Szön die beiden Ostmächte die Hand zu Frieden. Protestanticherseits machte man Bethlen dafür verantwortlich, ja man gab ihm nun auch Schuld, den Abfall Georg Wilhelms herbeigeführt zu haben. Der Siebenbürge, wusste Wake zu berichten,[3]) habe, seitdem er selbst mit dem Kaiser seinen Frieden gemacht, fortgesetzt darauf hingearbeitet, auch den Brandenburger mit ihm auszusöhnen. Durch seine Hand sei das Geld gegangen, mittels dessen der Kaiser Schwarzenberg, den Günstling des Kurfürsten, für sich gewonnen habe. Wir werden diese Behauptung wohl ohne weiteres als unbegründet zurückweisen dürfen, wie alle die Anklagen, welche von antikaiserlicher Seite gegen den verhassten Staatsmann gerichtet sind. War nämlich Roë gut unterrichtet, und dürfen wir Bethlens eigenen Briefen trauen, so lag ihm nichts ferner, als seinen Schwager zur Annahme der kaiserlichen Gnade zu bestimmen. Noch Ende Juli meldet Roë,[4]) Bethlen wolle den Frieden der Türkei mit Habsburg vertagt wissen; denn falls man ihn darin einschlösse, sei er verhindert, dem Kurfürsten die zugesagte Hilfe zu leisten. Und in einer Anweisung an seinen Agenten Bursos in Konstantinopel spricht sich der Fürst selbst noch deutlicher über seine Absichten bezüglich Brandenburgs aus:[5])

---

[1]) Leuker an Maximilian 21. April (bei Gindely I. 209 ff.)

[2]) Slangen-Schlegel St. 310, Anm. 355.

[3]) Wake an Roë 1. Oktober n. st., und an den Staatssekretär Conway 10. Dezember n. st. (Negotiations 722.)

[4]) Roë an Conway 26. Juli (Negotiations 665.)

[5]) d. d. 16. (26.). Juli 1627 (Negotiations St. 667): ... che sè non fara restituire il ducato preso dal' Valsteyn in Silesia et il'illi es nella Marchia il ducato di Crosne (nel qual'ducato detto quondam conte

er habe, schreibt er, einen Boten an den Kaiser geschickt und sich über die Behandlung seines Schwagers beklagt; wenn man diesem nicht das von Wallenstein eingenommene Fürstentum Jägerndorf (?) und das Fürstentum Krossen zurückgäbe, die ihm beide gehörten, so fühle er sich durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen verpflichtet, ihm zu seinem Rechte zu verhelfen. Dass solch eine Benachrichtigung thatsächlich an den Wiener Hof ergangen sei, dürfen wir nicht bezweifeln, da sicher ist, dass man im August dort den Bruch mit Bethlen als bevorstehend ansah. Fraglich wäre allerdings, ob der Fürst wirklich Brandenburgs Sache zur seinigen gemacht hätte. Denn da ihm die Ehegelder der Katharina noch nicht ausgezahlt waren und seine Unterstützung fast nur für Geld zu erwerben war, so könnten wir leicht auf den Gedanken kommen, dass die Vertretung des Kurfürsten ihm lediglich Vorwand gewesen wäre. Mochte er indes damals die ehrliche Absicht gehabt haben, seinem Schwager beizustehen, so belehrten doch die mittlerweile eingetretenen Ereignisse den schlauen Siebenbürgen, dass der Zeitpunkt schlecht gewählt und dass es besser sei, im Frieden mit Oesterreich zu leben; denn von allen Seiten her liefen jetzt Nachrichten ein von den Siegen der Kaiserlichen über die evangelischen Freunde Bethlens.

Im Juni hatte Wallenstein den Feldzug gegen die Weimarischen in Schlesien eröffnet. All die verschiedenen Gerüchte, welche das Heer des Herzogs geschlagen, ja völlig zersprengt sagten, und die zumal von Berlin aus Verbreitung gefunden hatten,[1]) erwiese nsich schnell als eitel Geflunker. Binnen Monatsfrist wurden den Dänen hintereinander ihre Hauptpositionen, Jägerndorf, Kosel und Troppau entrissen, ein grosser Teil des Heeres gefangen genommen. Jedoch war es von Kosel aus einigen dänischen

---

Mansfelt haueua formato quella sua militia) ambidue appartenenti al' parente nostro Brandenburgh, per l'affinita nostra con lui semo oblighati di agintarlo a recuperare il'suo".

[1]) Warhafftiger Bericht | was sich ... bei Havelberg zugetragen hat | ..... Aus | Wien, Prag, Berlin | ... | Gedruckt im Jahr 1627. (4°, 4 Bll). In dieser Flugschrift wird aus Berlin, 15. Juni vet. styl. berichtet, Wallenstein habe gegen die Weimarischen 11 000 Mann verloren und sei in die Herrschaft Friedland zurückgeflohen.

Obersten, unter ihnen Holk und Baudissin, gelungen mit etlichen tausend Pferden zu entweichen. Drei Tage lang setzte Wallenstein selbst ihnen mit Kavallerie nach; er erreichte sie nicht mehr. Er ging daher zurück und übertrug die Verfolgung dem Obersten Pechmann mit mehreren Regimentern Dragoner, Arkebusieren, und „Krabaten"; falls Pechmann, wie er erwartete, den Feind noch an der brandenburgischen Grenze einholte, so meinte er, wäre dieser verloren „wie Judas Seel".[1]) Im übrigen tröstete er sich mit der Gewissheit, dass ihnen „das Loch verrennet" sei, und benachrichtigte Armin und den Markgrafen Sigismund, damit sie gute Obacht auf die Pässe gäben. Fast schien es indes, als sollten die Dänen den nachfolgenden Kaiserlichen entgehen. Denn in Eilmärschen sich zuerst die Oder abwärts, dann nach Polen hinein wendend, entschwanden sie Pechmann vollkommen. Von Adelnau führte ihr Marsch in nordwestlicher Richtung über Krotoschin und Koschmin auf Schrimm,[2]) bog hier nach Westen um und berührte am 27. Juli in der Gegend von Züllichau und Bomst die brandenburgisch-polnische Grenze. Am folgenden Tage ging es weiter über Bentschen und Kloster Paradies, das völlig ausgeplündert wurde, der Warthe zu; am 29. Juli erreichte der Zug Schwerin und passierte den Fluss. Bald zeigte sich, dass der Pass von Landsberg, den zu gewinnen man gehofft hatte, von Kracht mit seinen Märkern stark besetzt gehalten werde. Das Ansuchen Baudissins, ihm den Uebergang zu verstatten, wies Kracht zurück.[3]) Die Warthe abwärts marschierend unternahm man nun den Versuch, bei Zantoch die Netze zu überschreiten. Allein die ganze Flusslinie war von den Brandenburgern wohl verteidigt, so dass auch hier die Dänen zurück mussten. Wahrscheinlich in der Nacht vom 30. zum 31. Juli gelangten sie vor der polnischen Stadt Filehne an; der Platz wurde genommen, mehrere Geschütze erbeutet. Obwohl ihnen also der Netzeübergang geglückt war, schienen aber dennoch

[1]) Wallenstein an Collalto d. d. Troppau 26. Juli; bei Chlumecky: Wallensteins Briefe an Collalto XCIV.

[2]) Die folgenden Angaben meist nach Aktenstücken im K. A., teilweise auch nach Jahn: Danmarks Deeltagelse a. a. O.

[3]) Sigismund an Schwarzenberg d. d. 24. Juli (3. August) (St. A.)

die Dänen, durch die Energie der märkischen Landesverteidigung bedenklich gemacht, durch Pommern der See zustreben zu wollen. Da traf sie in Schloppe die falsche Nachricht, dass dänisches Volk in Schwedt stünde und der Markgraf von Baden Prenzlau belagere. So beschloss man die Vereinigung mit ihm zu suchen. Bei Hochzeit ging es über die Drage und dann unter furchtbaren Plünderungen, denen vor allen die Dörfer Regenthin, Lämmersdorf und Schwachenwalde zum Opfer fielen, gemächlich der Oder zu — den Verfolgern geradeswegs in die Arme.

In derselben Nacht, in welcher die Weimarischen die Drage überschritten, gelangte nämlich bei Kracht in Landsberg, von Pechmann abgesandt, ein kaiserlicher Rittmeister an, der ihn davon in Kenntnis setzte, dass der Oberst in sechs Stunden in der Stadt sein werde. Pechmann hatte, in der richtigen Erkenntnis, dass er den Vorsprung des Feindes nicht mehr werde einholen können, von einem Nachsetzen bald Abstand genommen, und war schnurstracks in der Richtung auf Landsberg vorgeeilt. Obgleich er an dem Tage, wo die Dänen bereits über die Warthe setzten, sich noch bei Schlawa, wenige Meilen nördlich Glogau, befand, gelang es ihm dennoch, indem er über Züllichau, Kalzig und Kurzig den nächsten Weg einschlug, und indem gleichzeitig der Feind durch sein Hin- und Herziehen kostbare Zeit verbrachte, rechtzeitig einzutreffen.[1]) Nachdem er seine Truppen bei Landsberg zusammengezogen hatte — es waren etwa 7000 Mann —[2]) brach er nächsten Tages weiter gegen den Feind auf, der weder Posten noch Patrouillen zur Aufklärung der Strasse nach Landsberg ausgesandt hatte. In der Nacht vom 2. zum 3. August überfiel er ihn im Dorfe Granow und den Nachbarortschaften. „Halb gestiefelt", noch schlaftrunken, suchten dessen Reiter anfänglich Widerstand zu leisten, wurden jedoch

---

[1]) Auszug aus einem Schreiben d. d. Krossen 22. Juli. (1. August). (St. A.)

[2]) Merode kommandierte nach der Schlacht 66 Kompagnien; ob hierunter die eingestellten weimarischen Kompagnien mit zu verstehen sind, ist fraglich. Von Wallensteinischen Truppen waren mindestens dabei 10 Compagnien Hebron, 6 Trappola, 6 Scharfenberg, 4 Pechmann, 10 Dragoner, 4 Kroaten (Isolani), 4 Polen.

übermannt und ergaben sich zumeist; elf Compagnien, welche vom Schlachtfelde entkommen waren, sahen sich bei Bernstein zur Capitulation gezwungen, noch andere fing der Oberst Sparr ab, den Arnim über die Oder entsandt hatte. Pechmann hatte den glänzenden Sieg seiner Waffen nicht erleben sollen; gleich beim Beginn des Treffens bei Granow tötlich verwundet, starb er bereits, ehe man ihn noch nach Berlinchen bringen konnte. Der Kaiser verlor in ihm einen seiner tüchtigsten Offiziere; wie nahe er ihm auch persönlich stand, erkennen wir aus Carafas Versicherung, dass Ferdinand seinen Tod nicht allein seiner Tapferkeit und Treue wegen beklagte, sondern auch, weil er als Lutheraner doch schliesslich seines Seelenheils verlustig gegangen sei.[1]) Den Oberbefehl über die Pechmann unterstellten Regimenter übernahm der Oberst Merode. Er wandte sich sofort an Kracht und an den Pommernherzog und bat, Sorge zu tragen, dass von dem zersprengten Rest der Dänen niemand durchkomme. Das war eine Thätigkeit für die ergrimmten Bauern: „wie die Vögel über den toten Löwen“ [2]) machten sie sich über die Herumirrenden her und schlugen sie tot, wo sie sie fanden. Christians schlesische Armee war vernichtet.

In den Tagen, wo die Gefahr eines Durchbruchs der Weimarischen von Osten her nahegerückt schien, hatte der Oberst Arnim vorsichtig von einem weiteren Sich-Einlassen mit den Dänen an der Havel abgesehen; er hatte statt dessen die Hauptmacht seiner Truppen bei Angermünde vereinigt, um einem Versuch der Feinde, die Oder zu überschreiten, sogleich zu begegnen. Nachdem diese Gefahr durch die Ereignisse bei Granow und Bernstein beseitigt war, schritt Arnim zur Fortsetzung seiner Operationen. Ohne sich durch die Bewegungen des Gegners, welcher noch Lychen hielt und Zehdenick sogar verstärkte, irgendwie beirren zu lassen, umging er diese Punkte und drang in Mecklenburg ein. Sein Vormarsch bedrohte den Rücken der gesamten dänischen Havelarmee. Glückte es ihr nicht durch die Vereinigung mit den schlesischen Truppen den Kaiserlichen neue Schwierigkeiten zu bereiten, so war ihre Stellung in

[1]) Carafa: Commentarii St. 304.

[2]) Lotichius: Rerum Germanicarum lbb. XVII, 1,506.

der Mark unhaltbar. Noch einmal tauchte jetzt der Plan auf, nach der Oder durchzubrechen; einige der schottischen Compagnien des Königs langten in Neu-Ruppin an, und wie man einander erzählte, sollten sie nach Schlesien marschieren.[1]) Da brachte am 10. August ein mecklenburgischer Offizier die Kunde, dass die schlesische Armee verloren, ihre geringen Reste auf der Flucht nach der Seeküste seien. Jetzt musste man zurück, an der oberen Havel und bei Havelberg. Im Osten wurde Neu-Ruppin der Sammelpunkt der abziehenden Truppen; hierher kamen sie seit dem 13. August von allen Seiten herangezogen, von Fehrbellin, von Zehdenick, von den Pässen gegen Liebenwalde und wo sie sonst gelegen hatten. Da der Ort mit Einquartierung verschont geblieben war, so drang man ihm jetzt eine Anweisung auf 3000 Thaler ab. Zu gleicher Zeit vollzog sich die Räumung Havelbergs. Schon hatte der Herzog von Lüneburg oberhalb der Stadt eine Schiffsbrücke über die Havel geschlagen und auf ihr einen grossen Teil der Truppen auf das rechte Ufer des Flusses geführt, schon bereitete er alles zum Sturme auf den Domberg, da erfuhr er, dass der Platz verlassen sei. Zwei jüngst gehängte Soldaten waren das Einzige, was vom Feinde zurückgeblieben war. Dafür hatte dieser den Bürgermeister der Stadt, der bereits seit Wochen in Gefangenschaft schmachtete, mit sich fortgeschleppt, weil er und der Rat an dem Verlust des Ortes schuld wären. Ueberhaupt erfuhr die ganze Gegend noch manche schwere Stunde, als der Abzug der Dänen beschlossen war. Am 11. August, somit gleich nachdem die Nachricht von dem Ausgange des schlesischen Feldzuges in Havelberg bekannt geworden war, liess Markgraf Georg Friedrich von Wusterhausen bei Strafe sofortiger Exekution 1500 Thaler fordern, deren er im Interesse des königlichen Heeres unumgänglich bedürfe. Da Pritzwalk ausser stande war, eine Contribution von gleicher Höhe auf der Stelle zu entrichten, und eine Anweisung für die Zahlung der Summe in Hamburg gab, nahm man auch hier den Bürgermeister als Pfand mit sich. Den übrigen Städten erging es wohl ähnlich; wenigstens musste auch das kleine

[1]) Monro: Expedition with the worthy Scots Regiment 1626—1634 (London 1637), St. 8.

Wilsnack ein Schmerzensgeld von 320 Thaler entrichten, als das dänische Heer an ihm vorüberzog.[1])

Nach der Aufgabe von Havelberg wandte sich Durlach zuerst nach Perleberg, zog hier die Truppen aus den anderen besetzten Pässen in der Prignitz an sich und setzte dann den Marsch auf Pritzwalk fort. Dort traf er am 14. August ein und blieb auch am folgenden Tage liegen; fünf Personen fürstlichen Standes und zwei Generalmajors soll damals die Stadt beherbergt,[2]) 12000 Mann zu Fuss und zu Ross sollen ihnen unterstanden haben. Wäre diese Zahl richtig, so würden wir annehmen müssen, dass auch das Schlammersdorfsche Detachement von der oberen Havel her sich in Pritzwalk mit den Havelberger Truppen vereinigt habe, eine Annahme, die zeitlich und räumlich allenfalls zulässig ist, für welche sich aber im übrigen weder eine volle Bestätigung noch eine Widerlegung hat finden wollen.[3]) Als am 16. August das dänische Heer den märkischen Boden verliess, geschah es auf Nimmerwiedersehen. Von Arnim, von Lüneburg, von Tilly — auch dieser hatte noch vor Havelbergs Einnahme bei Blekede die Elbe überschritten, — war es in die Enge getrieben. Dies schien an sich zur Entscheidung des Feldzuges genug; aber nun rückte auch Wallenstein aus Schlesien heran, um wie im Sturm die Dänen bis in den fernsten Winkel Jütlands vor sich her zu treiben.

---

[1]) Quittung d. d. 3. (13.) August; im Ratsarchiv zu Wilsnack.

[2]) Der Rat von Pritzwalk an die Regierung 28. Sept. (8. Okt.) (St. A.).

[3]) Dafür würde vielleicht sprechen, dass Markgraf Sigismund an Lüneburg schrieb, die Dänen an der Havel zögen nach „Holstein" ab, also doch wohl in nordwestlicher Richtung. (Georg von Lüneburg an Christian von Celle, Domhof Havelberg 7. (17.) August, bei v. d. Decken: Herzog Georg v. Braunschweig und Lüneburg, Hannover 1833, I, St. 379) Dagegen wäre anzuführen, dass Lüneburg in dem gedachten Schreiben erwähnt, die Dänen hätten „gestern", also erst am 16. August, alle Pässe an der Havel geräumt; ebenso die Thatsache, dass noch vom 9. (19.) August ein Schreiben des Prinzen Friedrich an König Christian aus Himmelpfort datiert ist, welches in der Gegend von Lychen liegt. Indes könnte hier etwa auch an Himmelpforten im Bremischen gedacht werden. Doch ist Fehrbellin mindestens am 15. Aug. verlassen worden.

IV. Die Zeit der Truppendurchzüge.

Friedland war der schlesische Krieg stets nur ein Vorspiel gewesen. An der schnellen Niederwerfung des Weimarischen Herres zweifelte er schon nicht in dem Augenblicke, als er sich ihm zuerst gegenüber sah. Noch nicht einmal Jägerndorf war in seiner Hand, da meldete er schon aus dem Feldlager vor dieser Stadt dem Markgrafen Sigismund,[1]) dass er demnächst seinen Marsch nach dem Norden anzutreten gedenke. Weil dieser Zug ja die Befreiung der Mark von den dänischen Bedrängern bezwecke, so ersuchte er hinreichenden Proviant für das durchpassierende Heer zur Stelle zu schaffen.

Der Markgraf erwiderte umgehend, man werde den Wünschen des Generals nach Kräften entsprechen. Doch könne er nicht dafür einstehen, dass genug Hafer, Gerste und Schlachtvieh gebracht werde; und wenn wir erwägen, wie viel Tausende von Wispeln Getreide und wie viel tausend Stück Vieh an Kaiserliche und Dänen hatten geliefert werden müssen, so werden wir Sigismunds Bedenken leicht verstehen. Um jedoch Friedland einen Beweis seiner Bereitwilligkeit zu geben, schrieb der Statthalter auf Pruckmanns Rat sogleich an Bogislav von Pommern und bat, die Mark durch Zusendung von Schlachtvieh zu unterstützen. Zugleich entfaltete er wie die Geheimen Räte eine emsige Thätigkeit, um für das Land die Proviantlieferung zu regeln. Da der Kriegswirren wegen eine grosse Anzahl Adeliger in den Residenzen weilte,[2]) so berief

---

[1]) d. d. 29. Juni; durch einen besonderen Boten Wallensteins überbracht, traf das Schreiben schon am 5. Juli in Cölln ein.

[2]) Es nahmen an den Verhandlungen teil: Johann von Löben, Asmus von Bredow, Ernst von der Gröben, Hans Georg von Ribbeck, Hans von Wilmersdorf, Ehrenreich von Röbel, Otto und Joachim von der Gröben, Franz Joachim vou Arnim, Dr. Peter Fritze, der Amtsrat Johann Frey und die Geheimen Räte. (Die Räte an den Kurfürsten d. d. 30. Juni (10. Juli). (St. A.)

sie der Markgraf als Vertreter aus den Landständen, um sich mit ihnen über Verteilung und Herbeischaffung des Truppenunterhalts zu besprechen; denn einen allgemeinen Landtag zu versammeln ging bei der Bedrängnis des Landes nicht an. Am 7. Juli berieten Stände und Geheime Räte den ganzen Tag über; endlich einigte man sich zu einem Rezess. Zwar war ein zuverlässige Abschätzung der Höhe des erforderlichen Proviantes nicht möglich, da Wallensteins Benachrichtigung keine Angabe über die mutmassliche Stärke der die Mark durchziehenden Truppen enthielt, allein die Zeit drängte[3]) und die Beschlussfassung liess sich nicht aussetzen. Man legte deshalb der Berechnung die Annahme zu Grunde, dass das Friedländische Heer zum mindesten 20000 Mann zählen werde. Der Durchmarsch, so meinte man, werde zehn Tage dauern; würden während dieser Zeit jedem Soldaten täglich zwei Pfund Brot, ein Pfund Fleisch und zwei Mass Bier gereicht, und überdies auf je vier Pferde ein Scheffel Hafer oder Gerste in Anschlag gebracht, so brauche man 200 Wispel Roggen, 150 Wispel Gerste oder Hafer, 500 Ochsen und 4200 Tonnen Bier. Die Lieferung an Futtermaterial wurde absichtlich sehr niedrig angesetzt, weil die Truppen sich dasselbe so oder so doch noch vom Felde zu verschaffen pflegten. Auch für etwaige Barablösung der Lieferungen wurde ein Massstab aufgestellt: den Wispel Roggen wollte man mit zwölf, die Tonne Bier mit zwei, einen Ochsen oder je sechs Hammel[2]) mit zwölf Thalern berechnen.

Neue Schwierigkeiten bot dann vor allem die Frage, in welcher Weise die Contribution zu erheben sei. Der ganze

---

[1]) Nach Wallensteins Schreiben glaubte man, dass das Heer früher eintreffen werde, als es dann wirklich geschieht.

[2]) Schweine werden fast niemals als der Gegenstand von Lieferungen erwähnt; ihre Zucht muss demnach unbedeutend gewesen sein. Damit stimmt überein eine Angabe der ofterwähnten „Geschichte von Strausberg“, nach welcher in dem Teuerungsjahr 1621 das Pfund Rindfleisch 1 Groschen, das Pfund Hammelfleich 10 Pfennige, das Pfund Schweinefleisch aber 20 Pfennige kostete. Ueberhaupt ist die Schweinezucht in der Mark erst spät hochgekommen. Denn nach der gedachten Chronik stand noch im Jahre 1763 der Wert des Schweinefleisches zu dem des Rindfleisches in dem Verhältnis von 4 : 3.

Westen des Landes konnte nicht in betracht kommen; er war schon durch die beiden gegnerischen Heere schwer genug belastet. Auch die Uckermark, die beiden Barnim, das Teltow, Krossen und Sternberg, sowie der lebusische Kreis waren mehr oder weniger stark belegt. Voll contributionsfähig verblieben allein die Neumark, das Weichbild von Kottbus und Beeskow-Storkow, ausserdem links der Oder die Städte Berlin-Cölln, Bernau, Strausberg, Müncheberg, Trebbin und Mittenwalde. Die Neumark, vom Kriege bisher am wenigsten betroffen, wurde jetzt am stärksten herangezogen: ihr fiel die Hälfte der Gesamtlieferung zu. Die übrigen noch einigermassen leistungsfähigen Kreise teilten sich in die andere Hälfte; allerorten sollte die Ritterschaft für Korn, Futter und Schlachtvieh, die Städte für die Beschaffung des Bieres sorgen. Zu mancherlei Ausgaben und zur „ziemlichen Tafel" des Generals wurde endlich auch eine Geldcontribution beschlossen; jeder Müller musste dazu einen Thaler, jeder Pachtmüller einen halben Thaler und so bis herunter zum „laufenden Schmied" beitragen, und ausserdem der mit Naturalleistungen beinahe ganz verschonte Kreis Beeskow-Storkow die Summe von tausend Thalern aufbringen.

Nachdem derart glücklich die General-Austeilung zu stande gebracht war, mussten sich die einzelnen Kreise nun ihrerseits über die Beschaffung der ihnen zugewiesenen Quote einigen. Die Vertreter der Regierung hatten dabei vielfach einen schweren Stand gegenüber den Kreistagen, aber die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Massregeln und wohl auch die entschiedene Drohung, dass gegen die Säumigen mit Execution vorgegangen werden solle, machte die Stände schliesslich gefügig. Doch wie schon so oft türmten sich zwischen den Beschlüssen und ihrer Ausführung Schwierigkeiten auf, deren Ueberwindung die ganze Energie der Regierung erforderte. Die Neumark ward durch den verheerenden Einfall der Weimarischen und der Pechmann-Merodischen Scharen arg mitgenommen. Die Landschaft versicherte und selbst die neumärkische Kammer glaubte es nicht leugnen zu dürfen, dass sie nicht im stande sei, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Indes man konnte keine Nachsicht üben; die Geheimen Räte erklärten, dass die neumärkischen Kreise

unbedingt und bei Strafe sofortiger Zwangserhebung das Verabredete unverkürzt zu liefern hätten. Auch in den andern Kreisen der Mark wollte die Beschaffung des Proviants nicht recht vorwärts gehen; ganz wider Sigismunds Erwartung zeigte sich hier aber, dass es am schwersten sein werde, die nötige Menge Bier aufzubringen. Der Abfluss der märkischen Brotfrucht, des Roggens, war durch die dänische Elbsperre verhindert, die Gerste dagegen, welche man zum Brauen verwertete, durch die einquartierte kaiserliche und dänische Kavallerie grossenteils aufgebraucht worden. Ueberdies war von den Städten links der Oder inzwischen Bernau durch Arnim occupiert worden; ihm musste nicht nur seine Quote abgenommen, es musste selbst samt den übrigen Arnimschen Garnisonen durch erhebliche Zufuhr von Bier unterstützt werden. In immer neuen Decreten wurde daher von der Regierung den Städten „das fleissige Brauen“ anbefohlen; vor allem müsse genug Bier da sein, wenn es „auch gleich nicht so sehr delikat wäre.“ [1]) Als dann Anfang August auf fast täglichen Regen sommerliche Hitze folgte, und mithin bei den durchziehenden Truppen auf lebhaften Durst sich rechnen liess, besorgte man in Cölln, dass selbst die vorgesehenen 4200 Tonnen Bier nicht ausreichen würden. Man ermahnte also die Städte, soviel Bier zu brauen, als sie nur irgend vermöchten; wer mehr als seine bestimmte Quote beschaffe, dem solle es von den übrigen Städten vergütet werden. Dann wieder ergingen Patente an besetzte und unbesetzte Städte, dass sie bei 1000 Thalern Strafe für das nötige Bier zu sorgen hätten.

Allein es galt den Proviant nicht nur aufzubringen, sondern ihn auch an Orte zu schaffen, von wo aus er dem Heere leicht ausgeteilt werden konnte. Da aber Wallenstein sich über die Richtung seines Marsches ebenso wenig ausliess, wie über die Stärke seiner Truppen, so hatte man auch hier auf endgültige Bestimmungen verzichten müssen. Klar war allerdings von Anfang an, dass die Neumark mit dem Durchzug verschont bleiben werde; so liess man ihren Proviant die Oder aufwärts nach Frankfurt führen. Auch Brandenburg und Rathenow wurden bereits zu

[1]) Anweisung an die Städte d. d. 10 (20) Juli (St. A.).

Stapelplätzen ausersehen. Um rechtzeitig Meldung von dem Anmarsch der Kaiserlichen zu erhalten, wurden Boten nach Schlesien vorgeschickt, und am 25. Juli empfingen Hieronymus von Köckeritz und Ludwig von Borstell, der Hauptmann des Lebuser Kreises, Anweisung, dem Herzog bis Glogau entgegenzugehen und zu erfragen, in welche Orte der Proviant zu liefern sei.

Erst unter dem 7. August konnte Köckeritz zurückmelden, dass der Marsch sich auf Forst und Kalau richten und demnach auch Kottbus berühren werde. Da hier in Stadt und Land kein Unterhalt vorhanden sei, so bat der Oberstleutnant schleunigst einen „vornehmen Kriegsrat“ — das Institut der Kriegskommissare war allgemein geworden — abzuordnen, der gute Ordnung halte und rate, wie man bei Tag und Nacht Hafer, Bier u. s. w. aus anderen Orten herzubringen könne. Sigismund entsprach seinem Wunsche. Hans von Wilmersdorf, Kurt Bertram von Pfuel und der Hauptmann des Sonneburger Heermeisters, Friedrich von Spill wurden als Kommissare nach Kottbus entsandt. In dem für sie bestimmten Memorial[1]) heisst es, sie sollten Friedland in Kottbus erwarten und endlich über seine Marschroute Aufklärung schaffen, damit man wisse, wohin der weitere Proviant begehrt werde. Am Platze selbst lag es ihnen ob, auf die ordnungsmässige Ausgabe der Vorräte zu achten, und wofern irgendwie Mangel einträte, die Lebensmittel zu nehmen, wo sie sie nur fänden.

Mit Köckeritz' Bericht gleichzeitig lief bei Sigismund ein Schreiben des Herzogs von Lüneburg ein, dem zufolge Wallenstein über Brandenburg marschieren wolle. Von anderer Seite erfuhr er,[2]) dass die kaiserliche Kavallerie gesondert über Frankfurt gehen, und sich bei Brandenburg mit dem Hauptheere vereinigen werde. Nach Frankfurt hatten die neumärkischen Contributionen geliefert werden sollen; indes noch am 11. August sandte die Stadt eine flehentliche Beschwerde nach Cölln, weil bisher erst eine ganz geringe Menge an Proviant eingetroffen und dieser durch die letzten Truppendurchzüge zum grössten Teile verbraucht sei.

---

[1]) d. d. 3. (13.) August (St. A.).

[2]) Sigismund an Köckeritz 2. (12.) August (St. A.).

Am schlimmsten aber schien Brandenburg, das ausgeplünderte Havelland daran zu sein; denn für den voraussichtlichen Conzentrationspunkt der Wallensteinischen Streitkräfte musste der Bedarf an Mundvorrat besonders hoch bemessen werden. Deshalb wurden sogar die Kottbuser Kommissare angewiesen, alle dort etwa übrig bleibenden Lebensmittel sogleich auf Schiffe zu verfrachten und spreeabwärts nach Brandenburg führen zu lassen.

Während dessen näherten sich die Truppen des Generals den märkischen Grenzen. Zuerst erschien seine Kavallerie, dem Kommando des Grafen Schlick unterstellt. Schlick selbst langte vorauseilend bereits am 13. August in Frankfurt an; am Abend des 15ten traf er mit geringer Begleitung in Berlin ein. Seine Regimenter zogen langsam und unter steten Plünderungen die Oder herab auf Frankfurt zu. Um sich Quartiere und Beute nicht gegenseitig zu beeinträchtigen, marschierten die einzelnen Truppenteile getrennt; trotzdem dürften sie wenig gefunden haben, da uns versichert wird, dass auf der sechs Meilen langen Strecke zwischen Krossen und Frankfurt, der Strasse des Mansfelders, Pechmanns und Arnims, in keinem Dorf mehr ein Einwohner anzutreffen war.[1]) Die ersten Regimenter[2]) — es werden zwölf Compagnien Kürassiere und elf Compagnien Arkebusiere des Obersten Merode, acht Compagnien Ferraras, vier Wittenhorsts, zwei Compagnien Dragoner und eine unbestimmter Waffengattung genannt — kamen unter der Führung des Obersten Scharfenberg am 19. August an Frankfurt vorbei. Zwei Tage lang machten sie die Gegend unsicher; Scharfenberg selbst lag in der Stadt. Diesen 39 (?) Compagnien folgten am 23sten Heerhaufen unter dem Obersten Wittenhorst, 49 (?) Compagnien zu Ross. Drei Compagnien Ferrara, sechs Görzenich, fünf Neu- und neun Altsächsische, fünf des gefallenen Obersten Pechmann seien namhaft gemacht. Nach wiederum zwei Tagen treffen wir die Obersten Strozzi und Coronini mit tausend Pferden im Dorfe Lossa an. Am 28. August endlich erschien der Oberst Stamer mit drei

[1]) Die Räte an den Kurfürsten 26. Juli (5. August) (St. A.).

[2]) Das Folgende nach einer in Frankfurt gemachten Zusammenstellung (St. A.).

Compagnien zu Ross und vierzehn zu Fuss; doch befanden sich hierunter 1200 gefangene Weimarische von Troppau, welche man nach Norden abführte, ebenso wie vor einem Monate einige tausend der bei Kosel gefangenen Dänen vorbeigezogen waren.[1]) Kleinere Abteilungen folgten auch später noch dem Gros der Kavallerie. In Cölln gab man am 22. August die Gesamtzahl der Schlickschen Reiterei auf über hundert Compagnien an.[2])

Der ursprünglichen Marschordre nach hätte die Kavallerie ihren Weg auf Brandenburg nehmen sollen. Allein dieser Plan war offenbar entworfen, weil man jenerzeit im Wallensteinischen Hauptquartier nicht hatte voraussehen können, dass die Dänen vor der Ankunft des schlesischen Heeres die Mark räumen und den Kaiserlichen dadurch die gerade Strasse nach Holstein eröffnen würden. So ging jetzt der Marsch von Frankfurt aus, anstatt nach Westen umzulenken in nordwestlicher Richtung fort, quer durch das Barnim. Ein Teil dieser Regimenter gesellte sich dann, der Uckermark über Eberswalde und Zehdenick zustrebend, dem Arnimschen Corps in Mecklenburg zu, während sich die anderen auf Bötzow und Fehrbellin und danach in die Prignitz wandten, um hier die Vereinigung mit dem Friedländischen Fussvolke zu suchen.

Von diesen abgeänderten Marschdispositionen erfuhr man,

---

[1]) Ende Juli führte Wangler 3000 Mann gefangener Dänen von Kosel mitten durch die Mark auf Havelberg zu. Der Marsch ging derart langsam, dass sie von Frankfurt bis Beelitz mehr als 14 Tage gebrauchten. An Rohheit gaben sie den Kaiserlichen nichts nach. Vgl. Sebald, Breviarium hist. a. a. O.

[2]) Das Frankfurter Register (s. o. Anm. 2) giebt die Zahl der an Frankfurt vorbeipassierten Reitercompagnien auf 176 an; da wir hiervon die 66 Compagnien, welche Merode nach dem Siege von Granow in die Gegend führte und ebenso 7 Compagnien Wanglers abziehen müssen, desgleichen auch wohl die 3 Reitercompagnien Stamers, so würden für Schlicks Kavallerie genau 100 Compagnien verbleiben. Im besten Fall wären es mithin 10000 Mann gewesen, niemals aber einige zwanzigtausend, wie die Chronik von Strausberg herausrechnet. Wären freilich bei den 66 Compagnien Merodes auch Dänen, so würde sich die von 176 zu subtrahierende Zahl verringern, die der Schlickschen Comp. auf ca. 120 erhöhen.

wie es scheint, in Cölln erst bei der Ankunft des Grafen Schlick, für die Verteilung des Proviants an die geeigneten Plätze ein grosser Missstand. Schnell wurden Strausberg, Eberswalde und auch wohl andere Orte als Proviantlager eingerichtet; selbst Berlin und Cölln sandten ihre Lieferungen nach Strausberg. Dass hier von den Kriegskommissaren Otto von Barfuss und Melchior und Henning von Gleissendahl der letztgenannte ausser der französischen auch der italienischen Sprache mächtig war,[1] wird bei der grossen Zahl von Ausländern, zumal von Italienern, von Nutzen gewesen sein; denn die Obersten Ferrara, Strozzi und Coronini gehörten sicher der italienischen Nationalität an.

Der Reiterei folgte das Fussvolk, von Wallenstein selbst geführt; mit der Artillerie von 28 Geschützen[2] und einigen hundert Reitern zählte es 13 830 Mann[3] in neun Regimentern. Am 21. August, des Nachmittags um 2 Uhr, zog der Herzog in Kottbus ein. Kurz nach seiner Ankunft erbaten sich die brandenburgischen Commissare bei ihm Audienz. Sie beglückwünschten den General zu seinen Siegen und hiessen ihn im Namen ihres Herrn willkommen auf märkischem Boden. Auf ihre Erkundigungen nach der weiteren Marschroute teilte ihnen Wallenstein mit, dass er über Dahme, Mittenwalde, Spandau, Fehrbellin und Wusterhausen nach Havelberg zu ziehen gedenke. Ein Marsch auf Brandenburg lag also nicht mehr in seiner Absicht.

Diese Mitteilungen mussten bei den Abgesandten nicht geringe Bestürzung hervorrufen; denn ein Zug auf Spandau gefährdete unmittelbar diese wichtige Festung und bedrohte auch die Residenzen. Einen solchen Fall hatte das Memorial nicht vorgesehen, da stets nur von einem Marsch über Brandenburg die Rede gewesen war; aber die Gesandten verstanden ihre Aufgabe recht, wenn sie mit ganzer Energie und aller Beredsamkeit Wallenstein von der Ausführung seines Planes abzubringen suchten. Sie stellten ihm vor, dass die Brücken, welche er bei Innehaltung jener Marschrichtung benutzen müsse, vielfach beschädigt oder

---

[1] „Geschichte von Strausberg.“

[2] „Verzeichnis Etlicher Denkwürdiger Sachen, die Stadt Jüterbog betreffend.“ (Hs. B. B.)

[3] Sigismund an Köckeritz d. d. 2. (12.) August. (St. A.)

wie die bei Fehrbellin, verbrannt wären, und dass er auf den „vielen bösen Dämmen" mit seiner Artillerie nicht fortkommen werde. Der Herzog wollte anfangs durchaus an der beschlossenen Route festhalten, endlich aber gab er doch den wiederholten Einwendungen gegenüber nach, und entschied sich den Weg nach Havelberg über Kalau, Luckau, Dahme, Jüterbog, Treuenbriezen, Niemegk, Golzow, Genthin, Vieritz und Schollene zu nehmen. Märkisches Gebiet ward demnach kaum berührt; doch sollte der Proviant aus Rathenow und Brandenburg den Kaiserlichen nach den Quartieren im Erzstift, Genthin und Schollene, geliefert werden.

Noch in später Abendstunde erstatteten die Kommissare aus Kottbus ihren ersten Bericht an die Regierung;[1] sie schlugen vor, den in Brandenburg aufgestapelten Proviant nach Genthin, den aus Rathenow nach Schollene schaffen zu lassen. Indessen verfügte man aus Cölln, dass Brandenburg nach Treuenbriezen und Golzow, Rathenow nach Genthin und Schollene liefern solle, und liess auch von Brandenburg aus noch das kursächsische Niemegk unterstützen, als in Cölln der „Reise-Zettel"[2] Friedlands einlief, wonach die Truppen daselbst Nachtlager nehmen würden. In Treuenbriezen hatten die Brandenburger Commissare den Herzog zu erwarten und auf jede Weise seinen Wünschen genug zu thun.

Am 23. August brach Wallenstein von Kottbus auf, eilte nun aber mit seinem Stabe voran,[3] um mit Tilly den weiteren Feldzugsplan zu erörtern. Den Befehl über die Truppen übertrug er dem General der Artillerie Torquato Conti. So lange Friedland selbst beim Heere war, wurde die Ordnung leidlich aufrecht erhalten. In dem Bericht der Kottbuser Commissare findet sich kein Wort der Klage über Schwierigkeiten bei der Austeilung des Mundvorrates;

[1]) d. d. Kottbus 11. (21.) August, 11 Uhr Nachts. (St. A.)

[2]) Der Reise-Zettel, welchen am 23. August Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg Sigismund aus Zinna zusandte nennt folgende Quartiere der Wallensteinischen: 20. August: Forst, 21./22. Kottbus, 23. Kalau, 24./25. Dahme. 26./27. Jüterbog, 28. Treuenbriezen, 29. Niemegk, 30. Golzow, 31. Genthin und Havelberg.

[3]) Schon am 24. ist er in Jüterbog, am 28. in Perleberg, am 30. in Dömitz. Nach seinen Briefen bei Förster.

thatsächlich blieb noch ein Rest an Proviant verfügbar. Da indes Pferde nicht aufzutreiben waren, so konnte er nicht, wie befohlen, nach Brandenburg abgeführt werden. Wenn nun aber der Herzog das Heer verliess, so durfte man grobe Unordnungen gewärtigen. Zwar hatte man gleich bei seinem Eintreffen dem Generalquartiermeister ein „Präsent“ überreicht; dass aber nur Wallensteins Anwesenheit eine Garantie für die Disciplin der Truppen bot, erhellt daraus, dass die Abgeordneten in ihrer zweiten Relation [1]) die Warnung vor dem Streifen der „Krabaten“ u. a. damit begründeten, dass der Herzog nicht mehr bei den Regimentern sei. Bereits vor Wochen waren Bauern und Städte durch Regierungsedikte angewiesen worden, ihr Vieh und sonstige wertvolle Habe bei Annäherung des kaiserlichen Heeres in Sicherheit zu bringen; seitdem die Richtung des Marsches genauer bekannt war, schärfte man von Cölln aus den bedrohten Landstrichen diese Notwendigkeit noch einmal nachdrücklich ein. Unerhört muss die Zuchtlosigkeit gewesen sein; denn bis auf vier Meilen abseits der Marschlinie sollte vor dem Streifen der Soldaten alles gesichert werden. Die Hauswirte selbst hatten freilich in ihren Wohnungen zurückzubleiben und auch Betten und Hausgerät dort zu belassen, damit der Soldat nicht nach Belieben schalten und walten könne oder durch das Fehlen jeder Bequemlichkeit erbittert und zu Uebergriffen gereizt werde. Der Zug der Truppen selbst ging unter vielfältigen Unregelmässigkeiten von statten. Oft und plötzlich wurden die Quartiere geändert; [2]) dann war der Proviant nicht rechtzeitig zur Stelle und die Leute nahmen ihn sich, wo sie ihn gerade bekamen. Als endlich das Heer vor Havelberg anlangte, ergab sich, dass die „Sandauer“ Brücke [3])

---

[1]) d. d. Kottbus 13. (23.) August. (St. A.)

[2]) Sigismund an den Kurfürsten d. d. 28. August (7. September) (St. A.). Als Beispiel sei angeführt, dass dem „Reisezettel“ zufolge die Truppen erst am 26. August in Jüterbog hätten eintreffen sollen, dass sie in Wirklichkeit aber schon am 25. daselbst anlangten, um nun hier bis zum festgesetzten Abzugstage, dem 27. zu bleiben. Vergl. „Verzeichnis ... Jüterbog betreffend“ (s. o.)

[3]) Was hier unter der „Sandauer“ Brücke zu verstehen ist, bleibt unklar, da ein Uebergang der Truppen auf das linke Elbufer wider-

für Artillerie unpassierbar war. Der ganze Haufen und ebenso die Infanterie, welche zuvor in Sandau gelegen, wandte sich zurück, durchzog die beiden Städte Brandenburg, ging über Nauen auf Fehrbellin, dessen Brücke Sigismund hatte neu errichten lassen,[1]) und rückte an Wusterhausen vorbei durch die Prignitz nach Mecklenburg. Entsetzlich ward die Prignitz misshandelt; machtlos standen die Commissare dem unbändigen Treiben der Soldateska gegenüber. Selbst nicht ihre eigene Person schützte ihr Amt; raubte man doch dem einen von ihnen, Klaus von Wartenberg, unterwegs Pferd und Wagen und warf ihn nackt auf die Landstrasse. An der Bevölkerung vollends schien man es rächen zu wollen, dass der Kreis bisher nicht von den Kaiserlichen hatte ausgeplündert werden können. Greisinnen von siebzig und achtzig und Kinder von elf Jahren mussten der Wollust der Unholde dienen; um etwa einen Schmuck zu finden, riss man die Gräber auf und warf die Leichen umher; man briet die Leute, wand ihnen Stricke mit dicken Knöpfen um den Kopf und zog sie an, dass den Unglücklichen die Hirnschale zersprang und das Blut aus Augen und Ohren spritzte, schnitt Geistlichen und Küstern, wenn sie den Zutritt zu den Gotteshäusern verwehrten, den Bauch auf oder den Kopf ab, kurz man

---

sinnig gewesen wäre. Vielleicht ist die nach Sandau führende Havelbrücke gemeint, die von den Dänen niedergebrannt war. Die Thatsache selbst aber, dass das gesamte Fussvolk schliesslich doch über Brandenburg und Fehrbellin gegangen ist (Opel ist dies unbekannt geblieben), ist zu gut bezeugt, um daran zweifeln zu dürfen. Die Räte sowohl (d. d. 2. (12.) September) wie auch Markgraf Sigismund (d. d. 18. (28.) September; beides im St. A.) berichten es an den Kurfürsten. Die oben erwähnten Kirchenbuchaufzeichnungen von Dechtow bemerken: „Am 20—22 August ist der Fürst von Wallenstein mit vielen tausend Mann zu Ross und zu Fuss durch das Land Bellin gezogen"; in einer Nauener Liquidation vom 10. März 1628 heisst es in gleicher Weise: „Den 22. Aug. ist des Herzogen von Friedland Armee durchgangen und bei uns Ihre F. Gn. Generalstab einlogiert, zu dessen Unterhalt.. von Rathenow an Fleisch, Bier und Brod Kommiss zugeschicket." Beides bei Bardey: Nauen: St. 472 und St. 101.

[1]) Sigismund an den Kurfürsten in dem gedachten Schreiben vom 18. (28.) September.

beging alle Greuel, welche die Bestie im Menschen nur irgend ersinnen kann.[1])

Aber trübe, äusserst trübe sah es im ganzen Lande aus; wie ein Trümmerfeld blieb die Mark im Rücken ihrer Bedränger. Ungezählt waren die niedergebrannten Weiler und Dörfer, und auch von den Städten lagen nicht wenige in Schutt und Asche. Tausende von Häusern standen leer, ihre Bewohner waren geflohen oder zu Tode gemartert. Die Strassen waren mit gefallenem, weil übertriebenem Vieh bedeckt, das verwesend die Luft mit eklen Gerüchen erfüllte; da und dort erblickte man auch die Leichen von Soldaten, zahlreich besonders im Luch. In ihrer Beutelust hatten sich die Plünderer zu weit von der marschierenden Truppe entfernt und waren von den wütenden Bauern erschlagen. Bei Freienwalde hatte sich eine Schar von Reitern festgesetzt und trieb dort lange ihr räuberisches Unwesen.[2]) Wollen wir uns wundern, dass auch im Volke die Begriffe von Mein und Dein sich verwirrten, dass märkische Adlige, wie Hans von Thümen nnd Busso von Stechow zum Raubrittertum zurückkehrten, und mit entlassenen Soldaten die armen Bauern des Jerichower Kreises ausplünderten?[3]) An manchem Orte, wie in Prenzlau, zeigte sich dazu schon wieder der grausige Gast des vergangenen Jahres, die Pest, von den Garnisonen hinterlassen. Bald griff sie weiter um sich, als nach märkischen Städten, wie nach Stendal, Lenzen, Perleberg und Fehrbellin vom holsteinischen Kriegsschauplatz her die kranken Soldaten zurückgeschickt wurden, unter denen die Mehrzahl an Pest und roter Ruhr danieder lag.

Doch diese Leiden mochten überwunden werden, wenn nur die Zukunft aussichtsvoller war. Das Jahr hatte im Frühling viel versprochen; ein reicher Segen stand in Feld und Flur, Gras und Getreide gab's die Hülle und die Fülle. Und wenn der Bauer auch schwere Lasten in dem Unterhalt der kaiserlichen und dänischen Truppen auf sich nahm und dazu eine rohe Be-

---

[1]) Klagschrift der Prignitzer Ritterschaft an den Kurfürsten d. d. 3. (13.) September (St. A.)

[2]) Obiges Schreiben der Räte an den Kurfürsten d. d. 2. (12.) Sept.

[3]) Beschwerde des Aldringenschen Proviantmeisters d. d. 29. September. (St. A.)

handlung und gewaltthätige Beraubung erfuhr, noch wuchs ihm eine gute Ernte zu. Allein der Sommer war regnerisch, die Ernte verzögerte sich, erst im August konnte sie beginnen; aber jetzt gerade flutete das Unheil des Krieges in breiten Strömen herein. Die geschlagenen Dänen [1]) vergassen ihrer Versprechungen, und schleppten mit sich, was sie nur finden konnten. Das Korn in der Scheuer und das Heu im Stalle führten sie aus dem Lande; und hatten sie früher übermütig das junge Getreide zum Futtern gemäht, so ward jetzt, was reif auf dem Felde stand, absichtlich niedergeritten und zertreten. War es längst eine gute Regel gewesen, dass die Einwohner Pferde zur Ergänzung und Verstärkung der Kavallerie hergeben mussten, jetzt zog man auch den letzten Gaul aus des armen Ackerers Stalle, damit ihn nicht etwa die nachsetzenden Kaiserlichen für sich bekämen.

So stand es nördlich und westlich der Havel. Um keinen Deut besser aber, ja wohl noch ärger ging es im übrigen Lande zu. Denn die kaiserlichen Truppen waren von Anfang an gründlicher in der Ausbeutung gewesen. Ihre fortgesetzten Truppendurchzüge, möglichst bedächtig ausgeführt, richteten die Mark noch allgemeiner zu Grunde als ihre Garnisonen. Vor allem wieder verlor der Landmann durch sie seine Pferde, das Mittel zur Bewirtschaftung des Bodens; der Tross bei den kaiserlichen Regimentern konnte ja nicht gross genug werden. Dreihundert Reiter und zweihundert Mann zu Fuss nahmen bei ihrem Abzug aus Bernau 120 Pferde — die übrigen hatten die Bürger zum Glück nach Berlin geflüchtet. Ein Arnimscher Trupp führte fünfzig Wagen voll geraubten Hausgerätes mit sich; für zwei Compagnien Görzenichscher Leute bezifferte sich die Zahl der Trainpferde auf 400 Stück, so dass auf jeden Reiter zwei Trossgäule zu rechnen sind. Da ist es erklärlich, wenn die Kommissare in Kottbus auch für die Fortschaffung des Proviantes kein Pferd mehr auffinden konnten.

Wie sollte nun aber Adel und Bauer das was ihnen von der

---

[1]) Ich erlaube mir hier, aus dem Verhalten, wie es die zurückweichenden Dänen in Pritzwalk beobachteten, (d. d. Pritzwalk 28. Sept. (8. Okt.) s. o. S. 115) auf ihre allgemeine Haltung nach Aufgabe der Havellinie zu schliessen.

Ernte verblieben, einheimsen, wenn sie für ihre Wagen keine Pferde hatten? So stand denn Ende September noch immer viel Getreide auf dem Halm und verdarb; daran, den Acker umzupflügen und für das nächste Jahr zu bestellen, hatte gar niemand denken können.[1]) Die Plagen seitens der kaiserlichen Völker hörten nämlich nicht etwa auf, als das Gros des Heeres die Mark passiert hatte — für die wenigen Tage des Durchzuges hatte man mancherlei in Wäldern, Sümpfen und den unbesetzten Städten unterbringen können. Bald ganze Regimenter, bald einzelne Compagnien zogen immer noch von Schlesien herab quer durch die Mark auf Holstein zu, und überraschten durch ihr unvermutetes Erscheinen die Bewohner, die sich sicher wähnend mit dem geretteten Hab und Gut in ihre Behausungen zurückgekehrt waren. Ebenso war die Altmark nach wie vor Durchzugsland für diejenigen Truppen, welche von Mitteldeutschland her nach dem nördlichen Kriegsschauplatz marschierten; einunddreissig kaiserliche Regimenter haben während des Jahres 1627 die Altmark durchzogen.[2]) Hier war es besonders der lahme Oberst Görzenich[3]), der mit zehn Compagnien Fussvolk die Bauern in der Gardelegener Gegend tüchtig schatzte, dort, rechts der Elbe, sorgten die Reiter Scharfenbergs und Bernsteins durch ihre Plünderungen gründlich dafür, dass die Greuel des Krieges den Einwohnern gegenwärtig blieben.

Es kam, um das Gefühl des Druckes im Lande fortbestehen zu lassen, hinzu, dass in einer Reihe von Orten auch nach Friedlands Vormarsch gen Norden kaiserliche Besatzungen verblieben; ausser in Havelberg, Gardelegen,[4]) Krossen u. a. vor allem

---

[1]) Sigismund an Wallenstein 17. (27.) September (St. A.). — Nauen hatte bis zum März 1628 an die Kaiserlichen 230 der besten Pferde geben müssen. (Bardey, St. 101.)

[2]) Nach einer undatierten Liquidation der Altmark für 1626/27 (St. A.).

[3]) Nach Rieseberg: Notabilia.

[4]) Von Gardelegen erfrechte sich der Herzog von Lüneburg gleichzeitig noch bis in den November hinein die wöchentlich ausbedungenen 300 Thaler einzufordern, obwohl er mit nach Holstein und vor Rendsburg gezogen war. Am 18. November verlangte er unter Androhung seiner Rache, dass die Gardelegener „als ehrliche Leute"

in Frankfurt, an dessen Zurückgabe der Regierung am meisten gelegen war. Ihr Unterhalt fiel natürlich dem Lande ringsum zur Last. Und nicht genug, dass Truppendurchzüge, Garnisonen, Lazarethe stets neue Opfer forderten, es wurden auch noch Werbe- und Musterplätze für das Wallensteinische Heer errichtet. In den Kreisen, zumal der Neumark, erpressten die Werbeoffiziere das Geld zu ihren Werbungen, und wochenlang sassen dann wieder die Angeworbenen der ganzen Gegend auf dem Nacken, bis es den verordneten Offizieren gefiel, sie zu mustern und der Armee zuzuführen. Durch keine Ordonnanz verpflichtet, plünderten gerade diese neugeworbenen, aber noch ungemusterten Mannschaften um so frecher; es war sogar nichts seltenes, dass ein Oberst Monate hindurch nicht ausgemustertes Volk mit sich herumschleppte, um dasselbe die Freuden des Räuberhandwerks ungeschmälert geniessen zu lassen.[1])

Um wenigstens einigen dieser Uebelstände abzuhelfen — an eine Abstellung der Truppendurchmärsche war der Natur der Sache nach nicht zu denken — sandte Markgraf Sigismund den Kurt Bertram von Pfuel an Friedland ab, als dieser eben erst der Mark den Rücken gekehrt hatte; er liess insonderheit um Aufgabe der Musterungsplätze, Abführung aller Garnisonen und Eröffnung der Elbe anhalten. In Lauenburg fanden die Verhandlungen über diese Punkte statt. Wallenstein gab bereitwillig den Verkehr auf der Elbe frei und ermöglichte so die langentbehrte Verbindung mit den Seestädten; er sagte auch die Aufhebung der Musterplätze zu, und versicherte, dass die krossener Besatzung schon Marschbefehl erhalten habe. Frankfurt müsse sich einstweilen noch gedulden, da man es jetzt nicht ungedeckt lassen dürfe; denn man besorge, dass der Markgraf von Baden von der mecklenburgischen Küste her suchen werde sich der Oder zu bemeistern. Die gleichen Befürchtungen hatte inzwischen auch

---

die seit dem Oktober dafür rückständige Summe seinem Sekretär überlieferten. (St. A.)

[1]) Der Oberst Fahrensbeck führte angeblich 2000 bewehrte, aber noch nicht ausgemusterte Knechte mit sich. (Die Räte an den Kurfürsten d. d. 8. (18.) Oktober (St. A.). Die Zahl selbst ist entschieden übertrieben.

Arnim dem Statthalter schriftlich geäussert,[1]) und auf seine Bitte war von diesem befohlen, den Fluss sorgfältig zu bewachen, und alle Fähren bei Küstrin zusammenzubringen. Dass in Wirklichkeit weder Wallenstein noch Arnim an eine ernste Bedrohung der Oder glaubten, bedarf kaum der Erwähnung. Als man aber von Cölln aus den Obersten vermahnte, in Gemässheit der mit ihm abgeschlossenen Capitulation darauf hinzuwirken, dass die besetzten Orte geräumt würden, suchte er die lächerlichsten Ausflüchte: zuerst waren es die Türken, dann Bethlen, endlich eben auch[2]) Durlach, um dessentwillen man zum mindesten Frankfurt halten müsse. Dieser sollte angeblich vorhabens sein, sich durch Pommern nach Preussen zu begeben — da wäre Frankfurt der nächste Weg gewesen! Es war, als wollte Arnim zu dem Schaden nun auch den Spott darüber hinzufügen, dass der Markgraf einst so leichtgläubig seinen Verheissungen getraut hatte.

War demnach die Mark auch keineswegs der Nöte des Krieges enthoben, so erwuchs doch der Regierung die Pflicht, die Zeit der verhältnismässigen Ruhe zu benutzen, um in den mannigfach vernachlässigten Angelegenheiten des Staats einige Ordnung zu schaffen. Dass sogleich in den ersten Septembertagen die Berichte über den Erfolg der Avocatorialmandate eingefordert wurden, ward bereits oben bemerkt. Ebenso vielleicht aus Interesse an den jüngsten Vorgängen wie in der Absicht, der militärischen Bereitschaft jener Gegenden bessere Stützpunkte auszuersehen, unternahm Sigismund um den 15. September eine Inspectionsreise an die obere Havel.[3]) Er besuchte die Schanzen bei Bötzow, die dänische am Passe bei Sommerfeld und die kaiserliche „auf Valtenheid“,[4]) darauf die sehr feste Sternschanze der Dänen bei Grüneberg, ging dann nach Zehdenick, wo das kurfürstliche Amtshaus befestigt und an der Mühle eine Ver-

---

[1]) Sigismund an den Kurfürsten d. d. 4. (14.) September (St. A.); Pfuel war danach soeben aus Lauenburg zurückgekehrt.

[2]) Auf diesen Vorwand kam Arnim erst zuletzt; „neuerdings“ schreiben die Räte an den Kurfürsten d. d. 18. (28.) September (St. A.)

[3]) Sigismund an den Kurfürsten d. d. 11. (21.) September (St. A.)

[4]) Gemeint ist anscheinend Nassenheide, nördlich Oranienburg-Bötzow.

schanzung aufgeworfen war, und begab sich endlich nach Liebenwalde. Hier hatten die Königlichen an der Schleuse eine ungemein starke Redoute angelegt, der Schauplatz der Kämpfe vom 1. August. Während anscheinend alle übrigen Schanzen dem Erdboden gleichgemacht wurden, entschloss sich daher der Statthalter, die von Liebenwalde zu erhalten und mit brandenburgischem Volke zu belegen.

Die wichtigste Massnahme jedoch von allen, welche in diesen Wochen zur Erledigung gelangten, war die so lange hinausgeschobene Befriedigung der neun brandenburgischen Soldcompagnien. In den ruhigen Zeiten, vor dem Einbruch der Kaiserlichen und der Dänen, hatten die Geheimen Räte verabsäumt, nachdrücklich auf Entrichtung der bewilligten Defensionssteuer zu bestehen: mit dem Vordringen der gegnerischen Armeen war mehr und mehr die Möglichkeit geschwunden, die Stände zur Innehaltung der übernommenen Verpflichtung zu nötigen. Die besetzten Kreise wurden durch die Forderungen der wallensteinischen und königlichen Truppen so vollkommen in Anspruch genommen, dass von ihnen jetzt kaum ein weiteres für den Unterhalt der eigenen Söldner zu verlangen war. Bereits auf die erste Nachricht von dem Einfall der Lüneburgischen hatte deshalb der Kurfürst die Räte angewiesen,[1]) die Landrentmeister und die städtischen Einnehmer zu berufen, und mit ihnen die Abmachung zu treffen, dass fortan die noch unbesetzten Gebiete die Erhaltung der Compagnien allein auf sich nähmen. Da jedoch die diesbezüglichen Bemühungen der Räte gescheitert waren, so beschied sofort nach seinem Eintreffen in der Residenz Markgraf Sigismund eine Anzahl vornehmer Vertreter des Adels zu sich — Graf Schlieben, Hans Georg von Ribbeck, Moritz von der Marwitz, Hieronymus von Köckeritz, Adam von Winterfeldt und Franz Joachim von Arnim werden genannt — um unter anderem auch die Bezahlung der Geworbenen in die Bahnen zu leiten. Als Ergebnis dieser Besprechungen erschien ein Patent, welches die Uckermark, Ruppin, die Mittel- und die Neumark zur Aufbringung des Unterhaltes der Compagnien heranzog.[2]) Der Statthalter selbst

[1]) Georg Wilhelm an die Räte d. d. 1. (11.) Mai (St. A.)
[2]) Sigismund an den Kurfürsten d. d. 6. (16.) Juni.

schoss 500 Thaler vor, um an Redern wenigstens einen Teil seiner Ansprüche zu begleichen. Allein dies war wohl das Einzige was den Söldnern zukam; die Kreise entrichteten auch jetzt nichts,[1]) und man konnte um so weniger darauf dringen, als der Mittel- und bald auch der Uckermark die Verpflegung der Arnimschen Truppen auferlegt wurde. In den folgenden Monaten musste vollends auf eine Abfindung des eigenen Volkes verzichtet werden, weil jeder Winkel des Landes von den Fremden für ihre Rechnung ausgebeutet wurde.

Nun endlich, wo die Mark ein wenig aufatmen durfte, konnte von neuem an die Regelung des Söldnerunterhaltes Hand angelegt werden. Am 5. Oktober traten dazu ständische Vertreter und Finanzbeamte in Cölln zusammen. Die Tagung war äusserst schwach besucht, für die mittelmärkische Ritterschaft nur der Comthur von Lietzen, Adam von Schlieben, erschienen. Die Capitäne der neun Compagnien hatten Befehl empfangen, ihre Forderungen selbst oder durch ihre Fähnriche vorzutragen; zumeist waren sie persönlich anwesend. Dem Antrage des Oberstleutnants von Redern, gleich bis zum September abzurechnen, gab man nicht folge, sondern erklärte, die Forderung nur für die Zeit vom Januar bis zum Juni begleichen zu können. Nach einer bereits auf dem Märzlandtage getroffenen Abmachung erhielten nämlich die Hauptleute für den Dezember des Vorjahres nichts, weil sie erst im Laufe dieses Monats gemustert hatten; nur Redern gestand man einen halben Monatssold von 400 Thalern zu, da seine Compagnie noch im Dezember in Dienst gestellt war. Zum grossen Teile wurden überdies die Ansprüche der Compagnien als durch Naturalleistungen und Vorschüsse der Städte und Landschaften gedeckt befunden; die Zahlung der Restsummen übernahmen schliesslich die einzelnen Kreise, allerdings erst, nachdem der Widerstand der altmärkischen und prignitzer Ritterschaft, die, weil sie besonders hart betroffen wären, um Befreiung von dieser

[1]) Die Räte an den Kurfürsten 22. Juni (2. Juli (s. o.); von dem auf den 26. Juni angesetzten Tage des uckermärkischen und stolpischen Kreises wird an anderer Stelle ausdrücklich hervorgehoben, dass er eine Bewilligung für das kurfürstliche Volk abgelehnt habe.

Steuer baten, durch des Statthalters persönliches Dazwischentreten beseitigt worden war.[1])

Wie jammervoll dürftig und planlos die gesamte Anlage des märkischen Defensionswerkes gewesen war, trat wieder einmal bei dieser Abrechnung deutlich hervor. Beträchtliche Summen waren dadurch verschleudert worden, dass man sich nicht von Anfang an klar gewesen war, wieviel Truppen man eigentlich werben wollte. Bewilligt waren von den Ständen nur 900 Mann, trotzdem gab man den meisten der neun Capitäne Laufgeld auf 200 Knechte.[2]) Da der Andrang zu den Werbeplätzen sich lebhaft gestaltete, waren die Compagnien bald vollzählig beisammen. Nun kam plötzlich, kurz vor der Musterung, Gegenbefehl, der den Hauptleuten die Anwerbung von nur je 100 Söldnern erlaubte. Sie mussten mithin alle diejenigen, welche sie über das erste Hundert hinaus angenommen hatten, wiederum laufen lassen; das Handgeld aber war nicht mehr zurückzunehmen.

Als die Oktoberabrechnung mit den Compagnien stattgefunden und man ihr Ergebnis nach Königsberg gemeldet hatte, tauchte dort der Gedanke auf, eine Organisationsänderung durchzuführen, insbesondere um Ersparnisse zu ermöglichen. Man schlug dem Kurfürsten vor,[3]) statt der bisherigen neun Compagnien zu 100 Mann deren fünf zu je 200 zu bilden. Während jetzt monatlich die Compagnie 800 Thaler beanspruchte, insgesamt also ein Monatsaufwand von 7200 Thalern nötig war, würden durch Wegfall der Offiziersgehälter und sonstiger Ausgaben fünf Doppelcompagnien mit 6500 Thalern erhalten werden können; man ersparte also 700 Thaler. Den Kurfürsten dünkte der Plan empfehlenswert, zumal da eben seine Ausführung gleichzeitig die Zahl der Truppen um 100 Mann erhöhte. Er dachte demnach nicht im entferntesten daran, dem

---

[1]) Rezess vom 1. (11.) Oktober (St. A.).

[2]) Das Laufgeld auf 200 Knechte betrug 500, das auf 100 Knechte 300 Thlr.; auch diejenigen Capitäne, welchen Laufgeld nur auf 100 Mann gegeben war, warben dennoch mehr, z. B. Schenk 170, Senff mehr als 220 Mann. Vielleicht hatte man anfänglich angenommen, dass ein Teil der Compagnien doch nicht die volle Zahl von 100 Köpfen erreichen werde, und darum für einige sogleich 200 Mann in Ansatz gebracht.

[3]) Der Kurfürst an Sigismund d. d. 25. Okt. (4. Nov.) (St. A.).

wie schon mehrmals im Sommer so auch auf der Oktobertagung ausgesprochenen Drängen der Stände auf gänzliche Entlassung der Defensionsvölker nachzugeben. Denn unstreitig hatten die Geworbenen das Eine, Schlimmste verhindert, dass auch die Festungen der Mark von den Kaiserlichen occupiert wurden. Wie kurzsichtig und selbst den persönlichen Interessen der Stände zuwider es war, wenn diese eine Weiterbewilligung auch nur für die Bewachung der Festungen unter dem Vorwand ablehnten, man stehe ja fest in kaiserlicher Devotion, das sprach damals Schwarzenberg treffend aus[1]): „In Küstrin sind fast alle Edelleute und das Frauenzimmer der ganzen Neumark, in den anderen Festungen desgleichen ist der Reichtum vom ganzen Lande; was einem lieb ist, das ist in die Festungen geflüchtet. Sollte das verloren werden, so würde es manchem weh thun und über viele Jahre beklagen." Schwarzenberg ist deshalb der Ansicht, dass der Kurfürst mit oder ohne Genehmigung der Landstände das Volk unter den Waffen halten müsse. Ob freilich jene Zusammenlegung der Compagnien ein Vorteil gewesen wäre, ist eine andere Frage. Eine Ersparnis, herbeigeführt durch die Einziehung von Offizierstellen, musste bei der an sich mangelhaften Disciplin der Söldner immerhin bedenklich sein; hätte man überdies etwa mit den fünf die gleiche Anzahl von Plätzen sichern wollen, wie im Frühjahr mit den neun Compagnien, so würde eine wenig fördersame Zerreissung der Truppenverbände die Folge gewesen sein. Wie sich der Statthalter zu jenem Vorschlage seines Herrn Vetters gestellt hat, weiss ich nicht, mutmasse aber, dass er ihn als vor der Hand unausführbar bezeichnet haben wird. Hätte doch auch eine neue Abrechnung mit den abzudankenden Capitänen seiner Realisierung vorausgehen müssen; dass diese aber jetzt ein aussichtsloses Unternehmen sei, wusste Sigismund nach den Erfahrungen, die er jüngst auf der Oktobertagung gewonnen hatte; und mag er den Plan selbst gebilligt haben, wichtigere, weit wichtigere Dinge nahmen demselben zur Zeit Licht und Luft.

[1]) Schwarzenberg an Markgraf Sigismund d. d. 13. Oktober; bei v. Orlich St. 12.

V. Die Mark als Winterlager der Oesterreicher.

Schon im September hatte sich in der Mark das Gerücht verbreitet, dass die kaiserliche Armee demnächst zurückkehren und im Lande Winterquartiere beziehen werde. Von Tilly zwar hörte man, dass er nach Dannenberg und Lüchow Truppen angemeldet habe, und hoffte daher, von dieser Seite mit Wintereinlagerung verschont zu werden. Da aber friedländische Offiziere die Urheber der gedachten schlimmen Kunde waren, so musste man sich eingestehen, dass es sich leicht um mehr als müssiges Geschwätz handeln könne. In einem ausführlichen Bericht über den Zustand der Mark entrollte deswegen Markgraf Sigismund [1]) dem Generalissimus ein Bild von dem Elend des Landes; der Jammer sei so gross, dass schon das Gerede von einer Wiederkehr der Kaiserlichen die armen Leute zur Verzweiflung triebe und man befürchte, sie würden in Scharen von Haus und Hofe gehen. Er bitte den Herzog um die erneute Versicherung — Friedland hatte in Lauenburg bereits an Pfuel mündlich eine dahingehende Zusage gegeben —, dass das Land von Winterquartieren befreit bleiben solle.

Wenn Wallenstein manches Mal Aerger über die brandenburgische Regierung empfunden hätte, so dürften wir es ihm kaum verargen. Denn die Beschwerden, welche ihm von dort aus unterbreitet wurden, wollten gar kein Ende nehmen. In Cölln selbst täuschte man sich darüber nicht, dass man dem Herzog oftmals unwillkommene Störung verursachte, und beschwor ihn, derhalben keine Missstimmung aufkommen zu lassen, da man

[1]) d. d. 17. (27.) September; Sigismund an Friedland (s. o.).

ihn thatsächlich nur mit unvermeidlichen Gesuchen belästige. Immerhin entsprach Wallenstein in vielen Fällen den Wünschen der Cöllner Regierung. Er verbot den Bernsteinschen Reitern ihre Plünderungen, kassierte Offiziere, denen der Unterschied von Mein und Dein gar zu wenig geläufig war, und ordnete an, dass nur diejenigen Truppenkommandos Beitreibungen vornehmen dürften, welche von ihm eigenhändig ausgefertigte Passbriefe vorzuzeigen vermöchten. Allein über die Frage der Winterquartiere sich schwarz auf weiss bindend zu äussern, vermied er auf das sorgfältigste, wahrscheinlich weil er just damals aus Wien bedeutet wurde, dass der Kaiser seinen Frieden mit der Pforte gemacht habe und nunmehr das Kriegsvolk aus Mähren und Schlesien in das Reich zu schicken beabsichtige.[1]) Er erwiderte demgemäss Sigismunds Vorstellungen ausweichend, wollte zwar keinen Zweifel darüber lassen, dass ihm die betrübende Lage des Kurfürstentums sehr zu Herzen gehe, that dann aber den Hauptpunkt mit einigen schlecht gewählten Phrasen ab: wenn einige Offiziere über etwaige Winterquartiere gesprochen hätten, so schöpften sie ihre Wissenschaft sicherlich nicht von ihm: „denn Wir haben nit ein Brauch, was Wir willens und vorhabens sein einem jedwedern Offizierer zu communicieren." [2]) Man verhehlte sich in Cölln keineswegs, dass diese Antwort des Herzogs keine Antwort sei;[3]) trotzdem heuchelte man Befriedigung und stattete ihm den gehorsamsten Dank für seine Erklärung ab.[4])

Einige Tage danach passierten die Herzöge Franz Albrecht und Rudolf Maximilian von Sachsen-Lauenburg Berlin. Von ihnen vernahm man, dass sämtliche Regimenter aus den kaiserlichen Erbprovinzen Schlesien und Mähren im Anzuge auf die Mark seien. Da die Jahreszeit bereits auf den Abschluss der kriegerischen Operationen hindrängte, so lag die Folgerung nahe, dass diese Truppen in ihre Winterquartiere marschierten. Wirklich hatte Friedland die Anweisung erteilt, dass jene Regimenter sich unver-

---

[1]) vergl. Wallensteins Schreiben an Collalto d. d. Rendsburg 12. Okt.; bei Chumecky CIII.

[2]) Wallenstein an die Cöllner Regierung d. d. Rendsburg 8. Oktober (St. A.).

[3]) Die Räte an den Kurfürsten 16. (26.) Oktober (St. A.).

[4]) Concept vom 12. (22.) Oktober (St. A.).

züglich nach Frankfurt begeben und daselbst weitere Marschbefehle erwarten sollten.[1])

Die bedrohliche Mitteilung der Lauenburger Herzöge sowie erneute Bitten der Prignitz, der Uckermark, der Altmark und der Grafschaft Ruppin um Abwendung der Winterquartiere bestimmten den Markgrafen, sich nochmals in dieser Sache an Wallenstein zu wenden. Bevor indes noch das Schreiben abgesandt war, überbrachte ein Arnimscher Capitän die erste unzweideutige Nachricht von dem Zurückfluten der kaiserlichen Heeresmassen. Der Oberst, so meldete er, müsse Friedlands Anordnung zufolge mit vier Regimentern sich in der Prignitz einquartieren. Die beigefügte Versicherung, man werde dem Kreise nur kurze Zeit zur Last liegen, vermochte die Räte nicht zu beruhigen. In ihrem Bericht an den Kurfürsten[2]) erinnern sie an das Schicksal Frankfurts, wo allerdings endlich die frühere Besatzung ausgezogen war — doch nur, um stärkeren Abteilungen Platz zu machen.

Vielleicht eine Woche später berührte der Oberst Coloredo die Residenzen; er reiste Friedland entgegen, um dessen Instructionen über die Austeilung der schlesischen Regimenter in Empfang zu nehmen. Er war ehrlich genug einzugestehen, dass die Verfassung der Kurlande weit schlimmer sei, als er sie sich gedacht, hielt aber auch nicht damit zurück, dass seines Dafürhaltens Einquartierung bevorstehe, ja dass diese sogar die Hauptstadt betreffen werde.

Die traurige Gewissheit, dass man auch den zweiten Winter hindurch ungebetene Gäste im Lande haben werde, erfüllte sich zuerst hinsichtlich der Altmark. Bereits am 28. Oktober hatte der General Tilly, dem Wallenstein die Altmark in Gnaden überlassen, dem brandenburgischen Kurfürsten Nachricht gegeben, er sei „unumgänglicher Notdurft nach gemüssigt worden", „etwas Volk" in die Altmark zu legen; er hatte demgemäss ersucht, dasselbe „zu wohlgefälligen Ehren" des Kaisers anzunehmen.[3]) Da dieses Schreiben geradeswegs nach Preussen gesandt war,

[1]) In dem gedachten Schreiben an Collalto d. d. 12. Oktober.
[2]) Relation der Räte d. d. 22. Oktober (1. November) (St. A.).
[3]) Tilly an den Kurfürsten d. d. Lauenburg 28. Oktober (St. A.)

erfuhr man in Cölln vorläufig nichts von den Plänen des Generals, und wurde erst am 15. November von der Stadt Gardelegen verständigt, dass Tilly dorthin um Einquartierung geschrieben hätte. Bald folgte dann auch die offizielle Ankündigung an die Regierung. Tilly hatte anfänglich dem Kreise den Unterhalt von fünf Regimentern aufbürden wollen; sei es indes, dass dieser unerhörte Anschlag lediglich seiner Verstimmung gegen die brandenburgischen Staatsleiter entsprang,[1]) sei es, dass er sich selbst überzeugte, dass das verwahrloste Land unmöglich so vielen Truppen die Subsistenzmittel gewähren könne,[2]) — seine eigene Designation teilte der Altmark nur zwei Infanterie- und ein Kavallerie-Regiment zu; doch sollte der Kreis daneben den Generalhofstaat unterhalten.

Die brandenburgische Regierung wies sofort den altmärkischen Landeshauptmann Thomas von dem Knesebeck an, Tilly aufzusuchen und ihn, wenn eine Besetzung nicht zu umgehen sei, um Verringerung der Garnisonen oder zum mindesten um ein Verbot der Geldbeitreibungen zu bitten. Knesebecks Anbringen hatte Erfolg: Tilly und sein Generalcommissar Christoph Rupp willigten in eine abermalige Verminderung der Besatzungstruppen.[3]) Es sollte nur ein Infanterieregiment und sieben Compagnien zu Ross in den Kreis geschickt, ihm auch nur die Hälfte der Kosten für den Generalhofstaat zugemutet werden. Hinterdrein freilich entpuppte sich diese Erleichterung beinahe als ein Betrug; das Regiment zu Fuss, welches in die Altmark einzog, dasjenige des Grafen Heinrich von Pappenheim, hatte nämlich etwa die doppelte Stärke der sonstigen Regimenter, 18 Compagnien. Auch der

---

[1]) Er sprach sich einmal sehr erregt darüber aus, dass man bei Wallenstein durch Gesandtschaften und Eingaben um seine Gunst buhle, ihn „fast auf den Händen getragen“ habe, während man ihn, den Ligafeldherrn, kaum beachte; das wolle er jetzt billig ändern.

[2]) In einem Schreiben an Maximilian giebt der General seinen Entschluss kund, 5 Regimenter in die Altmark zu legen, fügt aber sogleich hinzu, dass das Land „verödt und ruiniert“ sei. Die drei grössten Städte des Kreises, also wohl Stendal, Salzwedel und Gardelegen, hatte Wallenstein damals sogar für die eigenen Truppen zurückbehalten und Arnim zugedacht, scheint indes davon abgesehen zu haben. Das Schreiben bei Gindely I 308; d. d. 15. Oktober 1627.

[3]) Knesebecks Bericht d. d. Tylsen 13. (23.) November. (St. A.)

halbe Generalstaat erheischte noch die erkeckliche Summe von wöchentlich 1500 Thalern. Ausserdem war ausbedungen worden, dass, wenn die Truppen, wie vorauszusehen, erst später in ihre Quartiere gelangen würden, der Unterhalt des Generalstaates dennoch vom 1. Dezember ab geliefert werden sollte.

In Cölln hatte man sich kaum von dem ersten Schrecken über Tillys Begehren erholt, da kündigte auch schon der zweite Gast formell seinen Winterbesuch an.

Am 16. November lief von Bötzow her die Nachricht ein, dass am Abend die Ankunft der Herzöge Julius Heinrich und Franz Albrecht von Lauenburg zu erwarten sei, welche besondere Aufträge Friedlands überbrächten. Man kannte diese Aufträge, ehe man sie vernommen hatte. Als Julius Heinrich anlangte, — des Herzogs Franz Albrecht geschieht hier keine Erwähnung —, erklärte er im Namen des Generals, dass dieser nicht umhin könne, auch die Mark zum Winterlager seiner Truppen zu machen, und daher ersuche, wie immer „im Interesse der kaiserlichen Sache", — die Mark nun völlig ausrauben zu dürfen. Welche und wie viel Regimenter dies Geschäft besorgen sollten, darüber schwieg des Sachsen Höflichkeit oder Unkenntnis. Der Statthalter berief sich ihm gegenüber auf Friedlands Versprechen, das Land mit weiteren Einquartierungen zu verschonen, worauf der Herzog jenen damit entschuldigte, dass er durch des Kaisers Forderung, die Truppen aus Schlesien zu entfernen, in diese Ungelegenheit geraten sei.

An demselben Abende erreichte Wallenstein, der mit einem ungeheuren Tross von vierhundert Pferden seinen Weg über Wusterhausen,[1]) Fehrbellin und Bötzow genommen hatte, die Stadt Bernau. Am folgenden Tage eilte Markgraf Sigismund dorthin zu ihm. In anderthalbstündiger Unterredung suchte er dem Gewaltigen Zugeständnisse abzuringen; als er die Befreiung der gesamten rechtselbischen Lande nicht durchzusetzen vermochte, bemühte er sich um die Verschonung der Neumark. Als auch dies abgeschlagen wurde, suchte er doch neben den

[1]) Hier nächtigte er vom 14. zum 15. November; vgl. Altrichter: Geschichte der Stadt Wusterhausen a. d. Dosse 1888. St. 289 (chronistische Mitteilungen.)

Festungen die Residenzen loszubitten. Allein der Herzog verhiess zwar, nach Möglichkeit den Druck zu mildern, ging aber keinen Zoll über diese Linie hinaus; auch nicht éine bestimmte Zusicherung konnte der Markgraf erhalten, ja nicht einmal eine Aufklärung über die Zahl der zu erwartenden Regimenter. Das alles, so hatte Wallenstein entschieden, werde sich erst in Frankfurt ergeben, wo er die endgültige Austeilung der Truppen vorzunehmen gedenke.

Es scheint ein Grundsatz Friedlands gewesen zu sein, was er gewährte als freies Geschenk seiner Gnade erscheinen zu lassen. Auch der Statthalter, so sollte es bleiben, hatte ihn persönlich zu keinerlei Nachgiebigkeit vermocht, aus eigenem Entschluss durfte ihm der Herzog Entgegenkommen bezeigen. Am nächsten Morgen schrieb er aus Bernau einen herzlichen Brief an den Markgrafen:[1]) „Ich schwöre E. Ld., dass ich heut die Ganze Nacht speculiret hab, wie ich des Herren Churfürsten Land in etwas möchte subleviren; auf die letzte funde ich das Mittel.“ Er teilt ihm nun mit, dass er die Regimenter Coloredo, Strozzi und Avantagno zu Merode über die Elbe schicken wolle; Sigismund möge dem Coloredo diesen Befehl in die Prignitz, wo er sich um Perleberg herum aufhalte, zusenden, damit er sogleich dorthin ziehe, die andern beiden Obersten werde er selbst von Frankfurt aus benachrichtigen.

Hier langte der General, nachdem er in der Nacht vom 18. zum 19. November in Strausberg Quartier genommen,[2]) am 20. November an. Der Generalwachtmeister über die Kavallerie, Don Lorenzo del' Maistro, welcher die Truppen aus Schlesien heran geführt, harrte bereits seiner; die Regimenter selbst waren anscheinend, weiterer Befehle gewärtig, an der schlesischen Grenze zurückgeblieben.

Da in den Mauern dieser Stadt der Mark ihr Schicksal verkündet werden sollte, so ordnete Sigismund den bei Wallenstein wohl angesehenen Kurt Bertram von Pfuel als Bevollmächtigten

---

[1]) Handschreiben Wallensteins d. d. Bernau 18. November. (St. A.)
[2]) „Geschichte von Strausberg.“ Wallenstein hatte ursprünglich über Fürstenwalde gehen wollen.

dorthin ab, um dessen Befehle entgegenzunehmen, ihm gleichzeitig aber eine Reihe von Wünschen zu unterbreiten. Der Augenblick war nicht günstig gewählt; mochte der Herzog an sich nicht Lust verspüren, den Bernauer Verhandlungen sogleich neue in Frankfurt folgen zu lassen, so machte ihn schlechte Laune, seine „Schieferichkeit" vollends unzugänglich. Die Gesandten des Pommernfürsten, welche bei ihm in diesen Tagen um Befreiung ihres Landes von Winterquartieren anhielten, fuhr er hart an: Sie hörten es doch wohl, Pommern müsse die Regimenter aufnehmen.[1]) Zu einer Audienz, in welcher Pfuel dem Herzog besonders „eine leidliche und erträgliche" Capitulation als dringend erforderlich ans Herz legen sollte, ward er nicht zugelassen; er musste vielmehr seine Propositionen durch den jungen Fürsten Ernst von Anhalt, den Sohn des Fürsten Hans Georg, dem Generalissimus einreichen. Doch scheint dieser später die Vorstellungen des brandenburgischen Abgesandten angehört zu haben, freilich erst nachdem er selbst autokratisch entschieden; lediglich einige Truppenverschiebungen gestand er noch zu.[2])

Die Designation, welche Pfuel von Frankfurt her nach Cölln heimbrachte, besagte folgendes: Die rechtselbische Mark erhält Wallensteinische Truppen als Wintereinquartierung: 10 Compagnien vom Regiment Torquato Conti kommen in die Mittelmark, 10 Compagnien Fahrensbeck's in die Prignitz und die Grafschaft Ruppin, 5 Compagnien Dohna's in den Sternberger Kreis, 3 Compagnien von Friedlands Leibregiment und der Stab des Oberstcommandierenden Maistro nach Frankfurt. Graf Montecuculi zieht mit 12 Compagnien in die Neumark, Hebron und Maradas mit je 10 Compagnien in das Havelland bezw. nach Krossen, 6 Compagnien von Arnims Regiment und 3 vom Regiment Franz Albrechts von Lauenburg in die Uckermark.

Das waren die Regimenter und das die Obersten, welche nun die Herren im Lande spielen sollten und mit welchen man sich wohl oder übel abfinden musste. Zum grossen Teile waren die Obersten Ausländer, der Sprache des Volkes nicht mächtig,

[1]) Die Räte an den Kurfürsten 3. (13.) December (St. A.)

[2]) Wallenstein an Arnim d. d. Frankfurt 23. November (bei Förster Brief 80) sagt, er habe mit märkischen Commissaren verhandelt.

seinem Glauben und seinen Sitten fremd und feindlich, ihre Leute dementsprechend aus fast allen Staaten Europas zusammengelaufen, ohne jede Beziehung zu den Bewohnern.

Lassen wir einmal die Obersten, welche jetzt die Mark heimsuchten, vor unseren Augen Revue passieren, und beginnen wir mit demjenigen, der zuerst dem Lande seine Gegenwart schenkte und der gleichzeitig auch wohl der schlimmste der Schlimmen war, mit Fahrensbeck.

Ein geborener Livländer, war Fahrensbeck nach Verleugnung seines evangelischen Glaubens in kaiserlichen Heeresdiensten emporgekommen. Vor etwa zwei Jahren, wie er behauptete durch die Schuld der Kurfürstin von Brandenburg, nahe bei Berlin von den Dänen aufgehoben, trug er seitdem wilden Hass gegen alle Märker, und versicherte, als er Anfang November in Cölln sich aufhielt, er sei mit der festen Absicht in das Land gekommen, durch seine Grausamkeit sich noch bei Kindern und Kindeskindern ein Andenken zu stiften.[1]) Allerdings hatte ihn der Markgraf Sigismund bei seiner Anwesenheit in der Residenz mit hoher Auszeichnung behandelt, ihn sogar mehrmals mit seinem Wagen auf das Schloss abholen lassen, aber solche Ehre steigerte nur den Uebermut des Obersten, ohne seine Habgier zu dämpfen. Sein Zug durch die Mark darf als ein Muster der oben angedeuteten Zickzackmärsche gelten; er ging von Kottbus über Krossen, Frankfurt, Beeskow, Berlin, Treuenbriezen, Brandenburg, Nauen und Fehrbellin in die Prignitz und ward allerorten durch die furchtbarsten Ausschreitungen gekennzeichnet.[2]) Persönlich äusserst unverschämt in seinem Auftreten,[3]) war er

[1]) v. Raumer: („Berliner Kalender" 1844 St. 263 ff.) „Wallensteins Auftreten in der Mark Brandenburg".

[2]) Ueber diesen Zug regnete es Beschwerden der Einwohner nach Cölln. Beim Antritt seines Marsches hatte Fahrensbeck der Herrschaft Bielitz im Fürtentum Teschen am 16. September „für Aufhebung des Quartiers" folgendes abgepresst: 1500 Thaler bar, eine Kutsche mit 6 Kutschpferden, zwei „Andimanische" Teppiche sowie ein vornehmes Hauptpferd mit Sattel und Zeug. Acta publica, Verhandlungen . . der schlesischen Stände 1627. Band VI., Seite 331. Toller noch ging es in der Mark zu.

[3]) Selbst die Dänen klagten über das „Maul" ihres Gefangenen (Wallenstein an Collalto d. d. 21. Febr. 1627, bei Chlumecky LXXV);

Wallenstein dennoch lieb als ein tüchtiger und verwegener Offizier. „Der Fahrensbach ist gut zu einer desperirten diversion oder impresa“ urteilt einmal der Herzog über ihn.[1]) Vieles sah er ihm deshalb nach, indes die Räubereien, mit denen er in der Mark debütierte, überschritten doch jedes Mass. Am 26. November schon gab Friedland Arnim Nachricht[2]), dass er Fahrensbecks Regiment an Aldringen übertragen wolle, und zwei Tage später schreibt er an Collalto:[3]) „ich bekomme soviel Klagen über den Fahrensbach, dass er nicht viel besser, wo nicht ärger gemacht hat, als der Görzenich“.[4]) Oefters noch äussert der Herzog in seinen Briefen den Entschluss, Fahrensbeck abzusetzen, aber der Wunsch, sich den militärisch brauchbaren Mann zu erhalten, liess ihn einstweilen von der Ausführung abstehen. Erst vor Stralsund hat der unverbesserliche Räuber seine Stellung eingebüsst.

Montecuculi, der die Neumark beglückte, und Hebron, dessen sich das Havelland erfreuen mochte, standen dem Plagegeist der Prignitz an Niederträchtigkeit und schlechtem Ruf wenig nach. Als Wallenstein aus Fehrbellin dem Montecuculi[5]) den Befehl gab, mit seinen Compagnien nach Königsberg in der Neumark zu marschieren, hatte er Arnim[6]) zugleich darauf hingewiesen, dass er sich erneute Unordnungen bei dem Regiment des Grafen verbäte. Hebron, „das fromme Kind“, wie ihn Sebald[7]) ironisch nennt, hätte man gern von den Grenzen der Mark ferngehalten;

---

in Storkow fragte er, ob denn in dieser Gegend die Reformation noch nicht begonnen hätte; es wären doch zwei Schiffe mit Jesuiten abgeschickt. (Die Räte an d. Kurf. d. d. 29. Oktober (8. November) (St. A.)

[1]) Wallenstein an Collalto d. d. Budweis, 24. Mai 1627 (bei Chlumecky LXXXIX.)

[2]) Bei Förster, Brief 85. d. d. Sommerfeld.

[3]) Bei Chlumecky Br. CXVIII d. d. Sagan.

[4]) Den uns aus der Altmark bekannten Obersten Görzenich hatte Wallenstein wegen unerhörter Räubereien zum Tode durch das Rad verurteilen und dann vor Rendsburg durch das Schwert hinrichten lassen.

[5]) und [6]) beide Schreiben aus Fehrbellin, den 15. November, bei Förster 69 und 68.

[7]) Breviarium historicum.

denn selbst Wallenstein erklärte ihn für einen abgefeimten Schurken. Glänzend hatte er sich bereits mehrfach in der Mark eingeführt. Den Pechmann-Merodischen Truppen zugeteilt, hatte er im verwichenen August das Dorf Dechsel bei Landsberg einer gründlichen Plünderung unterzogen, und sich bei dieser Gelegenheit in achtungsverletzender Weise öffentlich über den Kurfürsten ausgesprochen. Vom Hofe aus war daraufhin zwar eine Untersuchung veranstaltet worden; jedoch hatte wie bei allen solchen Händeln mit kaiserlichen Offizieren die Sache bei Seite gelegt werden müssen. Zum anderen Mal hatte sich der Oberst in der Prignitz hervorgethan, wo uns seine Horden als ein Teil der Truppen bezeichnet werden, mit denen Arnim Anfang November den Kreis besetzte. Zum grössten Kummer der Bevölkerung war es jetzt nicht möglich, sich dieses Räubers zu erwehren, da er vorsichtig genug sich schon während des jütischen Feldzuges von Friedland märkische Winterquartiere hatte zusichern lassen.

Auch über Lorenzo del' Maistro, dem jetzt das Oberkommando der Wallensteinischen Regimenter in der Kurmark zufiel, — nur Arnim blieb selbständig — wusste man nichts Gutes zu berichten;[1]) er sollte sich in Schlesien sehr missliebig gemacht haben. Doch ist er mit der Mark glimpflich verfahren. Maistros mittelmärkischer Quartiernachbar, der Graf Torquato Conti — den „Quaderconter" nannte ihn der Volksmund —, und die übrigen Obersten waren wenigstens nicht von Anfang an so schlecht beleumundet wie Fahrensbeck, Montecuculi und Hebron. Von Erpressungen hielten sie sich selbstverständlich nicht frei und die Truppen des „Quaderconter" besonders gaben häufiger Anlass zu Klagen; aber mit den Obersten kam man aus.

Nach der Designation Wallensteins berechnete man die Gesamtzahl der einzuquartierenden Truppen des Generals auf 9700 Mann. Für ihren Unterhalt verlangte dieser Geldleistungen, und zwar waren monatlich dem Musketier 7, dem Arkebusier 12, dem Kürassier 15 Gulden zu verabfolgen. Das waren dürre Zahlen, aber sie führten eine vernehmliche Sprache; sie offen-

---

[1]) Die Räte an den Kurfürsten 10. (20.) November (St. A.).

barten es, dass die Leiden, welche die Wintereinlagerung des Vorjahres der Altmark auferlegt, nun die gesamte Kurmark von der polnischen bis zur lüneburgischen, von der schlesischen bis zur pommerischen Grenze treffen sollten. Das Land, das den Frühling und den Sommer hindurch Schauplatz des Krieges gewesen und im Herbst durch Truppendurchzüge und Werbeplätze aufs äusserste ausgesogen war, es sollte den Rest seiner Kraft daran wenden, 10000 Soldaten den Winter über zu befriedigen, es sollte zum mindestens 100000 Thaler für den Monat aufbringen.

Bei der Regierung zu Cölln herrschte allseitige Bestürzung ob der Frankfurter Designation; selbst der Markgraf gestand seinem kurfürstlichen Vetter, dass er über ihre Forderungen „perplex“ gewesen sei; das hatte er sich nicht träumen lassen, zumal nach dem entgegenkommenden Schreiben des Herzogs aus Bernau. Doch vielleicht gewährte dieser selbst noch eine nachträgliche Erleichterung; er hatte die von Pfuel überreichten Propositionen mit sich auf den Weg nach Schlesien genommen, um sie sorgfältig zu prüfen. Auf alle Fälle musste das Resultat dieser Prüfung abgewartet werden, ehe man neue Schritte zur Linderung der geschaffenen Verhältnisse unternahm.

Endlich kam die Proposition, freilich erst von Sagan her, zurück,[2] in ihren einzelnen Punkten von Wallenstein durch eigenhändige Randbemerkungen begutachtet. Der erste Artikel, die Abführung oder möglichste Herabsetzung der in die Mark zu legenden Truppen war mit einem kategorischen „Ist unmüglich“ zurückgewiesen. Dem Vorschlage auf Einführung der mit Arnim einst vereinbarten Verpflegungssätze, vermöge dessen man den Geldbeitreibungen Einhalt thun wollte, fand sich die Entgegnung beigefügt: „Es muss ein Monatssold sein, denn mit wenigerm kann man nit leben“. Damit waren diejenigen Forderungen gestrichen, auf deren Bewilligung die brandenburgische Regierung gerade das höchste Gewicht legen musste. Und auch an Hohn

---

[1]) Sigismund an den Kurfürsten d. d. 20. (30.) November (St. A.).

[2]) Sie befindet sich im St. A.; abgedruckt bei Gindely.

liess es der Herzog nicht fehlen, wenn er die Frage, wie lange denn der Unterhalt des Volkes zu leisten sein werde, kurz beantwortete: „So lang das Volk nicht abgeführt wird". In etlichen Punkten von untergeordneter Bedeutung lautete der Bescheid znstimmend, übrigens verwies er an Maistro als Oberstkommandierenden in der Mark; mit ihm seien weitere Verhandlungen zu führen. Das Versteckspiel der Unterfeldherren mit dem Generalissimus, welches während des verflossenen Winters Lüneburg und Pechmann so gut zu statten gekommen war, schien eine wenig veränderte Wiederholung zwischen Maistro und dem Herzog erleben zu sollen; abermals schien alles darauf angelegt zu sein, die Befugnisse der Stellvertreter des Generals möglichst zu verhüllen, damit der Beschwerdeweg unklar und dann durch Entscheidung der Competenzen hübsch Zeit verloren wäre. So mochte man den Bedrückten ihr Klageführen am schicklichsten verleiden.

In Cölln betrat man sogleich den Weg, den Wallenstein gewiesen; man wandte sich an den Generalwachtmeister Maistro. Anfang Dezember bereits gingen Hans von Winterfeldt, Joachim von Köckeritz und Alexander von der Osten als Sigismunds Bevollmächtigte nach Frankfurt; hier gesellte sich auch Hildebrand von Kracht als militärischer Berater ihnen bei.

Das Promemoria,[1]) welches den Gesandten ihre Thätigkeit vorschrieb, wünschte als besonders wichtig eine feste Capitulation. Auf deren Erlangung wollte der Markgraf den Hauptnachdruck gelegt sehen, während die Geheimen Räte ganz wie im Juni die Auffassung vertraten, dass auch die feierlichste Abmachung dem Lande keinerlei Schutz gegen die Räubereien der Soldateska böte. Sonst standen unter den eingereichten Anträgen wiederum voran diejenigen auf Verringerung des Volkes und Erniedrigung der Geldforderungen. Wenn hierin keine Zugeständnisse gemacht würden, so sollte man wenigstens für das märkische Währungsgeld einen höheren Kurs durchzusetzen suchen: der Thaler sollte nicht mehr gleich einem Gulden und zwölf Kreuzern, sondern nach

[1]) d. d. 24. November. (4. Dezember). (St. A.).

schlesischem Münzfuss zu einem Gulden und dreissig Kreuzern in Zahlung genommen werden. Weitere Wünsche erbaten die Festsetzung, dass den Offizieren nur dann Verpflegung in ihren Quartieren gegeben werden solle, wenn sie wirklich anwesend wären, dass die Knechte und die Reiter der besseren Beaufsichtigung wegen nur in den Städten lägen und dass ihnen jedes Ausreiten und Streifen verboten wäre, dass die kurfürstlichen und adeligen Dörfer von Belegung frei zu lassen, und erstgenannte mit Abgaben gänzlich zu verschonen wären, die adeligen aber die Contribution in die Städte zu liefern hätten.

Die Abgesandten mochten insofern allerdings einen Erfolg verzeichnen, als sich Maistro thatsächlich zum Abschluss einer Capitulation verstand. Sie wurde an 7. Dezember unterzeichnet und am 9ten allen Truppenteilen Maistroscher Obödienz mit dem Befehl zu strengster Nachachtung zugeschickt. Da der Generalwachtmeister nachträglich Friedlands Genehmigung einholen wollte, so erschien sie unter dem Namen einer „Interims-Ordinanz.“

Bezüglich der kleineren Prohibitivmassregeln trug die Ordonnanz im Sinne der Saganer Entscheidungen Wallensteins den Vorschlägen des Markgrafen Rechnung; beinahe alle Forderungen aber, von deren Erfüllung man erheblichen Nutzen hoffen durfte, waren unberücksichtigt geblieben. Dass Maistro die Zahl der einquartierten Regimenter nicht eigenmächtig herabsetzen konnte, liess sich erwarten; er lehnte es jedoch auch ab, sich nur dafür beim General zu verwenden. Der Monatssold blieb in voller Höhe bestehen, selbst seine Berechnung nach schlesischem Fusse fand keine Gnade; jedoch durfte fortan ein Teil der Löhnung in Naturalien geleistet werden. Für diesen Fall ward bestimmt, dass der Reiter täglich für sich drei Pfund Brot, drei Pfund Fleisch und drei Quart Bier, für sein Pferd zwölf Pfund Heu und wöchentlich anderthalb Scheffel Hafer bezw. einen Scheffel Gerste und zwei Bund Stroh zu beanspruchen habe. Der Magen des Fusssoldaten musste sich eine geringere Einschätzung gefallen lassen; er sollte täglich mit zwei Pfund Brot, zwei Pfund Fleisch und zwei Quart Bier abgefunden sein. Das Pfund Brot war an Geldeswert auf drei, das Pfund Fleisch auf acht Pfennige, der Scheffel Gerste

auf vierzehn und der Scheffel Hafer auf zwölf Groschen veranschlagt worden, ein billiger Ansatz, der, wenn er von den Regimentern in Obacht genommen wäre, ein leidliches Gegengewicht gegen die kolossale Höhe der verlangten Tageskost hätte abgeben können. Die sämtlichen ausserordentlichen Leistungen, wie die für die Gastereien der Offiziere, sollten von den pflichtmässigen Lieferungen abgezogen werden. Andere Punkte der Capitulation betrafen den Schutz der Kirchen und Schulen, die Regelung des Beschwerdewesens und ähnliches mehr. Der Verfügung der kaiserlichen Truppen entzogen waren nur wenige Orte. Den Festungen Spandau, Küstrin, Peitz und Driesen ward Freiheit von der Einquartierung zugestanden, desgleichen den Residenzen Berlin-Cölln, die jedoch zum Unterhalt des Contischen Regiments beizusteuern hatten. Dagegen war es nicht gelungen, das mit kurfürstlichem Volk besetzte Landsberg von der Einlagerung zu befreien.

In der Zeit, wo diese Verhandlungen mit Wallenstein und Maistro gepflogen wurden, um Garantien gegen die Willkür der einquartierten Soldateska zu gewinnen, wütete im Lande, wo man nur hinblickte, unersättliche Habsucht. Die Frankfurter Designation hatte jedwedem Regiment sein festes Wintercantonnement zugewiesen, und den Obersten war Befehl gegeben, Instructions halber vorweg Offiziere an den Generalwachtmeister abzuordnen, damit der Marsch der Truppen in ihre Quartiere keinen Aufenthalt erleide. Wohin sie bestimmt waren, wussten mithin die Regimenter sehr gut. Allein die Aussicht, ihre Erpressungsthaten auf einen einzigen Kreis einschränken zu müssen, war nach dem Sinne der Obersten so wenig wie des letzten Gemeinen oder Trossbuben. Schon im Sommer hatten die nach Holstein marschierenden Truppen nicht immer ängstlich danach gefragt, ob der eingeschlagene Weg wirklich der gerade sei; auch sie hatten gern einmal einen Umweg gemacht, um desto mehr Dörfern und Städten ihren unliebsamen und kostspieligen Besuch abzustatten. Immerhin mahnte damals der Marsch gegen den Feind und die Furcht vor dem Zorn des seiner Regimenter harrenden Generals zur Eile. Jetzt war der Feldzug beendet, man konnte mit Musse die Winterquartiere aufsuchen. So brach über das Land noch bevor die

Einlagerung recht begann die furchtbarste Heimsuchung herein. Eine Anzahl der einquartierten Regimenter war noch fern ab von den Grenzen der Mark; Montecuculi und Hebron rückten erst in der ersten Hälfte des Dezember, Conti nnd Pappenheim gar erst um die Weihnachtszeit in ihren Quartieren ein. Das hätte für die Neumark, das Havelland, die Mittel- und die Altmark sogar dann eine Erleichterung bedeutet, wofern ihnen, wie es denn geschah, von den einquartierten Truppen die Zahlung der Contributionen späterhin auch für die Zeit abverlangt wurde, wo das Regiment noch nicht im Kreise lag. Wären doch wenigstens die Bedrückungen ausgeblieben, welche der Soldat sich sonst auf eigene Faust gegen die Bewohner erlaubte.

Aber die verwilderte Soldateska hatte sich längst gewöhnt, alles was ihr mit Gewalt nicht streitig gemacht werden konnte, als rechtmässige Beute zu betrachten, alle Hülf- und Wehrlosen als die geborenen Knechte des Soldaten. In gleicher Weise sah der Soldat im Soldaten nicht den Kameraden, sondern bald den Raubgesellen, bald den Concurrenten, dem die Beute anheimfiele, wenn er nicht selbst rechtzeitig zugriffe. Diese gegenseitige Eifersucht auf einen guten Fang bestand zwischen den Einzelnen und zwichen den Truppenteilen. Kein Regiment wollte dem andern hierin einen Vorzug gönnen, jedes seinen Offizieren und Mannschaften möglichst reichen Gewinn zuschanzen; erklärte doch Fahrensbeck ganz unverhohlen, in seinem Regiment müsse jeder Soldat ein Kapital von einigen hundert Thalern erübrigen. Rücksicht auf die übrigen Regimenter gab es dabei nicht; ging es an, so plünderte man auch in ihren Quartieren. Die Gelegenheit dazu war in der Mark nun trefflich dargeboten, da ein Teil der Truppen spät einrückte; so hat besonders Fahrensbeck und dann auch Montecuculi die Quartiere der übrigen Regimenter, weil diese nach den ihrigen eintrafen, wacker ausgeraubt. Es kam auch wohl vor, dass ein Regiment, in dem ihm zuerteilten Kreise angelangt, wiederum mit Sack und Pack umkehrte und plündernd in den Nachbarbezirk einfiel. Den Landesregierungen gegenüber brauchte man die Ausflucht, das Regiment sei wieder abberufen. Aber oft genug kam dann wieder Gegenbefehl, der die Truppen zur Rückkehr in die alten Quartiere nötigte: die Befehle waren

der eine wie der andere erdichtet worden, um Gelegenheit zu ergiebigen Beutezügen zu finden.[1])

Endlich lag des Regiment in seinen Quartieren still; da stellte sich aber sogleich eine Flut von Unregelmässigkeiten heraus. Hebron, welcher anfangs Wallenstein gebeten, auch sein zweites Regiment noch in die Neumark einquartieren zu dürfen, hatte dann wenigstens in das Havelland mehr Compagnien eingeführt, als die Designation zuliess; ja sein Bruder, bisher in dänischen Diensten, hatte sich samt seiner Compagnie freundschaftlich zu ihm gefunden. Conti, Montecuculi und Arnim überschritten ebenfalls die Frankfurter Abmachungen durch die Ueberzahl ihrer Compagnien.

Dem entsprechend setzte man sich im kleinen noch viel leichter über die getroffenen Vereinbarungen hinweg. Das Unwesen der „blinden Namen" herrschte überall: es wurden Sold und Lebensunterhalt für Mannschaften gefordert, die gar nicht existierten. Die Infanterie zählte bei weitem mehr Pferde als der Etat es gestattete, der Tross war unbegrenzt. Strausberg, damals ein Ort von kaum 1100 Einwohnern,[2]) hatte drei Compagnien, also schwerlich mehr als 500 Mann, im Quartier, insgesamt aber 1200 Personen zu behausen.[3]) Und was für Ansprüche stellten die Leute! es war nichts seltenes, dass der Soldat zum Mittagessen zwanzig verschiedene Speisen sich auftragen liess, während dem der Hausherr gebunden unter dem Tische lag und Fusstritte erhielt. Des Nachts warf man ihn samt den Seinen auf die Strasse hinaus, um in Stuben und Kammern den Pferden ein angenehmes Unterkommen zu schaffen. Fand am Ende des Monats Abrechnung mit den Compagnien statt, so sollte teils gar nichts, teils

---

[1]) Diese Schilderung wird auf dem Mühlhäuser Kurfürstentage entworfen; der später zu erwähnende Zug des Obersten Desfours bildet ein Analogon dazu für die Mark, von der überdies Sigismund bezeugt, dass manche Regimenter, wenn auch nicht gerade die einquartierten, sie zwei- und dreimal durchzogen hätten. Quartierverschiebungen waren ausserdem an der Tagesordnung.

[2]) v. Petersdorff: Beiträge zur Geschichte der Mark im 30jährigen Kriege. (Forschg. z. brandenb.-preuss. Gesch. II, 1)

[3]) „Geschichte von Strausberg."

nur ein Drittel der Lieferungen geleistet sein,[1]) weshalb jeder Monatsabschluss der Beginn noch härterer Behandlung wurde. In hellen Haufen gingen deshalb die Einwohner davon; von 222 Bürgern, welche in Strausberg beim Anfang des Winterlagers wohnten, gaben schliesslich nur noch 96 den Soldaten Quartier; auf ihren Schultern ruhte die Verpflegung der 1200 Tagediebe, da diese sich sofort aus den Hütten der Weggezogenen ausquartierten.

Auf dem platten Lande mochte es noch ärger zugehen. In den Städten versuchten die brandenburgischen Kriegscommissare den Ausschreitungen einigermassen zu steuern, während dort jede Aufsicht ausgeschlossen war; denn an die Beachtung des Wallensteinischen und Maistroischen Gebotes, dass keiner auf den Dörfern herumschweife, dachte man überhaupt nicht. Sobald die Lieferungen unvollständig einkamen oder doch den Soldaten so erschienen, brach man in die Ortschaften rings um die Cantonnements ein und raubte nach Herzenslust. Ja, unternehmende Kerle thaten sich zu Banden zusammen und drangen in die Quartiere der daneben liegenden Regimenter ein. Der Statthalter erneuerte an die Bauern sein Edict gegen das Verlassen ihrer Höfe; umsonst! „necessitas frangit legem“ entschuldigten es die Räte selbst.[2]) Desgleichen war die Verordnung ergangen, dass kein Einwohner den Soldaten Vieh, Bücher, Kleider, Zinn, Kupfer oder Betten abkaufen solle; allein niemand kehrte sich an das Verbot. Vielleicht von den Einquartierten gezwungen, vielleicht auch freiwillig, um auf billige Art die eigenen Verluste zu ersetzen, bezahlte man ihnen ihre Beute. Das Gefühl für das Unrecht dieser Handlung musste ertötet sein, wo selbst das höchste Anrecht Unrecht geworden schien, das Recht auf persönliches Eigentum. Wer heute noch etwas sein eigen nennen mochte, wusste nicht, ob er es nicht morgen verlor; am sichersten lebte man, wenn man nichts mehr besass. Zu jedem dargebotenen Preise schlug man daher sein Eigentum los: ein Ochse war schon für zwei Thaler, eine Kuh für zwei Gulden, ein Hammel für sechs Groschen käuflich; um das vier- und mehrfache waren

[1]) „Geschichte von Strausberg.“

[2]) Relation von 3. (13.) Dezember. (St. A.).

die Preise selbst gegen den Sommer gesunken.[1]) In erschreckendem Masse, schlimmer wohl noch als die Städte, entvölkerte sich das flache Land. In der Altmark konnte man meilenweit reisen, ohne auch nur einen Menschen zu sehen; in die verödeten Dörfer kamen die Soldaten, und da sie sonst nichts fanden, rissen sie wenigstens die Hütten nieder und verkauften ihr Holz als Bau- und Brennmaterial.

Die Leiden der Bevölkerung wären geringer gewesen, wenn nicht die Offiziere dem gemeinen Mann das schlimmste Vorbild gegeben hätten; das war so Brauch bei den Wallensteinischen überhaupt, nicht nur bei den Pechmannschen oder Lüneburgern. Unter den Obersten führten Fahrensbeck, Hebron und Montecuculi ihrem sauberen Rufe gemäss sich auf; je ein dicker Band Akten zeigt uns die ganze Gemeinheit dieser drei Menschen. Von Fahrensbeck sei nur hervorgehoben, dass er wöchentlich dem völlig abgebrannten Städtchen Kyritz 400 Thaler, Neu-Ruppin 1500 Thaler abverlangte. Hebron erlaubte sich doppelten Regimentsstab zu halten, für sich selbst in Brandenburg, für seinen Oberstleutnant in Rathenow; bei seinem Regiment waren nicht weniger als 750 Pferde über die durch Wallensteins Designation festgesetzte Norm. Mit besonderem Raffinement betrieb Montecuculi seine Plünderungen in der Neumark. Von Prenzlau, welches er anscheinend auf seinem Marsch in die Neumark berührte und das doch garnicht zu seinem Regimentsbezirke gehörte, forderte er für Rückgabe der Thorschlüssel tausend Thaler und verhiess diese Summe wöchentlich so lange zu steigern, bis sie voll bezahlt wäre. In der Neumark wurden Schutzbriefe in grosser Zahl erteilt, wenn aber das Geld dafür erlegt war, dachte niemand mehr daran, sie zu beachten. Des Grafen Frechheit diente besonders auch die Person des Kurfürsten zur Zielscheibe; seine Offiziere hielten gerade in den Forsten des Landesherren ihre Jagden ab, und begnügten sich dann nicht etwa, das Wild für den eigenen Bedarf zu erlegen, sie mordeten es sinnlos hin und überliessen es den Wölfen als Beute. Die brandenburgischen Kommissare nahm der Oberst gefangen, weil sie ihm nicht zu Willen waren,

[1]) Bei Lockelius: Marchia illustrata.

und drohte sie seinen Reitern zu überweisen, auf dass sie mit ihnen nach Gefallen verführen. Als er sie endlich der Haft entliess, gab er ihnen den Degen unter dem Bemerken zurück, er thue dies nicht, weil sie kurfürstliche Beamte, sondern weil sie Edelleute wären.

Die Altmark, aus welcher übrigens erst am 16. Dezember die letzte lüneburgische Garnison abzog,[1]) wurde von Pappenheim abermals schwer mitgenommen. Auch er hielt doppelten Stab und forderte überdies wöchentlich 800 Reichsthaler für seine Tafel. Markgraf Sigismund führte darob Klage beim Herzog von Bayern, dem Haupte der Liga, und dieser verwies es dem Grafen, sich „mit Herzogen Geörgen von Lünenburg als einem Reichsfürsten zu compariren, ja gar zu präferiren.“ [2]) Wir dürfen uns nur wundern, dass schliesslich die Truppen noch etwas fanden, da Tilly selbst einräumte, dass den Einwohnern „nit so viel Respiration und Gelegenheit übrig gelassen worden sei, etwas anzubauen oder ein Körnlein anzuernten“.[3]) Eine keineswegs übertriebene Berechnung veranschlagt die Kosten, welche Gardelegen für den Unterhalt der lüneburgischen Truppen aufbrachte, auf 25500 Thaler;[4]) nehmen wir an, dass der Wert des Geldes derzeit siebenfach höher war als in unseren Tagen, so beziffern sich die Leistungen des einen Ortes, mit schwerlich mehr als 3000 Einwohnern, auf 550000 Mark. Eine nicht datierte Liquidation[5]) für die gesamte Altmark schätzt den Aufwand des Kreises für Einquartierungen in den beiden Jahren 1626 und 1627 auf 1030300 Thaler; das würde nach der oben angewandten Art der Umrechnung einer Summe von 22 Millionen Mark gleich-

---

[1]) Aus Gardelegen, wo dann auch Pappenheim sein Quartier aufschlug. (Rieseberg: Notabilia.)

[2]) Röckl: Quellenbeiträge zur Geschichte d. kriegerisch. Thätigkeit Pappenheims III, St. 11/12. (Programm des Maximilians-Gymnasium in München 1892/93); Maximilian an Pappenheim d. d. 15. Februar 1628.

[3]) Tilly an Maximilian, 15. Oktober. (s. o.).

[4]) Nach Rieseberg: Notabilia.

[5]) Im St. A. Auch die „Geschichte von Strausberg“ erzählt, dass allein das Winterquartier 1627/28 manchem 300 Thaler gekostet habe; ein Beweis übrigens, wie wohlhabend die Bevölkerung vielfach gewesen sein muss.

kommen. Zählte damals die Altmark vielleicht 75000 Seelen, — ein hoher Ansatz, da die Kurlande insgesamt nur 300000 Einwohner haben mochten, — so entfiele auf den Kopf der Bevölkerung eine ausserordentliche Abgabe von 290 Mark; für einen Haushalt von fünf Seelen hätte der Familienvater mithin die Summe von 1400 Mark aufzubringen gehabt.

Auf éinen Mann vor allem hatte man in der Mark anfänglich seine Hoffnung gesetzt, von ihm Unterstützung und Fürsprache bei Wallenstein erwartet, von Arnim, dem kurfürstlichen Vasallen. Aber Arnim hat die in ihn gesetzten Erwartungen schwer getäuscht, und wir sagen wohl nicht zu viel mit der Behauptung, dass gerade er mehr Elend über die Mark hereingeführt hat, als selbst das edle Trio Fahrensbeck-Hebron-Montecuculi. Hans Georg von Arnim hat jüngst in Irmer einen warmen Verteidiger gefunden,[1] und ich bin weit entfernt, das dort entworfene Charakterbild Arnims im allgemeinen anzufechten; aber den brandenburgischen Patrioten, welchen Irmer in ihm erblickt, vermag ich mit nichten in dem Obersten zu entdecken.[2] Den Beweis für meine gegenteilige Ansicht suche ich im folgenden zu erbringen.

Als Arnim beim Markgrafen Sigismund die Einräumung Frankfurts durchgesetzt hatte, äusserte er bei seinem ersten Ritt durch die Strassen der Stadt: Frankfurt sei ein guter Pass und schon viele gute Worte wert, wenn man ihn dafür bekomme.[3] Der Oberst scheint somit die Verheissungen an den Statthalter als „gute Worte" betrachtet zu haben, durch welche man leichtgläubige Leute ködere, die man jedoch zu halten nicht gebunden sei. Wenn in den folgenden Wochen auch bei den ihm untergebenen Truppen die gröblichsten Ausschreitungen im Schwange waren, so mag man dies wohl damit entschuldigen, dass Arnim durch sein fortgesetztes Hin- und Herreisen verhindert wurde, auf strenge Ordnung zu sehen. Andererseits freilich dürfen wir eben so gewiss sein, dass Markgraf Sigismund bei

---

[1]) Irmer: Hans Georg von Arnim; dieselbe Ansicht vertritt Kirchner: Das Schloss Boitzenburg.

[2]) Auch Opel wendet sich gegen diese Auffassung.

[3]) Er äusserte dies zu Henning von Götz. Die Räte an den Kurfürsten 22. Juni (2. Juli) (s. o.).

vorkommenden Klagen gegen des Obersten Leute ein Auge zudrückte, um sich den Mann wohlgesinnt zu erhalten, der von Tag zu Tage mehr in das Vertrauen Friedlands gezogen wurde. Lassen wir indes Arnim den Ruhm ungeschmälert, dass er bessere Disciplin zu halten suchte als die übrigen Obersten; es ist nur schade, dass er diesen Ruhm selbst bald danach in trüberem Lichte erscheinen liess.

Bei seinem Einrücken in die Uckermark war mit Arnim nicht wie mit den anderen Regimentern ein specieller Tractat wegen des Unterhaltes seiner Truppen abgeschlossen, weil er erklärte nichts zu begehren, ehe die Stände gesehen hätten, welche Dienste er ihnen leiste. Nach dem Zurückweichen des dänischen Heeres baten ihn nun jene, seine Truppen aus dem Kreise zu führen, ohne aber thörichterweise ihm von einem klingenden Dank zu sprechen; sie hatten die Soldaten verpflegt und glaubten eigentlich genug gethan zu haben.

Da jedoch schätzte Arnim selbst seine Verdienste um den Kreis ein: er forderte als Preis für den Abzug der Truppen die Verpflegung zweier Regimenter nebst Stab auf die Dauer von drei Monaten, das hiess, wie die Stände auf einer Versammlung am 24. August erfuhren, den Stab uneingerechnet monatlich 50000 Thaler. Gleichzeitig liess er wiederholt verlauten, dass er beim Kurfürsten eine alte Forderung von 60000 Thalern geltend zu machen hätte. Hinsichtlich dieses letztgenannten Anspruches, dessen Berechtigung überdies zum mindestens zweifelhaft war und der aller Spezificierung entbehrte, muss man Arnim insbesondere die Wahl des Zeitpunktes zum Vorwurf machen. Während er als Burgherr von Boitzenburg niemals jener Forderung Erinnerung gethan hatte, glaubte er seine jetzige gewichtige Stellung ausnutzen zu dürfen, um einen Druck auf den Kurfürsten auszuüben. Und doch war ihm wohl bekannt, dass die Kassen des Staates leer waren, dass nicht ein paar tausend Thaler sich hätten auftreiben lassen.

War demnach die Handlungsweise des Obersten wahrlich nicht patriotisch, so können wir auch sein Ansinnen an die uckermärkischen Stände, vor allem aber die Art, wie er seine Forderungen durchzudrücken suchte, nur als wenig rühmlich

bezeichnen. Den Kreistag vom 24. August nämlich hatten die beiden kurfürstlichen Kommissare Franz Joachim von Arnim und Adam von Winterfeldt auf eigene Faust einberufen. Franz Arnim war es, der hier den Ständen die drohende Einquartierung mitgeteilt, der jedoch zugleich auch das Mittel gewusst hatte sie abzuwenden: wenn man sich entschliesse, dem Obersten ein Geschenk von 50000 Thalern anzubieten, so werde sich die Einlagerung kaiserlicher Truppen dauernd verhüten lassen. Es unterliegt keinem Zweifel,[1]) dass die Kommissare mit dem Obersten im Einverständnis handelten, und dass Arnims Drohung, zwei Regimenter in den Kreis zu legen, den Zweck hatte, diesem Erpressungsversuch einigen Nachdruck zu verleihen. In der That beschloss der Kreistag auf die Vorstellungen der Kommissare, dass je 25000 Thaler von Ritterschaft und Städten als „Donativ" aufzubringen wären. Die Regierung zu Cölln verweigerte[2]) indes die Bestätigung dieses Beschlusses und bezeichnete es als ausreichend, wenn man dem Obersten 2000 Dukaten und eine goldene Kette überreichte. Wenn sie ihre Entscheidung darauf begründete, dass die Zahlung von 50000 Thalern den Kreis finanziell ruinieren werde, so war diese Meinung gerade betreffs der Uckermark vollauf berechtigt. Denn bereits im März hatte der dortige kurfürstliche Einnehmer nicht einmal die verhältnismässig geringfügige Defensionssteuer beitreiben können, weil, wie er versicherte, kein Geld im Lande, und, nachdem die Ernte schon verpfändet, in den Seestädten weiterer Credit nicht mehr zu erhalten sei.

Die uckermärkische Ritterschaft ist während der Herbstmonate immer wieder darauf zurückgekommen, zum wenigsten ihren Teil des Donativs für Arnim zusammenzubringen, anscheinend aber ohne zur Verwirklichung zu schreiten.

Für die Versagung dieses Geschenkes nun war der Oberst entschlossen sein Mütchen an der Uckermark und am ganzen Lande bezw. seiner Regierung zu kühlen.

Zuerst stellte er die Anforderung, dass Eberswalde sechs seiner Reitercompagnien aufnähme. War dies für diese Stadt an sich eine unerhörte Zumutung, so hatte ihr Wallensteins Designation

[1]) Relation der Räte an den Kurfürsten d. d. 21. (31.) Oktober.

[2]) d. d. 31. August (10. September (St. A.).

ausdrücklich drei Compagnien des Contischen Regimentes zugewiesen, das demnächst in der Mittelmark eintreffen musste. Schon hatte man wegen dieser Ungebühr Arnims eine Beschwerde an Wallenstein entworfen,[1]) aber Schwarzenbergs „Bedenken" hinderte seine Absendung. Er hoffte offenbar doch noch mit dem Obersten weiter in Gutem auszukommen und hielt den Ausbruch eines offenen Zwiespaltes mit ihm, dem Vertrauten Friedlands, für gefährlich.

Allein Arnim ging weiter. Die Frankfurter Designation bestimmte der Uckermark sechs Compagnien von Arnims Regiment und drei vom Regiment des Herzogs Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg als Einquartierung. Der Oberst jedoch erschien am 8. Dezember mit zwei Regimentern zu Fuss und einem zu Pferde im Kreise, und belegte sogar Schwedt, welches als der Kurfürstin gehörig einen Freibrief erhalten hatte, mit 200 Mann. Durch den Einspruch des Statthalters gegen solche Verletzung der getroffenen Vereinbarungen liess er sich nicht beirren, setzte vielmehr bei Wallenstein durch, dass er diese wie auch weitere Repressalien guthiess.[2]) „Dass der Herr", so schrieb ihm Friedland, „in die Uckermark etliche seine Fähndle gethan hat, sehe ichs gerne; der Herr sehe auf alleweis, dass er von ihnen bekommt, was sie ihm versprochen haben; denn der Herr hat sie des Feinds liberirt, drum können dem Herrn das honorium wohl geben." Und Arnim bemühte sich in der That auf alle Art seiner Heimat den Zorn und die Macht der gekränkten Unschuld fühlbar zu machen.

Wallenstein hatte am 21. Dezember Arnim anbefohlen[3]), die Regimenter Desfours und Palant aus Mecklenburg nach Pommern zu schicken. Da lief ein Schreiben des Obersten ein, in welchem er darum anhielt, diese Regimenter noch in die Mark legen zu

---

[1]) d. d. 26. November (6. Dezember) (St. A.). Im Oktober hatte Sigismund noch gehofft, gerade durch Arnim die Einquartierung abwenden zu können (Sigismund an d. Kfst. d. d. 9. (19.) Oktober. (St. A.).

[2]) Wallenstein an Arnim d. d. 6. Januar 1628 (Förster Brief 128.); schon am 24. Dezember hatte er Sigismund ersucht, das von Arnim in die Mark gezogene Volk aufzunehmen (St. A.).

[3]) Bei Förster Brief 101.

dürfen. Bereitwillig erteilte Friedland die erbetene Genehmigung,[1]) wenn er gleich selbst hinzufügte, dass es seines Erachtens unmöglich wäre, dem Lande auch noch diese Last aufzubürden. Er ersuchte daher den Markgrafen um Aufnahme des Volkes, und wies Maistro an, die Palantschen Truppen in der Grafschaft Ruppin, die Desfours'schen in der Neumark neben Montecuculi unterzubringen.

Arnim hatte diesen Bescheid nicht erst abgewartet. Mitte Dezember liess er das Regiment Desfours in die Mark rücken und bat Maistro es zu „accommodiren." Plündernd fiel es in die Fahrensbeckschen Quartiere ein, suchte besonders die kurfürstlichen Amtsdörfer um Wittstock und Zechlin heim und gelangte über Ruppin bis fast vor die Thore der Residenzen. Da sich Maistro weigerte, die Truppen im Lande mit Quartieren zu versehen, so zogen sie unter fortgesetzten Verwüstungen durch die Uckermark nach Mecklenburg,[2]) doch nur, um bald danach zurückzukehren,[3]) und so bald diesem, bald jenem der cantonnierenden Regimenter die Quartiere auszurauben. Auch die Truppen Palants kamen Arnims Wunsche entsprechend in die Mark.

Maistro hatte im Verlaufe der Frankfurter Verhandlungen den brandenburgischen Bevollmächtigten empfohlen, zwecks Abführung der Regimenter beim Statthalter die Abordnung eines Gesandten an Wallenstein und den Kaiser anzuregen. Sigismund zögerte nicht dem Rate des Generalwachtmeisters zu folgen, und um so weniger wohl, als er Kunde erhielt von dem Einbruch Arnims in die Uckermark, diesem ärgsten Hohn auf die Abmachungen mit Friedland. Er schwankte anfänglich, ob er Kracht, Wilmersdorf oder Pfuel mit der schwierigen und für die Gesamtheit so bedeutungsvollen Aufgabe betrauen solle. Da indes der Oberst auf eine an ihn ergangene Aufforderung hin[4]) seines „überaus bösen Schenkels" wegen von seiner Wahl abzustehen ersuchte,[5])

---

[1]) Bei Förster Brief 101.

[2]) Der Kurfürst an Wallenstein d. d. 5. (15.) Januar 1628 (St. A.)

[3]) Nach einem Schreiben Sigismunds d. d. 14. (24.) Januar 1828 (St. A.), wonach übrigens auch das zweite Regiment Hebrons im Lande lag.

[4]) Sigismund an Kracht d. d. 1. (11.) Dezember (St. A.).

[5]) Kracht an Sigismund d. d. 2. (12.) Dezember (St. A.).

so liess die Vorliebe des Statthalters für Pfuel diesen als Gesandten bestimmen. Er reiste am 27. Dezember nach Prag ab, wo Wallenstein den Winter verbrachte. Man war zuerst der Meinung gewesen,[1]) die Gesandtschaft gleichzeitig, wenn auch nicht „in Form eines grossen Gesandten“, sondern „in Gestalt einer sollicitatur“, an den Kaiser zu richten. Aber die Befürchtung, dadurch dem Herzog zu nahe zu treten und in ihm den Argwohn wach zu rufen, als beschwere man sich über ihn beim Kaiser, bewirkte, dass man von diesem Plan zurückkam. Pfuel ward die vorsichtigste Behandlung des Gestrengen anbefohlen;[2]) wofern seine Entscheidung nicht nach Wunsch ausfiele, sollte er dennoch von jeder auch noch so gerechtfertigten Erwiderung absehen. Denn es heisse allgemein, Widerspruch stimme den Herzog nicht um, sondern reize ihn nur. Ein langer mündlicher Vortrag werde ebensowenig am Platze sein; statt dessen habe Pfuel nach wenigen Worten sein Anbringen schriftlich zu übergeben.

Der Kernpunkt der Pfuelschen Aufträge war naturgemäss, von dem Herzog das zu erreichen, was Maistro versagt hatte: Herabsetzung des Monatssoldes oder Verminderung der einquartierten Truppen. Dazu trat abermals die Forderung, den Kurswert der märkischen Münze auf gleichen Fuss mit der schlesischen zu setzen. Neu war das Verlangen, dass das Getreide dem steigenden Marktpreise entsprechend von den Regimentern angenommen werde, sowie dass die überzähligen Compagnien Arnims, Hebrons, Contis und Montecuculis wiederum aus dem Lande geschafft würden.

Dem Statthalter mochte angesichts des grenzenlosen Elends, welches sich allerorten in der ihm anvertrauten Mark offenbarte, jeder Tag, um welchen sich etwa Friedlands günstiger Bescheid verspäten konnte, eine Ewigkeit erscheinen. Daher sandte er[3]) — Pfuel war kaum aus der Residenz fortgezogen — ein Schreiben an den Herzog selbst. Am Tage vor dem Jahresschluss verfasst, giebt es uns gleichsam die Gesamtsumme des Jammers, das Facit der brandenburgischen Geschichte des verfliessenden Jahres. Er-

[1]) Die Räte an den Kurfürsten; Relation vom 3. (13.) Dez. (St. A.).
[2]) Pfuels Memorial d. d. 9. (19.) Dezember (St. A.).
[3]) Sigismund an Wallenstein 20. (30.) Dezember (St. A.).

greifend tönt uns hier der Schmerzensschrei der geplagten Unterthanen entgegen, wie sie den Markgrafen „um des jüngsten Gerichts, um der Barmherzigkeit Gottes und ob des Leidens und Sterbens Christi willen“ beschwören, sie doch nicht hülflos und in Verzweiflung zu lassen. Wie eigenartig muss es uns berühren, wenn hier ein Hohenzoller an den Emporkömmling aus niederem czechischen Adel schreibt: wenn sich der Kurfürst wirklich so schwer vergangen habe — der Kaiser selbst beurteile ihn doch besser — so sei er nun wohl genug gestraft. Und Wallenstein! er benachrichtigt am 6. Januar Sigismund, da Mecklenburg und Pommern überlastet seien, so müsse die Mark noch „eine geringe Anzahl Volks“ aufnehmen; er werde, das hoffe er zuversichtlich, diesen Massnahmen nicht entgegen sein. Was Pfuel erreichte, war herzlich wenig,[1]) nur Montecuculi musste wegen seiner übermässigen Frechheit aus dem Lande; quer durch die Mark zog er im Februar plündernd nach Mitteldeutschland. Im übrigen setzte Friedland allen Bitten ein Achselzucken entgegen, oder gab Verheissungen, um sie späterhin nicht einzuhalten. Aus seinen Erwiderungen klingt als Grundton immer das Wort hervor, welches später der Kriegsgewaltige der französischen Revolution so leichtfertig auf den Lippen führte: das ist der Krieg.

Ja, es war der Krieg, Kriegszustand im Frieden, soweit nur kaiserliche Regimenter lagen. Die staatlichen Behörden wurden überall, und so auch in der Mark, ausser Kurs gesetzt; nicht genug, dass man sie nicht erst fragte, wenn neue Belastung dem Lande zugemutet ward, in ihren eigentlichen Funktionen, in der Landesverwaltung, wurden sie frech behindert. Wieder war es der biedere Arnim, der diese Art der Schikane ersann.

Im Dezember erteilte Markgraf Sigismund den Landreitern in der Ukermark den Befehl, gegen die säumigen Zahler der Defensionssteuer mit Zwangsvollstreckung vorzugehen; er entsprach damit einer ausdrücklichen Anordnung des Kurfürsten.[2]) Allein

---

[1]) Pfuels Gesandtschaftsbericht d. d. 4. (14.) Februar 1628; abgedruckt bei Gindely I, 353 ff.

[2]) Der Kurfürst an Sigismund d. d. 25. Oktober (4. November) (s. o); es standen 10000 Thaler von den Ständen aus, die sich allerdings wohl aus allerlei Steuerresten zusammensetzten; dafür sollten Rüstungen und dergl. beschafft werden.

Arnim untersagte die Execution mit der Begründung, die Verpflegung seiner Truppen könne durch diese Massregel beeinträchtigt werden. Es war vergeblich, dass Sigismund durch einen besonderen Gesandten, den Rat Balthasar Veit von Eimbeck, um Zurücknahme dieser Verfügung anhielt; höhnisch versetzte der Oberst, er habe nur ungern das Verbot erlassen, besorge jedoch, wenn Wallenstein von den Executionen höre, werde er die Mark stärker belegen und auch die Residenzen nicht verschonen. Diese Befürchtung war bei Arnim derart aufrichtig, dass er selbst den Herzog von den Steuereintreibungen in Kenntnis setzte und ihn bewog, beim Statthalter dringend um Einstellung aller Executionen bis nach dem Abzug des kaiserlichen Volkes zu ersuchen. Zwar hatte dieser nochmals[1]) seinen Standpunkt gewahrt und Arnim darauf verwiesen, dass es unerlaubt sei, die vom Landesfürsten anbefohlene Zwangseinziehung zu hindern; er musste aber eben nachgeben.

Durch das Verbot der executivischen Erhebung der rückständigen Steuern war der Staat vollends seiner Bewegungsfähigkeit beraubt. Neue Bewilligungen hatte man bei den Ständen nicht durchzusetzen vermocht, nun durfte man auch nicht die Restanten zur Zahlung anhalten. Der weitere Unterhalt der 900 Geworbenen war auch im Dezember zurückgewiesen; aber jetzt am wenigsten durfte man sie entlassen, wo der Feind sich im Lande festgesetzt hatte und gewisslich sich der ungedeckten Festungen sogleich bemächtigt hätte. Man mochte vielleicht an eine Anleihe denken! Allein der Versuch, Geld auf Credit zu bekommen, war bereits im Sommer von Sigismund gemacht, aber misslungen; wie viel weniger durfte man sich jetzt irgend einen Erfolg dabei versprechen.

Und endlich! es war nicht genug, dass das Land dem Rande des Verderbens nahe gebracht, dass die Staatsregierung geknebelt, zu einer Dienerin der kaiserlichen Soldateska herabgewürdigt war, aufs neue dachte man daran, an dem Bestand des gesamten Staatswesens zu rütteln. Warum nicht? Durfte es jetzt in Deutschland jemand wagen, Friedlands und des Kaisers Willen zu widerstehen, wo der letzte Vorkämpfer des Protestantismus vom Schauplatz verdrängt war, wo man alles Ernstes den Plan

[1]) d. d. 6. (16.) Januar 1628 (St. A.).

hatte erörtern können, den Kaiser zum Könige von Dänemark erwählen zu lassen? Was kümmerten jetzt Habsburg die Fürsten, um deren Bündnis man sich bisher angelegentlichst beworben? sie hatten ihre Arbeit gethan, Dank ward ihnen wenig gezollt. Ein Fahrensbeck hat in jenen Tagen des kecken Wortes sich verwogen,[1]) er achte des Reiches Kurfürsten nicht höher als den Bürgermeister von Beeskow. Und insonderheit die evangelischen Fürsten! „Der Sachse und der Brandenburger sind wie die Statisten, deren Namen auf der Bühne und im Stücke erwähnt werden, deren Stimme man indes nicht vernimmt“, urteilte damals ein pfälzischer Staatsmann.[2]) Wie viel besser stand aber auch hier noch Sachsen als Brandenburg! Seitdem der Türke und so auch Bethlen endgültig ihren Frieden mit dem Kaiser gemacht, war Brandenburgs schwacher Kurfürst ungefährlich; man durfte ihn ungestraft beleidigen. Als jener Zeit Georg Wilhelm sich bei Ferdinand um die Erhaltung der mecklenburgischen Herzöge verwandte, liess sich Wallenstein zornig aus: „Will der Herr Kurfürst noch für andere intercediren; er sollte froh sein, wenn er sein eigenes Land behält.“ [3]) Und in Wahrheit schien hinter dieser Drohung etwas zu stecken. Allerlei Gerüchte wussten zu berichten, dass eine Zersplitterung der Kurlande geplant werde. Das eine Mal verlautete,[4]) dem kaiserlichen Obersten Johann Georg von Brandenburg sei die Neumark zugedacht. Dann wieder wurde versichert, der Kaiser habe an Aldringen das Stift Havelberg versprochen.[5]) Kursachsen schrieb,[6]) wie man höre, sollten Collaltos Verdienste durch Verleihung der Grafschaft Ruppin belohnt werden. Die Verschiedenartigkeit und Bestimmtheit dieser Alarmbotschaften lässt doch wohl den Schluss zu, dass wirklich in Wien derartige Fragen in Erwägung gezogen wurden.

[1]) vgl. v. Raumer: Wallensteins Auftreten . . . St. 281.

[2]) Rusdorff an Axel Oxenstiern d. d. Haag 13. Dezember 1627 in den: Mémoires et négotiations secrets de Mr. de Rusdorf II., 459.

[3]) Raumer a. a. O.

[4]) Ebenda.

[5]) Relation der Räte an den Kurfürsten d. d. 24. Dezember 1627 (3. Januar 1628) (St. A.).

[6]) d. d. Torgau 28. Februar 1628 (10. März) (St. A.).

Gleichzeitig und noch bedrohlicher erhob sich ein Unwetter über das Herzogtum Preussen; man wollte es dem Hause Brandenburg entreissen. Arnim, der treulose Vasall des Kurfürsten, entwarf den Plan dazu: starke Truppenmassen, man sprach von 40 000 Mann, sollten von Pommern aus dorthin abgesandt werden, um „den Schwed" nieder zu werfen und durch seine Demütigung den Kaiser auch zum Herren des baltischen Meeres zu machen. Friedland, dem Arnim seine Gedanken mitteilte, ging freudig darauf ein. Er wolle, so erwiderte er ihm,[1]) den König von Polen veranlassen, dass er dem Kurfürsten jenen Vorschlag „mit Bedrohung" unterbreite. Ob dieser also wollte oder nicht, auch Preussen sollte von den kaiserlichen Truppen „gerettet" werden. An Arnim erteilte Wallenstein den Rat, mit dem Markgrafen Sigismund Verhandlungen über die Besetzung des Herzogtums anzuknüpfen; ob er ihn befolgt hat, weiss ich nicht zu sagen. Doch hatte der General anscheinend bereits früher dem Statthalter seine Absicht, sich demnächst gegen die Schweden zu wenden, angedeutet. An jenem Tage in Bernau, wo Sigismund vergeblich die Befreiung der Mark von der Wintereinquartierung erbat, hat er ihm verraten, dass der Oberst Arnim Befehl habe, mit 20 000 Mann bis nach Hinterpommern auf Danzig zu sein Winterlager zu nehmen. Dort solle er weitere Anordnungen abwarten. Die Gefahr, welche darin für Preussen lag, leuchtete den Geheimen Räten sogleich ein: „Es scheint", schreiben sie an den Kurfürsten,[2]) „samt wollte aus dem Herzogtum Preussen hinwieder ein Hochmeistertum gemachet werden."

Die Acten des Jahres 1627 wissen des genaueren über das dem Herzogtum bevorstehende Schicksal nicht zu berichten, aber die Kunde, dass eine Veränderung im Werke sei, drang auch in die Oeffentlichkeit hinaus. Allerlei Mutmassungen tauchten da auf:[3]) als der Kaiser die Herzöge von Mecklenburg ihrer Länder verlustig erklärte, sollte er sie dem Kurfürsten von Brandenburg angeboten

---

[1]) d. d. Lissa, 21. Dezember (Förster 101).

[2]) Relation an den Kurfürsten d. d. 10. (20.) November (St. A.)

[3]) Preussische und Brandenburgische Staatshistorie (Leipzig und Stendal 1710), Band I., 147/148; über Mecklenburg auch Jahn, St. 373 nach Franke: Mecklenburgische Geschichte XIII, 3,32.

und dafür Preussen begehrt haben. Andere erzählten, Ferdinand habe lediglich Pillau gefordert und an seiner Statt „ganz Schlesien“ verheissen. Selbstverständlich ist dies falsch, aber es zeigt uns, dass auch im Volke die Bedeutung Preussens für Oesterreich, und dessen Entschluss, seine Pläne mit allen Mitteln durchzuführen, richtig erfasst und lebhaft besprochen wurde. Wir gehen schwerlich fehl mit der Annahme, dass dem unerwarteten Widerstande, dem das kaiserliche Heer vor den Wällen Stralsunds begegnete, die Erhaltung des Herzogtums Preussen als hohenzollernscher Lande zum guten Teile zu danken ist. Im Jahre 1629 endete der Waffenstillstand zwischen Schweden und Polen die günstige Gelegenheit zu einer Occupation des Herzogtums, und bald sah Habsburg unter den Schlägen des nordischen Königs seine eigene Macht erbeben.

Die schwerste Gefahr für das Regiment der Hohenzollern war das Jahr 1627, bedrohlicher selbst als später die Jahre 1806 und 1807. Freilich folgten noch gerade jetzt Jahre furchtbarster Bedrängnis und Not im Innern; allein der politische Bestand der Territorien und die Dynastie blieben unangetastet.

VI. Brandenburgs Stellung zum Mühlhauser Kurfürstentag.

Wir behandeln an letzter Stelle einen Abschnitt der Ereignisse des Jahres 1627, welcher nach Zeit und Inhalt sich nicht gut in den Rahmen der bisherigen Darstellung einfügen liess: zeitlich nicht, weil er weit hinübergreift in jede der fünf oben unterschiedenen Perioden, und auch nicht inhaltlich, weil er die Geschichte Brandenburgs nicht so als diejenige eines Territoriums betrifft, wie als die eines Gliedes des römisch-deutschen Reiches. Es handelt sich um die Stellungnahme Brandenburgs zum Kurfürstentage von Mühlhausen.

Im Februar 1627 hatte Kaiser Ferdinand die beteiligten Stände des Reiches für den 1. Juni zu einem Deputationstage nach Nürnberg eingeladen. Man wollte dort, so hiess es in dem Patent, über die Frage beratschlagen, wie im Reiche der Friede wiederzugewinnen und das Vertrauen der Stände unter einander herzustellen sei. Das war gewiss ein schönes Ziel, nachdem acht Jahre der Krieg gewütet hatte, allein man hatte sich diesen Bestrebungen gegenüber an eine pessimistische Auffassung gewöhnt. Zweimal schon war im Verlaufe der gegenwärtigen Wirren vom Kaiser ein Deputationstag angesetzt worden, aber zu beiden Malen war er nicht zu stande gekommen. Kein Wunder, wenn man nun auch an dem Fortgange des dritten Tages Zweifel hegte und wenn die brandenburgischen Geheimen Räte bereits im April dem Kurfürsten ihre Meinung kundgaben[1]), er werde so in Nichts zerrinnen wie seine Vorgänger.

---

[1]) Die Räte an den Kurfürsten d. d. 30. März (9. April) 1627. (St. A.).

Sie waren mit einer derartigen Aussicht gar nicht unzufrieden. Ein Deputationstag, erklären sie[1]), wäre immer ein gefährliches Ding für die Evangelischen, da den vierzehn römischen nur sechs protestantische Vota entgegenstünden. So lange kein exaequatio deputatorum erfolgt sei, bleibe man der unterdrückte Teil; ob es freilich jetzt an der Zeit sei, die so häufig ausgesprochene Forderung auf Gleichstellung mit den Katholischen zu erneuern, das müsse doch reiflich erwogen werden. Jedesfalls sei man nicht sicher, ob die Päpstlichen, wenn sie die Rückführung des „alten Vertrauens" proclamierten, nicht in Wirklichkeit die Einheit der Religion und also Ausrottung des Evangeliums erstrebten. Kurz, ihres Erachtens sei der Vorschlag auf Abhaltung eines Deputationstages zwar mit dem schönen Namen des Friedens überzuckert, indessen verdecke dieser nur „das schädlichste venenum."

Auch finanzielle Schwierigkeiten für die Beschickung der Versammlung von brandenburgischer Seite kündigten die Räte bereits dem Kurfürsten an. Die Mark wäre nicht in der Lage, zu den Kosten etwas beizusteuern; denn es schiene ihnen selbst unglaublich, „dass, wenn gleich alle Beutel der Einwohnenden in der Mark durchsucht würden, dass darinnen 100 000 Thaler species gefunden werden sollten." [2])

Ihre Erwartung, dass auch aus diesem Deputationstage schliesslich nichts werden möchte, trog die Cöllner Räte nicht. Ein Monat verging nach dem anderen, es wurde ganz still von ihm. Da entschloss sich der Erzbischof von Mainz, bei seinen Mitkurfürsten einen Collegialtag anzuregen[3]), wo man endlich einmal dem Gedanken an Frieden energisch näher träte. Der Kaiser hatte die Wünsche der katholischen Kurfürsten, welche ihm jüngsthin aus Anlass des Würzburger Ligatages[4]) ausgesprochen waren, unberücksichtigt gelassen, jetzt suchten diese die Verbindung mit ihren protestantischen Collegen, um vereint der

---

[1]) Die Räte an den Kurfürsten d. d. 30. März (19. April) 1627. (St. A.).
[2]) Ebenda.
[3]) d. d. 17. Mai, Kurmainz an Brandenburg (St. A.).
[4]) Im Februar 1627.

Allmacht Oesterreichs und den Uebergriffen seiner Heere besser die Spitze bieten zu können.

Als man in Cölln von dem Plane eines Kurfürstenconventes Nachricht erhielt, war man auch hiermit wenig einverstanden, und erging sich in allerlei Bedenklichkeiten. Wenn nur Gesandte dorthin abgeordnet würden, meinen die Räte,[1] so werde der Tag wenig Nutzen schaffen; sollten jedoch die Kurfürsten selbst ihn besuchen, so wäre das für sie nicht ungefährlich. Wie leicht könnte es geschehen, dass jemand, der gern „auf Kaisers Pantoffeln ginge," sich unversehens mit Kriegsmacht nähere und den versammelten Kurfürsten ihre Stimmen für die Wahl eines römischen Königs abzwinge. Käme es endlich auch ungehindert zu einem Beschluss, bei den schlimmen Zeiten immerhin fraglich, so müsse von dem Convent eine Gesandtschaft an den Kaiser geschickt werden, um ihm das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen. Da dieser nun allem Anschein nach der Zusammenkunft nicht wohlwollend gegenüber stehe, so brauche er nur die Abgesandten hinlänglich warten zu lassen, bis er sie höre und abfertige, und schliesslich ein Decret publicieren, das weder warm noch kalt sei; dann wäre alle Mühe vergeblich gewesen. Um Habsburgs Tücke willen also versprechen sich die Räte keinen Erfolg von einem Kurfürstentage; dennoch wagen sie nicht, ihrem Herren geradezu eine ablehnende Haltung gegen den Vorschlag des Mainzers anzuraten, weil ihm dies Vorwürfe seitens der übrigen Kurfürsten eintragen könnte; sie stellen vielmehr ihr Gutachten dahin, man müsse sich mit Sachsen ins Einvernehmen setzen, und hinsichtlich der Notwendigkeit des Tages dem Urteil aller anderen Mitglieder des Kurcollegiums beitreten.

Nun war grade Johann Georg von Sachsen, dessen Stellungnahme auch die Räte in erster Linie berücksichtigt wissen wollten, der eifrigste Förderer der Verwirklichung des Conventes. Er suchte daher sogleich, nachdem das Ausschreiben des Erzkanzlers erschienen, seinen brandenburgischen Nachbar von der Zweckmässigkeit des Tages zu überzeugen. Er schrieb ihm,[2]) dass

[1]) Die Räte an den Kurfürsten 23. Mai (2. Juni) (St. A.).
[2]) Johann Georg an Georg Wilhelm 17. (27.) Mai (St. A.).

derselbe nach des Erzbischofs Meinung lediglich freundschaftlicher Aussprache dienen solle, und dass man nicht gesonnen sei, die Minderheit durch Majoritätsbeschlüsse zu meistern. Zugleich werde der Convent eine wünschenswerte Vorbereitung für einen künftigen Deputationstag sein.

Auch Georg Wilhelm glaubte, dass eine Versammlung der Kurfürsten der Sache des Friedens nützen und seinen eigenen bedrängten Landen zu gute kommen werde, und gab daher, allerdings auffallend spät,[1]) dem Mainzer die Versicherung, dass er den Convent gern sähe und wenn möglich persönlich auf ihm erscheinen werde; sollten jedoch die Zustände in Preussen ein Verlassen des Herzogtums nicht erlauben, oder sollte der Ort der Conferenzen gar zu entlegen sein, so werde er sich durch Gesandte vertreten lassen.

Vorher bereits hatten die übrigen Kurfürsten dem Erzbischof ihre Geneigtheit, der Einladung folge zu leisten, kundgethan, und von diesem war daraufhin am 12. Juli der Collegialtag auf den 13. September nach dem thüringischen Mühlhausen einberufen. Diese Benachrichtigung langte in Cölln am 22. Juli an. Ungesäumt beförderten die Räte das mainzische Schreiben an den Kurfürsten; denn die Zeit bis zum Beginne der Tagung war an sich so knapp bemessen, dass kaum Bericht nach Preussen gehen und die kurfürstliche Resolution von dort zurückkommen konnte, insonderheit weil der Postverkehr allerlei Belästigungen durch polnische Truppen ausgesetzt war.

In der Begleitrelation, welche sie dem Ausschreiben des Kurerzkanzlers beilegten, suchen Pruckmann und Striepe den Kurfürsten vor allem von einer persönlichen Teilnahme an der Zusammenkunft abzubringen. Entscheidend ist jetzt für sie der Geldpunkt. Wenn der Kurfürst selbst nach Mühlhausen zöge, so würde man — die Räte weisen darauf „mit allem unterthänigsten Respect“ hin — die Zehrungskosten auf 100 000 Thaler veranschlagen müssen. Sie könnten nur wiederholen, dass die Kurlande ausser stande seien, einen Beitrag hierfür zu liefern. Ja, wenn selbst nur eine Gesandtschaft abginge, die etwa 12 000 Thaler beanspruchen möchte,

[1]) d. d. 18. (28.) Juni (St. A.).

dürfte die Mark nicht in Frage kommen; vermöchte sie doch nicht einmal die eigenen neun Compagnien zu unterhalten, weil Kaiserliche und Dänen alles Geld für sich nähmen.

In einer weiteren Relation vom 2. August[1]) betonen die Räte abermals, dass es bei dem stetig sich verschlimmernden Zustand des Landes völlig ausgeschlossen sei, dass die Mark zu den Kosten des Mühlhauser Tages auch nur ein Weniges beisteuere, und eine dritte Relation vom 16. August[2]) enthält die gleiche Versicherung. Bis zu diesem Tage war man in Cölln ohne Nachricht, ob der Kurfürst bei der geplanten Reise zum Convent beharre, ob er und durch wen er sich vertreten lassen wolle, oder was er sonst zu thun gedenke; seit vier Wochen hatte man keine Resolution aus Preussen bekommen.

Pruckmann, gleichzeitig durch körperliches Leiden hart mitgenommen, war durch das Stillschweigen seines Gebieters aufs höchste beunruhigt. Es ginge bei der Lage der Dinge unmöglich an, schreibt er ihm in ängstlicher Besorgnis[3]), dass weder der Kurfürst sich persönlich nach Mühlhausen begäbe, noch auch Bevollmächtigte ihn verträten. Das würde ein Vorgehen sein, meint er, „davor wir erschrecken, wenn wir daran gedenken“; man müsste jemanden schicken, der das Ausbleiben des Kurfürsten und seiner Stellvertreter bei den Mitgliedern des Collegiums entschuldige, oder zum mindesten wollten sie, die Räte, nach Mühlhausen schreiben, dass man seit langem ohne Bescheid aus Preussen geblieben sei, weil die Posten von den kriegführenden Parteien angehalten würden.

Die in Cölln so schwer vermisste Entscheidung über die Art, wie man sich am Kurfürstentag beteiligen solle, war jedoch währenddessen am preussischen Hofe bereits gefallen.

Durch die Einwendungen seiner brandenburgischen Räte wohl nicht weniger als durch das erneute siegreiche Vordringen Gustaf Adolfs dazu bewogen, war Georg Wilhelm von dem Gedanken, selbst der Mühlhauser Zusammenkunft beizuwohnen, zurückgekommen. Er hatte seine Verhinderung am 7 August

---

[1]) u. [2]) Die Concepte im St. A.

[3]) Aus der Relation vom 16. August.

unter Darlegung des unabweislichen Zwanges dem Erzbischof von Mainz mitgeteilt, und unter dem gleichen Datum auch die Cöllner Räte von seinem Entschlusse in Kenntnis gesetzt. In den folgenden Tagen entwarf der Kurfürst eigenhändig die Instruction für seine Vertreter auf den Collegialtag, an deren Spitze Graf Schwarzenberg nach Mühlhausen gehen sollte. Diese Instruction scheint nicht mehr vorhanden zu sein, so dass wir nur aus gelegentlichen Hinweisen von ihrem Inhalt erfahren. Sich nach Möglichkeit dem Gutachten der übrigen Kurfürsten anzupassen und vornehmlich stets Verständigung mit Sachsen zu suchen, das muss Georg Wilhelm als leitenden Gesichtspunkt aufgestellt haben. Daneben befahl er den Gesandten, soviel in ihren Kräften stehe, sich des vertriebenen Böhmenkönigs Friedrich anzunehmen.

Auch die Cöllner Geheimen Räte haben damals einen umfassenden und äusserst gründlichen Instructionsentwurf nach Preussen übersandt, dessen erster Teil der Relation vom 2. August, die Fortsetzung und der Schluss aber der Relation vom 16. August beigelegt waren. Eine Berücksichtigung auch nur jenes ersten Teiles war indessen dem Kurfürsten aus dem einfachen Grunde unmöglich, weil er erst nach Abfassung der kurfürstlichen Immediat-Instruction eingeliefert wurde. Dies geschah in Rominten am 15. August. Der Entwurf wurde unverändert, doch unter Beifügung einer kurzen Kritik seitens des Kurfürsten, Schwarzenberg zugeschickt, mit der Anordnung, sich seiner zu bedienen, soweit er den dem Grafen bekannten Grundsätzen und Weisungen des Kurfürsten nicht widerstritte.

Dem Anschein nach hatte Schwarzenberg seine Reise nach Mühlhausen am 13. oder 14. August angetreten. Wie sehr man schliesslich mit seinem Aufbruch geeilt, erhellt daraus, dass der Graf vom Kurfürsten zahlreiche unterschriebene Blanketts [1]) mit sich führte, auf welche in Cölln die Beglaubigungsschreiben der Gesandten einzutragen waren. Immerhin gelangte der Minister, weil er, um nicht den Schweden in die Hände zu fallen, einen weiten Umweg über Johannisburg nehmen musste, und auch noch Auf-

[1]) Allerdings spielte der Blankettunfug bei Georg Wilhelm auch sonst eine grosse Rolle.

träge des Kurfürsten an den Polenkönig auszurichten hatte, erst am 26. August in Küstrin an.

Hier fand sich mancherlei für ihn zu regeln. Ursprünglich hatte Georg Wilhelm den Landvogt und Comthur von Schievelbein, Georg von Winterfeldt, sodann Sigismund von Götz, und den Rath bei der neumärkischen Kammer Dr. Henseler, für die Gesandtschaft nach Mühlhausen in Aussicht genommen, während Schwarzenberg in Preussen hatte verbleiben sollen. Da nunmehr doch Schwarzenberg zum „caput legationis“ ernannt war, wurde der Landvogt abkömmlich. In Küstrin aber bat jetzt auch Dr. Henseler zurückgelassen zu werden, und die neumärkische Regierung unterstützte sein Gesuch, da sie ohne ihn ihre Geschäfte unmöglich bewältigen könne. Schwarzenberg verfügte darauf, dass entweder der Frankfurter Jurist Dr. Polemius oder Dr. Fritze in Berlin für Henseler einträten. Sigismund von Götz, der wohl noch immer auf seinem uckermärkischen Amte weilte, mussten auf des Grafen Weisung die Cöllner Räte benachrichtigen, dass er sich zur Reise nach Mühlhausen bereit halte. Höchlichst willkommen ist diesen gewiss die Mitteilung gewesen, welche ihnen Schwarzenberg ebenfalls aus Küstrin zugehen liess, dass er zu den Gesandtschaftskosten selbst die Mittel zu finden hoffe. Nur Dr. Henseler hatte 1500 Thaler mitnehmen sollen, während der Rest offenbar von Schwarzenberg in Preussen beschafft war.

Am 28. August gedachte der Graf in Berlin einzutreffen; aber erst am 10. September war alles so weit geordnet, dass die Gesandtschaft in der Frühe dieses Tages ihre Reise antreten konnte. Dr. Fritze zog als dritter neben Schwarzenberg und Götz mit; insgesamt aber bestand die Gesandtschaft aus 74 Personen mit 72 Pferden — der Voranschlag des Kurfürsten hatte 77 Personen mit 61 Pferden angenommen. Fast wie ein Fürst zog Schwarzenberg auf: acht adlige Junker begleiteten ihn, sechs Lakaien waren nur für seine Bedienung da. Götz durfte einen Schreiber, einen Edelknaben, einen Kammerdiener und zwei Kutscher nebst sechs Pferden mit sich führen. Dazu kamen dann ein Einkäufer, Mundkoch, Mundschenk, Silberdiener und viele Bediente für die einzelnen Wagen und Kutschen.

Die Abgesandten nahmen ihren Weg über Saarmund, Treuen-

briezen, Wittenberg, Bitterfeld, Halle und Querfurt. Zu dem für die Eröffnung des Conventes festgesetzten Termin, den 13. September, konnten sie Mühlhausen nicht erreichen, haben vielmehr schon starke Tagereisen gemacht, wenn sie am 17ten nachmittags an ihrem Bestimmungsorte anlangten. Als sie ihr Quartier in der Wahlgasse aufgesucht hatten — der Reichsmarschall von Pappenheim hatte vorher für das Unterkommen der einzelnen Legationen gesorgt — erfuhren sie, dass von den Kurfürsten noch nicht einer anwesend sei, warum, wusste niemand zu sagen.

Erst etliche Tage danach erklärte sich dies. Am 3. September nämlich hatte der Mainzer plötzlich den Tag abgesagt, mit der Begründung, er wolle, da ausser Brandenburg auch Köln und Bayern ihr persönliches Erscheinen abgelehnt hätten, diese Kurfürsten nochmals um höchsteigene Beteiligung ersuchen. Als dieses Schreiben des Kurerzkanzlers am 16. September in Cölln eintraf, waren die brandenburgischen Gesandten nicht mehr zurückzurufen. Allerlei Vermutungen wurden nun laut ob der unerhört späten Absage der Zusammenkunft.[1]) Die einen wiederholten ihre Behauptung, der Kaiser wünsche den Convent nicht, andere wollten wissen, dass Maximilian von Bayern gestorben sei. Die Räte dünkt es am wahrscheinlichsten, dass der Kaiser einen Reichstag zu berufen vorhabe; der bringe ihm wenigstens etwas ein, da ja dort beinahe immer eine neue Steuer beschlossen würde.

Mittlerweile hatte jedoch die Frage nach dem Zustandekommen des Collegialtages durch das Eingreifen Johann Georgs von Sachsen wiederum eine günstigere Wendung genommen. Der Kurfürst hatte sich in der Absicht, zu dem angesetzten Eröffnungstermin in Mühlhausen zu sein, frühzeitig auf den Weg dorthin gemacht. Er war bereits seit mehreren Tagen in Langensalza eingetroffen, als ihm das Schreiben des Erzbischofs vom 3. September zugestellt wurde. Er beantwortete es umgehend und stellte dem Mainzer vor,[2]) wie seine Massregel den Anschein erwecken müsse, als sei selbst die Veranstaltung von Kurfürstentagen zur Posse herabgesunken. Obwohl er anfänglich auf der Stelle habe

[1]) Die Räte an den Kurfürsten d. d. 10. (20.) September (St. A.).
[2]) d. d. Langensalza 6. (16.) September (St. A.).

umkehren wollen, so werde er doch im Interesse der Sache bis zum Michaelistage alten Stils, somit bis zum 9. October auf den Zusammentritt des Conventes warten. Sachsens Vorstellungen wirkten: am 19. September bestimmte der Kurfürst von Mainz den 9. October zur Eröffnung der Versammlung.

Die brandenburgischen Vertreter mochten sich bis dahin die Zeit vertreiben, so gut oder schlecht es eben ging. Für den 20. September abends waren sie von Johann Georg zu einer Rücksprache nach Langensalza gebeten worden, die folgenden Wochen brachten schon viele Besuche mit sich, die man bald von den zum Convent herbeigeeilten Abgeordneten von Fürsten und Reichsstädten empfing, bald ihnen zu erwidern hatte. Obwohl Schwarzenberg versprochen, selbst die für die brandenburgische Gesandtschaft erforderlichen Mittel zu beschaffen, musste er doch schon kurz nach dem Beginn der Mission den märkischen Landrentmeister um Ueberweisung von 2000 Thalern angehen; ebenso befahl er der Amtskammer, 32 Ochsen und 200—300 Schafe nach Mühlhausen zu schicken, weil daselbst der Lebensunterhalt sehr teuer wäre. In wohlüberlegter Sparsamkeit hatte man zwar bereits acht Tage vor dem Aufbruch der Gesandten 20 Stück Rindvieh und 100 Schafe nach Mühlhausen vorausgesandt, dieselben waren aber bei deren Ankunft noch nicht einpassiert.[1])

Auch der 9. October konnte nicht als Eröffnungstag der hohen Versammlung festgehalten werden; der Kurfürst von Mainz selbst langte erst am 13ten nachmittags in Mühlhausen an.[2]) Am folgenden Tage liessen die brandenburgischen Vertreter durch den Secretär Taschenberg dem erzbischöflichen Kanzler von Metternich ihr Beglaubigungsschreiben und ihre Vollmachten übermitteln und zugleich bitten, ihnen eine Stunde zu bezeichnen, wo der Kurfürst sie empfangen wolle. Am 15ten kurz vor 3 Uhr liess Mainz die Gesandten zur Audienz befehlen. Von dem Marschall

---

[1]) Die Räte an den Kurfürsten 17. (27.) September (St. A.).

[2]) Die ganze folgende Darstellung beruht zum grössten Teil auf den drei Berichten der Gesandten d. d. 11. (21.) Oktober, 25. Oktober (4. November), 5. (15.) November, bezw. dem von Götz geführten „Diarium“ der Gesandtschaft. (Sämtlich im St. A.).

eingeführt, brachten sie ihre Proposition an, richteten die Grüsse ihres Herren aus und führten der Länge und Breite aus, wie bereitwillig derselbe gewesen, die Zusammenkunft in Person zu besuchen, durch die schwedischen Unruhen aber an der Durchführung seines Planes behindert worden sei. Nach einer höflichen, allein wenig sagenden Erwiderung seitens des mainzischen Kanzlers wurden sie entlassen. Unangenehm berührt hatte es sie bei dem Empfange, dass der Erzbischof, dem Brauche zuwider, nach dem Vortrag der Curialien seinen Hut aufsetzte; kurz entschlossen hatten sich jedoch die Gesandten gleichfalls bedeckt.

Von dem Absteigequartier des Mainzers fuhren die Gesandten zum Kurfürsten von Sachsen, welcher Tags zuvor seinen Aufenthalt von Langensalza nach Mühlhausen verlegt hatte. Johann Georg behielt während der ganzen Dauer der Audienz den Hut in der Hand, und auch die Antwort, die in seinem Namen der Kanzler von Schönberg erteilte, gefiel den Brandenburgern bei weitem besser als die mainzische, zumal der Kanzler hierbei zum ersten Male dem Kurfürsten Georg Wilhelm das neue Prädicat „Durchläuchtigkeit“ gab.

Inzwischen waren endlich auch die Vertreter der übrigen Kurfürsten — persönlich erschienen waren nur Mainz und Sachsen — in Mühlhausen eingetroffen. Am 17. October wurden daher die Gesandten benachrichtigt, dass am nächsten Morgen um 8 Uhr der Collegialtag seine Beratungen beginnen werde. Die Vertretung der brandenburgischen Stimme übernahm Sigismund von Götz.

Der Instructionsentwurf der Cöllner Räte vom 2. August hatte die märkischen Vertreter anweisen wollen, vor Eröffnung der Besprechungen noch einmal die Stellung Brandenburgs zur Reception des Bayern klarzustellen. Sie sollten betonen, dass man die bayrische Kur nur mit gewissem Vorbehalt anerkannt habe, und nach wie vor nicht gemeint sei, die früheren Bedenken aufzugeben. Georg Wilhelm hatte indes angestanden, diesem Vorschlag seine Zustimmung zu erteilen. In dem Begleitwort, mit welchem er den Entwurf Schwarzenberg übersandte, beruft er sich darauf, dass Brandenburg den Bayern unter den gleichen Bedingungen „angenommen“ habe wie Sachsen; deshalb will er,

dass seine Gesandten sich in Mühlhausen mit Sachsen über eine etwaige Erklärung einigen. Dies ist nun geschehen. Sachsen hat in der That, ehe man am 18. October in die Verhandlungen eintrat, eine freilich verhüllte Declaration gegen Bayern abgegeben. Nach der Goldenen Bulle, erläuterte der Kanzler von Schönberg, sei nicht Bayern, sondern der Pfalzgraf Kurfürst; dem solle man dadurch Rechnung tragen, dass man den Titel Kurfürst abwechselnd bald vom Pfälzer, bald vom Bayernherzog gebrauche. Seltsamerweise befand es Brandenburg nicht einmal für nötig, sich dieser sächsischen Erklärung ausdrücklich anzuschliessen.

Der erste Tag der Zusammenkunft bot im übrigen nichts Bemerkenswertes. Am 20. October versammelte man sich zur zweiten Sitzung. Kursachsen sprach hier zweimal, zuerst zurückhaltender, dann aber in ungemein scharfer Weise über das Kriegsunwesen. Der Kurfürst forderte am Schlusse, dass sich sämtliche Stände zusammenthäten und ihre Unterthanen gegen weitere Gewalt schützten. Man dürfe nicht ruhig zusehen, wenn der Kaiser despectiert und die Kurfürsten verachtet und bedroht würden; es handele sich dabei keineswegs um Offension gegen den Kaiser sondern gerade um Defension der „Reputation und Hoheit“ desselben, um „des kurfürstlichen Collegii Präeminenz, auch ihrer Lande und Leute Erhaltung.“

Brandenburg war nur den früheren, weniger schroffen Auslassungen des Sachsen beigetreten, nach dessen zweiter geharnischten Rede war es vorsichtig genug zu schweigen.

In den folgenden Konferenzen vom 21sten und 23sten kamen minder wichtige Dinge zur Verhandlung; wir heben nur hervor, dass Götz mit Nachdruck für die Erteilung von Geleitsbriefen an einen englischen und dänischen Gesandten eintrat, weil durch ihre Vernehmung die Friedenshandlung gefördert werden könne, dass aber sein Antrag aufden Widerstand der übrigen Kurfürsten stiess.

Bedeutsamer gestalteten sich die Besprechungen, als für den 25. October die Erörterung über die Mittel, wie der Friede wiederzugewinnen sei, auf der Tagesordnung stund. Im Handumdrehen war man bei der pfälzischen Frage angelangt, und in ihr war ein Zankapfel in die Mitte des Kurcollegiums geworfen.

Die Katholischen verlangten unbedingte Unterwerfung des Pfalzgrafen unter den Kaiser, Verzicht auf die „im heil. Reiche unzugelassene Neuerung in der Religion," also Aufgabe seines calvinischen Bekenntnisses, Erstattung sämtlicher Kriegskosten und alles Schadens an den Kaiser. Solchen unannehmbaren Bedingungen gegenüber hielt es aber Sachsen am Platze, lieber die ganze pfälzische Streitfrage bei Seite zu schieben; Johann Georg erklärte also, dass man mit dem Böhmenkönig überhaupt so lange nicht verhandeln dürfe, als nicht der Kaiser die Erlaubnis zu dem Verkehr mit dem Geächteten erteilt, und so lange dieser nicht selbst um die Vermittlung der Kurfürsten nachgesucht habe.

Brandenburg kam in eine üble Lage: man sollte nach Möglichkeit für den Pfalzgrafen eintreten, und sah sogleich auf den ersten Blick, wie feindselig die Versammlung ihm gegenüber stünde. Gutes für seine Sache war hier nicht auszurichten. Götz schloss sich deshalb dem sächsischen Votum an, dass von Verhandlungen mit dem Pfälzer abzuraten sei; was die Katholischen vorgeschlagen, könne er nicht als „media" pacis betrachten, sondern nur als „extrema."

Indessen wollte sich der Kurerzkanzler mit der sächsisch-brandenburgischen Erklärung nicht zufrieden geben; er konnte nicht von der pfälzischen Sache loskommen. Sachsen und Brandenburg, meinte er, möchten nun media pacis vortragen, wie sie sie sich dächten. Da jedoch Götz bat, diese Auseinandersetzungen auf die folgende Conferenz zu verschieben, so schloss Mainz die Sitzung für diesen Tag.

Am 27. October vormittags wurden Götz und Fritze zu den sächsischen Räten gebeten. Als sie dort vorsprachen, stellte ihnen Schönberg vor, welch schlimme Folgen der Zwist haben könnte, der wegen der Pfalz zwischen Katholischen und Evangelischen sich erhoben hätte. Von Sachsen sei deshalb bei Mainz eine Conferenz der beiderseitigen Räte angeregt worden; der Erzbischof sei einverstanden gewesen und die erste Sitzung habe bereits stattgefunden. Jetzt sei ihnen indes von mainzischer Seite ein Schriftstück: „Media, auf welch Ihr Kay. May. dem Reich den Frieden verwilligen können, nach Rat des heiligen Reichs Churfürsten," zur Begutachtung zugestellt worden. Der sächsische

Kurfürst habe sich darauf schon Punkt für Punkt erklärt, und bäte, auch die brandenburgischen Declarationen sogleich zu Papier zu bringen.

Der kurmainzische Entwurf der „Media" bemühte sich allerdings, die bisherige Schroffheit in der katholischen Auffassung der pfälzischen Frage zu mildern, verfocht aber dennoch den absoluten Uebergang der pfälzischen Kur an Bayern, und wollte König Friedrichs Erben ihre Rechte nur auf den Fall wahren, dass die bayrische Linie ausstarb. Die brandenburgischen Bevollmächtigten waren jedoch durchaus nicht geneigt, die Zugeständnisse ihres Kurfürsten an Dohna zu erweitern. Schwarzenberg schrieb seinen Mitgesandten[1]), er sei gegen eine „Extension der bayrischen Succession an der Kur". Er sähe gar nicht ein, was Brandenburg dadurch gewönne, „dass wir so seher eilen und S. Churf. Dchlt. (Bayerns!) Hause ein mehreres attribuiren sollen;" wenn man den Vorteil, welchen der Kaiser, das Reich, oder Brandenburg und Sachsen von einer Kräftigung Bayerns hätten, würde aufzeigen können, möchte man sie schon zugestehen; sonst wolle man es „beim vorigen lassen."

Mittags zwei Uhr traten Fritze und Götz wiederum in die kursächsischen Kanzlei ein, um das brandenburgische Gutachten zu überbringen. Sie ersuchten eindringlich darum, dass Sachsen nichts gewähre, was den Kindern des Pfalzgrafen präjudicierlich wäre, weil sie unschuldig und überdies durch einen Verzicht des Vaters nicht gebunden seien. Da der mainzische Vermittlungsvorschlag dem Kaiser anheimstellte, dem reuigen Pfälzer einen Teil seiner Länder zurückzugeben, so beantragten die Brandenburger, diejenigen Gebiete zu benennen, welche ihm wiederzuerstatten seien, und ihm ferner freizustellen, ob er den Rest durch Geld einlösen wolle.

Die sächsischen Räte entgegneten, dass auch ihr Herr hoffe, die Rechte der pfalzgräflichen Erben zu schützen, dass er aber

---

[1]) Dieses Gutachten Schwarzenbergs, an Götz und Fritze adressiert, ist in den Acten des Kön. Staatsarchivs zu Berlin den Verhandlungen mit Dohna aus dem Mai des Jahres beigelegt worden. Es unterliegt indes keinem Zweifel, dass es in Mühlhausen am Mittag des 27. Oktober abgefasst ist.

nicht wisse, wie man seine Versuche von katholischer Seite aufnehmen werde. Die Brandenburger könnten immer mit Reputation nach Hause ziehen; da der Kurfürst aber in Person erschienen sei, müsse er auf alle Weise etwas auszurichten suchen. Die Entscheidung, was dem Pfälzer etwa zurückzugeben sei, stehe übrigens allein in des Kaisers Hand.

Auf Schwarzenbergs besonderen Befehl erläuterten die märkischen Bevollmächtigten nunmehr die Lage des Herzogtums Preussen. Bereits in der letzten Collegialsitzung hatten sie die Notwendigkeit darzulegen gesucht, dass auch Schweden in den künftigen Frieden einbezogen werde; jetzt suchten sie Sachsen zur Parteinahme für ihren Vorschlag zu bestimmen. Wenig geschickt machten sie kein Hehl daraus, dass eine Fortsetzung des schwedisch-polnischen Krieges nicht so dem Reiche, als vielmehr dem brandenburgischen Kurfürsten gefährlich wäre: gingen die Wirren dort weiter, so werde der Kaiser mit seinem Heere eingreifen; hätte er aber einmal Truppen nach Preussen geschickt, „so möchte er es, als ein Stück so dem Reich entzogen, wiederum in vorigen Stand setzen wollen. Dadurch S. Churf. D. um das Herzogtum würden gebracht werden."

Wir erkennen daraus, dass man am preussischen Hofe die schwere Gefährdung der alten Ordenslande noch früher erkannte, als sie den Cöllner Räten klar wurde, irren auch wohl nicht, dass gerade die preussische Sache den Kurfürsten Georg Wilhelm schliesslich bestimmt hat, nach den neuen Siegen Gustaf Adolfs Schwarzenberg vom äussersten Osten her nach Mühlhausen abzuschicken, damit hier auch der Pacificierung Preussens gebührende Erinnerung geschähe.

Mit dem Versuche, Sachsen für die preussische Angelegenheit zu interessieren, hatte man indes kein Glück; soweit ging die sächsische Freundschaft nicht, dass sie für des Brandenburgers Territorialbestand in Osten eintrat, wo er eben im Westen, in Jülich, gegen Sachsens Ansprüche eine Erweiterung erfahren hatte. Die Antwort auf das Anhalten der Märker lautete also „sehr kalt": man habe jetzt von den Verhältnissen in Preussen überhaupt nicht zu reden; bei den späteren Beratungen werde es sich ja ergeben, wie weit man auch der preussischen Unruhe gedenken könne.

Während Sachsen und Brandenburg ihr Urteil über die mainzischen „Media" vereinbarten, hatten gleichzeitig die Räte der katholischen Kurfürsten, mit Ausnahme von Bayern, darüber auf dem Rathause conferiert. Sie hatten ihre Beschlüsse dem Kurerzkanzler übersandt und dieser hatte sie Sachsen zugestellt. Sachsen wieder liess am 29. Oktober abermals die Brandenburger zu sich bescheiden, um sie mit den von den Katholischen vorgelegten Aenderungsanträgen bekannt zu machen.

Die Gesandten verabsäumten auch diesmal nicht, eine Reihe grundsätzlicher Ausstellungen zu erheben. Sie sprachen sich insonderheit gegen den Vorschlag der Römischen aus, statt des Wortes „Kurpfalz": „verwirkte Kurpfalz" einzusetzen; denn dadurch werde die Aechtung des Pfalzgrafen gutgeheissen. Doch wollten sie sich im Notfalle fügen. Hinsichtlich einiger anderer Punkte aber erklärten sie, sie müssten sie ad referendum nehmen und der ausdrücklichen Entscheidung des Kurfürsten überlassen; so besonders in betreff der beantragten Aenderung des kaiserlichen Interims-Lehensbriefes an Maximilan von Bayern über die Verleihung der Oberpfalz.

In der Zeit vom 25sten bis zum 30. Oktober hatten die Gesamtsitzungen des Kurcollegiums geruht. In der Conferenz vom 30sten beantragte Mainz, von einer nochmaligen Besprechung der pfälzischen Sache abzusehen, weil in den Privatconferenzen die Frage hinreichend geklärt sei; wie es scheint, wollte man die mainzischen Media mit den Abänderungsvorschlägen der einzelnen Kurfürsten dem Kaiser einschicken.

Die Sitzungen vom 30. Oktober, vom 1. und 2. November wurden der Aussprache darüber gewidmet, wie man mit Dänemark zum Frieden gelangen könne.

Es dauerte nicht lange, so zeigte sich auch hier bei den katholischen und evangelischen Ständen eine gegenteilige Auffassung. Jene, Bayern voran, wollten dem Kaiser das Siegerrecht bedingunglos zuerkennen, diese wollten eine gütliche Auseinandersetzung mit den Dänen; nach Ansicht der katholischen Partei sollte es dem Kaiser freistehen, auf eigene Hand oder durch die Generale die Friedensverhandlungen führen zu lassen, während Sachsen und Brandenburg gerade in dem Dazwischen-

treten des Kurcollegiums die Gewähr für einen festen Frieden erblickten. Aufs neue kam hierbei Brandenburg auf sein Votum zurück, dass man auch mit den übrigen kriegführenden Mächten verhandeln müsse, um die Ruhe Deutschlands zu sichern.

Angesichts dieses abermaligen Zwiespaltes suchte am 1. November Sigismund von Götz den Kanzler von Schönberg auf, um sich zu vergewissern, ob Sachsen bei seiner Meinung beharren werde. Er gab zu bedenken, das der Friede niemals zu stande kommen werde, wenn die Kurfürsten jetzt die Tractaten aus der Hand gäben. Schönberg bestätigte dies und erklärte, dass sein Herr fest stehen und es gern sehen werde, wenn Brandenburg auf seiner Seite bliebe.

So kam auch in der Sitzung vom 2. November die Meinungsverschiedenheit der beiden Parteien in heftigen Debatten zum Ausdruck. Brandenburg nahm Verlassung, bayrischen Missdeutungen gegenüber zu versichern, es habe am Vortage keineswegs zu Gunsten des Dänenkönigs gesprochen; der Kurfürst habe mit ihm weder früher noch jetzt irgend etwas gemein gehabt, habe vielmehr schweren Schaden durch ihn erlitten; lediglich im Interesse des Friedens halte er es jedoch für angezeigt, dem Könige milde Bedingungen aufzuerlegen. Auch diesmal wiederholte Götz das ceterum censo, dass nur ein allgemeiner Friede Aussicht auf Bestand gewähren werde.

Die Frage der Vermittelung wurde endlich am 4. November dahin entschieden, dass es dem Kaiser zu überlassen sei, ob er die sämtlichen Kurfürsten oder einzelne aus ihrer Mitte, etwa Sachsen und Köln, zu den Friedensverhandlungen hinzuziehen wolle.[1])

Schon am 2. und dann weiter am 3. November war über das Unwesen der Truppeneinquartiarungen gesprochen worden. Brandenburg bemerkte, dass auch den kurmärkischen Landen durch den Obersten Hebron und andere mit Wintereinlagerung

---

[1]) Davon, dass das Kurfürstencollegium einen etwaigen Reichskrieg gegen König Christian in Aussicht genommen hätte, falls er den kaiserlichen Forderungen gegenüber zu geringe Nachgiebigkeit zeige (Opel: Niedersächsischer-dänischer Krieg a. a. O.), wissen die Götzschen Relationen nichts.

gedroht würde, und trug demgemäss darauf an, möglichst schnell wegen Abwendung dieser und anderer Winterquartiere an den Kaiser und an Friedland zu schreiben. Dies geschah; bereits am nächsten Tage kamen die beiden Eingaben zur Verlesung. Hinsichtlich des Schreibens an den Kaiser warf Götz die Frage auf, ob man nicht die Forderung einschalten könne, dass den Landesregierungen die Gerichtsbarkeit über die Einquartierten belassen werde; dann würden die Truppen wenigstens merken, wer der Herr im Lande sei. Die übrigen Kurfürsten sprachen indes gegen den Antrag; Sachsen meinte fast naiv, dass ja jedem Kurfürsten an sich die Jurisdiction innerhalb seines Gebietes zukäme, die Katholischen aber hielten den Vorschlag zwar für vernünftig, doch nicht für ratsam, da die Befehlshaber um so eher versuchen würden, dem Lande Ungelegenheit zu bereiten.

Auch gegen die Fassung des Schreibens an Friedland erhob Brandenburg Einwendungen, hier freilich, um die Schärfe des Entwurfes zu mildern. Man hatte es für gut befunden, am Schlusse der Eingabe eine nicht misszuverstehende Drohung an die Adresse des Herzogs beizufügen. Götz wusste, dass man Wallenstein dadurch nicht im mindesten schrecke, glaubte dagegen besorgen zu müssen, dass sein Zorn die Mark desto härter treffen werde; er beantragte deshalb, dass man die Klausel fallen lasse oder sie zum wenigsten abschwäche. Mainz versprach, diesen Erinnerungen Rechnung zu tragen, hat jedoch anscheinend[1]) seine Zusage nicht innegehalten.

Die Verhandlungen der folgenden Tage vermögen trotz der Mannigfaltigkeit ihrer Objecte uns nur wenig zu interessieren. Ueber die grossen Fragen der Zeit hatte man sich ausgesprochen, allerlei unbedeutende Einzelheiten waren übrig geblieben. Am 30. Oktober hatte man einen Supplications-Ausschuss ernannt, welcher die Anbringen der verschiedenen fürstlichen und reichsstädtischen Abordnungen hören und prüfen sollte; von branden-

[1]) Wenn nämlich wirklich das bei Gindely I, 254/285 abgedruckte Schreiben des Collegiums dasjenige ist, welches dann an Friedland abgeschickt wurde. Da der Schlusssatz eigentlich nicht schärfer gewesen sein kann, als er dort steht, so liesse sich freilich denken, dass G. die ursprüngliche Fassung, ohne die verheissene Milderung, abgedruckt hat.

burgischer Seite gehörte ihm Dr. Fritze an. Zum guten Teile bildeten die Berichte dieses Ausschusses die Grundlage der weiteren Beratungen im Collegium; andere Streitpunkte waren unmittelbar der Entscheidung der Kurfürsten unterbreitet. So trug auch Brandenburg eine Beschwerde vor, die wenigstens gleichzeitig principielle Bedeutung hatte. Durch den Kaiser war nämlich den Herzögen von Mecklenburg die Erhöhung der Elbmauthen bei Dömitz und Boitzenburg gestattet worden, was naturgemäss den märkischen Handel schädigte. Da das kaiserliche Patent der gesetzmässigen Zustimmung der Kurfürsten entbehrte, hatte Brandenburg seine Gültigkeit angefochten. Nachdem schon früher zwischen Brandenburg und dem kaiserlichen Hofe in dieser Angelegenheit Schreiben gewechselt waren, ging jetzt Götz den Collegialtag darum an, sich ins Mittel zu schlagen. Dieser entschied in der That nach dem Wunsche Georg Wilhelms, dass das Patent der kaiserlichen Capitulation und der Präeminenz der Kurfürsten zuwider laufe, und dass der Kaiser ersucht werden solle, die Bewilligung zurückzuziehen und seine Capitulation fürder in bessere Obacht zu nehmen. Die mecklenburgischen Herzöge wurden angewiesen, sich des Zollaufschlages zu enthalten.

Nachdem sie drei Wochen hindurch getagt, wurde die Kurfürstenzusammenkunft am 12. November geschlossen; Banketts und Abschiedsaudienzen nahmen noch einige Tage in Anspruch, bis man am 15sten allgemein von Mühlhausen aufbrach. Am 27. November langten die brandenburgischen Gesandten wiederum in Berlin an.

Das Gesamtergebnis des Collegialtages erfüllte die Erwartungen nicht, welche man darauf gesetzt hatte. Die Annäherung zwischen evangelischen und katholischen Kurfürsten, die der Kaiser so sehr gefürchtet hatte, hatte dank der Bemühungen seines Vertreters, Heinrichs von Stralendorf, keine weiteren Fortschritte gemacht; die Sache des Friedens war nicht gefördert. Gleich aus den ersten Berichten der brandenburgischen Bevollmächtigten hatten die Räte in Cölln diesen Eindruck gewonnen; Den Päpstlichen, schreibt Pruckmann an den Kurfürsten [1]),

---

[1]) Concept d. d. 5. (15.) November (St. A.).

sei es kein rechter Ernst mit einer Versöhnung der Gegensätze; sie gingen darauf aus, die katholische Partei zu kräftigen und die Reformation auszurotten.

Für die besonderen Anliegen Brandenburgs war der Erfolg des Tages kein besserer. Mit dem Antrage, auch Polen und Schweden in den künftigen Frieden aufzunehmen, waren die Gesandten nicht durchgedrungen; wie wir sahen, wurde vielmehr schon im Winter 1627/28 die Gefahr für das Herzogtum Preussen acut. Resultatlos blieb die Verwendung bei Friedland um Verschonung mit Winterquartieren; als Schwarzenberg und seine Begleiter die märkische Grenze wieder erreichten, war bereits Wallensteins Urteilsspruch aus Frankfurt ergangen. Und dagegen, dass ja nicht etwa der Kaiser an Brandenburg Zugeständnisse mache, hatte Maximilian von Bayern sofort Vorkehrungen getroffen. Er entsandte den Herrn von Preysing[1]) an den österreichischen Hof, um den Kaiser insgeheim zu verständigen, dass er im Namen sämtlicher Kurfürsten ersucht werden solle, seine Truppen aus dem ober- und niedersächsischen Kreise an solche Orte abzuführen, wo kein Stand des Reiches wider seinen Willen von ihnen beschwert werde. Erteile der Kaiser eine dahingehende Generalresolution, so würden, meint Maximilian, ohne allen Zweifel Kurbrandenburg und Sachsen darauf dringen, dass er sogleich Ernst mache, und die Mark, Braunschweig, Holstein und die Stifter von der Wintereinquartierung befreie. Der Herzog warnt vor dieser Nachgiebigkeit, weil dann der Däne abermals vordringen und den Krieg in die kaiserlichen Erbländer tragen werde. „Auch würden“ fährt er fort, „Ihre Kais. Maj. und die verbündeten Kurfürsten und Stände (d. i. die Liga!) gezwungen werden, ihre Armeen zu ihrem Verderben selbst zu unterhalten.“

Dies war der springende Punkt: ihre Heere abdanken wollte die österreichisch-bayrische Partei nicht, und das mochte man ihr jetzt nicht verdenken. Aber für ihren Unterhalt aufzukommen wies sie von sich; dazu waren die evangelischen Fürsten gerade gut genug. Die Kurfürsten hatten in Mühlhausen beschlossen,

---

[1]) Das Memorial für Preysing, d. d. 21. November 1627, abgedruckt bei Gindely I, 313.

dem Kaiser durch eine Gesandtschaft ihre Vorschläge und Klagen zu übermitteln; soweit ich sehe, ist sie gar nicht zustande gekommen, hat aber keinesfalls Brandenburg eine Erleichterung ausgewirkt. Es verblieb hier alles beim Alten: was Frankfurt über die Mark heraufgeführt, das hat auch Mühlhausen nicht zu ändern vermocht; unbehindert feierten die Tücke des Kaisers und die Willkür seines Generals weiter ihre Triumphe.

Druckfehler.

S. 58, Z. 12. v. oben lies statt mir: wir.

S. 96, Z. 15. v. oben lies statt andererseits dass, die ... andererseits, dass die ...

S. 111, Anm. 2 lies statt K. A.: St. A.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Druck von Ehrhardt Karras, Halle a. S.





